G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Franz Ahrens
Viel Kontinuität, wenig Erneuerung

Harold Rasch
Zwei Staaten deutscher Nation

Friedhelm Baukloh
Helmut Schmidt und Albert Schnez

Conrad Schuhler
Zur Situation der Linken in den USA

Rainer Rilling
Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik

1'70

Einzelheft 3,50 DM (im Abonnement 2,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,00 DM)

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Januar 1970

CHRONIK DES MONATS DEZEMBER 1969 1

KOMMENTARE UND BERICHTE

Revision des Deutschlandvertrages? . . . . . *Hans Heinz Holz* 4
Planspiel: Europäische Sicherheit . . . . . *Wilfried v. Bredow* 6
Amerikas Mythos von „Muskoghee" . . . . . *Jürgen Ostrowsky* 9

HAUPTARTIKEL

Viel Kontinuität, wenig Erneuerung in der „Deutschlandpolitik" . . . . . *Franz Ahrens* 14
Zwei Staaten deutscher Nation. Die DDR muß völkerrechtlich anerkannt werden . . . . . *Harold Rasch* 23
Helmut Schmidt und Albert Schnez. Zum heutigen politisch-militärischen Führungskonzept der Bundeswehr . . . . . *Friedhelm Baukloh* 27
Zur Situation der Linken in den USA . . . . . *Conrad Schuhler, Berkeley* 33
Wer regiert die USA? Der militärisch industrielle Komplex . . . . . *Martin Hall, Los Angeles* 45
Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (II) . *Rainer Rilling* 52
Die Willkürformeln des Bundesverfassungsgerichts . . . *Wilhelm R. Beyer* 68
Nordirland: Vom Religionskrieg zum Klassenkampf . . . *Uwe Krombach* 75
Widerstand gegen das Naziregime in der Forschung und Literatur heute . . . . . *Heinz Brüdigam* 88

FERNSEH-SPALTE

Stillgesessen zur Bescherung! . . . . . *E. H. Wahl* 96

BÜCHER

Wilhelm Pressel, Die Kriegspredigt 1914—1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands. — Heinrich Missalla, „Gott mit uns" . *Hans-Dieter Bamberg* 97
Beate Klarsfeld, Die Geschichte des PG 2633930 Kiesinger. — „ADF zum Fall Kiesinger". Dokumentation . . . . . *Heinz Brüdigam* 100
Klaus Ehrler (Hrsg.), CDU in der DDR . . . . . *J. W.* 103
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 104

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Wortlaut des Kommuniqués über die Beratungen führender Persönlichkeiten sozialistischer Staaten am 3./4. Dezember 1969 in Moskau 105
Wortlaut des Briefes des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an den Präsidenten der BRD, Gustav Heinemann, vom 17. Dezember 1969 108
Wortlaut des Briefes des Präsidenten der BRD, Gustav Heinemann, an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vom 21. Dezember 1969 108
Wortlaut des Entwurfes eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD vom 17. Dezember 1969 . . . 109
Soziale Zusammensetzung des 6. Deutschen Bundestages 110

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift • Fünfzehnter Jahrgang • Heft 1/1970

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats Dezember 1969

1. 12. — U S A. Der Fraktionsführer der Demokraten im Senat, Mike Mansfield, erneuert seine Forderung nach einer „beträchtlichen Verminderung" der amerikanischen Truppen in Europa. Senator Mansfield beziffert die Zahl der in Westeuropa stationierten US-Soldaten auf 315 000 Mann, davon ungefähr 220 000 Mann in der Bundesrepublik. Insgesamt befänden sich rund 1,2 Millionen der 3,5 Millionen Mann starken amerikanischen Armee im Ausland.

1.—2. 12. — E W G. Die Regierungschefs der Mitgliedstaaten erörtern auf einer „Gipfelkonferenz" in Den Haag die politischen und wirtschaftlichen Probleme einer weiteren Integration. An der Zusammenkunft nehmen zeitweilig auch die Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften teil. In einem Kommuniqué wird die Absicht der sechs Regierungen mitgeteilt, „von der Übergangszeit in die Endphase der europäischen Gemeinschaft einzutreten und Ende 1969 die endgültigen Finanzregelungen der gemeinsamen Agrarpolitik festzulegen". Im Laufe des Jahres 1970 solle dann „ein Stufenplan für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion ausgearbeitet" werden. Hinsichtlich einer möglichen Aufnahme Großbritanniens und anderer Mitgliedstaaten der EFTA in die EWG heißt es: „Soweit die beitrittswilligen Staaten die Verträge und deren politische Zielsetzung, das seit Vertragsbeginn eingetretene Folgerecht und die hinsichtlich des Ausbaus getroffenen Optionen akzeptieren, haben die Staats- bzw. Regierungschefs der Eröffnung von Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den beitrittswilligen Staaten zugestimmt." Die

notwendigen Vorbereitungen könnten „innerhalb nützlichster und kürzester Frist durchgeführt werden".

3.—4. 12. — Warschauer Pakt. In Moskau treffen die führenden Partei- und Staatsfunktionäre der Mitgliedstaaten zu einem Meinungsaustausch zusammen. Eine zum Abschluß veröffentlichte gemeinsame Erklärung nennt als Themen u. a. die Ergebnisse der Bundestagswahlen und die Bildung der neuen Regierung in der Bundesrepublik, die als „Ausdruck von Veränderungen" bezeichnet werden, „die sich in einem Teil der Öffentlichkeit der BRD zeigen". Im Interesse des Friedens und der Sicherheit Europas sei es erforderlich, „daß alle Staaten gleichberechtigte Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage zur DDR aufnehmen und die bestehenden europäischen Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Grenze als endgültig und unantastbar anerkennen".

4.—5. 12. — NATO. Der Ministerrat, dem die Außen- und Verteidigungsminister der Militärorganisation angehören, hält in Brüssel seine Herbstsitzung ab. Den Ministern liegen u. a. zwei Dokumente zum Einsatz taktischer Atomwaffen vor. Für die Bundesrepublik erklärt Verteidigungsminister Helmut Schmidt, man habe in Bonn nicht die Absicht, die bisherigen Anstrengungen auf militärischem Gebiet quantitativ oder qualitativ zu schmälern.

7. 12. — Gewaltverzicht. Der sowjetische Botschafter in Bonn, Semjon Zarapkin, überbringt Staatssekretär Duckwitz vom Auswärtigen Amt die Zustimmung seiner Regierung zur Fortsetzung bilateraler Verhandlungen über einen gegenseitigen Gewaltverzicht. Über die Gespräche, die schon am 8. 12. zwischen Außenminister Gromyko und dem Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Dr. Allardt, beginnen, werden Einzelheiten nicht bekannt gegeben.

8. 12. — DGB. Eine Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Leitung des DGB-Vorsitzenden Heinz Vetter beendet einen zweiwöchigen Besuch der Sowjetunion. Bei der Rückkehr erklärt Vetter, in Moskau seien die Einrichtung einer ständigen sowjetisch-deutschen Gewerkschaftskommission sowie der Abschluß eines kulturellen Abkommens besprochen worden. Der Vorsitzende der Sowjetgewerkschaften habe eine Einladung in die Bundesrepublik angenommen.

10. 12. — Tschechoslowakei. Der Erste Sekretär der KPC, Dr. Gustav Husak, nimmt in einem Interview mit dem Parteiorgan „Rude Pravo" zur Politik der Bundesregierung Stellung: „Wir müssen den Grad der neuen Situation in der Bundesrepublik an Grundfragen messen . . . Dabei muß man zur Kenntnis nehmen, daß das Verhältnis zur DDR nicht nur ein Verhältnis zu diesem Land selbst, sondern auch ein solches zur ganzen sozialistischen Gemeinschaft ist." Das Haupthindernis der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei sei die noch nicht erfolgte Annullierung des Münchener Abkommens: „Wir warten auf die Initiative, wir werden jeden realistischen Gedanken, jeden Vorschlag überprüfen."

11. 12. — B- und C-Waffen. Der Politische Hauptausschuß der UN-Vollversammlung billigt mit 58 gegen 3 Stimmen eine Entschließung über das Verbot des Einsatzes von chemischen und biologischen Waffen. Auf schwedischen Antrag und gegen das Votum des amerikanischen Vertreters wird die Verbotsforderung auch auf die Anwendung von Tränengas ausgedehnt.

— Ungarn. Im Rahmen einer Parlamentsdebatte äußert sich der Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei Bela Biszku zu den Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik: „Wir bilden unsere Meinung über die neue westdeutsche Regierung natürlich anhand ihrer Taten. Wenn die Regierung Kanzler Brandts gewillt ist, die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern (Ungarn eingeschlossen) zu verbessern, und dies in der Praxis zu erkennen gibt, werden wir unsererseits solche Bemühungen honorieren." An anderer Stelle seiner Rede erklärt Biszku, die „grundlegende Tatsache" des Bestehens zweier deutscher Staaten müsse „auch im westlichen Teil der Welt anerkannt werden".

12. 12. — Europarat. Die griechische Regierung teilt dem Generalsekretariat der Organisation ihren Austritt mit und kündigt gleichzeitig die Europäische Menschenrechtskonvention. Das Athener Militärregime kommt damit einer Abstimmung über den Ausschluß Griechenlands aus dem Europarat zuvor, für den sich elf der achtzehn Mitgliedstaaten eingesetzt hatten.

15. 12. — Vietnam. Der amerikanische Präsident Nixon kündigt in einer kurzen

Fernsehansprache die Reduktion der amerikanischen Streitkräfte in Südvietnam um 50 000 Mann bis Mitte April 1970 an. — Am 16. 12. heißt es dazu in Saigon, der Abzug gehe auf eine Vereinbarung zwischen Nixon und Präsident Thieu zurück. Wenige Tage vorher hatte die südvietnamesische Regierung bekanntgegeben, ihre Streitkräfte seien während der letzten sechs Monate um 88 000 Mann verstärkt worden.

16. 12. — Berlin. Die Botschaften der drei Westmächte in Moskau übermitteln dem sowjetischen Außenministerium ein Aide memoire, in dem Gespräche der vier Regierungen über die Berlinfrage vorgeschlagen werden. Dabei sei zunächst an „Gespräche auf unterer Ebene" gedacht, um „praktische Schritte" vorzubereiten. Die Note nimmt auch Bezug auf die in Bonn und Ostberlin geführten Verhandlungen zwischen Vertretern der Post- und Verkehrsministerien der DDR und der Bundesrepublik.

17. 12. — UNO. Die am 16. September 1969 eröffnete 24. Session der Generalversammlung beendet in New York ihre Arbeit. Zu den wichtigsten der 127 Resolutionen gehören Empfehlungen für die weitere Arbeit der Genfer Abrüstungskonferenz. Für die 70er Jahre wird eine „Abrüstungs-Dekade" ausgerufen.

18. 12. — DDR/Bundesrepublik. Der Staatsratsvorsitzende Ulbricht richtet einen Brief an Bundespräsident Heinemann, dem der Entwurf für einen „Vertrag über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland" beigefügt ist. Heinemann bestätigt am 20. 12. in einem Schreiben an Ulbricht den Eingang, leitet die Korrespondenz aus Ostberlin jedoch zur sachlichen Beantwortung an die Bundesregierung weiter. Der Text des Schriftwechsels wird am 21. 12. veröffentlicht (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

20.—23. 12. — Arabische Liga. Unter strengster Geheimhaltung verhandeln in Rabat die Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten über eine gemeinsame Strategie gegenüber Israel. Ein Kommuniqué wird nicht publiziert. Im Anschluß an die Konferenz halten die Präsidenten der VAR, des Sudan und Libyens ein „kleines arabisches Gipfeltreffen" in Tripolis ab. Zur engeren Zusammenarbeit der drei Staaten wird ein „Koordinationskomitee" geschaffen.

22. 12. — Abrüstung. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion schließen die seit fünf Wochen in Helsinki geführten Vorgespräche über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen ab. Die eigentlichen Gespräche sollen, einer gemeinsamen Mitteilung der beiden Delegationen zufolge, am 16. April 1970 in Wien beginnen und „zu einem späteren Zeitpunkt" wiederum in der finnischen Hauptstadt fortgesetzt werden.

— Polen/Bundesrepublik. Im Auswärtigen Amt geht die polnische Antwort auf eine Note der Bundesregierung vom 25. November 1969 ein. Die Regierung in Warschau erklärt sich darin mit der Aufnahme zweiseitiger politischer Gespräche auf diplomatischer Ebene einverstanden. Am gleichen Tag richtet Ministerpräsident Cyrankiewicz in der Haushaltsdebatte des Sejm die Aufforderung an die Bundesrepublik, die Oder-Neiße-Grenze ohne Vorbehalte anzuerkennen.

28. 12. — Japan. Bei den Parlamentswahlen kann die regierende Liberaldemokratische Partei des Ministerpräsidenten Sato ihre bisherige absolute Mehrheit weiter ausbauen und die Zahl ihrer Mandate von 280 auf 288 erhöhen. Die Sozialisten verlieren 51 ihrer bisher 141 Sitze, die Kommunistische Partei entsendet 14 (bisher 5) Abgeordnete. Die Wahlbeteiligung (die zweitniedrigste der japanischen Nachkriegsgeschichte) liegt bei 68,5 Prozent.

31. 12. — Naher Osten. Nach einer längeren Kabinettssitzung unter Vorsitz von Staatspräsident Pompidou bestätigt die französische Regierung noch einmal das Waffenembargo gegenüber den Teilnehmerstaaten des „Junikrieges" von 1967. Gleichzeitig werden zwei Ministerialbeamte in den Ruhestand versetzt und ein in Paris tätiger israelischer Diplomat zur persona non grata erklärt. Die getroffenen Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit der von Israel veranlaßten Entführung von fünf Schnellbooten aus dem Hafen von Cherbourg in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember. Die fünf Kriegsboote waren im Auftrage der Regierung in Tel Aviv gebaut, wegen des noch unter de Gaulle erlassenen Embargos bisher jedoch nicht ausgeliefert worden.

Revision des Deutschlandvertrages?

Die Regierungserklärung Bundeskanzler Willy Brandts und der vom DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht vorgelegte Entwurf eines Vertrags über die Beziehungen der beiden deutschen Staaten haben die Diskussion über das Deutschlandproblem in Fluß gebracht. Nach jahrelanger Stagnation werden nun wieder Gedanken geäußert, Vorschläge gemacht, Perspektiven aufgezeigt — nicht nur auf der Ebene der betroffenen Regierungen, sondern überhaupt in der Öffentlichkeit. Ein Ausweg aus der Irrealität, in die sich die Bundesrepublik durch ihr starrsinniges Beharren auf der von Anbeginn unsinnigen Hallstein-Doktrin verrannt hat, wird von vielen Seiten gesucht. Doch der gute Wille allein, die bloße Bereitschaft zu einem Realismus der Betrachtungsweise, der Verzicht auf den lächerlichen Vorschalt „sogenannt", wenn von der DDR die Rede war, genügt natürlich nicht. Jede vertragliche Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der DDR wird, wie auch immer sie formuliert sein mag, die Hinnahme der unverletzlichen Existenz der DDR einschließen müssen und ein Dokument darstellen, das der Bundesrepublik völkerrechtliche Verpflichtungen, zum Beispiel die Friedenspflicht gegenüber ihrem deutschen Nachbarstaat, auferlegt.

Solche Verpflichtungen stehen nicht isoliert im Raum. Sie berühren die gesamte außenpolitische Konzeption eines Staates, wie sie sich in vertraglichen Bindungen und faktischen Aktivitäten niederschlägt. Der Parlamentarisch-Politische Pressedienst (SPD) hat darum gegen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR die Klausel des Art. 2 des sog. „Deutschlandvertrages" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952, in Kraft getreten am 5. Mai 1955) geltend gemacht, in der sich die westlichen Siegermächte „die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung" vorbehalten. Und der Staatsratsvorsitzende der DDR hat auf der 12. Tagung des Zentralkomitees der SED die Pariser Verträge als überholt und einer Lösung der deutschen Frage entgegenstehend bezeichnet: „Zu den Lehren der Geschichte gehört also auch, daß sich die Regierung der BRD unmißverständlich von den Pariser Verträgen trennt."

Wie ist nun die vertragsrechtliche Lage? Die erwähnte Klausel des Art. 2 des Deutschlandvertrages bindet die westlichen Siegermächte an die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von 1945, aus dem „die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten" völkerrechtlich hervorgegangen sind. Art. 2 allein würde also den Vorwurf Walter Ulbrichts noch nicht rechtfertigen, „daß sich die imperialistischen Westmächte in den Pariser Verträgen das Recht angemaßt haben, über alle Fragen zu entscheiden, welche Deutschland als Ganzes betreffen"; vielmehr sind die Westmächte zusammen mit der Sowjetunion im Potsdamer Abkommen als treuhänderische Verwalter des militärisch niedergeworfenen und in administrativer Auflösung befindlichen Deutschen Reiches aufgetreten und an die darin niedergelegten Verantwortlichkeiten gebunden, solange nicht neue völkerrechtliche Vereinbarungen an die Stelle des Potsdamer Abkommens treten.

Art. 2 des Deutschlandvertrages wird erst dadurch in ein schiefes Licht gerückt, daß es in Art. 7 Abs. 2 des Deutschlandvertrages heißt: „Bis zum Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist." Hier greifen die Westmächte in einer Abmachung mit einem Teilstaat des von ihnen mandatarisch vertretenen Deutschen Reiches einseitig den Regelungen des Friedensvertrages vor und verletzen die Gemeinsamkeit aller Siegerstaaten einschließlich der Sowjetunion, die durch das Potsdamer Abkommen für die Behandlung der Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen vorgeschrieben ist. Eine in einem völkerrechtlich wirksamen Vertrag ausgesprochene Zielsetzung hinsichtlich des späteren Zustands des ehemaligen Deutschen Reiches hätte nur vom Alliierten Kontrollrat und von diesem nur in Übereinstimmung mit dem Inhalt der Potsdamer Beschlüsse getroffen werden dürfen. Im Hinblick auf Art. 7 Abs. 2 des Deutschlandvertrages gewinnen also die Vorwürfe des DDR-Staatsratsvorsitzenden ihr eigentliches Gewicht, wenn er sagt: „Diese Pariser Verträge widersprechen den gemeinsam festgelegten Beschlüssen von Potsdam. Sie sind völkerrechtswidrige Separatabkommen und verletzen die Vereinbarungen der Antihitlerkoalition".

Es gibt aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs bis hin zum Potsdamer Abkommen zahlreiche Vereinbarungen und bindende Versicherungen der Alliierten, die separate Abmachungen zwischen einer der Mächte und Deutschland oder einem Teil Deutschlands ausschließen. Die Alliierten haben sich zu gemeinsamem Vorgehen verpflichtet und treten gegenüber Deutschland als eine Partei auf. Art. 7 Abs. 2 des Deutschlandvertrages ist darum aus dem formalen Grunde nichtig, daß für eine vertragliche Festlegung der darin fixierten Zwecke die drei Mächte gar keine Zuständigkeit besitzen. Desgleichen ergibt sich ein inhaltlicher Widerspruch zu Art. 2, der die Verantwortlichkeiten aus dem Potsdamer Abkommen festhält, während Art. 7 Abs. 2 diesen Verpflichtungen zuwiderläuft.

Zudem kann die Zielsetzung des Art. 7 Abs. 2 durchaus als Annexionsabsicht gegenüber der DDR ausgelegt werden; die DDR besitzt ihre eigene Verfassung, die sich von der der BRD durch grundsätzlich andere gesellschaftliche Voraussetzungen unterscheidet. Die Herstellung eines wiedervereinigten Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzen soll, würde also die Umwälzung der in der DDR bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bedeuten.

Geht man davon aus, daß die beiden deutschen Staaten als gleichberechtigte Subjekte des Völkerrechts ihre Beziehungen untereinander vertraglich regeln müssen (und nur unter dieser Voraussetzung ist überhaupt eine friedliche Deutschlandpolitik denkbar), so steht einer solchen Normalisierung Art. 7 Abs. 2 des Deutschlandvertrages in der Tat entgegen. Andererseits hat der Deutschlandvertrag als Ganzes einen internationalen de-facto-Zustand für die Bundesrepublik geschaffen, der durch Annullierung des Vertrages oder durch Rücktritt vom Vertrag nicht einfach rückgängig gemacht werden kann. Soweit also gemäß Art. 1 Abs. 2 und den damit zusammenhängenden Bestimmungen der Bundesrepublik „die volle Macht eines souveränen Staates" verliehen wird (wie sie ja auch die DDR für sich in Anspruch nimmt), braucht am Fortbestehen des Deutschlandvertrags nicht gerüttelt zu werden. Lediglich die Bestimmungen wären zu eliminieren, die der vertraglichen Regelung der Beziehung zwischen den beiden

deutschen Staaten entgegenstehen. Die Handhabe für eine solche Revision ist im Vertrag selbst gegeben. Denn Art. 10 Abs. 1 b sieht vor: „Die Unterzeichnerstaaten überprüfen die Bestimmungen dieses Vertrags und der Zusatzverträge in jeder Lage, die nach Auffassung aller Unterzeichnerstaaten aus einer Änderung grundlegenden Charakters in den zur Zeit des Inkrafttretens bestehenden Verhältnissen entstanden ist." Nun kann kein Zweifel bestehen, daß sich die europäischen Verhältnisse und insbesondere die deutsche Situation seit 1955 grundlegend verändert haben. In diesem Falle gilt aber die Maßregel des Art. 10 Abs. 2, daß die vertragschließenden Staaten „in gegenseitigem Einvernehmen diesen Vertrag und die Zusatzverträge in dem Umfang ändern, der durch die grundlegende Änderung der Lage erforderlich oder ratsam geworden ist." Wenn also die DDR (mit den Worten eines Leitartikels im „Neuen Deutschland" vom 27. Dezember 1969) darauf drängt, „daß für die Bundesrepublik die Notwendigkeit besteht, sich von den diskriminierenden Bedingungen des Deutschlandvertrages zu befreien", so wird damit nur die juristische Prämisse für die Möglichkeit der vertraglichen Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten formuliert. Der Art. 10 hält den Deutschlandvertrag für solche Veränderungen offen; die DDR fordert also keineswegs, daß die Bundesrepublik sich vorgängig aus ihren Bündnisverpflichtungen löse, um zur Entspannung in Deutschland zu kommen, sondern sie erwartet nur, daß die Klarheit juristischer Logik von Anfang an über der Aufnahme von Beziehungen zwischen der BRD und der DDR liege. Wenn sich die Bundesrepublik durch ihren (völkerrechtlich nicht zu legitimierenden) Alleinvertretungsanspruch ins Zwielicht manövriert hat, so ist es jetzt auch ihre Aufgabe, eine eindeutige Ausgangslage für eine realistische Deutschlandpolitik zu schaffen. Dazu braucht die Bundesregierung nur die im Deutschlandvertrag vorgesehenen Handhaben auszunutzen. Daß sie das tue, nicht also Vorleistung oder Präjudiz, sondern als Voraussetzung ehrlichen Verhandelns, ist zu wünschen.

Hans Heinz Holz

Planspiel: Europäische Sicherheits-Konferenz

Es gehört wenig Prophetengabe dazu festzustellen, daß in diesem und in den folgenden Jahren die europäische Politik immer deutlicher und unabweisbarer das Problem einer besser fundierten Sicherheit in Europa konkret, substantiell und das heißt so zu lösen hat, daß alle beteiligten Staaten dieser Lösung zustimmen können. Noch erscheint angesichts der aktuellen politischen Situation in einigen westeuropäischen Ländern die Voraussage einer Europäischen Sicherheits-Konferenz sehr weit in die Zukunft zu deuten. Man sollte allerdings nicht übersehen, daß von einigen anderen europäischen Ländern für eine solche Konferenz bereits konkrete Vorschläge gemacht worden sind und daß der Begriff „Europäische Sicherheits-Konferenz" selbst dort bereits in der Öffentlichkeit populär zu werden beginnt, wo die Regierungen diesem Projekt zurückhaltend gegenüberstehen — aus welchen Gründen auch immer.

Ein Beispiel für diesen Lernprozeß der Öffentlichkeit soll hier kurz skizziert werden, wobei die Akzente der Beschreibung bewußt eher das Atmosphärische als seinen harten politischen Kern betreffen. Das von der Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. Hamburg (Leiter: Prof. Dr. C. F. v. Weizsäcker) vom 7. bis 9. 11. 1969 veranstaltete

Planspiel „Europäische Sicherheits-Konferenz" brachte dem Veranstalter und den Teilnehmern beträchtliche Aufschlüsse über die politische, ideologische und nicht zuletzt diplomatische Problematik einer von allen als notwendig erkannten Konferenz über die Sicherheit in Europa. Das vorläufige Ergebnis einer Auswertung dieses Planspiels wurde übrigens dem 7. Pugwash-Symposium vorgelegt, das vom 9.—12. 12. 1969 in Radziejowice (Polen) stattfand und sich mit dem Thema „Arms Control und Abrüstungsmaßnahmen in Europa" beschäftigte.

Trotz der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, konnten die Teilnehmer zügig und fruchtbar arbeiten. Das Planspiel war so angelegt, daß im allgemeinen jeweils vier Personen ein Land spielten. Folgende Länder waren vertreten: Frankreich, England, Bundesrepublik, DDR, CSSR, Polen, Sowjetunion, USA. Die insgesamt 31 Mitspieler rekrutierten sich hauptsächlich aus dem Kreis jüngerer Sozialwissenschaftler, zumeist Universitäts-Assistenten oder Angestellte von Forschungs-Instituten. Schon vor Spielbeginn wußte jeder Spieler, welches Land er vertreten würde. Er hatte bereits vorher die Aufgabe zu lösen, sich in die politische Situation des von ihm gespielten Landes hineinzuarbeiten.

Der erste Abend diente zur gegenseitigen Bekanntmachung und zur Einführung in das Spiel. U. P. Reich, der das Spiel ausgearbeitet hatte und es auch leitete, machte die Teilnehmer mit dem Zeitplan und den Spielmodalitäten bekannt. Jeder Spieler bekam eine insgesamt 27 Sätze umfassende Aussagensammlung in die Hand. Diese Aussagensammlung diente als Grundlage des gesamten Spiels. Sie enthielt u. a. folgende Sätze: „1) Die Teilnehmer der Konferenz sind sich einig in ihrem Bemühen um eine allgemeine, vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle ... 2) Sie sind der Ansicht, daß in Europa derzeit günstige Bedingungen herrschen, diesem Ziele näher zu kommen ... 3) Die Teilnehmer erklären, daß sie in den gegenseitigen Beziehungen auf die Anwendung oder Androhung jeder Art von Gewalt verzichten ... 4) Die bestehenden Grenzen in Europa sind unverletzlich; sie dürfen nur im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden ... 5) Die bestehenden Grenzen in Europa sind endgültig ... 6) Die bestehenden Grenzen in Europa sind unverletzlich; eine Änderung bedarf der Zustimmung aller Konferenzteilnehmer ... 7) Die Teilnehmer verpflichten sich, sich gegenseitig jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu enthalten ... 8) Die Teilnehmer verpflichten sich zur Achtung des Selbstbestimmungsrechts jedes Volkes ... 9) Die Teilnehmer erkennen sich gegenseitig als gleichberechtigt an ... 10) Die Teilnehmer erkennen sich gegenseitig als gleichberechtigt und unabhängig an ... 11) Die Teilnehmer erkennen sich gegenseitig als gleichberechtigt, unabhängig und souverän an ... 12) Westberlin hat einen besonderen Status und gehört nicht zur Bundesrepublik ... 13) Westberlin hat ein Recht auf freie und unbehinderte Verkehrswege zum Westen ..." usw.

Diese Sätze sollten zunächst innerhalb der Ländergruppen besprochen und diskutiert werden. Sodann trennten sich die Ländergruppen; es wurden vier Ausschüsse gebildet, in die jedes Land je einen Vertreter entsandte. In diesen Ausschüssen wurden terminologische Fragen geklärt. In einem dritten Schritt fanden dann wieder die Ländergruppen zusammen und beratschlagten, wie man die einzelnen Sätze der Aussagensammlung bewerten sollte.

Dieser Bewertungsvorgang ist sehr wichtig, weil er praktisch über die Strategie des betreffenden Landes auf der anschließenden Sicherheitskonferenz selbst entschied. Da ausdrücklich feststand, daß es bei diesem Planspiel nicht um eine vorwegnehmende (diplomatische) Simulation einer wirklichen Sicherheits-Konferenz gehen sollte,

konnte man die gespielte Konferenz so anlegen, als ob es um die Verabschiedung eines Kommuniqués ginge, das jene Sätze der Aussagensammlung enthalten sollte, die von allen Konferenzteilnehmern akzeptiert würden (Änderungen und Ergänzungen waren zugelassen).

Die Sätze selbst waren in sich durchaus nicht widerspruchsfrei und/oder enthielten wichtige Nuancen, wie etwa ein Vergleich der Sätze 4, 5 und 6 sowie 9, 10 und 11 zeigt. Die hier nicht zitierten, weil im Verlauf des Planspiels nicht mehr diskutierten Sätze 14 bis 27 enthielten mehr oder weniger präzise Details über Maßnahmen zur Rüstungsbeschränkung und Abrüstung.

Der Verlauf der Konferenz, die am Abend des zweiten Tages begann, bis tief in die Nacht hinein dauerte und sich am nächsten Morgen bis zum Mittag fortsetzte, wo sie dann „platzte", dieser Verlauf machte allen Spiel-Teilnehmern mit Nachdruck deutlich, daß der Erfolg jeder europäischen Sicherheits-Politik, gleich von welchem Land sie betrieben wird, zunächst und in erster Linie davon abhängt, ob und inwieweit es gelingt, den politischen Schutt des Kalten Krieges und der sechziger Jahre fortzuräumen.

Untersucht man nämlich mit größerer Sorgfalt die politische Substanz der vorgelegten Aussagensammlung, so fällt ins Auge, daß im Durchschnitt ihre Bewertung durch die osteuropäischen Länder erheblich höher liegt als durch die Länder der NATO. So stolperte die Konferenz das erstemal, als es um den Satz 5 ging: „Die bestehenden Grenzen in Europa sind endgültig." Von allen vier NATO-Ländern wurde dieser Satz negativ, von allen vier Ländern des Warschauer Paktes wurde er positiv bewertet, am höchsten übrigens von Polen. Hier allerdings erwies sich, daß das Interesse am Wegräumen von politischem Schutt auch im Westen gewachsen ist. Nach längeren Diskussionen wurde der Satz 5 folgendermaßen modifiziert: „Die in Europa bestehenden Grenzen, darunter die Oder-Neiße-Grenze sowie die Grenze zwischen der DDR und der deutschen Bundesrepublik, sind unantastbar." Ja, nach einer längeren Beratungspause ließ die Delegation der BRD in das Kommuniqué aufnehmen: „Die Bundesrepublik anerkennt die Tatsache, daß es zwei Staaten auf deutschem Boden gibt und daß die Grenzen zwischen diesen Staaten unantastbar sind." Wie später bekannt wurde, waren diesem Statement in der Spielergruppe der BRD heftige Auseinandersetzungen vorausgegangen. Immerhin ist bemerkenswert, daß nach dieser westdeutschen Bekanntmachung die anderen NATO-Staaten — gewissermaßen erleichtert — ihre Opposition gegen den Satz 5 aufgaben. In seiner modifizierten Form wurde er einstimmig angenommen.

Damit war der Höhepunkt dieses Planspieles erreicht. Die Vertreter der USA — erstaunlich blaß während der Gesamtkonferenz — hoben die geschichtliche Bedeutung dieses Momentes hervor. Mehr Schutt wegzuräumen, hielt man allerdings für inopportun. Bei der Diskussion der Sätze 9—11 und 12 und 13 kam es zu harten Kontroversen über den Status von Westberlin, über die Interpretation des Potsdamer Abkommens. Die Länder der NATO gaben ihrem Gefühl Ausdruck, mit ihrer Zustimmung zu Satz 5 „etwas gegeben" zu haben, für das sie nun „etwas bekommen" wollen. Als über diesen Punkt keine Einigung erzielt werden konnte, die Zeit auch recht knapp geworden war, wurde an dieser Stelle der Diskussion über das bisher zusammengestellte Gesamtkommuniqué abgestimmt. Es bestand aus den bis dahin einstimmig gebilligten Sätzen 1, 5 (modifiziert), 7 und 8. Für dieses Kommuniqué sprachen sich alle Länder des Warschauer Paktes aus. Die USA, Frankreich, England und die BRD stimmten geschlossen gegen das Kommuniqué. Die Konferenz war geplatzt. Eine politische Auswertung dieses Planspiels ist nicht ganz einfach. Man

muß sich vor Augen halten, daß es ja alles junge Wissenschaftler aus der BRD waren, die hier gespielt und sich mehr oder weniger präzise in die verschiedenen Rollen hineinversetzt haben. Eine Simulation der „großen" Politik war nicht beabsichtigt, das erklärt manche scheinbare Unstimmigkeiten. Unbestritten aber dürfte sein, daß allen Teilnehmern und auch jedem anderen, der mit der Anlage und der Durchführung dieses Planspiels bekannt wurde, die Notwendigkeit einer Europäischen Sicherheit und damit auch einer auf eine solche Sicherheit hinführenden Politik aller europäischer Staaten deutlich wurde. Was aber der Inhalt einer solchen auf diese Sicherheit hinführenden Politik sein muß, wurde ebenfalls klar: das Wegräumen des politischen Schutts von Nichtanerkennungen und Vorbehalten. Dies verstellt uns den Weg.

Wilfried v. Bredow

Amerikas Mythos von „Muskoghee"

Wer immer mit einiger Regelmäßigkeit im November und Dezember Gelegenheit besaß, das Programm des amerikanischen Truppensenders AFN zu verfolgen, vermochte zwischen Pop- und Country-Music immer häufiger ein simples Liedchen mit dem Titel „Okie From Muskoghee" zu hören. Vorgetragen im typischen Country-Music-Stil, jener folkloristisch getönten Musikart, die sich namentlich unter der Bevölkerung des amerikanischen Mittleren Westens, den Kleinbürgern und Mittelschichtsangehörigen der ländlichen und kleinstädtischen Regionen dort großer Beliebtheit erfreut, besingt der Interpret eine rustikale Idylle in eben jenem Ort Muskoghee, einem Nest in Oklahoma — also genau im Mittleren Westen der USA. AFN widmet dieser Musikart ein besonderes Programm, das sich großer Beliebtheit bei den Auslandstruppen erfreut — sie rekrutieren sich nämlich zu einem wesentlichen Teil aus Bewohnern der amerikanischen Provinz.

Aus diesem Grunde wäre die Tatsache kaum einer Erwähnung wert gewesen, daß dieser Song alsbald einen der vorderen Ränge in der „Country-Music-Hit-Parade" einnahm und auch in den „charts" der Pop-Musik-Bestseller-Listen auftauchte, wenn nicht zweierlei hinzugekommen wäre: zum einen kam „Okie From Muskoghee" zunehmend häufig auch — im Gegensatz zum sonstigen Usus — inmitten des übrigen Pop-Programms auf; zum anderen fielen bei näherem Hinhören einige Vokabeln im Text völlig aus dem Rahmen, den ein wie in den meisten folkloristischen Musikgenres recht beschränkter Themen- und Wortschatz ansonsten setzt.

Dieser Text lohnt eine nähere Betrachtung; er lautet:

„We don't smoke Marihuana in Muskoghee, we don't take our trips on LSD — we don't burn our draft-cards down on mainstreet, ‚cause we like to live in right and bein' free —

We don't make a party out of lovin', but we like holdin' hands and itchin' wood — we don't let our hair grow long and shaggy like the hippies out in San Francisco do —

Leather boots are still in style for men as footwear, beads and roman sandals won't be seen — football's still the roughest thing on campus, and kids here still respect the college-dean —".

Unterbrochen wird dieser Text von einem Refrain, der anhebt: „I'm proud to be an okie from Muskoghee . . ." *)

*) „Wir rauchen kein Marihuana in Muskoghee, wir machen unsere ‚Reisen' nicht mit LSD — wir verbrennen unsere Einzugsbescheide nicht auf der (Haupt-) Straße, denn wir lieben es, unter Gerechtigkeit zu leben und frei zu sein. —
Wir machen aus der Liebe keine Party, sondern wir halten uns gern an den Händen und ritzen (ergänze

Ohne bereits im einzelnen auf dieses Sammelsurium von Ressentiments einzugehen, wird aus seinem Tenor hinlänglich deutlich, weshalb diese Einfältigkeit sich derart großer Popularität erfreut und so oft im Programm von AFN auftaucht. Den auf Truppenmoral, Patriotismus und Sendungsbewußtsein bedachten AFN-Programmgestaltern kam dieser Hit gewissermaßen wie ein Geschenk des Himmels, was dem gottesfürchtigen und frömmelnden Charakter des Soldatenprogramms gemäß als durchaus wörtlich verstanden werden kann. Dieses Lied war geradezu prädestiniert, in das Sortiment der zahlreichen und zumeist penetrant patriotischen oder missionarischen Erbauungsprogramme aufgenommen zu werden, mit denen AFN täglich moralische Aufrüstung unter seinen unlustigen und heimwehkranken GI's betreibt. Spots mit dem Motto oder der Quintessenz wie „The Seventh Army — the big Army", „NATO is necessary", „Be combat-ready!", „Your great American heritage" und „Somewhere there must be a way — let's find it!" sind nur einige der am häufigsten wiederkehrenden.

Freilich, unter allen diesen Parolen nimmt das Liedchen über das „Leben" der Dörfler von Muskoghee eine Sonderstellung ein, indem es auch noch weiter geht als jenes vor Jahren in den gesamten Vereinigten Staaten gefeierte Opus des Staff-Sergeant Barry Sadler, der mit seiner „Ballad Of The Green Berets" den — mittlerweile makabren — „Ruhm" der Special Forces in Vietnam verbreiten half und damit Vorläufer jenes geschmacklosen Propagandamachwerks von Film mit dem gleichnamigen Titel wurde. „Muskoghee, Oklahoma, USA" — so die Schlußzeile — ist mehr als nur ein längerer Erbauungsspruch, es ist vielmehr Programm und Ideologie. Einerseits tritt der direkte Bezug zum Militär nur kurz hervor, in den Zeilen über das Verbrennen der Einberufungsbescheide nämlich und der nachfolgenden Begründung, weil man „in Recht" und „frei zu leben liebe" — stereotypes Argument ganzer Politiker-Generationen sowie ihrer Anhänger, um den „äußeren Feind", die „Bedrohung durch den Kommunismus" aufzubauen. Indem der Text aber darüber hinaus geht, beleuchtet er den geistigen Hintergrund, die Mentalität der in den Denkkategorien des Kalten Krieges verharrenden Militärs und Pentagonisten und ihrer Gefolgsleute, der breiten mittelständischen Schichten vor allem außerhalb der großen Städte.

Vor einer näheren Betrachtung verdient noch ein Aspekt Aufmerksamkeit, der überhaupt erst diesem Produkt der vor nichts zurückschreckenden Musikindustrie eine makabre Aktualität verleiht: Diese musikalische Geschmacklosigkeit macht just zu einer Zeit Furore, zu der in den Vereinigten Staaten Kriegsverbrechen in Süd-Vietnam aufgedeckt werden, auf die große Teile der US-Bevölkerung und Menschen in allen Ländern mit Entsetzen, Protest und Verurteilung reagieren; die plump Vaterlandsliebe und Opfermut signalisierende Wendung, die jungen Leute von Muskoghee verbrennen nicht ihre Einzugsbescheide auf der Straße (anders also als die „vaterlandslosen, wahrscheinlich kommunistisch infizierten Lumpen in den Städten"), kommt ausgerechnet wenige Wochen nach einer Ausgabe des LIFE-Magazins zu Ohren zahlloser Amerikaner, in der diese Illustrierte (der man gewiß keinen Linksdrall vorwerfen kann) seitenlang die Konterfeis von über 250 in einer Woche in Vietnam gefallenen Soldaten veröffentlichte; unter diesen Fotos, ohne Kommentar, standen für jedermann zu lesen Name, Dienstgrad und Herkunftsort sowie Al-

---

z. B.: Namen) in Holz — wir lassen unser Haar nicht lang und zottig wachsen, wie das die Hippies (draußen) in San Francisco tun. —
Lederstiefel sind als Schuhwerk für Männer immer noch in Mode, Plaketten (auch: Perlenketten) sieht man nicht. — Football ist immer noch die rauheste Sache auf dem Campus (Collegegelände), und die Kinder respektieren noch den Collegeleiter."
Refrain: „Ich bin stolz, ein Landarbeiter aus Muskoghee zu sein . . ."

ter — Heimatorte der weit überwiegenden Mehrzahl: kleine und mittlere Städte zumeist im Mittleren Westen der USA; die Muskoghees in Kansas, Illinois, Kentucky usw. Es ist schon mehr als nur Zynismus, das sinnlose Opfer der Gefallenen eines in jeder Beziehung schmutzigen Krieges nachgerade zur Bestätigung zu nehmen für das unveränderte Vorhandensein echten „Patriotismus" und wahrer „Pflichttreue gegenüber dem Vaterland" — „dulce est pro patria mori"! Daneben artikuliert sich in den übrigen Zeilen alles an spießerischer Abneigung gegen bestimmte Gruppen der Gesellschaft, für die die Hippies nur stellvertretend stehen. Da ist etwa die Verachtung und der gelinde Abscheu vor den Marihuana-Rauchern und den „Pot"-Konsumenten, deren Slang mit der Verwendung des Ausdrucks „trip" glossiert werden soll. Sodann — Liebe ist auf dem Lande noch keine „Party", kein scheinbar leeres und auf schieren Sex reduziertes Vergnügen oder Unterhaltungsspiel, oder was immer bürgerlicher Horror sich unter „Party" vorzustellen vermag; in der vordergründig naiven und harmlosen Vokabel „Party" ist alles inbegriffen, was mit exzessivem gemeinschaftlichen Genuß, der dem einfachen Volk fremd ist, zu tun haben kann — Sexorgie, Perversitäten etc., sämtlich Vorgänge und Verhältnisse, die den überlieferten Sittenkodex brechen, die der Spießermoral zuwiderlaufen. Der unvermeidliche Hinweis auf das lange, zudem noch „zottige" Haar — wobei „zottig" (shaggy) nichts anderes sein dürfte als die Umschreibung für unordentlich und schmutzig, stinkend, ungewaschen, ungepflegt — schließt vorerst den Bogen, und die Gruppe, die exemplarisch für all diese Schreckensvisionen der einfachen Leute vom Lande steht, wird genannt: „the Hippies out in San Francisco". Auch hier ist eine Redewendung aus einem bestimmten gruppenspezifischen Sprachgebrauch durchaus als programmatisch zu verstehen; im Slang der engeren „Pop-Generation" in den USA bezeichnet „in" jemanden, der „dazu"-gehört in dem Sinne, daß er von Habitus, Einstellung und Auftreten her akzeptiert ist, „out" hat dagegen die entgegengesetzte Bedeutung des Ausgeschlossenseins, aus welcher Position heraus „in" zu werden, äußerst schwierig und nur über eine völlige Adaption der gruppenspezifischen Verhaltensweisen und Normen möglich ist. Insofern ist die Verwendung dieses Ausdrucks gegenüber „den" Hippies mehr als nur geographisch zu verstehen; mit diesem Begriff wird diese Gruppe stellvertretend als „Out-Group" der Gesellschaft schlechthin gekennzeichnet, als gesellschaftliche Außenseiter, günstigstenfalls als Randgruppe einer vorgeblich integrierten und homogenen Gesellschaft. Unzweifelhaft hat sich hierin das gesellschaftliche Vorurteil allen Gruppen gegenüber niedergeschlagen, die sich dem Konsumzwang durch Verweigerung und durch fremdartig-exotische Lebensweise zu entziehen trachten, überdies in der Mehrzahl auch noch nicht einmal als Produzenten in Frage kommen. Daß in solchen Vorurteilen die Ursache für die entsprechende Einschätzung aller ähnlichen Gruppen zu suchen ist, liegt auf der Hand und eröffnet düstere Perspektiven, wenn man sie in Beziehung setzt zu den historischen Erfahrungen, die mit solchen Verhaltensweisen bislang in Deutschland etwa, aber auch in den USA gemacht wurden (so bei der Ausrottung der nicht integrierbaren und „aufsässigen" Indianerstämme).

In der dritten Strophe, nach dem Refrain, wird das Thema neu aufgenommen, nur geht es diesmal um Plaketten und „römische Sandalen". In Mode für Männer sind immer noch Lederstiefel — jedenfalls in Muskoghee —, die naiv-stolze Behauptung entlarvt dabei nur den Grad der Unberührtheit selbst von eigentlich bürgerlichen Verhaltensweisen; als Gegenbild zu Latschen-tragenden Hippies und Gammlern kennzeichnet es nur die Unfähig-

keit, den eigenen Rückstand zu kaschieren.

Zwischen den Zeilen muß man lesen, wenn man entziffern will, was der Satz bedeutet, daß auf „dem Campus Football immer noch die härteste Sache ist". Es ist indes unzweifelhaft, daß damit gemeint ist, man habe es auf dem Collegegelände in Muskoghee und seinen Schwesterorten noch nicht mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Schülern bzw. Studenten zu tun. Mehr noch: hier ist auch noch das alte Prinzip von Über- und Unterordnung intakt, hier gelten Ehrfurcht und Respekt noch (vor dem College-Dean); Sicherheit, Recht und Ordnung als Lebensideale ...

Der Text dieses Liedes besteht mithin aus den direkt oder indirekt dargestellten Kontrasten zwischen der heilen und ordentlichen Welt der Kleinstädte à la Muskoghee und dem Popanz der verderbten, von subversiven Elementen unterwanderten, von Rauschgift- und Sex-Genuß zerrütteten moral- und ehrlosen Gesellschaft in den Städten, zumal der Jugendlichen daselbst. Und auf diese ländliche Idylle ist man mit tumber Einfalt stolz: „I' proud to be an okie from ...".

Bedenken? Diese Einfalt ist schwer zu erschüttern, schon gar nicht von jenen, gegen die das Hochhalten dieser Idylle sich richtet. Gegen sie richtet sich dieser Teil der Amerikaner mit dem ganzen Arsenal von Aversionen, Haß, Blindheit und Ignoranz, mit der Aggressivität der sich Bedroht-Fühlenden. Unter diesem Aspekt ist die exemplarische und sich vordergründig maßvoll gebende Aufzählung, zudem noch verpackt in Kontrastbilder, nur mehr ein Nebenprodukt jener Bewegung, die in den USA sich zu formieren beginnt unter der Führung von Ideologen, die auf scheinbar leicht ironische und gelinde Art und Weise sich die Defensivhaltung weiter Bevölkerungskreise in den Staaten zunutze machen, um daran Durchhalteparolen zu schmieden für einen Krieg, für einen latenten Antikommunismus, dessen wahrer Hintergrund nackte Machtpolitik und wirtschaftliche Interessen sind.

Der Gegner, dies sei hier noch einmal explizit wiederholt, ist dabei stets schnell gefunden: Intellektuelle, Linke aller Couleur, Liberale, Aufweichler, Pazifisten, Langhaarige, Hippies, Atomwaffengegner, Gruppen mithin, die auf Grund ihrer verschiedenst motivierten Gegnerschaft gegen eine bestimmte Politik oder das System schlechthin stets sofort zu „Kommunisten", also zu Staatsfeinden abgestempelt werden und denen man mit der massierten Hysterie der McCarthy-Ära begegnet. Selbst wenn sich das Klagelied der aufrechten Verteidiger Amerikas so naiv anhört wie das des Senators Karl Mundt aus Süd-Dakota („Viele naive Amerikaner scheinen nicht zu wissen, in welchem Ausmaß die Kommunisten und ihre Helfer noch immer versuchen ..., die großen freien Einrichtungen in unserem geliebten Amerika zu zerstören", zit. nach: „Der Spiegel" Nr. 49/1969, S. 169), wird deutlich, wer hier mit „die Kommunisten und ihre Helfer" gemeint ist.

Die Formierung der Gegner dieser „Kommunisten und ihrer Helfer" hat begonnen, und zwar um so vehementer, seit sich die „suspekten" Gruppen ihrerseits leicht fassen und kategorisieren ließen, indem sie zu zwei Moratorien aufriefen und zu Hunderttausenden an ihnen teilnahmen, seit sich die Presse mehr und mehr auf die Seite derer stellt, die eine sofortige Beendigung des Krieges in Vietnam fordern, um so heftiger fordern, seit Amerika von der Aufdeckung der Kriegsverbrechen in Vietnam betroffen ist (zu schweigen hier einmal davon, daß Amerikas gesamter Vietnamkrieg ein einziges Verbrechen ist). Ihres und Präsident Nixons, des Mannes, den die Kleinbürger Amerikas auf den Präsidentenstuhl brachten, Sprachrohr ist Vizepräsident Agnew, der zynisch gegen Presse und Intellek-

tuelle hetzt und mit seinen Tiraden nur ausdrückt, was breite Schichten der amerikanischen Bevölkerung in der Tat denken. Sie sehen nur die „Bedrohung" der sogenannten Tugenden Amerikas, der Ehre der Nation, die Zerstörung ihres „Ideals" von dem missionarischen Amerika, das der Welt Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zu bringen vorgibt und in Wahrheit nur Imperialismus betreibt.

Desungeachtet hat „Muskoghee" als Urzelle und letzte Bastion aller amerikanischen „Tugenden" noch nichts an seiner Wertschätzung eingebüßt. Im Gegenteil — hier wird sogar verdrängt, was in den Metropolen längst zur Erosion amerikanischer „Lebensart", „amerikanischer Tugenden" geführt hat: die Erfahrung etwa des Vietnam-Krieges nicht nur als Grab für 40 000 Amerikaner, sondern auch als Beweis für die Leere des Anspruches, daß Amerika hier einen „gerechten" Krieg kämpft und für „Ideale" angetreten ist. Song My wird in Muskoghee immer noch zur zersetzenden Feindpropaganda, der die eigenen Journalisten, die morbiden Intellektuellen Vorschub leisten. Wenn der „Spiegel" (s. o.) schreibt, man halte hier den Kopf nach wie vor hoch und denke gar nicht an Scham, sowie, daß „naturrechtgetränktes Staatsgefühl und Missionsbewußtsein nicht etwa gegen die Grausamkeit (immunisierten), sondern gegen die Proteste der zweifelnden Minderheit, die sich gegen die Grausamkeit empört" (S. 128), dann trifft er damit eine Teilwahrheit. Die weitergehende ist, daß Amerikas Selbstbewußtsein in der Selbstgerechtigkeit zu suchen ist, mit der es den Anspruch, gegen Kommunismus und für Zivilisation einzutreten, seit jeher zur Ideologie benutzt bzw. hingenommen hat, mit der die wahren Interessen verschleiert wurden und werden. Diese Ideologie hat in der Tat eine lange Tradition, die wenigstens bis zum Krieg gegen Spanien um Kuba und gegen Kolumbien um die Landenge des späteren Panama zurückreicht. Seit dem Zweiten Weltkrieg gesellten sich Libanon, Dominikanische Republik, Schweinebucht und Vietnam dazu.

Bei all dem ist das Selbstverständnis der Amerikaner noch weitgehend ungebrochen, denn auch die moralische Empörung über Vietnam-Greuel hat zwar bislang schon immerhin zu psychologisierenden Betrachtungen geführt, die von einer Brutalisierung der amerikanischen Nation sprechen (vgl. hierzu die Äußerungen des Senators McGovern, zit. in: Frankfurter Rundschau v. 2. 12. 1969), gleichwohl ist Amerika in den Vietnamkrieg „hineingestolpert" — eine Einstellung, die der Analyse noch tiefer liegender Ursachen schwerlich Raum läßt.

Noch nicht einmal so weit gediehen ist jedoch der Lernprozeß im ländlichen Mittleren Westen, wo die Reaktion sich erst zu verstärken beginnt. Die Kunde vom Ende des amerikanischen Mythos ist noch nicht bis hierher gedrungen. Nicht nur geographisch liegt Muskoghee 2000 Kilometer weit von den Metropolen an Ost- und Westküste entfernt.

Jürgen Ostrowsky

Viel Kontinuität, wenig Erneuerung in der „Deutschlandpolitik"

Von Franz Ahrens

In den nachfolgenden Beiträgen befassen sich Franz Ahrens und Harold Rasch mit der Politik der Regierung Brandt/Scheel gegenüber der DDR. Während Ahrens den Widersprüchen zwischen der verbalen Zurkenntnisnahme der DDR-Staatlichkeit und dem bisherigen Ausbleiben der politischen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis nachgeht, legt Rasch dar, welcher Art diese praktischen Konsequenzen sein müßten. Beide Autoren dringen auf die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung.

Das Interview des Bundeskanzlers mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 27./28. Dezember 1969 und die Ausführungen des Bundesaußenministers zum Jahresende 1969 im Magazin „Der Spiegel" waren nicht geeignet, die Feststellungen von Franz Ahrens — „Viel Kontinuität, wenig Erneuerung" — zu entkräften. Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit die für den 14. Januar zu erwartende Erklärung des Bundeskanzlers „Zur Lage der Nation" und seine angekündigte Antwort auf den von der DDR am 17. Dezember 1969 vorgelegten „Entwurf eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD" neue Akzente setzt.

In der Rubrik „Dokumente zum Zeitgeschehen" dieses Heftes veröffentlichen wir den Wortlaut des Briefwechsels zwischen Walter Ulbricht und Gustav Heinemann sowie den Wortlaut des Vertragsentwurfes der DDR. D. Red.

> *„Die Politik dieser Regierung wird im Zeichen der Kontinuität und im Zeichen der Erneuerung stehen" (zweiter Satz aus der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969).*

I

Hundert Tage gesteht man gewöhnlich einer neuen Regierung zu, festen Grund unter die Füße zu bekommen und Klarheit über ihren Kurs zu entwickeln. Die „hundert Tage" der SPD/FDP-Koalition in Bonn neigen sich dem Ende zu. Bundeskanzler Brandt hat in seiner Regierungserklärung „Erneuerung" versprochen — zugleich, genauer gesagt: zuvor — aber auch „Kontinuität". Was die seitherige Regierungspolitik gegenüber der DDR angeht, so hat sie leider Befürchtungen kaum entkräften können, da sei im Grunde Unvereinbares versprochen worden. „Kontinuität" in einer derart verfehlten, offenkundig gescheiterten Politik wie der, die alle CDU-geführten Regierungen Bonns gegen die DDR betrieben haben, ist der Tod jeder echten Erneuerung.

Wenn Brandt und Scheel sich zu dem Versuch verleiten lassen, die Adenauersche Ostpoltik zu modernisieren, statt uns endlich von ihr zu befreien, werden sie nicht nur von den sozialistischen Ländern, sondern leicht auch von ihren vor den Kopf gestoßenen Wählern Ablehnung einhandeln. Die CDU beginnt sich, wie die letzten Wochen zeigen, bereits mit Genugtuung auf ein solches Scheitern der Regie-

rung Brandt/Scheel einzurichten. Weder Sozialdemokraten noch Liberale noch irgend jemand unter den Millionen Wählern, die für Wandel in Bonn gestimmt haben, können aus einer Fortsetzung der CDU-Politik mit (womöglich nicht einmal) anderen Mitteln Nutzen ziehen. Alle Chancen des Regierungswechsels setzen Kurskorrekturen voraus. Diese Chancen dürfen nicht vertan werden.

Die letzten Wochen haben bestätigt, was eigentlich nicht überraschen kann: Die neue Regierung wird von jenen Passagen ihrer Regierungserklärung, die neu waren oder von dem auf Hoffnung gestimmten Ohr des Wählers als neu verstanden wurden, vieles nur verwirklichen, wenn die, die sie gewählt haben, sie dazu drängen. Schonfrist gewähren mit tatenlosem Abwarten gleichzusetzen, könnte sehr unerwünschte Ergebnisse haben.

Erinnern wir uns an den Beginn der DDR-Politik Bundeskanzler Brandts. In der Regierungserklärung steht: „Die Bundesregierung setzt die im Dezember 1966 eingeleitete Politik fort und bietet dem Ministerrat der DDR erneut Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein."

Das war die entscheidende Aussage. Sie machte in der Weltpresse Furore und erzeugte selbst in den Reihen durchaus kritischer junger Sozialdemokraten beträchtliche Verwirrung und Illusionen. So befand beispielsweise ein Delegierter auf der Landeskonferenz der schleswig-holsteinischen Jungsozialisten am 23. November 1969 in Eutin, daß „die bisherigen politisch-formalen Vorstellungen der Jungsozialisten bezüglich des Verhältnisses zur DDR weitgehend Bestandteil der offiziellen Regierungspolitik geworden sind" (laut „Frankfurter Rundschau" vom 25. November 1969). Dabei wurden die Vorstellungen der schleswig-holsteinischen Jungsozialisten auch auf diesem Kongreß noch einmal in einem Beschluß zusammengefaßt, der den „Abschluß eines völkerrechtlich wirksamen Vertrages zwischen den beiden deutschen Staaten (für) unumgänglich" hält. Ein solcher Vertrag — der von den Jungsozialisten als erste Phase in einem Stufenplan vorgesehen ist — solle enthalten: gegenseitige Anerkennung als gleichberechtigte souveräne Staaten deutscher Nation, die Erklärung, daß ab sofort keine gegenseitige Beeinträchtigung im Verhalten beider deutscher Staaten zu ausländischen Staaten mehr erfolgen wird u. ä. mehr. Es fällt schwer, solche Forderungen im Einklang mit der Erklärung der Bundesregierung zu sehen.

Die Diskussionen auf dem Münchner Bundeskongreß der Jungsozialisten (5. bis 7. Dezember 1969), die erneut die Forderung nach voller Anerkennung der Souveränität der DDR brachten, und die Reaktion des Parteivorstands darauf zeigen die verschiedenen Standpunkte in klarerem Licht. Der SPD-Kanzler wäre gut beraten, mehr auf die Forderungen der jungen Generation in seiner Partei als auf die der CDU/CSU zu hören. Was kann die Bundesregierung sich davon versprechen, wenn sie, beispielsweise, selbst einen so bescheidenen Schritt zum Realismus hin wie die verbale Zurkenntnisnahme, daß ein Staat DDR existiert, in dem allen bundesdeutschen Zeitungslesern gratis beigelegten Sonderdruck über das Regierungsprogramm überhaupt nicht erwähnt?

Es war zunächst immer wieder als neu herausgestellt worden, daß diese Regierung erstmals von „zwei Staaten in Deutschland" sprach und die DDR auch DDR

nannte, und gar ohne Gänsefüßchen oder das Beiwort sogenannte; daß sie nicht mehr von „Zone", „Gebilde", „SBZ", „Soffjetzone" sprach, wie es Brandts Vorgänger Adenauer, Erhard und Kiesinger und eben auch verantwortliche SPD-Politiker Jahrzeznte hindurch taten. Für viele der Wähler, die ihre Stimme für eine neue Bonner Politik abgegeben haben, ist es freilich enttäuschend, bisher lediglich mit einem Halbsatz abgespeist zu werden, der nur die verspätete Einsicht in Unabänderliches andeutet, ohne daß bisher entsprechende politische Konsequenzen im Verhalten gegenüber diesem Staat DDR sichtbar geworden wären.

Ist heute nicht allein schon der Gebrauch des Etiketts „Deutschlandpolitik" ein Relikt? Diese Einsicht klingt selbst bei einem der DDR-Sympathie so unverdächtigen SPD-Politiker wie Klaus Schütz an, wenn er fragt: „Ist sie (die DDR) Gegenstand der Ostpolitik? Sie ist es nicht — nach dem Verständnis vieler bei uns ... Nach unserer staatsrechtlichen Vorstellung fällt sie sozusagen in die Zuständigkeit des Innenministeriums. Selbstverständlich ist das lächerlich. Aber es ist präzise unsere staatsrechtliche Auffassung. Die Diskrepanz zwischen ihr und der politischen Wirklichkeit ist evident. Und längst hat sich die Bundesrepublik der Wirklichkeit anzupassen bemüht. Sie hat die die DDR betreffenden Angelegenheiten dem gesamtdeutschen Ministerium überschrieben. Aber diese administrative Regelung hat die Wirklichkeit, die unbequeme, weder verändert noch gar verscheucht."

Ebensowenig — wäre hinzuzufügen — kann man der Realität durch die Namensänderung von „gesamtdeutsche Fragen" zu „innerdeutsche Beziehungen" gerecht werden, die nach Schütz' vor den Wahlen niedergeschriebenen Feststellungen (in: Außenpolitik nach der Wahl des 6. Bundestages, Opladen 1969) vorgenommen wurde. Politik gegenüber der DDR als „Deutschlandpolitik" säuberlich zu unterscheiden von der Ostpolitik — schon mit dieser Gewohnheit verstrickt man sich hoffnungslos in die Vorurteile und Illusionen der Adenauer-Zeit.

In offenbar gewollter Nebelhaftigkeit hat Willy Brandt das Wort von den „Zeichen der Kontinuität und der Erneuerung" in den Raum gestellt. Das Rätselraten über die Proportion der beiden einander — zumindest in der „Deutschlandpolitik" — im Grunde ausschließenden Kategorien überläßt er getrost seinen Anhängern, Kritikern und Gegnern. Doch so wenig man ein Halteverbotsschild neben ein Parkzeichen setzen kann, so gewiß wird die Bundesregierung bald klarlegen müssen, ob sie die Zeichen für freie Fahrt zur Erneuerung oder das Stop-Zeichen der kontinuierlichen Reaktion gesetzt wissen will.

In der berechtigten Freude darüber, daß nach zwanzig Jahren endlich einmal die CDU nicht den Kanzler stellt, haben viele das Wort „Kontinuität" in Brandts Regierungsprogramm überhaupt nicht wahrgenommen. Sie haben immer nur „Erneuerung" gehört. Es gibt auch nicht wenige, die meinen: „Nun laß den Willy Brandt doch erstmal machen. Alles auf einmal, was in zwanzigjähriger CDU-Herrschaft verbockt worden ist, kann er auch nicht sofort hinbiegen." Sie meinen gar, das Wort von der Kontinuität sei nur gefallen, um es nicht gleich mit allen zu verderben. „Ihr werdet schon sehen, daß Willy Brandt nur die Erneuerung im Sinn hat."

Solches Wunschdenken ist gefährlich. Es verleitet dazu, durch Abwarten und Stillhalten dem Druck der Rechten auf die Bundesregierung freies Spiel zu lassen. Demokratische Reformen, also auch eine Neuorientierung der Außenpolitik, sind ohne den Druck, ohne die aktive Teilnahme der Bevölkerung unmöglich.

II

Prüfen wir die Brandt/Scheel-Regierung an ihren eigenen Worten und Taten der ersten Wochen und Monate darauf hin, ob Kontinuität oder Erneuerung den Vorrang hat.

Brandt selbst hat in seiner Regierungserklärung einen interessanten Hinweis gegeben, der übrigens ebenfalls nicht in der Kurzfassung für den kleinen Mann enthalten ist. Die Politik dieser Bundesregierung, so sagte Brandt, „knüpft an die Friedensnote vom März 1966 und die Regierungserklärung vom Dezember 1966 an. Der Wille zur Kontinuität und konsequenter Weiterentwicklung gestattet es, auf Wiederholungen zu verzichten."

Uns erscheint es ratsam, nicht auf diese „Wiederholungen" zu verzichten. Im März 1966 war bekanntlich Erhard noch Regierungschef. In seiner sogenannten Friedensnote vom 25. März 1966, zu der Brandt die ungebrochene Verbindung gewährt wissen will, heißt es wörtlich, „daß Deutschland völkerrechtlich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht"! Herbert Wehner versicherte als Sprecher der SPD-Fraktion damals die volle Zustimmung zur Erhard-Note mit den Worten: „Dabei kann sich die Bundesregierung auf die Unterstützung der Sozialdemokratie verlassen." Er hielt in diesem Zusammenhang sogar die absurde Vermutung für angebracht, die Sowjetunion verfolge mit dem Atomwaffensperrvertrag (!) „eigentlich nur das Ziel, den von uns losgetrennten Teil Deutschlands in eine völkerrechtliche Parität zur Bundesrepublik Deutschland zu bringen".

In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966, zu der Willy Brandt — damals bekanntlich Vizekanzler — gleichfalls die Kontinuität gewährt wissen will, heißt es noch deutlicher: „Auch diese Bundesregierung betrachtet sich als die einzige deutsche Regierung, die frei, rechtmäßig und demokratisch gewählt und daher berechtigt ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen."

Mag für alle Wort-Zitate noch gelten, dieses oder jenes habe Willy Brandt anders gemeint, so verliert solche Hoffnung viel von ihrer Überzeugungskraft, wenn man sich den Katalog der ersten Taten (und Unterlassungen) der Brandt-Scheel-Regierung vor Augen führt: Kaum hatte die Bundesregierung das Tabu von den „zwei deutschen Staaten" gebrochen, da setzte eine hemmungslose Druckkampagne seitens der CDU/CSU und ihrer großkapitalistischen Hintermänner ein. Sogleich zuckte die Regierung zurück. Außenminister Scheel gab in einer Anweisung an die Mitarbeiter des diplomatischen Dienstes die Parole aus, dritten Staaten auch künftig nahezulegen, auf eine Anerkennung der DDR zu verzichten. „Es solle versucht werden, die Fragen der Außenbeziehungen der DDR als Mittel zur Förderung eines innerdeutschen modus vivendi nutzbar zu machen." Wie kann man so etwas ehrlicherweise anders nennen als Erpressung, als Einmischung in die Angelegenheiten der DDR ebenso wie anderer souveräner Staaten, die geregelte Beziehungen mit ihr wünschen? Die Diskrepanz zu Scheels Wahlkampfversprechen, die Hallstein-Doktrin abzuschaffen, liegt auf der Hand. Triumphierend schreibt zu solchen Vorgängen der erzkonservative „Rheinische Merkur" am 14. November 1969: „Die Sicherungen, die man bei der Regierungserklärung leichtsinnig außer acht gelassen hat, müssen jetzt in peinlichen Rückzugsgefechten wieder eingebaut werden. Das Musterbeispiel sind Scheels nachgeschobene Anweisungen für den Auswärtigen Dienst, in denen er seine Wahlkampfankündigung von der Aufgabe der Hallstein-Doktrin zurücknehmen mußte."

Angesichts der Hoffnungen und Versprechungen auf Wandel ist es bestürzend, verfolgen zu müssen, wie die Haltung der neuen Koalition gegenüber der DDR schon in den ersten Wochen in der Hartnäckigkeit purer Negation — wenn auch durch schöne Worte überdeckt — zu erstarren droht. Ist es Bundeskanzler Brandt gleichgültig, wenn allenthalben der Eindruck entstehen muß, der Weisheit letzter Schluß nicht nur der Ost-, sondern der gesamten Außen- und Militärpolitik seiner Bundesregierung sei die Verhinderung der DDR-Anerkennung? Ob in der NATO-Ministerratsitzung Ergebenheit gelobt wird, ob in Den Haag über die EWG konferiert, ob der Atomsperrvertrag endlich unterschrieben [1]), ob über die Möglichkeiten einer europäischen Sicherheitskonferenz gesprochen, ob auf den von der DDR vorgelegten Vertragsentwurf über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen reagiert wird — stets legt die Bundesregierung ganz besonderen Wert auf die Versicherung, eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR komme nicht in Frage. Entsprechend scheint die innenpolitische Hauptaufgabe der Partei- und Regierungssprecher mehr als selbst unter den CDU-Kanzlern das Dementieren, Bekämpfen, Verurteilen aller Initiativen, Beschlüsse, Äußerungen zu sein, die auch nur entfernt die völkerrechtliche Anerkennung der DDR anklingen lassen.

Es ist erstaunlich, daß die neue Regierung zwar ihren Wunsch nach Verbesserung der internationalen Stellung der Bundesrepublik mit Nachdruck betont, aber bisher nicht einmal der Gedanke in Bonn laut wird, sich endlich um eine Mitgliedschaft im Plenum der Vereinten Nationen zu bemühen. Offenbar blockiert auch hier die Furcht vor Anerkennung der DDR, die seit langem den Beitritt beider Staaten vorgeschlagen hat, eine notwendige Kurskorrektur. Was gegenüber der Weltorganisation der UNO zu beobachten ist, wiederholt sich auf europäischer Ebene, wo die grundlegenden, kontinentalen Probleme und Möglichkeiten einer umfassenden Sicherheitskonferenz sich für Bonn immer noch auf deutsche Nabelschau reduzieren: die Sorge um die Vermeidung des Notwendigen, der Anerkennung der völkerrechtlichen Realität der DDR. Solche Beispiele, die sich leider leicht vermehren ließen, zeigen, daß sich die Waage bedenklich auf die Seite der Kontinuität neigt.

Der Spielraum der „Argumente", die man in Bonn gegen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR immer noch ins Feld führt, schrumpft zusehends. Neben das auch schon bald abgestandene Argument, die beiden deutschen Staaten seien „füreinander nicht Ausland", tritt jetzt vornehmlich dies: „Ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein".

Was ist dran an diesem „Ausland-Vokabular"? Zum ersten: Man sage uns doch endlich einmal, wer von seiten der DDR oder wer von denen, die in der Bundesrepublik aus wohlverstandenem Eigentinteresse und aus Gründen der europäischen Sicherheit die völkerrechtliche Anerkennung für notwendig halten, die gegenseitige Anerkennung als Ausland verlangt hat! Zum zweiten: Die Bundesregierung hat bisher nie schlüssig die Gegenfrage beantwortet, ob sie denn etwa die DDR als Inland betrachtet wissen will. Die Meinung des SPD-Politikers Schütz dazu wurde hier schon angeführt. Solange Bonn schweigt, muß man annehmen, es sieht die DDR als Inland an, mit allen daraus entspringenden Weiterungen. Die Bundesregierung muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie damit ein Einmischungsrecht impliziert; daß sie darauf abzielt, sich im Falle eines Grenzkonfliktes jede „Einmischung" internationaler Friedensorganisationen wie zum Beispiel der UNO unter Hinweis auf „innere Auseinandersetzungen" verbitten zu können.

[1]) Was die atomare Politik betrifft, so erklärte Helmut Schmidt in Springers „Welt am Sonntag", es haben sich „bei uns durch den Regierungswechsel keine Veränderungen ergeben" (lt. DVZ vom 14. 11. 1969).

Daß in Kreisen der Rechten, nicht nur der CDU/CSU, auf solche Möglichkeiten spekuliert wird, ist oft bezeugt worden. Eine der neuesten Stimmen, die für die unveränderliche Lebendigkeit solcher Spekulationen sprechen, ist die des CDU-Landtagsabgeordneten Wilfried Böhm, der (lt. „Fuldaer Volkszeitung" vom 21. Oktober 1969) gegen die Anerkennungsforderung geltend machte: „Es dürften keine Fakten geschaffen werden, die bei veränderter weltpolitischer Situation eine sich bietende Chance zur Wiedervereinigung nicht mehr nutzen lassen." (Besonders bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß neuerdings eine Studie des Kieler Ordinarius für internationales Recht, Prof. Eberhard Menzel, ganz offen in die gleiche Spekulation mündet. Dabei wird der Aufsatz, erschienen in „Politik" 3-4/69, Zeitschrift des „Kuratorium unteilbares Deutschland", von der Redaktion als „die nüchterne Analyse des Wissenschaftlers" gepriesen. Tatsächlich geht es Menzel um den Eindruck realistischer Nüchternheit, denn er zerpflückt ziemlich radikal die bisherigen Erscheinungsformen der ostpolitischen Dogmen Bonns, bevor er sie dann von neuem begründet. Von Menzels Thesen wird noch zu reden sein.)

Über dem Gerede vom „Ausland" werden die tatsächlichen Probleme gern vergessen. Dem emotionalen „die Brüder und Schwester drüben dürfen für uns nicht Ausländer sein" muß nüchtern entgegengehalten werden: stellen wir doch erst einmal solche Verhältnisse her, wie sie beispielsweise gegenüber Frankreich oder Italien (beide Länder sind ja nun wirklich Ausland) üblich sind. Der freie Reiseverkehr, die Touristik usw. war mit diesen Ländern auch erst nach vorausgegangener Aufnahme normaler Beziehungen möglich.

Natürlich können zwischenstaatliche Beziehungen von unterschiedlicher Art sein. Sie können schlecht oder gut, frostig oder warmherzig sein, aus reinem Zweckdenken oder aus dem Gefühl der Verbundenheit heraus erwachsen, vom Feind- oder Freunddenken erfüllt sein. Für alle Arten lassen sich beliebige Beispiele aus dem breiten Fächer der Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Staaten nennen. Der Wärmegrad der Beziehungen hängt dabei keineswegs ausschließlich vom Charakter der Gesellschaftsstruktur ab.

Wenn aber schon betont wird, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten seien von „besonderer Art", dann kann man das doch nur in einem Sinne tatsächlich gelten lassen: Das Besondere wäre wohl darin zu suchen, daß Beziehungen zwischen Staaten gleicher Nation besonders gut sein müßten, besonders gepflegt werden sollten, so wie zwischen Brüdern und Schwestern, um einmal das vielstrapazierte Gefühlsklischee zu gebrauchen.

Wenn demnach mit „besonderer Art" gemeint sein soll, daß die Beziehungen zwischen Staaten gleicher Nation besser sein müßten als zwischen Staaten verschiedener Nation, kann man damit einverstanden sein. Das aber ist absolut kein Hinderungsgrund für die völkerrechtliche Anerkennung. Im Gegenteil, es verpflichtet geradezu, so schnell wie möglich dafür zu sorgen, die Beziehungen zum anderen Staat gleicher Nation zunächst mindestens auf den Stand zu bringen, wie sie die Bundesrepublik zu so vielen Staaten anderer Nationen unterhält, das heißt zur völkerrechtlichen Anerkennung, entsprechend den Prinzipien der Friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Erst wer dieses Minimum an völkerrechtlichen Selbstverständlichkeiten herstellt, hat das Recht, auf „Besonderheiten" hinzuweisen. Sonst erweckt er den Verdacht, er gebrauche nur Ausflüchte, um unter neuen Phrasen alte Alleinvertretungsansprüche aufrecht zu erhalten. Wer auf „Besonderheiten" pocht, täte gut daran, zuerst einmal sich der besonderen Verantwortung bewußt zu werden, die jede deutsche Regierung für die Sicherung des Friedens in Europa zu tragen hat.

III

Alles in allem: die Überschau über die Worte und Taten bzw. Unterlassungen in den ersten Wochen und Monaten seit dem Regierungswechsel bestätigt, was auch Kommentatoren großer Presse- und Rundfunkorgane in gar nicht bös gemeinter Absicht zum Ausdruck brachten: Mit der Brandt/Scheel-Regierung ist die Ära Adenauer bisher keineswegs zu Ende gegangen. Ganz in diesem Sinne sprach dann auch bereits die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 30. Oktober 1969 von der Kontinuität der Deutschlandpolitik von Adenauer bis Herbert Wehner.

Dennoch gibt es einige Verwirrung in der Öffentlichkeit. Mancher sieht nicht mehr den Unterschied zwischen den Positionen der Anerkennungsbefürworter und der Anerkennungsgegner. Anerkennung „zweier deutscher Staaten", angebotene „Gespräche auf Ministerebene", Forderung nach „geregeltem Nebeneinander", Schaffung von „Erleichterungen für die Menschen drüben" — ja, so sagt man, kann denn die Bundesregierung mehr anbieten? Ist denn das alles nicht ebenso gut oder ebensoviel wie völkerrechtliche Anerkennung? Wo ist überhaupt noch ein Unterschied zwischen staatlicher und völkerrechtlicher Anerkennung? Ein Streit um Worte? In der Tat, in dieser Hektik babylonischer Sprachverwirrung erscheint das Beharren auf völkerrechtlicher Anerkennung wie Sturheit, wie das Rekapitulieren von „dem Fischer siner Fru", die nie genug kriegen konnte. Und genau auf diesen Effekt zielt offenbar die reichliche Verwendung neuer Vokabeln bei in der Sache noch unverändertem Kurs.

In diesem Sinne läßt sich auch erklären, daß Prof. Menzel in seinem bereits genannten Aufsatz nach weit ausgreifenden Vorüberlegungen schließlich hauptsächlich e i n e praktische Konsequenz empfiehlt: die angeblich grundlegenden Wandlungen der Bonner DDR-Politik müßten mit aller Energie der Öffentlichkeit bewußt gemacht werden. Nachdem Menzels Ausführungen de facto geradezu bestätigen, daß die Grundlagen sich nicht geändert haben, bleibt von seiner Forderung der propagandistische Aspekt. Interessant, daß die erreichte Verwirrung der Öffentlichkeit als noch nicht ausreichend angesehen wird.

„Analysen", die in derart absurden Alternativen enden wie die Menzels („nicht die Anerkennungsfrage ist das entscheidende Problem, sondern die europäische Sicherheit"), werden es freilich schwer haben, auf Dauer gegen die Einsicht der Menschen in die realen Verhältnisse anzukommen. Ist es mehr als ein zynisches Spiel mit Worten, wenn ein Wissenschaftler eine Ostpolitik als „neu" preist (Hallstein-Doktrin und Alleinvertretungsanspruch totsagt), deren Wesen er doch permanent im besten Adenauer-Verständnis bestimmt: „Nichtanerkennungspolitik (erweist sich) als ein politisches Pfand gegenüber der Machtausweitung des sowjetischen Blocks im Herzen Europas ... Gegenüber dem faktischen Vorgehen der Sowjetunion, das die Westmächte nicht zu verhindern vermochten, halten sie wenigstens dieses Pfand in der Hand" ... „Die Tatsache, daß die Nichtanerkennungspolitik in der Deutschlandfrage keine Erfolge gebracht hat, besagt noch lange nicht, daß durch eine plötzlich gewährte Anerkennung ein besseres Ergebnis erzielt würde ... Es fehlt offensichtlich an jeglicher Gegenleistung."

Nur konsequent ist es da, wenn Menzel auf die alte, lebensgefährliche Spekulation auf „bessere Zeiten" zu sprechen kommt, in denen man die DDR doch noch liquidieren könne: „Das entscheidende Problem ist die europäische Sicherheit. Wenn es gelingt, den Frieden in Europa gewissermaßen zu institutionalisieren, dann entsteht eine völlig andere Atmosphäre, dann kann es sogar sein, daß die Sowjetunion die DDR als vorgeschobene Bastion im Herzen Europas nicht mehr benötigt!"

Man wird einsehen müssen, besser früher als zu spät: Es geht bei der Anerkennungsforderung in erster Linie gar nicht um ein Verlangen der DDR. Es geht um unsere eigenen bundesdeutschen Belange. Das kann nicht oft genug betont werden. Für uns in der Bundesrepublik ist es lebensnotwendig, das Verhältnis zum anderen deutschen Staat, der nun einmal entstanden ist, man mag ihn leiden oder nicht, zu normalisieren. Das ist — in aller Nüchternheit — im Herzen Europas eine Frage der Alternative Krieg oder Frieden.

Es wird übrigens keineswegs ein Kniefall von der Bundesregierung verlangt, der DDR auf einem silbernen Tablett die Anerkennung darzubringen. Verlangt wird nur, was eigentlich für Bonn selbstverständlich sein sollte: daß die Verträge, die zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten abzuschließen sind, von keiner Seite in ihrer vollen, eben völkerrechtlichen Gültigkeit bestritten, etwa nach Wunsch einseitig für nichtig erklärt werden können.

Es geht nicht an, daß Bonn die DDR noch länger nach der Art eines windigen Hausierers behandelt, der mündliche Zusagen macht, die hinterher keine rechtliche Gültigkeit haben. Abkommen über die Anerkennung der bestehenden Grenzen, über die gegenseitige Respektierung der Souveränität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, über Gewaltverzicht müssen auf völkerrechtlich gültiger Grundlage abgeschlossen werden. Denn beide deutsche Staaten sind seit langem Völkerrechtssubjekte, d. h. beide haben mit vielen anderen Staaten ebenfalls völkerrechtsgültige Verträge vielfältiger Art über Grenzen, Reiseverkehr, Kultur- und Wirtschaftsaustausch abgeschlossen, die alle mehr oder weniger auch in Abkommen zwischen den beiden Staaten respektiert werden müssen.

IV

Völkerrechtliche Anerkennung der DDR ist im übrigen kein Ziel einer Entspannungspolitik an sich, kein Endpunkt. Vielmehr ein Ausgangspunkt geregelter Beziehungen guter Nachbarschaft. Mit ihr beginnt überhaupt erst eine Politik des Miteinander. Man kann den Satz von Hans Heinz Holz (in seinem Beitrag „Verschobene Entscheidungen" in Heft 11/1969 der „Blätter für deutsche und internationale Politik") nicht stark genug unterstreichen: „Hier kann also die Anerkennung des Status quo nicht zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden, sondern ist deren Voraussetzung und ein Beweis für die Ehrlichkeit der verkündeten Friedenspolitik." Eine Anerkennung als „Vorleistung" zu deklarieren mit der Hoffnung auf Honorierung, wie auch Prof. Menzel es tut, geht völlig an den Dingen vorbei.

Wer in Zeiten der Hoffnung auf Fairnisse hinweist, wird leicht als Kassandra abgetan. Es geht in dieser Bestandsaufnahme aber notwendigerweise darum, Versäumnisse und Fehlentwicklungen rechtzeitig bewußt zu machen. Nicht, weil die Chancen des Neuanfangs bestritten werden sollen. Vielmehr soll geholfen werden, den Weg, den zu beschreiten der Regierung schwer genug fällt, freizuräumen.

Dieser aus dem Wählerentscheid des 28. September 1969 hervorgegangenen SPD/FDP-Regierung muß schon darum Erfolg gewünscht werden, damit die CDU/CSU und deren Wurmfortsatz NPD auf die Dauer aus der Regierungsgewalt verdrängt bleiben. Das kann jedoch nur geschehen, wenn diese Regierung dazu gebracht wird, konsequent mit der CDU/CSU-Politik, die zwanzig Jahre lang die Kluft zwischen beiden deutschen Staaten vertieft hat, zu brechen und sich auch nicht als Konkursverwalter dieser bankrotten Politik zu fühlen und zu verhalten.

Nutzen die Realisten nicht die Zeit zu konsequenter Friedenspolitik, so nutzt sie die CDU/CSU für ihre Zwecke. In Illusionen zu verharren, in falschverstandener Toleranz dieser Regierung eine „Schonfrist" zu gewähren, hieße jenen Kräften des Großkapitals, die nach wie vor die Macht in der Bundesrepublik besitzen, die Chance zuzuspielen, eben diese Regierung allein für ihre Zwecke auszunutzen. Schließlich ist diese Bundesregierung keineswegs gegen den Willen maßgebender Kreise der Großbourgeoisie installiert worden. Diese Kreise sehen Grund zu der Hoffnung, daß die neue Regierung die gleiche Politik wie bisher macht, nur besser und geschickter. Diese Kreise geben der Bundesregierung — wie erst jetzt wieder im Leitartikel der Springerschen „Welt" vom 19. Dezember 1969 — die Marschroute, die Politik der Als-ob-Annäherung nur um der Beseitigung der sozialistischen Ordnung der DDR willen zu betreiben, um die „eingefrorene Situation auftauen (zu können) — d. h., die Auseinandersetzung müßte vehementer werden, und in dieser Auseinandersetzung müßte das inferiore SED-System unterliegen." Wobei die „Welt" durchaus einkalkuliert, daß die von ihr gewünschte vehementere Auseinandersetzung zu „bürgerkriegsähnlichen Verwicklungen führt!"

Wir werden sehen, zu welcher Bestandsaufnahme — vor allem zu welchen Konsequenzen — Bundeskanzler Brandt kommt, wenn er am 14. Januar 1970 seinen angekündigten „Bericht zur Lage der Nation" geben wird. Am 29. Januar sind die ersten hundert Tage seiner Regierungszeit um.

Vielleicht könnten ihm die folgenden Worte seines seinerzeitigen Nachfolgers als Bürgermeister von Westberlin, Pastor Heinrich Albertz, bei der Abfassung seines Berichtes helfen (Albertz richtete sie als Referent an die Landeskonferenz der Jungsozialisten Rheinland-Pfalz am 8. November 1969 in Koblenz). Albertz sagte:

„Es gibt bei allen Fragen der europäischen Friedensordnung keine Möglichkeit, die an Ostberlin vorbeigeht. Das ist vor fünf oder zehn Jahren vielleicht ein bißchen anders gewesen. Vielleicht hat damals die Chance bestanden, gewissermaßen von hintenherum bestimmte Beeinflussung vorzunehmen. Heute kann ich nur dringend davor warnen, zu versuchen, deutsche Politik oder europäische Friedenspolitik in der Illusion zu beginnen, man könne das sogenannte sozialistische Lager in irgendeiner Weise auseinanderdividieren.

Der alte Kern ist auch für europäische Friedenspolitik in der breiteren Dimension das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander. Ich möchte sogar sagen, daß der einzige Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zum Frieden in der Welt an dieser Stelle seinen Einstieg hat.

Auch heute noch, nach der Regierungserklärung und der darauffolgenden Debatte, stehen wir in einem philosophischen Streit um das Zauberwort Anerkennung.

Lassen Sie mich dazu in aller Deutlichkeit sagen: Ich habe keine überzeugende Interpretation dessen bekommen, was die verschiedenen Stilarten von ‚Anerkennung', über die heute gestritten wird, bedeuten können. Auszugehen ist davon, daß Machtfaktoren anerkannt werden. Inzwischen hat sich die Philosophie hinaufgesteigert zu der Frage: Anerkennung, aber keine völkerrechtliche. Ich halte auch diese neue Phase der Auseinandersetzung für einen ausgesprochenen ‚Mützenkrieg'. Es hilft uns keinen Schritt weiter. Tatsache ist, daß es sich bei beiden deutschen Staaten um Völkerrechtssubjekte handelt. Tatsache ist, daß also auch jeder Vertrag deshalb völkerrechtliche Relevanz hat. Wer etwas anderes sagt, macht sich und anderen etwas vor."

Zwei Staaten deutscher Nation

Die DDR muß völkerrechtlich anerkannt werden

Von Harold Rasch

In ihrer Erklärung vom 28. Oktober 1969 hat auch die neue Bundesregierung es als ihre Aufgabe bezeichnet, „die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird". Sie will „über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander kommen" und hat dem Ministerrat der DDR „erneut Verhandlungen beiderseits auf der Ebene der Regierungen" angeboten, „die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen". Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR hat jedoch auch sie ausdrücklich abgelehnt. „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein."

I

Die Erklärung der Bundesregierung bringt einen erfreulichen Fortschritt. Das aus den Jahren des Kalten Krieges unter Adenauer stammende, aber auch später noch häufig gehörte Argument, wir könnten und dürften mit der Regierung der DDR nicht verhandeln, weil sie nicht aus „freien Wahlen" hervorgegangen sei, also „demokratischer Legitimation" ermangle, ist endgültig verschwunden. An dem Charakter der DDR als eines souveränen Staates wird nicht mehr gezweifelt.

Umso bedauerlicher ist es, daß auch die Regierung Brandt-Scheel sich nicht dazu hat durchringen können, die Deutsche Demokratische Republik völkerrechtlich anzuerkennen. Was immer die Motive hierfür gewesen sein mögen (wir kommen darauf noch zurück), der Hinweis, Bundesrepublik und DDR seien „füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein", überzeugt jedenfalls nicht.

Die Begriffe Inland und Ausland sind staats- und völkerrechtlicher Natur. Ein Staatsgebiet, das nicht zum Inland gehört, ist Ausland; etwas anderes gibt es nicht. Nicht immer deckt sich die Staatsgrenze in jeder Hinsicht mit der Grenze des Hoheitsgebiets eines Staates (Zollausschlüsse, Zollfreigebiete, Dreimeilenzone), auch gibt es häufig „Beziehungen besonderer Art" zwischen einzelnen Staaten, so etwa zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, Großbritannien einerseits, Kanada, Australien und Neuseeland andererseits oder auch zwischen den Mitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Aber das ändert nichts daran, daß die Beziehungen zwischen souveränen Staaten völkerrechtlichen Charakter tragen, sich nach den Grundsätzen des Völkerrechts richten.

Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, die DDR, wenn wir sie als souveränen Staat betrachten, nicht auch völkerrechtlich anzuerkennen.

Österreich ist ein deutsches Land, niemand bezweifelt das. Aber es ist, seit Kaiser Franz im Jahre 1806 die Krone des „Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation" niedergelegt hat, ein selbständiger Staat und hat als solcher bereits einige Jahre später auf dem Wiener Kongreß eine führende Rolle gespielt. Nur sehr wenige Österreicher würden wohl noch einmal die sieben Jahre des „Anschlusses"

(1938—1945) wiederholen wollen, selbst wenn ein solcher dem Land nicht durch den Staatsvertrag von 1955 unmöglich gemacht wäre.

Die Schweiz gehört zu drei Vierteln zum deutschen Kulturkreis; Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer finden sich in jeder deutschen Literaturgeschichte, heute schreiben Friedrich Dürrenmatt und Max Frisch in unserer Sprache, die beste deutsche Tageszeitung erscheint in Zürich.

Warum sollte es eigentlich nicht zwei Staaten deutscher Nation — zu der sich die Verfassung der DDR selbst bekennt — geben? Die Beseitigung der Naziherrschaft durch den Sieg der Verbündeten im Zweiten Weltkrieg war doch gewiß ein Ereignis von ähnlichem historischen Rang wie der Zusammenbruch des alten Reichs unter den Schlägen Napoleons.

Tatsächlich behandeln wir ja auch in vieler Hinsicht die DDR längst als Ausland. Der Nürnberger Photogroßhändler Porst mag nach geltendem Strafgesetz zu Recht verurteilt worden sein — ganz gewiß wäre er nicht angeklagt worden, wenn er Beziehungen zu einem Sicherheitsdienst im „Inland", in der Bundesrepublik Deutschland also, unterhalten hätte; auch „Geheimnisverrat" zugunsten des anderen Deutschland, den Bundesrepublik wie DDR überall wittern und verfolgen, kann es nur im Verhältnis zum „Ausland", nicht zu einem inländischen Gliedstaat geben. Für das Steuerrecht ist die Deutsche Demokratische Republik ebenfalls „Ausland"; der Bürger der DDR, der in der Bundesrepublik Einkommen und Vermögen hat (solche Fälle gibt es ja), ist hier wie jeder sonstige Wohnsitz-Ausländer nur beschränkt, nicht unbeschränkt steuerpflichtig. Warum sollte dieser Zustand nicht völkerrechtlich legitimiert werden?

Nein, die zunächst von Wilhelm Wolfgang Schütz [1]), dem Geschäftsführenden Vorsitzenden des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland", propagierte und jetzt auch amtlich aufgenommene These, die DDR sei zwar ein selbständiger Staat, aber gleichwohl, da im Verhältnis zur Bundesrepublik kein Ausland, völkerrechtlich nicht anzuerkennen, ist unhaltbar. Herrschte Konrad Adenauer noch in westdeutschen Landen, dann müßten wir sie als simple Bauernfängerei bezeichnen. An dem ehrlichen Wollen der Regierung Brandt-Scheel kann freilich kein Zweifel bestehen. Aber hier fehlt ihnen bisher einfach der Mut, die Konsequenz aus dem von ihnen selbst als richtig Erkannten zu ziehen.

Natürlich werden sich auf manchen Gebieten gesetzgeberische Folgerungen aus einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR ergeben. Die Fiktion einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit etwa wird nicht mehr aufrechtzuhalten sein, aber sie ist ja längst nur noch eine Fiktion ohne realen Hintergrund. Für den bisher „innerdeutschen" Handel werden sich wichtige Probleme stellen, darüber wird man sich in Ost-Berlin sicher im klaren sein. Auch sonst bleibt noch genügend übrig, was Gegenstand „besonderer Regelung" zwischen den beiden deutschen Staaten sein kann, ist die Deutsche Demokratische Republik erst einmal voll anerkannt.

II

Versetzen wir uns — wie jeder Kaufmann, der zu einem Abschluß gelangen will — einen Augenblick in die Lage unseres Verhandlungspartners, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Für diese ist die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung nichts anderes als der Wunsch nach voller Respektierung der Souveränität ihres Staates. Dieser Wunsch ist keine „Maximalforderung", keine Position „Alles oder nichts", wie es der größte Teil unserer Presse darzu-

[1]) Wilhelm Wolfgang Schütz, Deutschland-Memorandum. Eine Denkschrift und ihre Folgen. Fischer-Bücherei 1968.

stellen beliebt, sondern einfach ein Gebot der Selbstachtung. Er ist überhaupt keine Sachforderung, sondern Ausdruck des selbstverständlichen Verlangens, in aller Form für das genommen zu werden, was man ohnehin schon ist: ein souveräner Staat. Die DDR will auf die Dauer nicht minderen Rechts in der Völkergemeinschaft sein als jeder andere Staat. Was kann man ernstlich dagegen einwenden? Das Verhalten unserer Politiker gleicht dem eines Mannes, der mit seinem Nachbarn jahrelang im Streit gelegen hat, sich nun endlich entschließt, ihn zu sich herüberzubitten, um den Streit vernünftig beizulegen, ihm dann aber keinen Stuhl anbietet, sondern ihn vor sich stehen läßt, während er selbst sich in einen bequemen Sessel setzt. Nirgendwo in der Welt ist ein derartiges Verhalten üblich, weder unter „Kapitalisten" noch in sozialistisch regierten Ländern. Es sollte auch im Verhältnis zwischen zwei Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen, wie es Bundesrepublik und DDR sind, nicht länger praktiziert werden.

III

Aber wir wünschen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR natürlich nicht etwa deshalb, weil diese sie verlangt; wir denken nicht daran, „vor Ulbricht zu kapitulieren". Wir wünschen die Anerkennung, weil sie unseren eigenen Interessen, den Interessen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bürger, den Interessen unser aller entspricht.

Niemand gibt sich der Illusion hin, daß eine formelle Normalisierung unserer Beziehungen zur DDR als solche bereits eine sachliche Lösung der innerdeutschen Probleme darstelle. Aber die Gegner dieser Normalisierung verkennen die Lage, wenn sie sagen, „von den Befürwortern einer Anerkennung der ‚DDR' sei bisher kein stichhaltiger Grund genannt worden, weshalb Ost-Berlin ausgerechnet nach vollzogener Anerkennung darangehen sollte, den so beharrlich vertieften Graben zwischen ‚zwei total getrennten Staaten' (Albert Norden) wieder zuzuschütten" [2]). Nicht uns trifft die Beweislast für die Wahrscheinlichkeit eines materiellen Erfolges einer Anerkennung der DDR, sondern umgekehrt liegt es: Wer nicht bereit ist, mit einem seiner Nachbarn dieselben normalen Beziehungen wie mit allen anderen zu unterhalten, der muß seinerseits für die politische Berechtigung eines so ungewöhnlichen Verhaltens überzeugende Gründe beibringen. Der Hinweis auf die „Gefahr einer unzeitigen Verfestigung antagonistischer Positionen" [3]), die Gefahr einer „Zementierung der deutschen Teilung", wie unsere Politiker zu sagen pflegen, stellt keine überzeugende Rechtfertigung dar: zwanzig Jahre „Nichtanerkennungspolitik" haben die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten doch wohl nur vertieft. Im Gegenteil: alle Lebenserfahrung spricht dafür, daß jemand, der von der Gesellschaft respektiert wird, sich verträglicher und aufrichtiger benimmt als jemand, der von ihr in ein Getto verbannt ist.

Wer einen Gegner nicht aus dem Wege räumen oder mattsetzen kann, der muß mit ihm sprechen, und wir können — glücklicherweise — nun einmal die DDR nicht beseitigen. Jedes Gespräch, jeder Kontakt ist, was immer das Ergebnis sein möge, besser als die Fortdauer eines Zustandes organisierter Friedlosigkeit mit ihren ständigen Spannungen. Und daß innerdeutsche Gespräche auf längere Zeit gar nichts zustande bringen sollten, das kann doch gewiß nicht angenommen werden. Tatsächlich wollen wir ja auch über alle möglichen Dinge verhandeln, versprechen uns also offenbar sachliche Ergebnisse. Dann müssen wir den Verhandlungspartner auch in aller Form als ebenbürtig anerkennen.

[2]) So statt vieler Jens Hacker in den Buchbesprechungen in der FAZ vom 5. Dezember 1969, Nr. 282, S. 12.
[3]) Formulierung von Ulrich Scheuner in dem Sammelwerk „Außenpolitik nach der Wahl des 6. Bundestages", 1969, zitiert in den in Fußnote 2 erwähnten Buchbesprechungen.

Natürlich werden ernste Gespräche mit der DDR die bundesdeutsche Öffentlichkeit in stärkere Berührung mit dem kommunistischen Lager bringen als bisher. Die geistige Auseinandersetzung mit der kommunistischen Welt, die Diskussion über die Vorzüge und Nachteile kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnungen wird zunehmen. Ich habe wiederholt dargelegt, zuletzt in Heft 11/1969 der „Blätter", daß wir eine solche Diskussion nicht zu fürchten haben. Ich begrüße sie sogar, denn bisher machen wir uns die Auseinandersetzung mit den Problemen dieser Welt und der Zukunft unserer Gesellschaft noch allzu bequem. Die bloße Wiederholung und Kommentierung der Formel von der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" unseres Staates wird auf längere Sicht keinesfalls genügen.

Eben hier freilich liegt der tiefere, der wahre Grund dafür, daß die politisch führenden Kreise der Bundesrepublik sich so hartnäckig einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR widersetzen. Die immer wieder beschworene Besorgnis einer „Zementierung der deutschen Teilung" ist nicht nur lediglich vorgeschoben, man wünscht vielmehr die Fortdauer eben dieser Teilung, weil man von einer wirklichen Entspannung für die Erhaltung der eigenen Herrschaft fürchtet, und dem Druck des Establishments können die Politiker, selbst wenn sie es wollten, nur schwer widerstehen. Der Zusammenhang deutscher Außenpolitik mit der Entwicklung der innergesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik ist evident.

IV

Damit erweist sich zugleich, daß der endgültige Durchbruch zu einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik zum Scheitern verurteilt wäre, wenn die Regierung Brandt-Scheel auf Zustimmung der gegenwärtigen Opposition im Bundestag entscheidenden Wert legte. Gewiß wäre an sich eine von allen Parteien gemeinsam getragene Außenpolitik wünschenswert. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber ist eine solche unerreichbar. Mit Männern wie Kurt Georg Kiesinger, dem eifrigen Vorkämpfer eines Kalten Krieges im Außenpolitischen Ausschuß des Bundestags zur Zeit Konrad Adenauers, Rainer Barzel, dem Erfinder des antikommunistischen Komitees „Rettet die Freiheit", Franz-Josef Strauß, dem frühesten Befürworter einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, kann es keine Gemeinsamkeit geben, es sei denn, man einigte sich auf den allerniedrigsten Nenner und damit auf eine Fortsetzung des Immobilismus der Großen Koalition. Und dasselbe gilt für die CDU/CSU überhaupt, weil die sie in erster Linie tragenden Kreise an einer Entspannung der internationalen Lage trotz aller Lippenbekenntnisse gar nicht interessiert sind. Darüber werden sich Brandt und Scheel nicht täuschen dürfen. Mit der Devise „Seid nett zueinander!" werden sie nicht weiterkommen. Kampf ist auf jeden Fall erforderlich, soll nicht der beträchtliche goodwill, mit dem sie ihre Arbeit begonnen haben, rasch wieder verloren gehen. Dann sollte man wenigstens um Dinge kämpfen, für die einzutreten auch lohnt. Die Chance, nach zwanzig Jahren deutscher Teilung endlich einen Anfang mit der Auflockerung der feindlichen Machtblöcke, einer Annäherung der beiden Staaten deutscher Nation machen zu können, ist wahrhaftig eines Einsatzes wert.

Helmut Schmidt und Albert Schnez

Zum heutigen politisch-militärischen Führungskonzept der Bundeswehr

Von Friedhelm Baukloh

„Ein Programm der Modernisierung und der Reformen" hat der neue Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt für die Bundeswehr angekündigt. Es soll „den Notwendigkeiten des Jahrzehnts gerecht werden". In einem Beitrag für den Ende Januar erscheinenden „Bonner Almanach 1970" der Bundesregierung Brandt erklärt Helmut Schmidt, einem Vorausbericht von Springers „Welt" zufolge: „In unserer Zugehörigkeit zum atlantischen Bündnis und in der Weiterführung der deutschen Sicherheitspolitik im Rahmen dieses Bündnisses wird Stetigkeit herrschen". Sein Streben richte sich im Rahmen der NATO auf „einen angemessenen deutschen Verteidigungsbeitrag" [1]), versichert der Minister, der schon bei seiner Amtsübernahme durch ein gemeinsames Abschreiten einer Ehrenkompanie der Bundeswehr zusammen mit seinem Vorgänger Gerhard Schröder auf der Hardthöhe die „Kontinuität" der Wehrpolitik unterstrich, die auch in den dabei gehaltenen Ansprachen des CDU- und des SPD-Politikers zum Ausdruck kam [2]).

Drei wichtige Konferenzen haben inzwischen, im November und Dezember 1969, klar umrissen, daß es Helmut Schmidt allein darum geht, die „Kampfkraft der Bundeswehr" durch „Modernisierung und Reformen" rasch und erheblich zu steigern und jeglicher, etwa von Brandt und Scheel versuchten, Entspannungspolitik einen energischen Riegel vorzuschieben. Er darf dabei mit der Unterstützung der Generalität rechnen und wird publizistisch von der Springerpresse sowie auch von CDU-nahen Wochenzeitungen wie „Christ und Welt" unterstützt, ferner vom „Industriekurier", seit Schmidt den Vorstandsvorsitzenden der Thyssen Röhrenwerke AG, Ernst Wolf Mommsen, zu seinem Rüstungskoordinator machte. Die drei Konferenzen, welche die Ziele und Daten der künftigen Militärpolitik der Bundesrepublik fixierten, waren die Novembertagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Washington, an der Helmut Schmidt teilnahm, dann die NATO-Konferenz in Brüssel, wo Schmidt sich als NATO-„Aktivierer", nach einem Wort seines Freundes, des britischen Verteidigungsministers Denis Healey, „hervortat" [3]), und schließlich die Tagung am 20. und 21. Dezember 1969 in Bergisch Gladbach, wo Helmut Schmidt zusammen mit den höchsten Offizieren der Bundeswehr sowie den Ministern Leber und Ehmke und Rüstungsbeauftragtem Mommsen eine „Bestandsaufnahme der Bundeswehr" durchführte [4]). Bei dieser Tagung akzeptierte Schmidt auch die schon zu Zeiten seines Vorgängers Schröder vom Heeresgeneralinspekteur Schnez vorgelegte Studie „Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres", die anschließend offiziell vom Verteidigungsminister dem Militärkorrespondenten der Springerzeitung „Die Welt" zur auszugsweisen Veröffentlichung übergeben wurde [5]).

---

1) „Die Welt", Hamburg, 3. 1. 1970.
2) Vgl. „Regiert die CDU/CSU weiter mit?", in „Blätter für deutsche und internationale Politik", 12/1969.
3) „Neue Zürcher Zeitung", 11. 12. 1969.
4) „Die Welt", 22. 12. 1969.
5) „Die Welt", 23. 12. 1969.

Einer Beteuerung von Entspannungs- und Gewaltverzichtsabsichten der neuen Bundesregierung steht ein verhärteter militanter Wille, die Führungsposition in der NATO zu erlangen, als Faktum gegenüber. Das läßt sich bei unvoreingenommener Sicht der Dinge nicht mehr leugnen. Verbale Versicherungen hier — harte Tatsachen dort; dieser ungleichwertige Dualismus macht die Verhandlungsposition der Bundesregierung fragwürdig, weil sie ihren Friedenswillen zwar betont, aber im Gegensatz dazu der NATO feste Garantien zu geben bereit ist, daß sie ihre militärische Rüstung rasch steigern will.

„Zu den wichtigsten Signalen" einer „verbesserten" Stellung der Bundeswehr im Rahmen der NATO rechnet durchaus zutreffend der Bonner Korrespondent von „Christ und Welt" und alte Vertraute von Verteidigungsminister Helmut Schmidt, Wolfgang Höpker, „die Sanktionierung der Einsatzplanung für taktische Atomwaffen, die im November in Washington von der Nuklearen Planungsgruppe der NATO verabschiedet worden war. Den auf Vorschlägen Healeys und Schröders beruhenden Plan, der stark auch die Handschrift des deutschen Generalinspekteurs de Maizière trägt, hatte in Washington Helmut Schmidt noch durch eigene Intentionen unterstrichen" [6]). Höpker kommt zu dem Ergebnis: „Endlich erhält das Militärkommando der NATO von den Politikern Richtlinien, nach denen es nuklear disponieren kann". Gerade durch die „klare" — was in diesem Falle heißt: offensive — Richtlinienkompetenz des Nuklearen Planungsstabs, die Helmut Schmidt in Washington bei seinem ersten transatlantischen Auftritt als Bundesverteidigungsminister bewirkt hat, wird, nach Höpker, „die Doktrin der Flexible Response durch Stärkung der Abschreckungsstrategie der Allianz ergänzt". Der Mechanismus eines „Präventiv-Abschreckungsschlags" kann also jetzt vom Nuklearen Planungsstab unter „erleichterten Voraussetzungen" (!) ausgelöst werden. „Ein gefährliches Vakuum füllt sich auf, das allzulange bestanden hat", meint, aus Bundeswehr-NATO-Führungs-Perspektive, Wolfgang Höpker. Im Einklang mit dem so „erfolgreichen" neuen Verteidigungsminister. Wer freilich im Atomzeitalter um den Frieden bangt, wird der Meinung sein, solche Regelungen rufen das mögliche atomare Verhängnis nur schneller herbei und erhöhen damit die Gefahr für die Menschheit.

Nach diesen „Erfolgen" also nahm Helmut Schmidt die Unterschrift Bonns unter den Atomwaffensperrvertrag nicht allzu gewichtig, obwohl sie gewiß nicht ganz in sein Konzept paßt. Aber er war derweil voll beschäftigt, sich auf die NATO-Konferenz im Dezember in Brüssel zu präparieren, die — im Sinne seiner Vorstellungen — sein zweiter großer Triumph werden sollte. Schmidt ging es hier, nach Höpker, in erster Linie darum, die NATO abzuriegeln gegen alle konstruktiven Gedanken, welche ein Eingehen auf eine europäische Sicherheitskonferenz aufgrund der Angebote der Sowjetunion auslösen konnten. „Helmut Schmidt", so berichtete Höpker, der den Minister nach Brüssel begleitet hatte, „lag nicht unbedingt auf der Wellenlänge seines Kabinettskollegen Walter Scheel, der in der Brüsseler Versammlung vor allem ein Forum dafür sah, welches Bonns Politik der Ostannäherung feierlich einsegnen würde". Offensichtlich hat Schmidt die Goodwill-Haltung des Außenministers gegenüber dem Osten mit der gleichen mokanten Ironie registriert wie sein publizistischer Freund und Begleiter Wolfgang Höpker. Schmidt jedenfalls setzte sich durch: „Die NATO ist heute wie gestern ein Militärbündnis ... Auch hier war es Helmut Schmidt, der die in Brüssel versammelten Verteidigungsminister der Allianz daran erinnerte, daß die NATO in erster Linie ein Instrument der Verteidigung ist, also ihrem Zweck nicht entfremdet werden darf". Schmidt erreichte unter anderem konkret, daß der

[6]) Wolfgang Höpker, Das Doppelgesicht der Atlantischen Allianz, in „Christ und Welt", Stuttgart, 12. 12. 1969.

amerikanische Verteidigungsminister Laird die Zusage machte, die USA planten zumindest bis zum Sommer 1971 keine Verminderung ihrer Kampftruppen in Europa. Der britische Verteidigungsminister Healey gab Schmidt die Versicherung, nach noch mit Bonn auszuhandelnden Devisenvereinbarungen werde die britische Rheinarmee den Abzug der kanadischen Truppen aus der Bundesrepublik voll ausgleichen. Schmidt geht es darum, gerade die anglo-amerikanische Truppenpräsenz innerhalb der Bundesrepublik auf optimalem Stand zu halten, weil er darin auch politisch ein wirksames Mittel zur Verhinderung eines europäischen Sicherheitsabkommens mit der Sowjetunion sieht. Zudem ist er im Einklang mit dem Stab der Bundeswehrgeneralität der Ansicht, daß die Bewegungsfreiheit der Bundeswehr im NATO-Rahmen durch möglichst viele, von deutschen Devisen unterhaltene, ausländische NATO-Verbände in der Bundesrepublik gefördert wird. Das verlangt allerdings, wie auch alle anderen Maßnahmen zur „Modernisierung und Reform der Bundeswehr", ganz erhebliche Mehrbelastungen des Bundeshaushalts. Das hat, bei der Bestandsaufnahme am 20. und 21. Dezember in Bergisch Gladbach, Helmut Schmidt aber seinen Generalen ebenso zugestanden wie eine endgültige Definition dessen, was in den siebziger Jahren als Innere Führung praktiziert werden soll [7]).

„Noch nie", so versicherte Dr. Günter W. Schütze, der fünf Jahre beim NATO-Generalsekretariat als Pressesprecher tätig war und jetzt im Bundespresseamt mit NATO-Fragen befaßt ist, sei das Verhältnis zwischen der Generalität der Bundeswehr und dem Verteidigungsminister so „vollkommen harmonisch" gewesen. Schütze sprach im Stabsgebäude des Fla-Raketen-Regiments 13 bei Soest, nach einem Bericht des örtlichen „Soester Anzeigers", über „Politik und Strategie im Atomzeitalter" unter besonderer Berücksichtigung der „Wachablösung" im Bundesverteidigungsministerium. Er versicherte, diesem Bericht zufolge, daß sich der Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt in seinem Verhältnis zur Atombewaffnung von folgendem Prinzip leiten lasse: „Das Element der Politik im Atomzeitalter ist einmal die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen und die Entschlossenheit zum Einsatz, verbunden mit der Überprüfbarkeit der Fähigkeit, diese Waffen an den Feind zu bringen. Hierzu ist eine hervorragend ausgebildete Armee notwendig und der Gleichklang zwischen Volk und Führung Voraussetzung" [8]).

Über die Herstellung des „Gleichklangs zwischen Volk und Führung" hat sich auch der Generalinspekteur des Heeres, General Albert Schnez, zusammen mit seinen Stabsoffizieren, Gedanken gemacht, die in der Studie „Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres" im Juni vorigen Jahres bereits dem damaligen Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder vorgelegt und von diesem mit einem Geheimhaltungsstempel bedacht wurden, den sein Nachfolger Helmut Schmidt im Dezember 1969 „löschen" ließ [9]). Damit hatte Helmut Schmidt die bruchstückweise bereits an die Öffentlichkeit gedrungenen Ideen als „Diskussionsgrundlage", wie er äußerte, akzeptiert. Er hat den Grundgedanken der Studie auf der Tagung in Bergisch Gladbach dann im wesentlichen zugestimmt.

Das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform", das von General Baudissin mit Bundeskanzler Adenauers lebhafter Zustimmung entwickelt wurde, als es zu Beginn der Remilitarisierung der Bundesrepublik darum ging, das Mißtrauen in der Bevölkerung und im Ausland gegen neue deutsche Streitkräfte zu beschwichtigen, sah eine Reihe von Bürgerrechten vor, die auch dem Soldaten — entgegen preußischer Tradition — gewährt werden sollten, sowie auch die parlamentarische

7) Vgl. „Die Welt", 22. 12. 1969.
8) „Soester Anzeiger", 8. 12. 1969.
9) „Die Welt", 23. 12. 1969.

Beschwerdeinstanz des Wehrbeauftragten. Gegen dieses teilweise demokratische Konzept, an das Leute wie Graf Baudissin anfangs geglaubt haben, sprach aber von Anbeginn, daß die überwiegende Mehrheit der in der Bundeswehr wieder ihre Kommandogewalt ausübenden alten Offiziere darin nur, wie es im vergangenen Jahr General Grashey in aller Öffentlichkeit aussprach, eine „Maske" sahen, die man sich „umgetan habe" zur Täuschung der politischen Gegner der Wiederbewaffnung [10]). Und der für das Erziehungs- und Bildungswesen in der Bundeswehr verantwortliche General Karst hat in seinem Buch „Das Bild des Soldaten" [11]), ein völlig entgegengesetztes Denken zum Ziel der Ausbildung in der „Schule der Nation" gemacht. Dennoch gab es gewisse institutionelle und durch das Soldatengesetz geregelte Bürgerrechtsansprüche, auf die sich der Bundeswehrsoldat beziehen kann und die ihm im Zuge der Schmidt-Schnez'schen „Modernisierung und Reform der Bundeswehr" nun genommen werden sollen. Auf diesem Wege ist die Akzeptierung der Schnez-Studie ein wichtiger Meilenstein.

So wie sich Helmut Schmidt mit Ernst Wolf Mommsen als industriellem Rüstungsprogrammierer der Bundeswehr einen Mann sicherte, der schon unter NS-Rüstungsminister Albert Speer „in den letzten Kriegsjahren die ganze eisenverarbeitende Industrie zu steuern hatte", wie er selbst der „Welt" stolz erzählte, so hat auch für die Heeres-Reform der sozialdemokratische Verteidigungsminister sich einen Mann erwählt, der im Kriege als „hundertfünfzigprozentiger Nationalsozialist" galt und seinen Offizierskollegen Hoeffner, welcher sich zu den Widerstandskämpfern des 20. Juli bekannte, kaltblütig denunzierte [12]).

Schon im Soldatengesetz ist die politische Betätigung des Bundeswehrsoldaten freilich eingeschränkt worden. Es heißt dort im Paragraph 15: „Im Dienst darf sich der Soldat nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen. Das Recht des Soldaten, im Gespräch mit Kameraden seine eigene Meinung zu äußern, bleibt unberührt". Das geht Schnez bereits entschieden zu weit. Er fordert in der Denkschrift darum eine „Überprüfung" der politischen Betätigung der Soldaten. „Sie müssen den besonderen Pflichten des Soldaten und den Werten der Grundordnung Rechnung tragen und dürfen die Schlagkraft der Bundeswehr nicht beeinträchtigen" [13]). Gegenüber den jetzigen Lösungen seien „gewisse Einschränkungen" notwendig. Welcher Art diese Einschränkungen sein sollten, verrät die Studie freilich nicht.

Auch der Toleranz gegenüber Andersdenkenden macht die Studie nur ein verbales Kompliment, dem die Einschränkung sogleich folgt: „Wenn allerdings die Grundordnung von Gehorsam und Autorität angetastet wird, hat die Toleranz ein Ende". Bei Verstößen gegen diese „Grundelemente jeder Armee" verlangt der Generalinspekteur des Heeres „entschlossenes und hartes Durchgreifen". Es erhebt sich somit die Frage, ob die Grundordnungen unseres Staates vom Grundgesetz oder von einem — ungeschriebenen und lediglich durch bekannte Traditionen überkommenen — Gesetz „von Gehorsam und Autorität" soldatischen Ursprungs gebildet werden.

General Schnez geht es darum, „dem Dienen seine alte Ehre wiederzugeben". Das verweist nun eindeutig auf den bekannten Traditionskern, dem sich der jetzige Generalinspekteur des Heeres beispielsweise auch von 1933 bis 1945 bedingungslos verbunden fühlte. Es ist, er sagt es unmißverständlich, „der Geist der Kameradschaft, der in den guten Kampfbataillonen und -kompanien des letzten Krieges herrschte". Aber der General beschwört auch, sicherlich völlig kon-

10) Vgl. „Die neue Theorie der Inneren Führung", in „Blätter für deutsche und internationale Politik", 8/1969.
11) Heinz Karst, Das Bild des Soldaten, Boppard am Rhein, 1964.
12) Zit. nach „Deutsche Volks-Zeitung", Düsseldorf, 12. 12. 1969.
13) Dieses und die folgenden Zitate nach „Frankfurter Rundschau" vom 13. 12. 1969.

trär etwa zu Bundespräsident Heinemann, die „höhere Macht" in Verbindung mit Krieg und Frieden, wenn er ausführt: „Stärker als staatsbürgerliche Einsicht beeinflussen die Prüfung zum Soldaten das Zusammengehörigkeitsgefühl zur soldatischen Gruppe sowie die Bindung an eine höhere Macht die soldatische Leistung. Auch amerikanische Untersuchungen aus dem Koreakrieg zeigen dies deutlich".

Das Gefühlsleben des „einfachen Mannes" möchte der Generalinspekteur bei den Streitkräften viel stärker angesprochen wissen als das demokratische Bewußtsein: „Über den Verstand allein kommt man nicht an ihn heran, es ist notwendig, ihn auch über das Gefühl und das Herz anzusprechen. Die erzieherische Einwirkung über das Gefühl bloß deshalb nicht anzuwenden, weil die Gefahr der Unredlichkeit, des Mißbrauchs und der Verführung besteht und weil wir schon einmal mißbraucht wurden, kann ich nicht anerkennen. Wehe, wenn wir hier Lücken lassen, welche dann von falschen Propheten gefüllt werden".

Soweit ideologische Bestandteile der Denkschrift. Sie enthält daneben auch vom gesamten Stab des Heeres erarbeitete praktische „Anregungen" in Fülle, die nun dem neuen Bundesverteidigungsminister zu Zwecken seiner „Bestandsaufnahme der Bundeswehr" willkommen sind. Die Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung — die verbunden wäre mit einer Änderung des Grundgesetzes — findet in der in dieser Studie vorgeschlagenen Form ebenso die grundsätzliche Zustimmung Helmut Schmidts wie der Vorschlag zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten. Das gleiche gilt mit Sicherheit für die Maßnahmen, welche in der Studie zur Einschränkung der öffentlichen Berichterstattungsmöglichkeiten über die Bundeswehr vorgeschlagen werden. Nach der mit ausdrücklicher Billigung von Helmut Schmidt erfolgten auszugsweisen Veröffentlichung aus der Studie in Springers „Welt" [14]) sehen die entsprechenden Wünsche der Generalität im einzelnen folgendermaßen aus: Zur Kriegsdienstverweigerung wird verlangt: „Der Auftrag der Streitkräfte muß im Grundgesetz verdeutlicht werden. Artikel 4, Absatz 3, Satz 1 des Grundgesetzes ist neu so zu fassen, daß als entscheidendes Kriterium für die Anerkennung als Verweigerer des Kriegsdienstes nicht bereits eine leise Regung des Gewissens, sondern nur eine ernste Gewissensnot gilt". Nach allen Schwierigkeiten, die bisher bereits gemacht wurden, um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung entgegen dem Geist des Grundgesetzes einzuschränken, ist der Zynismus dieser Formulierung wahrhaftig so beredt, daß er keines Kommentars bedarf.

Gleichzeitig möchte die militärische Obrigkeit auch wieder voll in den „Genuß" des Bestrafens von Soldaten nach eigenem Gutdünken kommen, aus disziplinarischen Gründen. „Der Artikel 104 GG ist dahingehend zu ergänzen, daß die disziplinare Arreststrafe, soweit sie nicht an Stelle einer strafrechtlich verwirkten Strafe tritt, nicht als Freiheitsentziehung im Sinne dieses Artikels anzusehen ist. Damit bedarf sie künftig keiner richterlichen Genehmigung".

Die Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages soll, der Studie zufolge, so aussehen: „Es erscheint sinnvoller und stärkt das Vertrauensklima, wenn alle Soldaten gehalten sind, sich vor einer Eingabe an den Wehrbeauftragten zuerst an den nächsten Disziplinarvorgesetzten zu wenden". Der wird schon dem Beschwerdeführer die richtige soldatische Auffassung dann wieder beibiegen.

Die „Anregungen" zu einer „vorausschauenden" Pressepolitik der Bundeswehr lesen sich in der Studie so: „Der Truppe ist zu wichtigen, sie berührenden Ereig-

14) Dieses und die folgenden Zitate nach „Die Welt" vom 23. 12. 1969.

nissen rasch eine klare Stellungnahme der Führung zu geben; dies gilt insbesondere dann, wenn Presseveröffentlichungen gezielte Vorwürfe enthalten, die das Vertrauen zum Dienstherren gefährden, Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Führungsmaßnahmen aufkommen lassen oder auf falschen Darstellungen beruhen". Die Stellungnahme soll „den Führungsauftrag des Bundesministers der Verteidigung unverzüglich wirksam werden lassen". Darüber hinaus soll das Verteidigungsministerium gleichsam zum Lehrmeister der Nation werden: „Historisch falsche Schilderungen der soldatischen Vergangenheit durch die Massenmedien" — man weiß, was auf der Hardthöhe darunter verstanden wurde, etwa nach kritischen Sendungen in Fernsehmagazinen — „sind durch das Informations- und Pressezentrum des Verteidigungsministeriums unter Heranziehung des militärischen Forschungsamtes rasch und unmißverständlich richtigzustellen. Ebenso ist vorausschauend zu verfahren, wenn anläßlich von Jahrestagen historischer Ereignisse zu erwarten ist, daß diese in den Massenmedien einseitig oder verzerrt interpretiert werden." (Zu letzterem mag der Hinweis interessant sein, daß heute schon das Informations- und Pressezentrum des Bundesverteidigungsministeriums, gleichsam „vorausschauend", Fernsehredakteure darauf hinweist, sie möchten zum fünfundzwanzigsten Jahrestag des Kriegsendes sich bewußt sein, daß unter anderem die Sowjetunion diesen Tag nutzen werde, um die Bundeswehr als revanchistisch zu „diffamieren". Demgegenüber müßte gerade dann der Beitrag der Bundeswehr zur Verteidigung der „freien Welt" vom bundesrepublikanischen Fernsehen „gebührend" hervorgehoben werden.)

Die Studie von Generalinspekteur Schnez trifft sich mit dem Willen von Helmut Schmidt zu einer gründlichen „Modernisierung" der Bundeswehr in der zusammenfassenden Formulierung: „Jedes Kurieren an Symptomen verspricht ebensowenig durchschlagenden Erfolg wie die Beseitigung einzelner Mängel. Nur eine Reform an Haupt und Gliedern, an Bundeswehr und Gesellschaft (!), mit dem Ziel, die Übel an der Wurzel zu packen, kann die Kampfkraft des Heeres entscheidend heben".

Was sagt nun die Mehrheit der sozialdemokratischen und freidemokratischen Wähler zu diesem Konzept des Verteidigungsministers der SPD-FDP-Regierung und seiner Generale? Wenn heute Stimmen in der CDU laut werden, die — freilich keineswegs tadelnd — darauf hinweisen, so weit habe noch kein CDU-Verteidigungsminister, auch nicht CSU-Minister Franz-Josef Strauß, gehen können; wenn in Offizierskasinos unisono das Lob von Helmut Schmidt als dem „geradezu idealen Verteidigungsminister" gesungen wird, bei dem die Ansichten der Militärs endlich mal wieder voll zum Zuge kämen nach 1945, dann ist wohl der Zeitpunkt gekommen, von dieser Regierung bündige Auskunft zu verlangen, ob ihre Friedensbeteuerungen nicht etwa nur leere Worte sind.

Zur Situation der Linken in den USA

Von Conrad Schuhler, Berkeley

Die Massenbewegung gegen den US-Krieg in Vietnam

Eine halbe Million Menschen waren im Golden Gate Park in San Francisco zusammengekommen. Von überall her aus dem Westen und Süden der USA: von Denver, Colorado, von San Antonio, Texas, von Seattle, Washington, von Santa Fe, New Mexico. Schüler, Studenten, Arbeiter, Angestellte, Freiberufler. Weiße, Schwarze, Braune, Gelbe, Rote. Eine halbe Million. Und sie sagten zweierlei: „Frieden" die einen, „Revolution" die andern. Zur gleichen Zeit waren in Washington, D. C., über eine Million Menschen versammelt. Und dort ebenfalls scholl es auf die Frage: „What do you want?" zweistimmig zurück: „Peace", dazu das hochgereckte Finger-V, „Revolution", dazu die geballte Faust.

Die Massenbewegung des amerikanischen Volkes gegen den US-Krieg in Vietnam sieht auf ihrem zahlenmäßig weit stärkeren Flügel die Millionenschar der Liberalen, auf dem anderen die nach Zehntausenden zählenden Angehörigen der „New Left" („Neue Linke"). Sozusagen dazwischen das, was „Old Left" („Alte Linke") geheißen wird, trotz aller radikalen Analyse und antiimperialistischer Theorie vor allem bemüht, die aktuelle Unzufriedenheit der Massen zu artikulieren, auch wenn das Ergebnis dann folgerichtig liberal oder bloß pazifistisch-unpolitisch gerät. Die Idee ist, vom konkreten Widerstand der Massen nicht abgeschnitten zu werden und durch „besonnene" Formulierung der Interessen der Gesamtbewegung von dieser als Führungsgruppe akzeptiert zu werden und so Einfluß auf die zukünftige Marschrichtung nehmen zu können.

Was ist die politische Qualität dieser neuen Massenbewegung? Welchen Weg wird sie gehen?

Die neue „Friedensoffensive" hat bis dato nur zwei klare politische Konsequenzen:

1) Der Preis für eine militärische Siegeslösung ist der US-Regierung erneut verteuert worden: das ist gut, aber wenig wichtig, da er bereits längst über dem für die herrschende Klasse der USA vertretbaren Maße lag.

2) Die Frist, innerhalb der Nixon seine Pläne für die Beendigung des Krieges öffentlich vorlegen muß, hat sich verringert. Insofern jeder mögliche Plan Washingtons als wesentlichen Bestandteil eine Konsolidierung des Saigoner Regimes erfordert, solche Konsolidierung aber — sofern überhaupt erreichbar — einige Zeit braucht, hat sich die Position des US-Imperialismus damit auch qualitativ verschlechtert, freilich in engen Grenzen.

Im Gegensatz zu diesen beiden positiven Wirkungen ist die negative Wirkung enorm. Vietnam-Moratorium wie große Teile der Vietnam-Mobilisierung (die beiden Organisatoren der Kampagne) haben die einzig entscheidende Frage, nämlich über die Natur des Friedens, der da hergestellt werden soll, nicht gestellt und schon gar nicht beantwortet, und sie sind, das ist der springende Punkt, bewußt darauf angelegt, diese Frage in den eigenen Reihen und durch Monopolisierung des Widerstandes gegen den Krieg in der Gesamtgesellschaft zu verhindern. Die ausschließliche Emphase auf „Frieden schlechthin", also das Aufhören kriegerischer Handlungen, verhindert das Fragen über das bloße Mittel

hinaus, das Fragen nach Ursache, der Natur des Krieges, nach Ziel, der Natur des Friedens und nach der Legitimation der kämpfenden Parteien. Alles Fragen, die die Systemursachen des Vietnamkrieges offenlegen würden: die endliche Erhebung nationaler und sozialer Befreiungsfronten gegen den US-Imperialismus. „Frieden jetzt" und sonst nichts, das ist nicht progressiv, sondern das Gegenteil: es impliziert ein Frageverbot, womit politische Mobilisierung verhindert wird, und läßt die — zu erwartenden — „friedlichen" Methoden imperialistischer Unterdrückung als Lösung zu. Das System selbst bleibt nicht nur ungeschoren, es wird bestätigt als vital.

Ist schon die Vorstellung, daß „Frieden jetzt" zwar keine anti-imperialistische Haltung ausdrücke, aber objektiv anti-imperialistisch wirke, nur sehr schwach begründet, so ist die Hoffnung, durch eine „gemäßigte Agitation" innerhalb der Friedensbewegung die neu zugestoßenen Massen allmählich auf den Pfad zunehmender Radikalisierung zu bringen, völlig eitel und Ausdruck eines kompletten Mißverständnisses des Einsatzes des gegenwärtigen politischen Kampfes. Dieser nämlich geht darum, ob die Friedensmarschierer zu der politischen Erkenntnis vorstoßen, daß die Ursache des Vietnamkriegs in der Struktur der US-Gesellschaft selbst liegt, und sich so zu einer radikalen Opposition gegen die Systemgewalt weiterentwickeln, oder ob es dem liberalen Flügel der herrschenden Klasse gelingt, den Krieg als ein Problem weit weg in Südostasien zu lokalisieren und sich selbst als die fähigen und berufenen Reparierer dieses singulären Betriebsunfalles im Prinzip richtiger amerikanischer „Außenpolitik" zu produzieren.

Darum heißt es schlicht „Frieden jetzt", friedlicher Aufbau statt Krieg, und zwar Aufbau mit US-Kapital, beschützt von Saigons Söldlingen und Amerikas Flotte und Luftwaffe. Darum heißt man den Krieg „Mr. Nixons Krieg", so wie er vorher „Mr. Johnsons Krieg" war, also das privat-präsidentielle Versagen eines Mannes, kein Problem des Systems. Darum wurden als Hauptredner bei der Demonstration in Washington Eugene McCarthy, der schon einmal die zu radikaleren Perspektiven aufgebrochene Jugend ins Lager der Demokratischen Partei zurückholte, und in San Francisco Wayne Morse, alter Vorzeige-Liberaler der Politikmacher, präsentiert.

Angesichts dieses Einsatzes und der materiellen und personellen Übermacht des liberalen Flügels der herrschenden Klasse über das radikale Kontingent in der Friedensbewegung ist die „langsam und gemäßigt"-Devise der Kommunistischen Partei und der (trotzkistischen) Sozialistischen Arbeiterpartei ein grober taktischer Fehler: Spätestens bei den Riesendemonstrationen selbst war zu erkennen, daß Konzepte wie das einer Einheitsfront auf diese Situation nicht anwendbar sind. Jeder einzelne radikale Redner, ob Black Panther, Chicano, Puoertoricaner oder Weißer, wurde immer dann, wenn er auf die Systemursachen des Krieges und die Notwendigkeit radikalen politischen Wandels als Bedingung internationalen Friedens und nationaler Demokratie einging, planvoll niedergebuht. Der Doppelcharakter der „Friedensoffensive", soweit sie von liberalen Kräften getragen wird, wurde hier offengelegt: nämlich sowohl der Kampf gegen den faschistisch operierenden Teil der herrschenden Klasse, als auch und vor allem gegen die Organisation radikalen Widerstands, der quer durch die US-Gesellschaft als Folge des Krieges in Vietnam bedeutend zugenommen hat.

Für die radikale Linke ergibt sich die reziproke doppelte Notwendigkeit. Sie muß auf jeden Fall mit den Liberalen das Bündnis gegen die militaristischen Herrschaftsgruppen eingehen. Sie muß aber darüber hinaus für eine politisch aufklärende Qualität der Gesamtbewegung sorgen und die propagandistischen

Grundlagen für den Radikalisierungsprozeß der Mitglieder der Bewegung schaffen. Weder „Old" noch „New Left" leisten dies zur Zeit. Beide sind erheblich entfernt von dem Leninschen Grundsatz, wonach die marxistischen Kader sich stets einen Schritt vor den Wünschen der Massen zu bewegen haben. Während die „Old Left" diese Wünsche — „give peace a chance", so drückt es die liberale Kommunikationsmaschine ins Bewußtsein — bloß reflektiert und aus Angst vor Isolation dabei verharrt, hat es die „New Left" in der Regel gar nicht mit den Wünschen der Massen, sondern mit ihren eigenen theoretischen Wahrheiten zu tun. Es ist nicht abwegig, beide Verfahren als polit-pathologische Reaktionen auf die politische und soziale Isolierung und Verfolgung von „Old" und „New Left" zu verstehen. Jahrzehntelang in den Untergrund gezwungen, von einer gewaltigen Mehrheit des entsprechend abgerichteten US-Volkes leidenschaftlich gehaßt, halten viele Mitglieder der „Old Left" das bloße Mitmachendürfen bereits für einen Erfolg und neigen dazu, ihre Energien vor allem auf eine Verlängerung der Duldungsfrist zu konzentrieren. Dagegen tut sich die studentische „New Left", in ihrer Erfahrung beschränkt auf Universitäten und gerade im liberalen Erziehungssystem angehalten zur Beachtung theoretischer Wahrheit, sehr schwer, die Wünsche der Massen auch nur zu begreifen, geschweige denn zu achten, d. h. als Ausgangspunkt einer Strategie zu nehmen, die das politische Bewußtsein der Massen den nächsten Schritt weiter bewegt.

Dieser Kampf wird sehr schwierig sein, wegen der Potenz des liberalen und militaristischen Gegners und wegen der fast perfekten Gehirnwäsche, der das amerikanische Volk unterzogen worden ist und täglich weiter unterzogen wird. Inhaltlich wird er zu führen sein, indem der Zusammenhang zwischen dem US-Krieg in Vietnam und den Interessen der verschiedenen Gruppen und Klassen des amerikanischen Volkes so klar und eindeutig herausgearbeitet wird, daß jeder sowohl sich selbst und seine Verbündeten wie seinen Gegner identifizieren kann. Formal hat er sich auszurichten an der Kommunikationsfähigkeit und -art der Zielgruppe. Wie „richtig" auch immer Strategie und Taktik, der Erfolg wird beschränkt sein. Er wird sicher nicht darin liegen, die Friedensbewegung als solche zu einer antiimperialistischen Einheitsfront auszubauen. Er wird darin liegen, durch eine Verknüpfung der Praxis des Krieges in Vietnam mit der Praxis der Ausbeutung und Unterdrückung in den USA so vielen Friedensmarschierern wie möglich den Weg zur Aktivität des tagtäglichen Widerstandes gegen das Ausbeutungssystem zuhause zu öffnen. Das energische Arbeiten an dieser langfristigen Aufgabe garantiert auch am ehesten die kurzfristig drängende Leistung: Unterstützung des vietnamesischen Volkes bei seinem Kampf um Befreiung vom US-Imperialismus. Es ist ganz klar, daß der von der herrschenden Klasse der USA für Vietnam bereitgehaltene „Friede" ein Hohn auf die Erwartungen der Vietnamesen und auf die mehr als eine Million in diesem Kampf gemordeten Vietnamesen darstellt. Es ist klar, daß dieser Friede nur meint: Kontrolle mit anderen Mitteln.

„Old Left" versus „New Left" — Kurzgeschlossene Dialektik

Die Positionen der Linken zur Friedensbewegung und ihr Zustandekommen sind beispielhaft für die Stellungen, die sie generell einnehmen. Die „Old Left" wäre weniger „gemäßigt", wenn die „New Left" weniger „radikal" wäre und umgekehrt. Je schriller die „falschen" Stimmen, um so eindeutiger und lauter muß die „wahre" Botschaft vorgebracht werden. Als generelle Feststellung ist dies selbstverständlich richtig. Grotesk wird es dann, wenn die beiden Kontrahenten sich gegenseitig anschreien, ohne Rücksicht darauf, daß sie von dritten

und vierten mächtig übertönt werden, und ohne sich überhaupt noch um das Publikum zu kümmern. Die amerikanische Linke scheint nicht weit von dieser Situation. Kritisiert wird hier nicht, um es noch einmal zu sagen, daß diese theoretische Kontroverse über Ziele, Strategie und Taktik der Bewegung existiert oder daß sie zu großen Raum einnehme; kritisiert wird, daß sie die konkreten Bedingungen der aktuellen Praxis zu oft nur ungenügend einschließt.

Auch der Hauptpunkt der Auseinandersetzungen zwischen „Old Left" und „New Left" ist bei der Diskussion der Friedensoffensive schon aufgeschienen: das Beharren der „New Left", immer und überall „kompromißlos" für die „Wahrheit" einzutreten, die auch immer und überall realisierbar sei; dagegen die Haltung der „Old Left", „Wahrheit" gewissermaßen taktisch einzusetzen, sie als durch die historischen Bedingungen in ihrer Erkenntnis und ihrer Realisierbarkeit definiert anzusehen.

Ganz deutlich werden die Frontlinien in der Kontroverse zwischen Staughton Lynd — Historiker, Enddreißiger, „New Left" — und Eugene Genovese — Historiker, Enddreißiger, „Old Left". Beiden geht es um „die Etablierung der ideologischen Grundlagen der politischen Bewegung" (Genovese). Lynd geht aus von der Existenz „selbsteinsichtiger Wahrheiten" — individuelle Freiheit, menschliche Gleichheit und Gewaltlosigkeit — die a) von den Menschen stets erkannt werden können („selbsteinsichtig"), b) zu jedem historischen Zeitpunkt im Prinzip verwirklicht werden können, weswegen c) jeder einzelne sich zu jedem Zeitpunkt für die genannten Prinzipien voll einsetzen müsse. Genovese verwirft dies als „egozentrischen Pseudo-Existentialismus und abstrakte Moralität" und stellt dem gegenüber die Aussagen, daß Moralität historisch sei und daß gegen ein gesellschaftliches System zu handeln, erst Pflicht und sinnvoll wird, wenn es sich bei diesem System „um einen historischen Anachronismus" handelt. Konsequent verurteilt Lynd die Gründerväter der USA, die sich selbst Freiheitsrechte verschafften, während sie ungerührt die Sklaverei beibehielten; Genovese hingegen spricht die demokratischen Sklavenhalter von moralischer Schuld frei, eben weil damals die gesellschaftlichen Bedingungen der Sklavenbefreiung noch nicht gegeben gewesen seien.

Diese Diskussion ist natürlich von ganz entscheidender Bedeutung für die aktuelle politische Praxis. Nach dem Idealismus Lyndscher Prägung muß das System hier und heute frontal berannt werden, in seinen Fundamenten zerstört und auf dem freien Gelände die Gesellschaft der Freien und Gleichen eingerichtet werden (allerdings muß der Frontalangriff wie auch die Zerstörung der alten Fundamente, will man konsistent sein, gewaltlos vorgenommen werden). Nach Genoveses mechanisch-materialistischer Geschichtsauffassung erübrigt sich revolutionäre Aktivität gegen das aktuelle System, so lange es noch über einen Funken systemimmanenter Progressivität verfügt, wie auch dann, wenn die objektiven Wirkkräfte des Systems zu einer Stabilisierung oder gar Verstärkung der Systemherrschaft beitragen.

Keines der beiden Konzepte ist marxistisch (worauf Lynd keinen Wert legt, was Genovese allerdings von dem seinen behauptet). Lynds Konzept ist offen grotesk. Selbstverständlich sind seine „Wahrheiten" nicht „selbsteinsichtig", wie die historische Entwicklung hinlänglich beweist (er meint wohl auch nicht selbsteinsichtige, sondern postulierte Wahrheiten, die auszuweisen er sich weigert; er argumentiert also gar nicht, wie beansprucht, historisch, sondern normativ). Und selbstverständlich sind die Chancen der Realisierung der „Wahrheiten" nicht immer und überall gegeben, schon gar nicht in den Begriffen von „alles oder nichts". Es ist Genovese zuzustimmen, daß ein solcher Ansatz ein „pseudoexi-

stentialistischer", auf jeden Fall kein historisch-politischer ist. Schlicht gesagt, Lynd kommt es einzig darauf an, daß das Individuum sich „moralisch", d. h. kompromißlos nach seinen Prinzipien verhält; er interessiert sich nicht für die gesellschaftlichen Konsequenzen dieses Handelns, zumindest nicht systematisch. Eben darauf jedoch käme es an, will man versuchen, historisch-analytisch Richtlinien für die Arbeit der Bewegung in der aktuellen Praxis zu entwickeln. Die Thesen Lynds sind unter diesem Aspekt nicht einfach falsch: sie sind gefährlich. Sie sind u. a. die unmittelbare ideologische Grundlage des politischen Abenteurertums, dem ein beträchtlicher Teil der studentischen Bewegung bereits anheimgefallen ist.

Reziprok dazu ist Genoveses mechanischer Materialismus die Basis einer objektiv opportunistischen Strategie. Er wiederholt oder impliziert das opportunistische Credo, mit dem bereits Lenin sich auseinanderzusetzen hatte: Daß die gesellschaftlichen Systeme ihre „natürliche" historische Lebensdauer hinter sich bringen müssen, ehe der Übergang zum nächsten sinnvollerweise gefordert werden kann; daß, solange die objektiven ökonomischen Faktoren die soziale Macht der Systemherren stärken, revolutionäre Arbeit zwecklos ist; daß dann, wenn ein Gesellschaftssystem zum „historischen Anachronismus" geworden ist, es zwangsläufig dem neuen Platz macht.

Auf diese Argumente, die zusammenhängen, ist zu antworten:

1) Das Plädoyer, sämtliche progressiven Möglichkeiten eines Systems auszunützen, bevor an seine Revolutionierung gedacht werden könne, schließt die Möglichkeit nicht ein, daß das System als Ganzes längst von einem objektiv realisierbaren, weit fortschrittlicheren Entwurf abgelöst werden könnte.

2) Das Vorhandensein und Erkennen einer objektiven Entwicklungstendenz bedeutet dem Marxisten nicht, sein eigenes Verhalten zur Unterstützung dieser Tendenz einzurichten; vielmehr stellt die objektive Tendenz einen Faktor in seinem Entscheidungsfeld dar, den er zu berücksichtigen hat. Wenn diese Tendenz zu einer Stärkung des Unterdrückungsapparates führt, dann wird sie — innerhalb eines langfristig geplanten Widerstandsprozesses — zum Ausgangspunkt einer revolutionären Gegenstrategie.

3) Sowenig wie in der einen Phase die „objektiven" Bedingungen erfolgreiche revolutionäre Arbeit verhindern, sowenig produziert das „überlebte" System die spontane revolutionäre Erhebung. Diese Vorstellung, daß die „revolutionären Kader" nichts weiter als die Erfüllungsgehilfen objektiver historischer Gesetzmäßigkeiten oder der bereits artikulierten Sehnsüchte der Massen sind, verkennt die Natur des revolutionären Kampfes gründlich: Daß nämlich die sozialistische Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung nicht „durch stille Metamorphose", wie Marx es ausdrückte, stattfindet, sondern nur durch aktiven revolutionären Kampf, durch ein ständiges Einwirken auf die Massen und ihr Involvieren in diesen revolutionären Kampf. So wie die Revolution selbst nicht vom historischen Selbstlauf beschert wird, so auch nicht die Konstitution der akuten revolutionären Phase. Diese, dann erreicht, wenn die „Unterschichten" nicht in der alten Weise leben wollen und die „Oberschichten" nicht in der alten Weise leben können (Lenin), ist das Ergebnis des Kampfes um das Bewußtsein der „Unterschichten" und um die Ausdehnung ihrer politisch-sozialen Macht gegenüber den „Oberschichten". Im Zeitalter des formierten und informierten Imperialismus, der raffiniert und umfänglich in ihm selbst angelegte Auflösungstendenzen (die zur akuten revolutionären Phase führen könnten) zu kontern sucht, ist so der entschlossene revolutionäre Kampf vor Erreichen der akuten revolu-

tionären Phase bereits der allentscheidende. Inaktivität oder opportunistische Anpassung an die objektiven Gesetzmäßigkeiten sind Instrumente der Verhinderung der Revolution.

„New Left" — das Auseinanderfallen in Fraktionen

Noch vor zwei Jahren pflegte ein „Neuer Linker" auf die Frage, was denn die „Neue" von der „Alten" Linken unterscheide, nicht zuletzt darauf hinzuweisen, daß die „Alten" einen hoffnungslos fraktionierten Haufen darstellten (vor allem: „Orthodox-Marxisten", Maoisten, Trotzkisten, organisiert in nationalen Parteien), während die „Neue Linke" einträchtig die echten Bedürfnisse des Volkes repräsentiere. Mittlerweile hat sich das Bild gewandelt. Gemessen an der Vielfalt der Politik-Blüten innerhalb der „Neuen Linken", wirkte die „Alte" eher als solider Block (was auch Gründe in sich hat, vor allem die nach dem Verfahren „Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück" vorgenommene Revitalisierung der Kommunistischen Partei, die unter heftigen Geburtswehen dabei ist, sich zu einer praktisch-radikalen Partei zu entwickeln, und damit die trotzkistische Sozialistische Arbeiterpartei und die selbstproklamierte maoistische Fortschrittliche Partei der Arbeit zu noch größerer Bedeutungslosigkeit verurteilen wird).

Die studentische Linke

In ihr zeigt sich das explosionsartige Auseinandertreiben der einzelnen Kräftegruppen am deutlichsten. Seit Jahren schon waren in der Bewegung selbst Positionskämpfe im Gang, aber die organisatorische und auch politische Einheit nach außen blieb in der lockeren, flexiblen Form der „Students for a Democratic Society" (SDS) erhalten. Im August vorigen Jahres, auf der bislang letzten nationalen Konferenz des SDS, platzte dieser Verbund. Der eine Hauptflügel, die „maoistische" Arbeiter-Studenten-Allianz, schloß den anderen, die Revolutionäre Jugendbewegung, aus; diese schloß ihrerseits jene aus. Beide bezeichneten sich als den „richtigen" SDS und den jeweils anderen als „konterrevolutionär". Aus der Nachlaßmasse des alten SDS entstanden dann noch mehr als zehn weitere ideologisch und organisatorisch geschiedene Gruppen. Die quantitativ und qualitativ bedeutendsten sind die folgenden vier: die „Maoisten-Leninisten" der Arbeiter-Studenten-Allianz („Worker-Student-Alliance", WSA), die „Antiautoritären" der Revolutionären Jugendbewegung I („Revolutionary Youth Movement", RYM I, auch „Wettermänner" sich heißend, nach einer Zeile Bob Dylans, wonach man keine Wettermänner brauche, um zu wissen, woher der Wind weht), RYM II und die Trotzkisten der Clubs der Internationalen Sozialisten („International Socialist Clubs", ISC).

„Wettermänner" und ISC sind in Kategorien erfaßbar, die oben bei der Diskussion von „Old Left" und „New Left" entwickelt wurden. Die ersten wollen im Frontalangriff die Institutionen des Unterdrückungssystems zu Fall bringen; ihr wahnwitziges Abenteurertum treibt sie in immer weitere Isolierung, doch leisten sie immer noch vor allem in der Diskreditierung der Gesamtbewegung nach außen Beträchtliches. Die zweiten verstehen sich nur als Sprachrohr der Massen und vertrauen im übrigen auf die ehernen Gesetze des Geschichtsablaufs; sie sind an der Westküste relativ stark, aber ihre außerordentliche Beschränktheit macht sie zu einem eher inaktiven Element (was als solches, selbstverständlich, sehr gefährlich werden kann).

Bleiben, als die Hauptgegenpole, die WSA und RYM II. Wesentliche Triebkraft hin zu einem Bannfluch gegen die WSA war die Black Panther Party. Ihr Emissär hatte in seiner Grußadresse an den SDS-Kongreß unverblümt den Ausschluß

der „konterrevolutionären und faschistischen WSA" gefordert. Andernfalls werde die Black Panther Party den gesamten SDS als Gesprächs- und Aktionspartner streichen.

Die Panthers waren und sind sozusagen natürliche Gegner der WSA (und deren Mutterorganisation, der Progressive Labor Party). Der Grund liegt darin, daß die WSA den Befreiungskampf der Schwarzen in den USA als emotionale Verirrung und schweren politisch-strategischen Fehler verurteilen. Desgleichen verurteilen sie jede andere Bewegung, deren strategische Grundlage eine andere als der Klassengegensatz zwischen Arbeit und Kapital ist. In einer solchen Haltung sehen sie die Realisierung ihres Ehrgeizes, eine strikt leninistische Linie zu verfolgen — sowohl in ihrer Organisationsform (Kader, Berufsrevolutionäre, zentralistisch), wie in nach außen gehender Aktivität und Propaganda.

Tatsächlich entspricht diese Strategie dem Buchstaben des Leninschen Konzepts. Lenin bestand auf dem an allen politischen und sozialen Fronten durchgesetzten absoluten Primat des Klassenstandpunktes des Proletariats; u. a. deshalb mußte die Kommunistische Partei eine Kaderpartei sein, da nur die fortgeschrittenste Gruppe der Arbeiter bereits zum allgemeinen Klassenbewußtsein vorgestoßen war und nur diese revolutionäre Impulse an die Klassengenossen geben konnten. Da nur die Klasseninteressen des Proletariats mit Sicherheit und am weitesten über die Herrschaft des Kapitals hinausweisen, hing das Schicksal der Revolution von dem Erfolg des Versuchs ab, die politische Kraft aller unterdrückten Gruppen der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse ein- und damit auch unterzuordnen. Entsprechend bedingungslos kämpfte Lenin um die Führung der Arbeiterklasse durch die Bolschewiki und die Führung der Arbeiterklasse als ganzes über die zahlenmäßig weit größere Gruppe der Bauern.

Zweifellos gilt auch heute, daß die Revolution nur garantiert werden kann durch die Sicherung des Klasseninteresses der Arbeiter. Die Freiheitsbestrebungen aller übrigen unterdrückten Gruppen überschreiten nicht notwendigerweise die Grenzen des allgemeinen Unterdrückungssystems, vielmehr sind sie kooptierbar. Ein Freiheitskampf der Schwarzen, der bloß in Hautfarbe-Begriffen, also „rassisch" ausgetragen wird, läßt eine systemimmanente Lösung leicht zu: nämlich den Abbau der Superausbeutung der Schwarzen, eine Nivellierung der Ausbeutung von Schwarz und Weiß, die jetzt gleichermaßen vom Kapitalismus beraubt und unterdrückt werden. Sicher eine zumindest relative Besserstellung der Schwarzen, aber auch gar nicht das Herstellen der historischen Chance, Vernunft und Freiheit in Praxis zu übersetzen. Geradeso steht es mit der Gegenüberstellung Mann—Frau. Fraglos ist die Frau im aktuellen Kapitalismus extra diskriminiert und ausgebeutet; auch diese spezifische Unterdrückungssituation kann aber im System „aufgehoben" werden, indem die Frau auf die Ausbeutungsstufe der männlichen Lohnarbeit angehoben wird.

Dennoch ist die WSA-Konzeption sowohl politisch steril als auch keineswegs „leninistisch". Die entscheidende Vorbedingung der Leninschen Strategie lautete: Wir, Rußland, befinden uns in einer akuten revolutionären Phase. Deshalb war die umfassende Durchsetzung des Klassenstandpunktes der Arbeiter so entscheidend wichtig. Die Massen waren bereits in Bewegung, es kam darauf an, ihnen jetzt die endgültige Form zu geben, damit der historische Moment nicht verspielt wird, entweder indem die Massen in Inaktivität zurücksinken oder, wahrscheinlicher, durch spezielle Reformen pazifiziert werden (Lenins große Bangnis vor einer „aufgeklärten" Landreform). Die Situation in den USA jedoch ist gründlich anders. Das Problem hier ist nicht, die Bewegung der Massen revolutionär zu kanalisieren, sondern die Massen in Bewegung zu setzen. Entspre-

chend unterschiedlich muß Organisationsform und Strategie der Linken ausfallen.

Die Linke muß versuchen, die „Unterschichten" rund um die Probleme zu mobilisieren, die von diesen selbst als vordringlich empfunden werden; bereits begonnene Aktionen der Selbsthilfe muß sie theoretisch-ideologisch und praktisch unterstützen, und zwar keineswegs nur in externer Solidarität, sondern wenn irgend möglich, indem die Linke innerhalb der Selbsthilfeaktionen tätig wird. Denn der Kampf der unterdrückten Gruppen darf nicht vom vorpolitischen Selbstverständnis der Gruppen begrenzt werden, er muß von den marxistischen Aktivisten permanent weitergetrieben, revolutioniert werden. Dies aus den beiden Gründen, daß 1) die aktuellen „Wünsche der Massen" rein inhaltlich nicht zwangsläufig über das System hinausweisen, und 2) es die objektive Funktion des liberalen Flügels der herrschenden Klasse ist, die Unzufriedenheit der Massen reformistisch aufzufangen. Daher ist es sowohl falsch, für nichts weiter als die bereits artikulierten Interessen der Massen zu kämpfen und von dem Involvement der Massen in diesen, ihren eigenen Kampf die Revolutionierung ihrer Perspektive zu erhoffen, als auch, sie in ihrem Kampf allein zu lassen oder als „nicht-revolutionär" zu bekämpfen. Marxisten müssen an allen Fronten in den Widerstand des Volkes eingewoben sein (den sie, wenn nötig, zunächst gebären helfen) und haben in der ersten Phase vor allem anderen die Aufgabe, die potentielle, und bei Erreichen der akuten revolutionären Phase zu aktualisierende, revolutionäre Qualität der Widerstandsbewegung nicht von der liberal aufgeputzten Konterrevolution absaugen zu lassen. Diese Abwehr kann natürlich nicht von Pseudoleninisten geleistet werden, die nicht nur die jetzige Situation für akut revolutionär halten, sondern von jedem, der Widerstand leistet, das ausgebildete revolutionäre Bewußtsein vom objektiven Klasseninteresse der Arbeiter verlangen. Dies ist vielmehr ein hundertprozentig sicherer Weg, die Revolution ins Niemals zu verschieben.

Der Vorwurf der Panthers, die WSA sei konterrevolutionär, ist also begründet. Von allen SDS-Gruppen, die den Panthers damals zustimmten, ist allerdings nur das Revolutionary Youth Movement II von dem Verdikt auszunehmen. RYM II arbeitet in den Widerstandsorganisationen der einzelnen unterdrückten Gruppen bzw. führt komplementäre Unterstützungsaktionen durch. Es versucht jedoch nicht, sie rhetorisch-revolutionär zu bevormunden, sondern elaboriert den objektiv revolutionären Aspekt des Widerstandes der verschiedenen Gruppen, vor allem „rassisch" definiert wie z. B. die Black Panthers, die Chicanos (Mexiko-Amerikaner), Young Lords (Puertorikaner). RYM II hat auch klar begriffen, daß, je mehr nicht allein proletarisch definierte Gruppen sich ihrer Unterdrückung widersetzen, es um so wichtiger ist, eine starke revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse aufzubauen, soll es je zu einer zumindest koordinierten Gesamtbewegung mit objektiv revolutionärer Marschrichtung kommen. Nicht mehr weit scheint es auch bis zu der Erkenntnis zu sein, daß RYM II, d. h. Akademiker und Studenten mit Mittelschichtherkunft nur begrenzt bei diesem Aufbau helfen können.

Außerhalb der Universitäten: Welche Organisation für wen?

Vor etlichen Monaten trafen sich auf einer verwunschenen Farm in Connecticut Vertreter mehrerer intakter lokaler Gruppen und zahlreicher ideologischer Richtungen des Movement. Es ging — für viele der nur vage informierten Teilnehmer überraschend — darum, Möglichkeiten einer nationalen Koordination und einer formulierten, einheitlichen ideologischen Basis der „New Left" zu erörtern. Von irgendwo sickerte durch, man werde auf der Konferenz eine neue

nationale Linkspartei gründen, und tatsächlich wurde mit großer Energie die Anwesenheit von Kommunisten oder sonstwie „Old Left"-Verdächtigen verhindert. Wie sich herausstellte, war die Gründlichkeit dieser Seite der Vorbereitungen verschwendet. Zwar wurde der Plan einer nationalen Organisation vorgelegt, aber die Heterogenität des Teilnehmerkreises verhinderte nicht nur seine Annahme, sondern gar seine ernsthafte Diskussion.

Vorgelegt wurde das Konzept „von einer Gruppe unabhängiger movement-Leute, die in New Haven, Chicago und Cambridge in der Gemeinde Organisationsarbeit leisten und im SDS aktiv sind" (so die Selbstdarstellung der Autoren). Ihre Analyse der US-Gesellschaft bringt es zu drei strategischen Aufgaben der Linksbewegung: 1) das Teilnehmen an anti-kapitalistischen Reformkämpfen, die „wir über die von der bürgerlichen Gesellschaft akzeptierten Grenzen hinauszutreiben suchen". 2) „Zuzüglich zu diesen Kämpfen mit ihrem Ziel, das revolutionäre Bewußtsein der Massen zu entwickeln, verlangt die ... Strategie die Entwicklung eines autonomen Netzwerks von Institutionen mit Volksmacht". Gemeint sind damit „dual power"-Institutionen, Mitbestimmungsorgane in Wirtschaft und Erziehung. 3) Die Herausbildung einer eigenständigen Widerstandskultur, in der das sozialistische Ziel bereits vor der Revolution gelebt wird.

Schließlich fassen die Autoren ihre Entfernung von der „Alten Linken" („Die Rechte") folgendermaßen zusammen: „Wir unterscheiden uns von der Rechten durch unser Zurückweisen einer parlamentarischen Strategie. Wir betonen nachdrücklich die Bedeutung militanter direkter Aktionen und weisen eine einseitige Aufmerksamkeit gegenüber Massenorganisationen als Ziel in sich selbst zurück. Wir halten die offene und ausdrückliche Verteidigung sozialistischer Politik in allen Situationen für richtig — nicht aus puristischen Gründen, sondern weil wir meinen, daß dies der einzige Weg ist, eine revolutionäre Bewegung aufzubauen. Wir weisen alle sogenannten ‚Stufentheorien' zurück, die aussagen, daß die Menschen zunächst durch eine Phase ‚allgemeiner Aufstandsstimmung' gehen müssen, bevor sie offen sind für sozialistische Analyse ... Wir glauben fest, daß Menschen zum revolutionären Kampf dazu stoßen, weil er ihnen die Aussicht eines besseren Lebens bietet." „Um die Kohärenz der Bewegung herzustellen und die Aufgaben zu erfüllen, die den revolutionären Prozeß zusammensetzen", plädiert die Gruppe für die Errichtung einer „Avantgarde-Partei", die als Organisationstyp „irgendwo zwischen der traditionellen Massenpartei und dem Elitenkader liegt". „Die Funktionen einer Avantgarde-Partei sind theoretische Analyse, sozialistische Erziehung, politische Führerkraft und beispelhafte Aktion." Jedoch, „die allerwichtigste Funktion der Partei vor der Revolution ist, eine kohärente sozialistische Opposition zusammenzuschweißen. In einer Gesellschaft, die so differenziert ist wie die unsere, schreitet die politische Entwicklung der zahlreichen Sektoren mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voran. Die sozialistische Bewegung kann sich nicht auf die Interessen nur eines Sektors der Gesellschaft beschränken: ... eine sozialistische Partei kann nur dann erfolgreich ihren Anspruch der Richtungsweisung der Gesellschaft setzen, wenn sie der Träger universaler Werte ist, die als solche von einer Mehrheit all derjenigen erkannt und erfahren wurden, denen ein menschenwürdiges Dasein verwehrt wird und die ohne Platz in der Gesellschaftsordnung sind" (Kerry Anderson). Die Partei muß alle unterdrückten Sektoren der Gesellschaft zusammenbringen in das, was Gramsci einen ‚revolutionären Block' genannt hat. ... Ein Block ist eine Synthese der Forderungen aller Sektoren zu einer einheitlichen und universalen Kritik des Kapitalismus".

Mit diesem hier nur sehr kurz skizzierten Konzept versuchten die Autoren den

Grund zu legen zu einem weit bescheideneren Vorschlag: nämlich eine „Sozialistische Theoriegruppe" zu konstituieren, in der der Vorschlag an den Erfahrungen und theoretischen Ergebnissen der einzelnen lokalen und sonstig spezifischen Gruppen (bei dieser Konferenz waren sieben größere Organisationen aus dem Osten, Süden und Mittelwesten der USA sowie ein größerer Teil der nationalen movement-Presse vertreten) gemessen werden sollte. Während die anwesenden movement-Journalisten und -Intellektuellen sämtlich für die Einrichtung der Theoriegruppe plädierten, war die überwiegende Mehrheit der Gemeinde-Organisierer rigoros dagegen und brachte so das Projekt zu Fall. Für ihre Ablehnung spielte der Inhalt des vorgelegten Konzepts so gut wie keine Rolle (und hier wäre, entlang dem weiter vorne Gesagten, prinzipielle Kritik fällig gewesen). Ihr Votum setzte sich vielmehr zusammen aus platter Theorie- und Organisationsfeindlichkeit, gepaart mit intellektuellen Minderwertigkeitskomplexen und der Furcht vor Dominierung durch irgendwelche zentralen Instanzen. Einige wenige allerdings bejahten prinzipiell die Errichtung einer Theorie- und späteren Organisationszentrale, stimmten aber dennoch dagegen, da sie die politische Linie der theoretischen Wortführer ablehnten.

Die geschilderten Konferenzereignisse sind symptomatisch für die Situation der „Neuen Linken" außerhalb der Universitäten. Quer durch das ganze Land entstehen immer mehr „radikale" Organisationen mit lokaler Basis. Es ist gewiß nicht übertrieben, die Zahl der mehr oder weniger hauptamtlich tätigen Aktivisten auf über 2000 zu schätzen. Aber diese sind noch völlig in der Phase der „ursprünglichen Selbsthilfeaktion" begriffen und vertrauen vorderhand auf eine automatische Selbststeuerung ihrer Organisationen hin zu politischen Kampfgruppen. Gegen eine nationale Koordination und theoretische Einheit der Bewegung wirkt noch ein zweiter Faktor: die immense Unterschiedlichkeit der Probleme, mit denen sich die einzelnen lokalen Gruppen im Osten, Mittelwesten und Süden auseinanderzusetzen haben. Gerade die lokale Perspektive der Organisierer hindert sie an der Erkenntnis, daß zwar die Erscheinungsform der Probleme lokal-spezifisch ist, ihre Ursachen jedoch in der Struktur des gesamtgesellschaftlichen Systems liegen und daher schließlich nur auf dieser Ebene überwunden werden können. D. h. nicht, daß die „Neue Linke" jetzt bereits in nationalem Maßstab organisiert werden könnte oder sollte; damit wäre man mehr als nur einen Schritt vor dem Bewußtsein der von ihr Umfaßten. Auch eine erhebliche Radikalisierung des Programms der lokalen Gruppen würde zu weiter nichts als dem Abfall zahlreicher Aktivisten und der politischen Isolierung der Gruppen in ihren lokalen Milieus führen. Bei Andauern der politischen Bewußtlosigkeit der lokalen Führungen steht andererseits zu befürchten, daß der Großteil der politischen Potenz der Bewegung verspielt wird. Politische Erziehung der Aktivisten selbst ist daher das vordringliche Gebot.

Solche Erziehung wird auf Konferenzen wie der oben geschilderten geleistet, gleichviel, ob die Theoretiker ihr Pensum durchsetzen oder nicht. Daher — und weil dieselbe Gruppe mit demselben Konzept sich wieder und wieder melden wird — ist es wichtig zu wissen, mit welcher Art Theorie die Aktivisten konfrontiert werden und was sie für sich selbst daraus entnehmen. Sie bezogen daraus zweierlei: daß nämlich der Arbeiterklasse kein besonderer Platz innerhalb der Widerstandsbewegung zukomme, wenn sie überhaupt noch einen beanspruchen kann; daß die Richtung der Bewegung von den aktuellen Wünschen, Nöten und Zielvorstellungen der unterdrückten Gruppen insgesamt angegeben und nicht durch irgendwelche Kader stimuliert wird. — Tatsächlich sind dies, trotz der gegenteiligen Beteuerungen der Autoren, die logischen Konsequenzen des

vorgelegten Konzepts. Die Vorstellung von revolutionären „universalen Werten" und einem ebenso universalen „revolutionären Block" steht dem proletarischen Klassenstandpunkt entgegen, wie auch dem Faktum, daß revolutionäre Werte nicht „objektiv" produziert werden, sondern ihre Verbreitung von der fortschrittlichsten Gruppe der revolutionären Klasse durchgesetzt werden muß.

Die „Neue Linke" ist so in einer außerordentlich fatalen Situation: Die ständig zunehmende Schar der Aktivisten bedarf dringend der politisch-theoretischen Schulung, sollen die lokalen Organisationen ihre politischen Beschränkungen überwinden. Die Ideologen der „Neuen Linken" präsentieren ihre Theorie jedoch mit Argumenten, die die Aktivisten in ihrer Theoriefeindlichkeit und ihrer bisherigen Praxis bestärken. Wird dieser Zirkel nicht bald aufgebrochen, wird die „Neue Linke" derart politisch sterilisiert.

„Women's Liberation" — der Beginn einer autonomen radikalen Frauenbewegung

Schieben sich keine überwältigenden neuen Einflußgrößen in die politische Entwicklung, so wird es in wenig mehr als einem Jahr eine selbständige Sozialistische Frauenpartei in den USA geben. Die Emanzipation der Frauen im movement selbst läuft bereits auf vollen Touren.

Was die Frauen ihren männlichen Genossen klarmachen wollen, ist: 1) Die „Frauenfrage" ist nicht ein Problem der Diskriminierung der Frau anhand der gesellschaftlichen Werte; es ist vielmehr ein Problem der gesellschaftlichen Organisation von Rollen, also ein strukturelles. Die Frauen sind in der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit(-steilung) als eigenständige Klasse am Boden des Systems fixiert. 2) Da der Charakter der Ausbeutung spezifisch ist, müssen die Frauen eine selbständige Organisation zum Kampf um ihre eigene Befreiung aufbauen. 3) Dieser Kampf ist notwendig revolutionär, da eine echte „Gleichberechtigung" der Frau (d. h. Chancengleichheit auf allen gesellschaftlichen Sektoren) niemals innerhalb des kapitalistischen Systems stattfinden kann (beispielsweise würde sie die Auflösung der Familie voraussetzen, die als „Bastion des Kapitalismus" bezeichnet wird).

Zweifellos ist zutreffend, daß die Frauen nicht einfach nur in den kulturellen Bewertungsvorschriften der Gesellschaft schlecht abschneiden; sie werden in Positionen der Superausbeutung festgehalten, sei es in der Familie, sei es über den offiziellen Arbeitsmarkt. Insofern hier ein spezielles Klassenproblem vorliegt und insofern sich wegen des Eigencharakters weiblicher Erziehung eine speziell weibliche gesellschaftliche Perspektive entwickelt hat, ist die organisatorische Selbständigkeit der „Women's Liberation" der Sache selbst entsprechend. Fatal ist allerdings der Aspekt, daß die Befreiung der Frau in sich auf jeden Fall die Überwindung des kapitalistischen Systems bedeute. Diese Auffassung ist in eins die Ablehnung der übergeordneten revolutionären Qualität des Interesses der gesamten Arbeiterklasse; was sich auch in der Mitteilung der Frauenkämpfer ausdrückt, sie würden in den übrigen Organisationen des movement als Repräsentanten der Frauenbewegung mitarbeiten.

Tatsächlich verträgt das kapitalistische System die „nivellierte Ausbeutung", wonach Männer und Frauen (wie auch Weiße und Schwarze) im gleichen Maße um ihr Arbeitsprodukt und ihre kreativen Fähigkeiten gebracht werden. Daher muß die Frauenbewegung im Prozeß der allgemeinen Entfaltung des antikapitalistischen Widerstandes sich dem Interesse der gesamten Arbeiterklasse unterordnen und dadurch deren revolutionäre Stoßrichtung sichern. Je klarer dieses

Verständnis bei der Führung der neu entstehenden autonomen Frauenbewegung bereits zu Beginn ausgeprägt ist, desto einwandfreier wird sich revolutionäres Bewußtsein bei den Mitgliedern und der Zielgruppe entwickeln.

Dieses Verständnis fehlt allerdings derzeit. Mehr noch, der Gedanke wird „militant" bekämpft. Eine wichtige Ursache dafür liegt in der Diskriminierung und Ausbeutung der Frauen im movement selbst. Frauen verrichten die Drecksarbeit, Männer sind die Führer und verrichten Heldenhaftes. Gerade die intelligentesten und aktivsten unter den Frauen haben diese Regelung satt. Und so reagieren sie in ihrem Aufschrei nach Autonomie weit mehr von ihren Gruppenbedürfnissen im movement her, als dies durch eine gesamtgesellschaftliche Analyse gedeckt wird. Es ist keine Frage, daß dies von den jetzt wortführenden Frauen, haben sie sich erst einmal genügend Selbständigkeit und eigenen Aktionsraum geschaffen, selbst erkannt und korrigiert wird. Es fragt sich allerdings, wieviel politischer Schaden dann schon angerichtet worden ist.

Radikale Politik in der Schwarzen Gemeinde

„Women's Liberation" vergleicht gern die Situation der Frauen mit der der Schwarzen und ihre eigene Organisation mit der der schwarzen Freiheitsbewegung. Die tatsächlich enormen Unterschiede sind ein weiteres Indiz für die Korrekturbedürftigkeit der militanten Separatistinnen.

Die erste Differenz besteht darin, daß die Schwarzen in einem zwar keineswegs unabhängigen, aber doch eindeutig von den Weißen abgetrennten, eigenen Sozialzusammenhang organisiert sind. Die kulturellen und objektiven Faktoren drängen aus sich selbst zu einer all-black Organisation. All-black wird aber gerade von der fortgeschrittensten Gruppe im Schwarzen Getto, den Black Panthers, nicht als eine substantielle, sondern als organisatorische Devise begriffen. Das heißt: gemäß den soziologischen Bedingungen im Schwarzen Getto muß die radikale Organisation hier zunächst von schwarzen Aktivisten vorgenommen werden; der Kampf geht aber nicht darum, die Schwarzen von ihrer Position am Boden auf die Unterdrückungsstufe des „durchschnittlichen" Weißen anzuheben, sondern die Grundlagen der endgültigen Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung überhaupt zu legen. Daher handeln die Panthers als „Marxisten-Leninisten" — ihre eigene Charakterisierung — und verstehen sich als einen Flügel der Gesamtbewegung der Arbeiterklasse, ja als die Avantgarde der Arbeiterklasse, da die Black Panther Party in Theorie und Massenunterstützung und -erziehung am weitesten fortgeschritten ist.

Dieser Anspruch der Panthers ist nicht eitel. Vor drei Jahren in Oakland, Ca., gegründet, hat die Partei in über hundert Großstädten des Westens, Mittelwestens und Ostens funktionierende Abteilungen mit mehr als 5000 Aktivisten einrichten können. Sie hat in die Gettos die leidenschaftliche Hoffnung der Überwindung der miserablen Lage gebracht, und sie hat die Energie Zehntausender kanalisiert in Strategien der Selbsthilfe und des Abbaus der Macht der Systemherrschaft. Je stärker sie wurde, desto brutaler wurde sie konsequent von dieser Systemherrschaft verfolgt.

Im Vernichtungskrieg der herrschenden Klasse gegen die Panthers wurden in den letzten 15 Monaten mehr als 20 Panthers getötet und mehrere hundert ins Gefängnis geworfen. Die nationale Führung der Partei — Huey Newton, Bobby Seale, Eldridge Cleaver — wurde entweder ins Gefängnis gebracht oder außer Landes getrieben. Dieser Aderlaß an Kadern stellte die Partei vor entscheidende Probleme: Nicht nur drohte die Partei als funktionsfähige Organisation zerschlagen zu werden, auch der politische Inhalt war durch den ständigen Zufluß neuer,

noch nicht genügend politisierter Mitglieder bei gleichzeitiger Vernichtung der auch theoretisch fortgeschrittenen Kader gefährdet. Mit zwei Entscheidungen, die nicht allein deswegen getroffen wurden, setzten sich die Panthers zur Wehr: Sie verhängten Anfang 1969 einen Aufnehmestop und intensivierten die ideologische Schulung der vorhandenen Mitglieder (und durchforsteten die Partei nach Polizeiagenten). Entsprechend ihrer ideologischen Linie verbreiterten sie ihre organisatorische Basis durch die Schaffung einer „Einheitsfront gegen den Faschismus", zu der von der „weißen Linken" vor allem die Kommunistische Partei und RYM II zu zählen sind.

Seit der Hochzeit der Bürgerrechtskämpfe ist diese Einheitsfront die erste gemeinsame politische Organisation schwarzer und weißer Radikaler. Dies und die Tatsache, daß die entscheidenden Mitgliedsgruppen auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehen, indiziert und garantiert eine neue Phase im Aufbau des antiimperialistischen Widerstandes in den USA. Die Kohärenz der Linken ist in der Tat eine der wesentlichen Voraussetzungen erfolgreicher revolutionärer Tätigkeit in den heutigen USA — allerdings nicht jede Art Kohärenz. Es ist eine begründete Hoffnung, daß der marxistisch-leninistische Block — wesentlich inspiriert durch die Panthers — sowohl die Bewegung der Massen weiter entfachen kann, als auch — mit Hilfe eines seine eingebauten Beschränkungen sprengenden movements — sie auf revolutionärem Kurs zu halten imstande ist.

Wer regiert die USA?
Der militärisch-industrielle Komplex

Von Martin Hall, Los Angeles

Der verstorbene Präsident Dwight D. Eisenhower hat den Ausdruck „militärisch-industrieller Komplex" in den USA zu einem Standardbegriff gemacht. In seiner Abschiedsrede, die er am 17. Januar 1961 an die Nation richtete, erklärte er: „Wir müssen auf der Hut sein vor dem — beabsichtigten oder unbeabsichtigten — Erwerb unbefugter Macht durch den militärisch-industriellen Komplex. Das Potential für ein unheilvolles Ansteigen von Macht an der falschen Stelle existiert und wird beharrlich weiterbestehen. Wir dürfen niemals zulassen, daß das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheit oder unsere demokratischen Verfahrensweisen gefährdet... Nur eine wache und kenntnisreiche Bürgerschaft kann die richtige Verbindung der riesigen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, so daß Sicherheit und Freiheit zusammen gedeihen können."

Der Mann, der diese Worte aussprach, war praktisch sein ganzes Leben lang Soldat (mit Ausnahme eines kurzen Zwischenspiels als Präsident der Columbia University), bevor er als republikanischer Präsidentschaftskandidat aufgestellt und dann gewählt wurde. Wenn irgend jemand über eine intime Kenntnis der poten-

tiellen Gefahr verfügte, die die mächtige Verbindung des Pentagon mit der Kriegsindustrie für die Demokratie in den USA darstellt, dann war es Dwight D. Eisenhower.

Heute, neun Jahre später, wird es immer deutlicher, daß Eisenhowers Warnung unbeachtet geblieben ist. Die Vereinigten Staaten, einst Symbol der Demokratie, sind so etwas wie ein Kriegs- und Rüstungsstaat geworden. Die politischen Konsequenzen sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik sind in erschreckender Weise deutlich geworden.

Im Jahre 1968 erreichten die Ausgaben für militärische Zwecke eine Summe von 80 Mrd. Dollar, das ist fast genau die Gesamtsumme der vom amerikanischen Steuerzahler gezahlten Einkommensteuern. Allein die Kosten des Vietnamkrieges belaufen sich auf 77 Mio. Dollar täglich.

Die Hälfte aller zivilen Regierungsangestellten wird vom Pentagon beschäftigt. Über 100 000 Firmen produzieren für das Militär, und einer von fünf Amerikanern verdient seinen Lebensunterhalt direkt oder indirekt durch Rüstungsarbeit. Senator J. William Fulbright, der freimütige Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen und einer der konsequentesten Kritiker des Vietnamkrieges, sagte 1967: „Das Budget einer Nation ... gibt darüber Auskunft, was einer Gesellschaft am Herzen liegt und was ihr gleichgültig ist." Wenn das zutrifft, dann sind die USA wirklich ein Staat, der vom militärisch-industriellen Komplex regiert wird, und dieser Komplex beeinflußt nicht nur eine Außenpolitik der Interventionen in jedem Teil der Welt, wo er meint, amerikanische Investitionen und amerikanische Interessen erforderten es, sondern er beeinflußt ebenso unsere Innenpolitik. Die USA treiben mit 63 Nationen Waffenhandel und betreiben militärische Ausbildungsprogramme, an denen 35 Nationen beteiligt sind. Wir haben den Punkt erreicht, an dem nahezu die Hälfte des US-Budgets direkt für militärische Zwecke ausgegeben wird. Was für die immer dringender werdenden innenpolitischen Bedürfnisse übrig bleibt, für soziale Fürsorge und soziale Sicherheit, für das Bildungswesen und das wirtschaftliche Wohlergehen der Nation, kann nicht einmal zur Hälfte den Bedarf der Bevölkerung decken.

Einer der führenden Wirtschaftswissenschaftler der USA, Peter Drucker, schrieb vor kurzem: „Die Regierung kann Krieg führen und in der Währung inflationäre Tendenzen hervorrufen, aber nicht eines der anstehenden Probleme kann sie lösen." Das immense Ausmaß des militärischen Establishments zeigt sich nicht nur zahlenmäßig daran, daß 3 500 000 Männer die Uniform tragen oder daß 400 größere und 3000 kleinere Militärstützpunkte im Ausland unterhalten werden. Das Pentagon ist bei weitem der größte Arbeitgeber für Industriearbeiter und andere Beschäftigte in der gesamten Wirtschaft des Landes. Zwei Vergleichszahlen besagen alles: 1948, drei Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, belief sich der Verteidigungshaushalt der USA auf 11,8 Mrd. Dollar. Innerhalb von 20 Jahren stieg er um 680 Prozent auf 80 Mrd. Dollar! Zusätzlich zu den phantastischen Kosten des Vietnamkrieges besteht einer der Hauptfaktoren dafür in den gestiegenen Kosten der immer aufwendigeren Waffen: so kostete beispielsweise das Standardflugzeug der USA im Koreakrieg, die F 86, 300 000 Dollar; heute beläuft sich der Preis für die F 4, das Standard-Kampfflugzeug der Navy, auf 3 Mio. Dollar, und die neu vorgeschlagene F 14 würde 14 Mio. Dollar kosten.

Ein New Yorker Kongreßmitglied, B. Bingham, führte diese Zahlen in einem Artikel der Zeitschrift „Foreign Affairs" (Oktober 1969) an und schreibt dort unter anderem: „Der vom Pentangon ausgeübte Druck zur Durchsetzung höherer

Rüstungsausgaben ist enorm ... Das Militär wird immer und unausweichlich noch mehr wollen, als es schon hat. Sein Appetit ist unersättlich. Und die Industriekonzerne, die voll Eifer bereit sind, die geforderten Verträge abzuschließen, werden es dabei ermutigen."

Das eng verwobene Netz der militärischen und industriellen Führung beruht auf dem Beschaffungssystem des Pentagon und den engen Beziehungen zwischen den Beschaffungsoffizieren des Pentagon und ihren Klienten in der Rüstungsindustrie, was natürlich nichts Neues ist. Das alles ist seit Jahren bekannt und wird als etwas Unvermeidliches akzeptiert. Der brillante amerikanische Soziologe C. Wright Mills, der unglücklicherweise früh verstarb, schreibt in seinem 1956 erschienenen Bestseller „The Power Elite" über das, was er den „Aufstieg des Militärs" nennt: „Während des Ersten Weltkrieges bewegten sich die Militärs nur vorübergehend in den höheren wirtschaftlichen und politischen Kreisen ..., erst im Zweiten Weltkrieg drangen sie in wirklich entscheidender Weise ein. Angesichts des Charakters moderner Kriegführung mußten sie das auch tun, ob sie es nun wollten oder nicht — ebenso wie sie Männer mit wirtschaftlicher Macht auffordern mußten, sich dem Militär anzuschließen. Denn wenn die Militärs an wirtschaftlichen Entscheidungen nicht beteiligt waren, dann konnten sie nicht sicher sein, daß ihr Programm auch ausgeführt wurde ... Daher berieten Generale Konzernpräsidenten, und Konzernpräsidenten berieten Generale ... Die Organisation der Kriegswirtschaft als solche bewirkte die Koinzidenz der Interessen im Zusammenspiel der wirtschaftlichen und militärischen Chefs ..."

In seinem Buch dokumentiert C. Wright Mills dann später das Ausmaß, in dem Generale und Admirale im Ruhestand überredet wurden, Aufsichtsratsmitglieder oder sogar -vorsitzende in großen Konzernen der Rüstungsindustrie zu werden. So wurde der verstorbene General Douglas MacArthur nach seiner Pensionierung Aufsichtsratsvorsitzender der Remington Rand Corporation; General Wedemeyer, Kommandierender der US-Streitkräfte während des „China-Theaters", wurde Vizepräsident der AVCO Corporation; Admiral Ben Morcell wurde Aufsichtsratsvorsitzender der Jones Laughlin Steel Corporation, eines der größten Stahlkonzerne — und so weiter. Viele der höchsten militärischen Führer gingen in den Bereich der Industrieforschung. General Leslie Groves stand an der Spitze des Manhattan-Projektes, in dessen Rahmen die erste Atombombe entwickelt wurde; er wurde Vizepräsident von Remington Rand und als solcher verantwortlich für spezielle Forschungsarbeit. Der frühere Stabschef der Armee, General Matthew B. Ridgeway, ist inzwischen Vorsitzender des Mellon-Instituts für Industrieforschung geworden.

Es ist offensichtlich, daß es sich für die großen Vertragspartner des Pentagon auszahlt, wenn sie Militärs in ihren Aufsichtsräten haben, vielleicht nicht so sehr wegen ihrer finanziellen und geschäftlichen Kenntnisse, sondern wegen der engen Kontakte, die diese Männer nach wie vor im Pentagon haben.

Der Umfang, in dem Forschung an den Hochschulen durch Pentagon-Aufträge finanziert wird, ist in den letzten Jahren Gegenstand vieler Diskussionen gewesen. Senator McGovern, ein führender Kritiker militärischer Extravaganz, schrieb in der Dezember-Ausgabe des Magazins „Esquire": „Es existieren 16 große bundesfinanzierte Forschungszentren, darunter die angesehene Rand Corporation und das Institute of Defense Analysis, die regelmäßig Prämissen und Komponenten amerikanischer Verteidigung überprüfen. Jedes Forschungszentrum erhält mindestens 85 Prozent seiner Finanzmittel vom Pentagon. Ungefähr 750 Mio. Dollar jährlich fließen in Form verteidigungsbezogener Forschungsaufträge vom Pentagon an die amerikanischen Hochschulen." Senator McGovern

schätzt die Lohn- und Gehaltszahlungen an Arbeitnehmer in den kriegs- und rüstungsbezogenen Industriezweigen auf 17 400 000 000 Dollar. Der jährliche Profit der über 100 000 mit der Verteidigung verflochtenen Konzerne kann nicht einmal geschätzt werden.

Der Kongreß, selbst wenn seine Mitglieder den immer größer werdenden Appetit des Militärs wirksam kontrollieren wollten, kann das nicht schaffen, da, wie McGovern es ausdrückt, „die Fähigkeit des Pentagon, neue Konzeptionen und kostspielige Raffinessen vorzuschlagen, unsere Prüfungsmöglichkeiten und unseren Einfallsreichtum immer überspielen wird. Das ist ganz einfach deshalb so, weil der persönliche Mitarbeiterstab eines einzelnen Kongreßabgeordneten oder Senators kein geeignetes Instrument für eine dauernde kritische Überwachung unseres anschwellenden militärischen Komplexes darstellt."

Hierbei wird nicht einmal der ständige Druck auf Kongreßmitglieder mitberücksichtigt, der Einrichtung neuer militärischer Objekte in ihrem Wahlbezirk zuzustimmen, da diese Objekte zahlreiche neue Arbeitsplätze mit sich bringen. Das wirtschaftliche Eigeninteresse von Millionen Arbeitern, Ingenieuren, Gewerkschaften und führenden Industriellen spielt hier eine Rolle. Das ist auch die Erklärung für die Tatsache, daß die großen Gewerkschaften, die die direkt oder indirekt mit der Kriegsproduktion beschäftigten Arbeiter vertreten, bis jetzt die unerschütterlichsten Befürworter nicht nur des Vietnamkrieges, sondern einer Gesamtpolitik weltweiter militärischer Verpflichtungen der USA gewesen sind.

So schwindelerregend die offiziell geschätzten nationalen Verteidigungskosten auch sind, die veranschlagten Beträge werden ständig überzogen. Am 2. Dezember 1969 teilte Senator John Stennis (Mississippi) in seinem Vierteljahresbericht als Vorsitzender des Senatsausschusses für Fragen der Streitkräfte mit, das Programm des Pentagon für schwere Waffen koste 20 Mrd. Dollar mehr, als ursprünglich veranschlagt. Die Mehrkosten allein für das Projekt der „Minuteman"-Rakete betrugen jedoch schon 3,7 Mrd. Dollar, wie aus einem Bericht des Gemeinsamen Kongreßausschusses für Wirtschaftsfragen hervorgeht, während in dem Bericht von Senator Stennis diese Mehrkosten lediglich mit 761 Mio. Dollar angesetzt sind. Die wirkliche Höhe der Mehrkosten dürfte deshalb etwa das Doppelte der 20 Mrd. Dollar betragen, die Senator Stennis — bekannt für seine unkritische Unterstützung des Pentagon — angegeben hat.

Vier Tage nach dieser Bekanntgabe unterbreitete der Stellvertretende Verteidigungsminister Packard, selbst Multimillionär, hohen Pentagonbeamten ein Memorandum, in dem er sie anwies, den Ausdruck „Mehrkosten" durch „gestiegene Kosten" zu ersetzen, weil — nach Packard — der Ausdruck „Mehrkosten" (im Sinne überzogener Voranschläge, Anm. d. Übs.) „in den Köpfen vieler Leute Verwirrung hervorgerufen hat" und „unangemessenes Nachdenken über den wirklichen Stand der Dinge bewirkt" habe (!). Welches sind nun die Gründe für dieses phantastische Anwachsen der geschätzten Kosten für die verschiedenen Waffensysteme?

In einer von mehreren Zeitungen veröffentlichten Kolumne schrieb Jack Andersen am 7. September 1969 über die „seltsamen Wege des Pentagon". Er wies darauf hin, daß das Pentagon die „erschreckende Gewohnheit" habe, zwei Arten von Direktiven an sein Schlüsselpersonal auszugeben. Eine ist für den öffentlichen Gebrauch bestimmt und drängt auf Sparsamkeit und Unterbindung aller überflüssigen Ausgaben. Die andere Art von Direktiven weist die Pentagonbürokraten an, mehr Geld auszugeben und die Profitinteressen der Industrie zu berücksichtigen.

Es existiert natürlich ein vom Kongreß beschlossenes Gesetz über das Beschaffungswesen der Streitkräfte, das zur öffentlichen Ausschreibung aller Verteidigungsaufträge und zur Auftragserteilung an denjenigen verpflichtet, der das preisgünstigste Angebot unterbreitet. Aber in diesem Gesetz sind nicht weniger als 17 Ausnahmefälle vorgesehen, in denen solche Aufträge direkt ohne Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbs ausgehandelt werden dürfen. Nach Andersens Kolumne werden nur 11 Prozent aller heutigen Verteidigungsaufträge nach vorangegangener öffentlicher Ausschreibung vergeben, während 89 Prozent als Ausnahmen angesehen werden, auf die die im Gesetz aufgezählten 17 Fälle zutreffen. Die Ausnahme ist zur Regel geworden.

Viele der kostspieligsten Waffensysteme sind veraltet, bevor sie überhaupt einsatzfähig sind. Nach Senator McGovern gaben die USA in einem Zeitraum von 20 Jahren 20 Mrd. Dollar für Raketensysteme aus, „deren Entwicklung niemals abgeschlossen wurde oder die vor ihrer Fertigstellung bereits veraltet waren." Zum Vergleich: Die Investitionen zur Erhaltung natürlicher Rohstoffquellen machen lediglich „einen winzigen Bruchteil" dieser Summe aus.

Unter dem Verteidigungsminister der Regierung Johnson, McNamara, spürte das Militär die Zügel in Gestalt der Kontrollmacht des Verteidigungsministers. Nixons Verteidigungsminister Melvin Laird hat sich dagegen einen Namen als Kongreßabgeordneter gemacht, der im Unterausschuß für militärische Bewilligung, wo er den Vorsitz führte, immer den Forderungen des Militärs nachgab. Er wurde dennoch dazu gezwungen, die Aufgabe einer Reihe militärischer Einrichtungen anzukündigen, um den Verteidigungshaushalt um 3 Mrd. Dollar zu kürzen. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob dieser Plan wirklich in die Tat umgesetzt werden wird.

Was die Aussichten im ungewissen hält, ist die neue harte Linie der Regierung gegenüber der anwachsenden Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam, insbesondere von seiten des Generalstaatsanwalts Mitchell, dem Chef des Justizministeriums, dem gleichzeitig nachgesagt wird, bei weitem den größten Einfluß auf Präsident Nixon zu haben.

Zum erstenmal seit Beginn der amerikanischen Beteiligung in Vietnam wurden Kritiker dieses Krieges in offiziellen Erklärungen führender Regierungspolitiker, unter anderem von Mitchell und davor von Vizepräsident Agnew, beschuldigt, „dem Feind zu helfen und seine Lage zu erleichtern". Der skandalöse Prozeß gegen sieben führende Persönlichkeiten der Friedensbewegung in Chicago ist nur ein Zeichen für die schnell zunehmende Repression aller Opposition, nicht nur der gegen den Vietnamkrieg, sondern auch der Opposition gegen die Armut in den Städten, die durch die Vergeudung der nationalen Mittel im Kriege und durch die Kürzung der für die eigene Bevölkerung eingeplanten sozialen Ausgaben ständig weiter aufrechterhalten wird. (Den sieben Angeklagten wird „Verschwörung" zur Anstiftung der Unruhen während des Demokratischen Parteikongresses in Chicago vorgeworfen; sollten sie schuldig gesprochen werden, so können sie zu zehn Jahren Gefängnis und schweren Geldstrafen verurteilt werden.) Die konzertierte Treibjagd der Polizei in allen Teilen der USA gegen die Black Panther Party, deren Führer ermordet, zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt oder ins Exil gezwungen werden, hat selbst gemäßigte Liberale alarmiert, die von einer quasi-faschistischen Bedrohung der demokratischen Rechte des Volkes zu sprechen beginnen.

Natürlich ist es nichts Neues, daß die großen Konzerne in den USA außerordentlich erfahren in der Ausübung der Macht sind. Fünfzig der größten Konzerne be-

schäftigen fast dreimal so viel Menschen wie die fünf größten Staaten der USA. Der amerikanische Politologe Andrew Hacker schrieb 1965 in seinem Buch „Die Machtübernahme der Konzerne": „Unsere Ideologie erlaubt es uns, uns glücklich dem Gedanken hinzugeben, daß die Anti-Trust-Abteilung des Justizministeriums, wenn sie es wollte, General Dynamics oder IBM ‚aufbrechen', zu Teilen getrennter Firmen enflechten könnte. Es ist jedoch eine Tatsache der Macht, daß dies nicht erfolgt ist, nicht erfolgt und nicht erfolgen wird, weil die Regierung schwächer ist als die Institutionen der Konzerne, die ihr scheinbar untergeordnet sind. Das ist die Politik des Kapitalismus. Es handelt sich keineswegs um eine ausdrückliche Verschwörung, sondern eher um eine Harmonie von politischen Formen und wirtschaftlichen Interessen auf einer Ebene, die von den ständigen Bedürfnissen der Konzerninstitutionen bestimmt wird."

Da diese mächtigen Konzerne sowohl im Inland wie im Ausland aufgrund von langfristigen Investitionsplanungen entscheiden, folgt daraus, daß ihr Einfluß auf die Außenpolitik in dem Maße steigt, wie die Notwendigkeit von Kapitalexport und Investitionen im Ausland stärker wird.

Was neu und im Zusammenhang der gegenwärtigen Situation besonders alarmierend ist, ist die Tatsache, daß genau diese Konzerne eine enge Verbindung mit den führenden Militärs hergestellt und gefestigt haben, weil sie anscheinend in steigendem Maße der militärischen Macht zur Durchsetzung ihrer Politik im In- und Ausland bedürfen. Zum erstenmal in der Geschichte der Vereinigten Staaten wird die Idee eines stehenden Berufsheeres von keinem Geringeren der führenden Regierungspolitiker befürwortet als von Präsident Nixon selbst. Wenn dieser Vorschlag auch in manchen Kreisen als Ausweg aus dem Dilemma begrüßt wurde, in dem sich heute junge Männer finden, die den Wehrdienst ablehnen, so wird dabei doch die gefährliche Tatsache übersehen, daß eine Berufsarmee nicht nur den Einfluß des Militärs auf die Regierungspolitik vergrößern könnte, sondern daß eine derartige Armee — rekrutiert aus den Reihen der zahlenmäßig zunehmenden Arbeitslosen, mit denen man nach einer eventuellen Beendigung des Vietnamkrieges fertigwerden muß — ein höchst wirksames Instrument zur Aufrechterhaltung von „Gesetz und Ordnung" im eigenen Lande und zur Niederschlagung von Streiks werden könnte, kurz, genau die Art von Garnisonsstaat mit sich bringen würde, die die meisten Amerikaner bis jetzt für absolut unvereinbar mit ihrem Demokratiebegriff gehalten haben.

Es ist interessant, daß die Diskussion über das Problem des militärisch-industriellen Komplexes in den letzten Monaten in allen Bereichen geführt worden ist. Es gibt auf Bundesebene kaum eine Zeitschrift von Wichtigkeit, die diesem Thema nicht Artikel gewidmet hat, vom konservativen und dem Business verpflichteten „Fortune" bis hin zu „Esquire", „Look" und Organen wie dem „Bulletin of Atomic Scientists", ganz zu schweigen von der Handvoll liberaler und linker Publikationen wie „The New Republic", „The Nation", „Ramparts" und anderen.

Was diese Diskussion hervorgerufen hat, was zum erstenmal seit vielen Jahren den Versuch des Kongresses gezeitigt hat, das Verteidigungsministerium schärfer zu kontrollieren, was sogar das Verteidigungsministerium selbst gezwungen hat, die Existenz eines wirklichen Problems zuzugeben, das in Gestalt des unersättlichen Molochs der Kriegsmaschinerie das reichste Land der Welt mit dem Bankerott bedroht, ist nicht allein die Tatsache, daß es seit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg keinen Krieg gegeben hat, der bei der Bevölkerung der Vereinigten Staaten so unpopulär war, wie es der Vietnamkrieg heute ist. Es ist mehr als nur das. Das gesamte Konzept amerikanischer Außenpolitik, so wie sie

sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelt hat, wird in Frage gestellt. Dieses Konzept wurde vielleicht in seiner klassischsten Form von James Byrnes formuliert, der erklärte, unser Ziel müsse darin bestehen, „die Welt für die Vereinigten Staaten zu sichern". Sein Nachfolger John Foster Dulles entwickelte dieses Konzept weiter zu dem einen heiligen Kreuzzugs gegen den Kommunismus, den er als eine weltweite Verschwörung begriff. Die Auffassung der Vereinigten Staaten von sich selbst als einer Art Weltpolizist trat an die Stelle, die durch das Zusammenbrechen älterer Weltreiche unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg frei wurde. Heute haben wir vier große Militärbündnisse, denen amerikanische Streitkräfte verpflichtet sind: NATO, SEATO, CENTO und ANZUS, von den 42 individuellen Verteidigungsabkommen in allen Teilen der Welt ganz zu schweigen. Heute haben die USA in 32 Ländern 1 888 800 reguläre Truppenangehörige stationiert. Immer mehr nachdenkliche Menschen stellen inzwischen die Frage, ob all dies wirklich zu unserer nationalen Sicherheit beiträgt. 1960, vor zehn Jahren, ein Jahr vor seiner berühmten Warnung vor den Gefahren des militärisch-industriellen Komplexes, gab Präsident Eisenhower eine Erklärung ab, die diese Frage beantwortet: „Das militärische Establishment, selbst nicht produktiv, muß notwendigerweise gespeist werden aus der Energie, der Produktivität und dem geistigen Potential des Landes; absorbiert es davon zuviel, dann nimmt unsere Gesamtstärke ab."

In einer Nation, die so tief gespalten ist, wie es die USA heute sind, mit einem von einer Minderheit gewählten Präsidenten, mit einem Regierungs- und Verwaltungsapparat, der nicht imstande ist, die dringendsten innenpolitischen Probleme zu lösen, wie er auch nicht imstande war, das Land aus dem verhängnisvollen Krieg in Vietnam herauszumanövrieren, könnte sich mit Leichtigkeit ein Machtvakuum entwickeln, das dem Zugriff des Militärs oder eines vom militärisch-industriellen Komplex unterstützten Diktators offenstände.

Im Kongreß und anderswo gibt es Menschen, die dieses beängstigende Problem sehen. Der Kongreß hat einen ersten Versuch unternommen, seine Kontrollgewalt sowohl über die Außenpolitik wie über das Militär zurückzugewinnen. Bis jetzt jedoch fehlte diesen Versuchen der Nachdruck, den die Situation erfordert. Schon im April 1969 erklärte der Führer der Senatsmehrheit, Mike Mansfield, in einer Rede vor dem Senat: „Und wenn wir ... eines Morgens aufwachen sollten und bemerken, daß wir in einem Garnisonsstaat leben, dann wird das nicht so sehr die Schuld des Militärs sein, sondern die Schuld der zivilen Institutionen, die auf ihre Verantwortung verzichtet und damit die Aushöhlung ihrer verfassungsmäßigen Macht zugelassen haben."

Vielleicht bedarf es der Reden so hochgestellter Amtsträger wie Vizepräsident Spiro Agnew, der vorgeschlagen hat, gegen den Vietnamkrieg opponierende Elemente „aus der Gesellschaft auszusondern, ohne dabei mehr Gewissensbisse zu haben als beim Wegwerfen fauler Äpfel"; vielleicht bedarf es solcher Drohungen wie der des Stellvertretenden Generalstaatsanwalts Kleindienst, der empfohlen hat, aufsässige Studenten in Konzentrationslager zu sperren; vielleicht sogar des Schauspiels, das sich im Chincagoer „Verschwörungsprozeß" bot, als der schwarze Angeklagte Bobby Seale an Händen und Füßen an seinen Stuhl gefesselt und durch Anordnung eines Richters durch Knebeln zum Schweigen gebracht wurde, der ihm nicht erlaubte, sich in Abwesenheit seines Verteidigers selbst zu verteidigen; vielleicht ist all dies erforderlich und sogar noch mehr — wie die systematische Kampagne der Polizei, die Führer der Black Panther Party physisch zu vernichten —, um dem Volk bewußt zu machen, was die Stunde wirklich geschlagen hat.

Bevor das Volk in den Vereinigten Staaten nicht die Kraft findet, neue Prioritäten zu setzen, Prioritäten, die den schreienden Bedürfnissen der Bevölkerung nachkommen; bevor nicht genug Druck auf die Regierung ausgeübt wird, nicht nur sich aus Vietnam zurückzuziehen, sondern auch das Wettrüsten durch einen ehrlichen Versuch zu beenden, in den Verhandlungen in Helsinki mit der Sowjetunion eine Vereinbarung zu treffen, die für die Menschheit die letzte Chance sein könnte, den Drang nach Selbstzerstörung aufzuhalten; bevor das nicht geschieht, können sich die Vereinigten Staaten sehr wohl in einen ausgewachsenen Garnisonsstaat verwandeln.

In den dreißiger Jahren schrieb Upton Sinclair unter dem Eindruck der Entwicklung in Hitlerdeutschland ein Buch mit dem ironischen Titel „Das könnte hier nicht passieren". 1970 könnte das Jahr in der amerikanischen Geschichte werden, in dem „es hier passierte" ...

Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (II)*)

Von Rainer Rilling

Die Entwicklung ab 1966/67 — Die „Neue Forschungspolitik"

„Neue Forschungspolitik": Ausgangssituation

Die gegenwärtig noch andauernde, letzte Entwicklungsphase der westdeutschen Forschungspolitik setzte 1966 ein. Die Ausgangssituation war dabei im wesentlichen durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

a) In den forschungsintensiven und wissenschaftspolitisch sehr agilen „Wachstumsbranchen" der westdeutschen Wirtschaft hatten sich scharfe Konzentrationsprozesse abgespielt, die sich in den kommenden Jahren noch kräftig beschleunigen sollten. Die „concentration ratios" (hier der Prozentanteil der vier größten Unternehmen am Branchenumsatz) waren zwischen 1960 und 1966 in der Chemie um 9 %, in der Elektrotechnik um 4,1 % und im Fahrzeugbau um 10,1 % gestiegen [127]). Die zehn größten Konzerne der BRD, die allesamt weit überdurchschnittliche FE**)-Aufwendungen ausweisen und unter den Industrievertretern in den forschungspolitischen Lenkungsgreminien weit in der Überzahl sind, erzielten 1967 knapp 17 % des gesamten Industrieumsatzes — soviel, wie sieben Jahre zuvor gerade die 25 und 1954 die 50 größten Unternehmen auf sich vereinigen konnten. In den Jahren 1960—1966 hatte es sich für sie, die innerhalb der Gruppe der forschungspolitisch aktiven Konzerngruppen zusammen mit einigen weiteren Firmen (Luft- und Raumfahrtindustrie) die bedeutendste Fraktion darstellen [128]),

*) Vgl. Heft 12/1969.
**) FE = Forschung und Entwicklung
127) J. Huffschmid, a.a.O., S. 49.
128) Diese Kerngruppe besteht vor allem aus den 3 IG-Farben-Nachfolgern, Siemens, AEG und Bosch (Elektrosektor), Thyssen, Krupp, Mannesmann (Stahl), und einigen Firmen der Sektoren NE-Metalle und Fahrzeuge.

endgültig gezeigt, daß die für sie völlig risikolosen staatlichen Schwerpunktprogramme die geeignete Form boten, integrierte Großforschungsprojekte bis nahe zur Produktionsreife vom Staat finanzieren und organisieren zu lassen, ohne daß die private Aneignung der produzierten Ergebnisse gefährdet wird [129]). Die Bildung neuer Schwerpunktprogramme wurde von dieser Seite nun auch entsprechend nachdrücklich betrieben.

b) Zur selben Zeit war die Ungleichzeitigkeit der ökonomischen Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Staaten, die durch die schnelle Expansion des Kapitalismus nach 1945 zeitweilig verdeckt worden war, endgültig offenbar geworden. Die relative Überlegenheit des US-Kapitals und das rapide Avancement des japanischen Kapitalismus bedrohten die Außenhandelsposition der BRD, die sich wesentlich auf technische Spitzenprodukte stützte [130]). Neben dieser drohenden „technologischen Lücke" [131]) war es die sich mit der Rezession 1966/67 abzeichnende neue Strategie des westdeutschen Großkapitals, die einen forcierten Ausbau der technischen Basis erfordert: um seine bedrohte Weltmarktposition zu halten, begann es mit massiven Kapitalexporten, die den Rückgriff auf ausländische Wachstumspotentiale, die Umgehung zu erwartender Handelsrestriktionen und die langfristige Konsolidierung des Warenexports ermöglichen sollten [132]). Die „neue Forschungspolitik" ist denn auch Reaktion auf die offenbar werdende ungleichzeitige Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Staaten und erforderte eine Reihe verschiedener „Gegenmaßnahmen".

Konzeption der „neuen Forschungspolitik"

Neben den in der Geschichte der BRD einmaligen Konzentrationsprozessen der letzten drei Jahre, die auch die materiellen Kapazitäten und die Kapitalkraft für eine stärkere Entwicklung der industriellen FE bereitstellen sollten, dem Aufbau alle FE-Sektoren umfassender „Forschungsverbunde" und der straffen Zentralisierung der forschungspolitischen Lenkungsorgane steht innerhalb der „neuen Forschungspolitik" zentral der Versuch, im Rahmen einer sich herauskristallisierenden forschungspolitischen Gesamtprogrammierung eine gewichtige Verschiebung der bisherigen Schwerpunkte vorzunehmen, die die Erfahrungen mit der amerikanischen Rüstungswirtschaft reflektiert. In einem Erfahrungsbericht hatte die US-Regierung festgestellt: „Die direkte zivile Anwendung von Ergebnissen der Verteidigungs- oder Raumforschung ist sehr klein im Vergleich zu den Investitionen in die Verteidigungs- und Raumforschung. Trotz bewußter Anstrengungen ... wird das zivile Nebenprodukt ... künftig wahrscheinlich immer klei-

---

129) Exempel war das Atomforschungsprogramm: es war intiiert worden, „damit die Industrie in die Lage versetzt wird, Anfang der siebziger Jahre wettbewerbsfähige Kernkraftwerke auf den deutschen und ausländischen Märkten anbieten zu können" (BF I, S. 13); nachdem die Atomindustrie genügend „eigene Erfahrungen" (BF I, S. 54) sammeln konnte und die ersten Reaktoren in Betrieb genommen wurden, stießen die Konzerne ihre Finanzierungsanteile ab.

130) Dazu einige Angaben: die USA besitzen einen Anteil von 30,1 % am Welthandel mit forschungsintensiven Erzeugnissen, die BRD ist mit 22,1 % beteiligt und liegt weit vor England (14,2 %), Frankreich (7,7 %), Italien (5,9 %), Japan und Holland (5,3 %) (vgl. Wirtschaft und Wissenschaft, 3/1969, S. 29). „Die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik stütze sich ... auf der Ausfuhrseite in hohem Maße auf Waren, die das Ergebnis hochentwickelter Technik sind. Das Ausfuhrvolumen dieser Warengruppen habe sich zwischen 1950 und 1967 auf das 15fache gesteigert, während sich das gesamte Ausfuhrvolumen im gleichen Zeitraum nur auf das Zehnfache erhöht habe", G. Stoltenberg Mitte 1969 im „Außenhandelsdienst", zit. n. Frankfurter Rundschau v. 28. 4. 1969. Die forschungsintensiven Branchen der westdeutschen Industrie vereinigten 1967 rd. 68,5 % des gesamten Auslandsumsatzes, aber nur 39 % des industriellen Gesamtumsatzes auf sich; die 8 größten Konzerne (Krupp, BASF, AEG-Telefunken, Daimler-Benz, Bayer, Hoechst, Siemens, VW) konzentrierten 1968 über 20 % des westdeutschen Exports auf sich und wiesen eine weit überdurchschnittliche Exportquote von 37,2 % auf; vgl. E. Altvater, Die Weltwährungskrise, Frankfurt-Wien 1969, S. 81.

131) Vgl. BF I—III, a.a.O.; OECD, Gaps in Technology, Analytical Report, 1968, Peter Menke-Glückert, Europas technologische Lücke, Beilage zur Wirtschaft und Wissenschaft, 2/1968, Klaus v. Dohnanyi, Japanische Strategien oder Das deutsche Führungsdefizit, München 1969, H. Büchs, Rüstungszusammenarbeit in der NATO als Mittel zur Einengung der technologischen Lücke, in: Europa-Archiv, Folge 19/1967, S. 703 ff., und Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt 1969, S. 23 ff.

132) E. Altvater, a.a.O., S. 103.

ner werden" [133]). Um dem US-Kapitalismus langfristig erfolgreich Konkurrenz bieten zu können, forderten nun die forschungsintensiven und exportorientierten monopolistischen Industrien der BRD eine ähnliche starke Subventionierungstätigkeit des Staates wie in den USA, die aber im Gegensatz zu den USA und den westeuropäischen Staaten direkt auf dem Sektor der „zivilen", unmittelbar ökonomisch verwertbaren FE liegen sollte. Diese Konzeption, die sich mit den Vorstellungen der SPD, des größten Teils der CDU und dem nicht (oder nur wenig) militärisch orientierten Teil der großen Exportindustrie deckte, wurde seit 1966/67 zur Leitlinie der Forschungspolitik des BMwF [134]). 1967/68 gelangte diese Konzeption vollends auf breiter Front zum Durchbruch, nachdem man sich mit verschiedenen Sonderinteressen abgestimmt hatte; erst nach der Einleitung entsprechender Finanzierungs- und Förderungsmaßnahmen allerdings rückte das BMwF auch offiziell von der bisherigen Konzeption ab, die auf der sekundär-technologischen Verwertung vor allem der Kriegs- und Weltraumtechnologie basierte: „Etwa die Hälfte der amerikanischen Forschungsausgaben werden für die Verteidigungs- und Weltraumforschung verwendet, deren ökonomische Wirksamkeit beschränkt ist. In der Bundesrepublik hingegen wird versucht, die für das Wirtschaftswachstum wichtige Forschung und Entwicklung mit konkreten Zielen unmittelbar zu fördern, da nicht in einem so großen Umfange wie in den USA diese als Nebenprodukte der Verteidigungs- und Weltraumtechnologie zu erhalten sind" (Stoltenberg) [135]).

Die Kriegsforschung in der „neuen Forschungspolitik"

Die Durchsetzung dieser Konzeption mußte naturgemäß auf den Widerstand der militärisch orientierten Fraktion des westdeutschen Herrschaftskartells stoßen, die der größte Nutznießer der bisherigen Konzeption gewesen war. Der Einzug der kapitalistischen Reformpartei SPD in die Regierung, die Neuorientierung der NATO-Strategie [136]) und das Avancement einer noch relativ unbedeutenden sozialistischen Opposition in der BRD, die eine Neubestimmung der Bundeswehr als innerem, konventionellem Gewaltfaktor [137]) nach sich zog, isolierten jedoch die Militärtechnokraten immer mehr. Während nach der Mittelfristigen Finanzplanung die Wissenschaftsausgaben des BMVtdg. von 1 028 Mio. DM (1970) über 1 098 Mio. DM (1971) auf 1 175 Mio. DM (1972) steigen sollen (= 6,7 % Steigerung gegenüber dem Vorjahr), sind allein für das BMwF Steigerungen

133) Hennenhöfer, a.a.O., S. 41; Hennenhöfer stellt weiter fest: „Von den Hunderten von Patenten, die jede der weltbekannten Firmen der USA wie General Electric, General Motors . . . u. a. aus Regierungsaufträgen für Verteidigungs- und Raumfahrtforschung entwickelt haben, sind nur sehr wenige für zivile Zwecke ausgewertet worden" (S. 41). Trotz dieser „Erkenntnis" ist es illusionär, zu glauben, die US-Regierung würde gegen den amerikanischen militärisch-industriellen Komplex angehen; nicht nur in den USA haben nebenbei etwa 2000 ehemalige Offiziere in 95 industriellen Rüstungsunternehmen hohe Stellungen: auch in der BRD nimmt die Zahl der Militärs in der Industrie rapide zu; vgl. Der Spiegel, 8/1969, u. 5. Dt. Bundestag, Drucksache V/4066, S. 69, sowie Frankfurter Rundschau v. 28. 3. 1969.

134) Anfang 1966 hatte Stoltenberg noch auf die „kontroversen Diskussionen" um die Forschungspolitik hingewiesen und die Möglichkeit staatlicher Förderung technischer Entwicklungen kaum verhüllt verneint (vgl. G. Stoltenberg, Zukunftsaufgaben deutscher Wissenschaftspolitik, Vortrag am 28. 1. 1966 vor dem Wirtschaftsbeirat der Union e. V., München o. J.); im Juli 1966 befürwortete er die „gezielte Förderung konkret umrissener Projekte . . . weil der Staat im Interesse der Allgemeinheit bestimmte Forschungs- und Entwicklungsprojekte besonders vorantreiben müsse", G. Stoltenberg, Forschungsplanung — Möglichkeiten und Grenzen, in: Kieler Vorträge, Neue Folge 47, zit. n. Hennenhöfer, a.a.O., S. 49. Im Januar 1967 kündigte er in der VDI-Zeitschrift 1/1967 (S. 19) an, daß sich in Zukunft „die staatliche Förderung auch weiterhin auf die angewandte Forschung, die entwicklungsorientierte Forschung und die technische Entwicklung selbst erstrecken müsse . . . Es zeichnet sich ab, daß eine staatliche Förderung industrienaher Forschung und Entwicklung auch in anderen Bereichen nötig sein wird."

135) Pressedienst des BMwF 6/1969; zentrale Bedeutung für die „neue Forschungspolitik" haben das Gutachten Hennenhöfers, dessen Vorschläge für die Industrie in den BDI-Jahresberichten der folgenden Jahre wiederzufinden sind, und das X. „Gespräch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft", das vom GKWW am 7. 11. 1966 über das Thema „Industrieforschung — Möglichkeiten und Grenzen im Rahmen einer zeitgemäßen Forschungspolitik" abgehalten wurde; vgl. auch G. Stoltenberg, Initiator Staat? in: „Protokoll des Wirtschaftstages der CDU/CSU 1969 ‚Die Freiheit erhalten!' ", Hg. v. Wirtschaftsrat der CDU e. V., Bonn 1969, S. 132.

136) Die neue NATO-Strategie war am 13. 12. 1967 auf der NATO-Ministerratstagung mit dem Dokument MC 14/III niedergelegt worden und lief unter dem Begriff der „flexible response" auf eine Reduktion der Bundeswehr zu einem konventionellen Gewaltfaktor hinaus.

137) Vgl. R. Rilling, Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse? in: Marxistische Blätter, 4/1968, u. K.-H. Roth, Polizisten gegen Demokraten, in: konkret, 6—8/1969.

von 2,7 Mrd. DM (1970) über 3,4 Mrd. (1971) auf 4,0 Mrd. (1972) (= Steigerungen um 22,7 %, 25,9 % und 17,7 %) vorgesehen. So zeigt sich hier die starke Stellung der Ziviltechnokraten ebenso wie die Sonderstellung der Kriegsindustrie, die — gemessen an anderen Sektoren der Mittelfristigen Finanzplanung — sehr hohe Steigerungsraten durchdrücken konnte [138]). Ein „gemäßigter" Ausbau der Vernichtungswissenschaft scheint der gegenwärtig optimale Kompromiß zu sein: eine weitere Reduzierung der Vorhaben verbietet sich schon aus der Notwendigkeit, als „wesentliches Motivations- und Antriebsmoment zur Absorption volkswirtschaftlicher Überschüsse" [139]) zu fungieren und den Zwängen zur Kapitalentwertung und -vernichtung Genüge zu leisten, die sich aus den strukturellen Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems ergeben, und weiter zunehmend aus der politischen Notwendigkeit, mit der Durchführung von Vorhaben im Rahmen weitgesteckter „counter-insurgency"-Programme Handhaben für machtpolitische Kalküls liefern zu können.

Die Schwerpunkt-, Projekt- und Hochschulforschung in der „neuen Forschungspolitik"

1967/68 begannen die Ziviltechnokraten die bereits initiierten Programme zu intensivieren und neue Programme einzuführen: Elektronische Datenverarbeitung (EDV), Meeresforschung, Neue Technologien. In alle drei Programme gehen ökonomische, militärische und machtpolitische Erwägungen ein:

a) Das ökonomische Motiv: Während das EDV-Programm „die Entwicklung leistungsfähiger inländischer Unternehmen gegen die monopolähnliche Stellung gewisser ausländischer Unternehmen" [140]) zum Ziel hat und den Einsatz der EDV im Rahmen der Kern-, Raumfahrt- und Meerestechnik vorbereiten und organisieren soll, will man mit dem Programm Meeresforschung vor allem der zu erwartenden Rohstoffverknappung zuvorkommen [141]) und mit dem Programm Neue Technologien die industrielle FE direkt dort fördern, „wo Schlüsseltechnologien zu erkennen sind, wo die deutsche Industrie in technologischen Fortschrittsgebieten gewichtigen Wettbewerbsverzerrungen ausgesetzt ist und wo zukunftsträchtige Technologien wegen des großen inhärenten Risikos von der Industrie nicht oder nur ungenügend aufgegriffen werden" [142]).

b) Das militärische Motiv: Die EDV wird vom BMVtdg. vor allem zum Aufbau militärischer Führungssysteme gefördert [143]) und im Rahmen der Wehrtechnik organisiert; für die militärische Meeresforschung vergibt das BMVtdg. Aufträge an Institute „vor allem der Hochschulen" [144]), wobei hier ebenso wie im

---

138) Vgl. BF III, S. 155, und Wehrtechnik, 4/1969.

139) J. Hirsch, a.a.O., S. 30.

140) IK v. 26. 4. 1969; 1968 hatten die deutschen Produzenten einen Anteil von 20 % an den insgesamt installierten Anlagen. Wie diese „Entwicklung" vor sich geht, macht der IK v. 4. 6. 1969 am Beispiel der Hoesch AG klar: „Mit Hilfe einer Datenverarbeitungsanlage wird eine Gewinnsteigerung von rund 1,2 Mio. DM im Jahr erzielt, und zwar nach Abzug der Kosten für die Maschine und die Programmierung." Im Rahmen des DV-Programms werden die Mittel bis 1971 auf ca. 300 Mio. DM (BMwF-Finanzierung) steigen; für 1971—1975 sind ca. 750 Mio. DM vorgesehen.

141) Beteiligt an dem Meeresforschungsprogramm, das bis 1973 mit rd. 400 Mio DM staatlich gefördert werden soll, sind (entweder über die „Deutsche Kommission für Ozeanographie" oder die „Wirtschaftsvereinigung industrieller Meerestechnik e. V." (WIM)) die Konzerne Preussag (Metall-Erdöl-Erdgasgewinnung), Thyssen (Werkstoffprobleme), Messerschmidt-Bölkow (Systemtechnik), Demag (Fördertechnik, Urangewinnung), Siemens (EDV in der Meerestechnik) u. a. m.; die Funktion der WIM besteht nach dem IK v. 23. 9. 1969 in der Kanalisierung des „Gedränge(s) am Einstieg zum großen Geld" und des „Tauziehen(s) um die Bonner Meeres-Millionen" . . .

142) Dieses Programm, das direkt mit der Absicht eingerichtet wurde, die „technologische Lücke" aufzuheben, soll vom BMwF 1973 mit 300 Mio. DM gefördert werden.

143) Vgl. BF III, S. 105, u. K. Steinbuch, Möglichkeiten der Computer-Verwendung im militärischen Bereich, in: Jahrbuch der Wehrtechnik 1966, a.a.O., S. 202 ff.

144) BF III, S. 84.

Programm Neue Technologien breite Überschneidungen mit den übrigen Vorhaben existieren [145]).

c) Das machtpolitische Motiv: innerhalb des EDV-Programms werden mit den Datenbanken für politische Informationen, für juristische und statistische Informationen „Instrumente der Informationsverarbeitung und damit des Führungsmanagements" [146]) geschaffen, die vor allem in der zentralen Ministerialbürokratie eingesetzt werden sollen.

Auf einer zweiten Ebene mußte nun die Hochschulforschung in die „neue Forschungspolitik" eingefügt werden. Das relative Zurückbleiben der Hochschulforschung hinter die Industrieforschung in den frühen 50er Jahren ließ für die Industrie die Gefahr entstehen, daß die Hochschulforschung ihrer traditionellen Funktion als Lieferant einzelwirtschaftlich nicht profitablen Grundlagenwissens und vorgelagerte Ergänzungs- und Reservekapazität der industriellen FE nicht mehr gerecht werden konnte. Deshalb wurde Mitte der 50er Jahre eine Reihe von Entwicklungen eingeleitet, die Mitte der 60er Jahre zu Ende gingen bzw. auf einer anderen Stufe forciert wurden:

1) Einrichtung verschiedener „Big-science"-Programme, in die breite Kapazitäten der HochschulFE integriert wurden und eine gewichtige Ergänzungsfunktion ausübten;

2) massive Erweiterung der naturwissenschaftlich-technischen Kapazitäten der westdeutschen Hochschulforschung [147]), die bereits in dieser zweiten Phase der Entwicklung der HochschulFE nach 1945 von monopolistischen Industrien (Elektronik- und Chemiebereich) dazu genutzt wurde, die traditionelle Form der Verwertung der HochschulFE (Vertragsforschung) aufzugeben und sich ganze universitäre FE-Einrichtungen- und -zielsetzungen direkt unterzuordnen [148]).

3) Parallel dazu verschafften sich vor allem diese Industriekonzerne Sitz und Stimme in allen allmählich entstehenden wissenschaftspolitischen Lenkungsgremien und nach und nach in 31 Förderungsgesellschaften der Hochschulen [149]).

Die 1965/67 einsetzende dritte Phase in der Entwicklung der HochschulFE ist vor allem von folgenden Faktoren bedingt:

a) Bis zu diesem Zeitpunkt waren in der monopolistischen Industrie riesige Forschungszentren aufgebaut worden. Dies bedingte ein neues Verhältnis zur Hoch-

145) Vgl. Wehrforschung — streng geheim? Teil II — Über und unter dem Meeresspiegel, v. 18. 11. 1968, und BF III, S. 105.

146) Diese Datenbanken sollen leisten: Analyse und Auswertung politischer Meinungen und Analyse politischer Texte, um Motive, Absichten und Trends aus solchen Texten zu erkennen, volkswirtschaftliche Prognosen z. B. über die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen, Effektivierung der Arbeit des Bundeskriminalamtes. Ihr Stellenwert innerhalb der Errichtung technisch hochentwickelter und effektiver Befriedungssysteme wird an den Ausführungen des BF III (S. 71/2) über die Sozialwissenschaften deutlich: das BMwF will ab 1970 ein sozialwissenschaftliches Informationszentrum unterstützen, das 1969 errichtet werden und „insbesondere den Organen der Gesetzgebung und Verwaltung sowie den Institutionen der Wissenschaft und Wirtschaft" und „den obersten Bundeseinrichtungen" Herrschaftswissen verfügbar machen soll; „Themen, zu denen schon jetzt vorläufig Informationen von Sozialwissenschaftlern bereitgestellt werden könnten, sind z. B.: Konfliktmöglichkeiten der Gesellschaft in den siebziger Jahren . . . Schwerpunkte antidemokratischer und antiparlamentarischer Einstellungen in der Bevölkerung".

147) Von den Förderungsbeiträgen der Industrie von 1949 bis 1958 flossen 72 % in die naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen, 17 % in die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften und 11 % in die angewandte Medizin (vgl. Universität & Kapital, a.a.O., S. 35); von den Ausgaben der DFG entfielen im Rahmen des „Normalverfahrens" auf die Ingenieur- und Naturwissenschaften 1957 39 % der DFG-Gesamtausgaben, 1963 49 % und 1967 56 %, im Rahmen des Schwerpunktprogramms 1967 71 %, dagegen auf die Geisteswissenschaften 8 %. Die personelle Forschungskapazität der TH's vergrößerte sich von 1953/54 auf 1963/64 um das 2,6fache, die der Universitäten nur um das 1,9fache; vgl. Wissenschaft im Klassenkampf, S. 101.

148) So ist die technische Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg bis auf das Fach Mechanik identisch mit dem Erlanger Forschungszentrum des Siemenskonzerns.

149) Erkauft wurden diese Positionen durch hochherziges Mäzenatentum, wobei die gespendeten Pfennigbeiträge noch zu 50 % aus Steuerersparnissen finanziert sind; für die „Wissenschaft" stiftete der „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft" 1968 exakt den 400sten Teil des Betrages, den die deutsche Wirtschaft jährlich für Werbung ausgibt: 28,5 Mio. DM.

schulforschung. Auf einigen Sektoren verfügten nun eine Handvoll oder noch weniger Konzerne über die gesamte Breite des Branchenprogramms [150]), so daß sich durch die intensivere und breitere Anwendung der unternehmenseigenen FE-Ergebnisse für sie der ökonomische Nutzen der FE immer mehr vergrößerte; damit wurde für sie auch Grundlagenforschung in gewissem Maße profitabel. Grundlagenforschung, Angewandte Forschung und technische Entwicklung wurden nun innerhalb der Konzerne in einem Prozeß zusammengefaßt. Die Bedeutung der Hochschulen als Lieferanten von Grundlagenwissen nahm ab [151]); entsprechend fällt nun der Anteil der industriellen Vertragsforschung an den Universitäten an den Gesamtforschungsaufwendungen der Industrie — d. h. diese Konzerne werden von der HochschulFE immer unabhängiger —, während ihr Anteil an den universitären Forschungsvorhaben und damit die Abhängigkeit der Hochschulen von der Industrie gemäß der absolut expandierenden Industrieforschung rasch zunimmt.

b) Ein immer größerer Teil der gesamtgesellschaftlichen FE-Aufwendungen konzentriert sich auf den Bereich ökonomisch direkt verwertbarer FE, so daß die universitäre Forschung zum einen immer relativ bedeutungsloser wird und zum anderen allmählich immer näher an den kapitalistischen Verwertungsprozeß herangeführt wird. Sie tritt ihre Chance, Richtung und Zweck der Hochschulforschung auch nur zu beeinflussen, immer mehr an die Industrie ab, die dazu überging, ihre ohnehin winzigen — aber für die einzelnen Institute lebenswichtigen — Spenden fast nur noch zweckgebunden zu vergeben [152]), die Vertragsforschung mit den staatlichen Organen abzustimmen [153]) und die Zentralisierung der Forschungspolitik voranzutreiben [154]).

c) Die durch den Aufbau der staatlichen Schwerpunktprogramme (die in einem relativ eng begrenzten Bereich auf vorprogrammierte Ziele vorangetrieben wurden) drohende Verödung angrenzender und vorgelagerter FE-Sektoren (die sich vor allem an den Hochschulen befanden), mußte im Interesse der langfristigen Stabilisierung dieser Schwerpunktprogramme eingedämmt und zugleich stabilisiert werden. Als Vehikel sollten die vom WR und der DFG vorprogrammierten „Sonderforschungsbereiche" dienen, mit denen nach dem BF III eine „Konzentration der Forschung und ... Arbeitsteilung, die Kooperation von Wissenschaftlern bei interdisziplinären Forschungsaufgaben und ein Verbundsystem zwischen Hochschulforschung und hochschulfreier Forschung einschließlich der

150) Vgl. Huffschmid, a.a.O., S. 46 ff.

151) In K. Berthold, Die Grundlagenforschung industrieller Großunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1969, wurden die 37 umsatzgrößten Unternehmen der BRD des Jahres 1965 nach der unternehmenseigenen Grundlagenforschung befragt; mindestens 28 Umsatzmilliardäre betreiben Grundlagenforschung, die Ausgaben betrugen bei 5 Unternehmen 25 % des unternehmenseigenen FE-Aufwandes, bei 1 Konzern 15 %, bei 3 10 % und bei weiteren 3 5 %; ein Drittel dieser Umsatzmilliardäre vergibt Aufträge über Grundlagenforschung an Hochschulen; vgl. Berthold, S. 147, 151/2.

152) Die Förderergesellschaft der Universität Tübingen brachte 1967 530 000 DM auf, davon 345 000 zweckgebunden; für die Schleswig-Holsteinische Universitätsgesellschaft lauten die entsprechenden Zahlen 90 000 bzw. 60 000 DM; von den 1968 bei der TU Berlin eingegangenen 603 000 DM waren 513 000 DM zweckgebunden.

153) Die Vertragsforschung war Gegenstand von Koordinationssitzungen zwischen Industrie (unter Leitung der AEG) und BMwF/BMWi im Sommer 1968.

154) Anfang 1966 wurde der Kabinettsausschuß für Wissenschaft und Forschung gegründet, 1967 der „Beratende Ausschuß für Forschungspolitik" beim BMwF konstituiert und gegen Ende der Legislaturperiode eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die eine nahezu uneingeschränkte Möglichkeit der Steuerung der Hochschulforschung durch den Bund bieten. Diese Zentralisierung wird mit am schärfsten unmittelbar auf Universitätsebene wirksam werden: „Bei aller Wertschätzung von Lehre und Forschung ist es höchste Zeit, Begriffe des heutigen Managements, wie Planen, Führen, Delegieren und Kontrollieren, als tragende Säulen in diese Gedankenwelt einzuschleusen" (VW-Vorstandsmitglied Holste, zit. n. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24. 9. 1968), wobei Mitbestimmungsmöglichkeiten zur Universitätsspitze zunehmend ausgeschaltet werden. Zur Durchsetzung dieser Zentralisierung werden die Universitäten von der Industrie nach frühkapitalistischer Manier erpreßt: Balke sieht eine „Gefährdung der von der Wirtschaft geleisteten Forschungsförderung" durch die Mitbestimmung, welche „die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlicher Praxis und wissenschaftlicher Forschung an unseren Hochschulen ernsthaft bedroht" (Der Arbeitgeber, 14/1969, S. 560). In einem Erpressungsbrief an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz drohte Balke erneut, durch studentische Mitbestimmung werde „die Förderung der Forschung an Hochschulen ernster in Frage gestellt"; sie würde „unvermeidlich die Bereitwilligkeit der Industrie schmälern, im bisherigen Umfang Forschungsmittel bereitzustellen" (Frankfurter Rundschau v. 31. 10. 1969).

Industrie" [155]) erreicht werden soll. Hierzu sollen zunächst bestimmte Forschungsbereiche gefördert werden, wobei die Kosten bis 1970 je zur Hälfte von Bund und Ländern, dann zu $^2/_3$ vom Bund getragen werden sollen; 1968 wurden 4,4 Mio. DM, 1969 20 Mio. DM bereitgestellt, bis 1973 sollen es 100 Mio. DM sein [156]). Die bislang eingerichteten Sonderforschungsbereiche fügen sich nicht nur in die Schwerpunktprogramme der DFG und des Bundes ein, sondern folgen auch der Tendenz zur Ausweitung der naturwissenschaftlich-technischen FE-Sektoren: von den 1969 bereitgestellten Mitteln entfielen knapp 10 % auf geisteswissenschaftliche, 25 % auf medizinische und 65 % auf mathematische, natur- und ingenieurwissenschaftliche Vorhaben [157]). Nach dem Bund-Länder-Abkommen vom 11. Juni 1969 (Paragraph 10) kann der Bund unter bestimmten Voraussetzungen selbst Sonderforschungsbereiche fördern, die er „unter Berücksichtigung der gesamtstaatlichen Entwicklung für besonders förderungsbedürftig hält" [158]). Diese haben entweder rein imperialistischen Charakter [159]) oder fungieren als Zuhälter für die Industrie zur Erhaltung der Ware Arbeitskraft [160]). So können die Sonderforschungsbereiche als die Keimzelle für eine von Staatsapparat und Industriebürokratie über die DFG und den WR zentral gelenkten Zerschlagung der Hochschulforschung interpretiert werden. Die Förderung eines solchen Bereiches heißt, daß die betroffene Hochschule „auf einen entsprechend starken Ausbau anderer Gebiete verzichten muß" [161]). Die Einrichtung eines solchen Sonderforschungsbereiches hat „eine Strukturierung der Fakultäten in der mit der Wahl der Gebiete eingeschlagenen Richtung zur Folge" [162]) — oder im Klartext: In zahlreichen Wissenschaftsbereichen wird die Hochschulforschung allmählich liquidiert, die einzelnen Forschungsschwerpunkte werden allmählich die gesamte Forschungskapazität der einzelnen Hochschulen ausmachen. Diese vom Wissenschaftsrat unter dem Vorsitzenden Leussink eingeleitete Entwicklung wird unter dem Bundesminister Leussink fortgeführt werden; in einem Brief vom 12. März 1969 kündigte Leussink an: „Weiter wird auch zur Entwicklung der Forschungskapazität Stellung zu nehmen sein. Hier wird eine Konzentration anzustreben sein, die erheblich über die Bildung von Sonderforschungsbereichen hinausgeht. Es muß gesagt werden, wo welches Fach besonders stark ausgebaut werden soll und wo es abzubauen ist. Es wird auch zu überlegen sein, ob die Forschungskapazität immer parallel zur Ausbildungskapazität erweitert werden soll, oder ob z. B. die Ausbildung von Lehrern für alle Schulen an bestimmten Hochschulen konzentriert werden soll" [163]). Die Kriterien für die Errichtung solcher Schwerpunkte wurden von Leussink in schöner Offenheit dargelegt: „Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus ... Gewinnung wissenschaftlich ausgebildeter Kräfte und ... Erzielung wirtschaftlich verwertbarer Forschungsergebnisse" [164]), denn — so Leussink —: „Das Geschäft besteht in Wirklichkeit darin, Produkte der Forschung so schnell wie möglich in industrielle Produktion umzusetzen" [165]).

155) BF III, S. 58.
156) Vgl. Pressedienst des BMwF, 22/1968, 5, 11, 12, 17/1969.
157) Pressedienst des BMwF, 11/1969; weiter heißt es: die „Anzahl der vom Senatsausschuß (der DFG, d. V.) nicht befürworten und vom ad-hoc-Bewilligungsausschuß abgelehnten (geisteswissenschaftlichen, d. V.) Anträge war unverhältnismäßig groß."
158) Sobotta, a.a.O., S. 51.
159) Vgl. WR, Verzeichnis, a.a.O., S. 7: „Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, Fragen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Sicherheit sowie Modernisierung des Sicherungssystems, Recht der Technik, Unternehmensforschung ... Demographie unter Einbeziehung der Entwicklungsländer, Bauwesen und Infrastruktur in tropischen Regionen". In diesem Kontext ist auch die von Stoltenberg unternommene Initiative für eine wesentlich verstärkte Förderung der Auslandswissenschaften zu sehen; vgl. Pressedienst des BMwF, 17/69.
160) Vgl. WR, Verzeichnis, a.a.O., S. 286.
161) WR-Empfehlungen, Ausbau, a.a.O., S. 130.
162) WR-Empfehlungen, Ausbau, a.a.O., S. 129.
163) Schreiben des WR-Vorsitzenden Leussink v. 12. 3. 1969 an die Mitglieder des Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik über „Langfristige Tendenzen beim Hochschulausbau", S. 8.
164) Schreiben, a.a.O., S. 1.
165) 6. Dt. Bundestag, 7. Sitzung v. 30. 10. 1969, Sten. Ber. S. 188.

Diese Entwicklung zur Zerschlagung der Hochschulforschung bzw. ihrer direkten Subsumtion unter die monopolistische Industrie wird verzögert und modifiziert durch die Auseinandersetzungen und Interessengegensätze innerhalb des Gesamtkapitals. Es ist einerseits der forschungsintensiven, monopolistischen Industrie gelungen, sich über die staatlichen Schwerpunktprogramme und die Sonderforschungsbereiche die kurz- und längerfristige Verwertung der sie interessierenden Hochschulforschung direkt zu sichern. Andererseits aber sind auch die mittlere und kleine Industrie zunehmend auf die kapitalistische Verwertung der Hochschulforschung angewiesen, so daß dem Interesse der monopolistischen Industrie an der Zerschlagung bzw. straffen Konzentration der Hochschulforschung das Interesse anderer Teile des Gesamtkapitals an der Hochschulforschung als Lieferant später verwertbaren Grundlagenwissens und angewandten Wissens (TH's!) entgegensteht. Allem Anschein nach hat die Staatsbürokratie und das BMwF 1968 diesen Interessenwiderspruch erkannt und versucht, durch die Errichtung eines „Forschungsverbundes" zwischen Hochschulforschung/AIF-FhG/ mittlere Industrieforschung auf einer zweiten Ebene „unterhalb" der staatlichen Schwerpunkt- und Sonderforschungsbereiche die Verwertungschancen der zurückgebliebenen Teile des Gesamtkapitals zu verbessern[166]). Die Einleitung von Schwerpunktprogrammen jedoch, die kraß auf die Bedürfnisse der monopolistischen Industrie zugeschnitten sind, läßt vermuten, daß diese Maßnahmen mehr Subventionscharakter haben und es der monopolistischen Industrie gelungen ist, den übrigen Teilen des Gesamtkapitals zumindest ansatzweise ihre Bedingungen zu oktroyieren und die angestrebte forschungspolitische Gesamtprogrammierung auf die konzentrierte staatliche Förderung der Schwerpunkt- und Sonderforschungsbereiche zu reduzieren.

Die Konzequenzen für die Hochschulforschung können somit formuliert werden:

1) Die allgemeine Bedeutung der Hochschulforschung als Produktionsstätte ökonomisch verwertbaren Wissens im Interesse der Kapitalverwertung wird langfristig abnehmen. Ein Teil der gegenwärtig noch betriebenen Grundlagenforschung wird direkt in die monopolistische Industrie integriert und von den Hochschulen verschwinden.

2) Über die staatsmonopolistischen Schwerpunkt- und Sonderforschungsbereiche werden einzelne Forschungskapazitäten in integrierte Verbunde zusammengefaßt, die von Staats- und Monopolbürokratien programmiert und gelenkt und tendenziell aus der Universitätsorganisation herausgebrochen werden. Die Organisation der in diesen Bereichen betriebenen Forschung wird dabei den disziplinierenden Bedürfnissen der Kapitalverwertung angepaßt[167]). Als Vehikel dienen vor allem die Sonderforschungsbereiche, mit denen zugleich der Widerspruch zwischen Einschränkung der Hochschulforschung zugunsten der Ausbildungsfunktion und der notwendigen Expansion des gesamten nationalen FE-Potentials gelöst werden soll; ebenso wird über sie die imperialistische FE-Programmatik (s. u.) an den Universitäten realisiert.

3) Die völlige Zerschlagung der übrigen Hochschulforschung wird verzögert durch die Abhängigkeit zurückgebliebener Teile des Gesamtkapitals von der

166) In die FhG sollen 35 Institute aufgenommen werden, die Zuschüsse des BMwF sollen bis 1973 auf jährlich ca. 22 Mio. DM steigen und AIF und FhG sollen — teilweise durch Personalunion in den Entscheidungsgremien — weitgehend fusionieren, ohne daß jedoch die Kriegsforschung aus der FhG ausgegliedert wird.

167) Berthold zitiert einen der befragten westdeutschen Umsatzmilliardäre: „Mit Wissen des Top Management wird von der FE-Leitung das Bearbeiten unangemeldeter Projekte geduldet. Wenn man einem Forscher nicht mindestens 10 % seiner Zeit zum Spielen gibt, wird er trocken, wird er nicht mehr fündig" (Berthold, a.a.O., S. 105). Die Zeitschrift „Chemische Industrie" (XVII/1965, S. 730/1) kennzeichnete die Industrie FE folgendermaßen: „Zwang ist das Gesetz der angewandten, vor allem der industriellen . . . Forschung. Zwang nicht nur von außen; auch innere, betriebsinterne Zwänge und Hürden sind zu überwinden zum Beispiel der Zwang zur gemeinsamen Kalkulation, zum Prestige und zum betrieblichen Eigennutz".

Hochschulforschung. Der Interessengegensatz zwischen der fortgeschrittenen monopolistischen Fraktion des Gesamtkapitals und dieser Fraktion, die gegenwärtig die traditionelle Verwertungsweise der Hochschulforschung intensiviert und modernisiert (Vertragsforschung, Verbundsystem der zweiten Ebene [168]), wird eine einheitliche Entwicklung der Hochschulforschung verhindern.

4) Neben diesem Konflikt wird unter der neuen SPD/FDP-Regierung sich die Auseinandersetzung zwischen der monopolistischen, forschungsintensiven Fraktion des Gesamtkapitals, die inzwischen auf Grund des Mechanismus des Monopolprofits bzw. der Konzentration ökonomisch verwertbaren Wissens an der Unterdrückung bzw. dem Hinauszögern der Anwendung technischer Erfindungen interessiert ist [169]) und dementsprechend die staatlichen FE-Programme auf einige wenige Projekte konzentrieren möchte, und dem Staatsapparat in seiner Funktion als ökonomischen Regulierungs- und Stabilisierungsfaktor, der eine forschungspolitische Gesamtplanifikation im Rahmen der allgemeinen Bedingungen der Kapitalverwertung anvisiert, wesentlich verschärfen und für die Entwicklung der Hochschulforschung ebenso entscheidend sein.

5) Mit der endgültigen Transformation der „Ordinarienuniversität" in einen den gegenwärtigen allgemeinen und spezifischen Bedürfnissen der Kapitalverwertung angepaßten Universitätsbetrieb wird die Hochschulforschung vollends den allgemeinen Widersprüchen des kapitalistischen Systems, die eine Entwicklung der „Produktivkraft Wissenschaft" beschränken, unterworfen:

— dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der „Produktivkraft Wissenschaft" und der durch ihre Anwendung geprägten Produktion und der weiterbestehenden, privaten Aneignung und dispositiven Kontrolle deren Ergebnisse;

— der Ausrichtung der „Produktivkraft Wissenschaft" auf die Bedürfnisse der kapitalverwertenden Klasse statt auf die Bedürfnisse der Gesamtgesellschaft [170]);

— der organisierten „Entfaltung" der „Produktivkraft Wissenschaft" im Rahmen

---

168) Dies zeigt die Entwicklung der AIF; sie arbeitete 1961 mit 85 Hochschulinstituten zusammen. Sechs Jahre später waren es nach dem AIF-Handbuch 1968 mindestens 61 Institute der Universitäten und 157 Institute der Technischen Hochschulen und Universitäten; so daß die Anzahl der betroffenen Hochschulinstitute um nahezu 250 % anstieg! Der tatsächliche Umfang der über die AIF organisierten industriellen Vertragsforschung liegt noch wesentlich höher, da zahlreiche in der AIF organisierte industrielle Forschungsvereinigungen keine spezifizierten Angaben machen und zahlreiche Hochschulinstitute mehrfach frequentiert werden (die Zahl der Kontakte liegt mit 316 weit über den angeführten 218 Hochschulinstituten). Zentren der über die AIF organisierten Vertragsforschung sind Stuttgart (17 Institute), Hannover (16), Karlsruhe (17), München (19), Darmstadt (13), Clausthal-Zellerfeld (12), Aachen (37), Berlin (22), Braunschweig (21), während die Universitäten im Durchschnitt Zwei- bis Vierfachnennungen aufweisen. Daß die tatsächliche Indienstnahme der HochschulFE durch die Vertragsforschung noch um ein Vielfaches umfangreicher ist, zeigen die Größenordnungen: für industrielle Gemeinschaftsforschung, die vor allem durch die AIF organisiert wird, gibt die Industrie knapp den 50sten Teil ihrer unternehmenseigenen Aufwendungen aus! Grundlegende Voraussetzung für Verträge ist im übrigen „die vertrauliche Behandlung der gestellten Aufgabe durch alle Mitarbeiter im festgelegten Maß und über eine zu bestimmende Frist" (DFG, Empfehlungen für die Arbeitsweise (Sonderdruck), Bad Godesberg 1960, o. S.); auch wenn ein Konzern seinen Vertrag einseitig kündigt, bleiben die übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Geheimhaltung und der Schutzrechte weiter bestehen, vgl. DFG, Empfehlungen zum Vertragsabschluß (Sonderdruck), Bad Godesberg 1960, o. S.

169) Vgl. E. Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968, S. 441 ff.

170) Der Anteil der von der DFG 1968 im Normalverfahren abgelehnten Vorhaben (durchschnittlich 24 %) „war am höchsten auf Gebieten, die nicht kurzfristig profitträchtig erscheinen — etwa Architektur, Städtebau und Landesplanung (53 % abgelehnt), Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (38 % abgelehnt), praktische Medizin (34 % abgelehnt)". Für alle Vorhaben auf den Gebieten der Frühinvalidität, der Luftreinhaltung, des Lärmschutzes, der Fremdstoffschäden, der Gesundheitsgefährdung durch Arbeitsstoffe und der Krebsbekämpfung zahlte die DFG 1968 2,4 Mio. DM (Der Spiegel, 40/1969, S. 98); für Unternehmensforschung wandte sie im Jahr zuvor eine dreiviertel Million auf, für römische Provinzialarchäologie 540 000 DM. 1968 bewilligte die DFG 97 % aller beantragten Mittel für die Erforschung der „Frühgeschichte der Industrie in Deutschland" (das Programm läuft seit 5 Jahren), lehnte aber 46 % aller beantragten Zuschüsse für empirische Kriminologie ab (seit 1 Jahr gefördert). Im Rahmen des Programms Neue Technologien werden nun kümmerliche Ansätze gemacht: etwa die Förderung der Rehabilitationsforschung und -entwicklung (beantragt: 640 000 DM, bewilligt: knapp 420 000 DM), die ebenso der ökonomischen Kalkulation unterworfen wird (vgl. Süddeutsche Zeitung, Sonderdruck, a.a.O.). Nicht oder nur minimal werden gefördert: Verkehrsunfallforschung, Städtebau/Architektur, Raumplanung, Ernährungsforschung, Arbeits- und Sozialmedizin, Bildungsforschung, Friedensforschung, Lärmforschung, Abgas- und Abwässerforschung, Soziologie etc.

der systematischen Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums (Rüstung, Verschleißproduktion) [171];

— der Verhinderung einer langfristigen und gleichmäßigen materiellen Förderung und Entfaltung der „Produktivkraft Wissenschaft" durch die angesichts zyklischer Konjunkturschwankungen trotz der staatlichen Regulierungstätigkeit beschränkten und anarchischen Investitionstätigkeit [171a];

— der Konkurrenz der verschiedenen kapitalistischen Interessengruppen in- und außerhalb der staatlichen Schwerpunktprogramme und der daraus resultierenden ungleichgewichtigen Entwicklung der einzelnen FE-Kapazitäten und ökonomisch sinnlosen Doppelarbeit in der FE [172];

— der Beschränkung der Anwendungsmöglichkeiten von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen durch Betriebsgeheimnisse und militärische Geheimhaltung [173];

— der Beschränkung der FE-Tätigkeit durch Monopolisierung ihrer Ergebnisse vor allem mittels Patentpaketen [174];

— der Beschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten der wissenschaftlichen Arbeiter und damit der Grundlage der „Produktivkraft Wissenschaft" [175];

— der systematischen Verwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse zur Aufrechterhaltung der Legitimationsbasis des bestehenden Herrschaftssystems statt zur „Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen".

---

171) So wurden bei Damenstrümpfen Luftbläschen eingelagert, die sie brüchig machen; die mittlere Leuchtdauer von Leuchtröhren wurde von 100 000 auf 3000 Stunden herabgesetzt; vgl. auch die Aussagen von Leon Kelley, leitender Angestellter der Fa. Fishler, Zealand & Co — „Wenn die Waren nicht schnell genug verschleißen, haben die Fabriken nichts mehr zu tun und die Menschen werden arbeitslos" — oder des Vorsitzenden der Whirlpol Corporation (USA) vor jungen Ingenieuren: „Der Ingenieur hat in erster Linie die Aufgabe, Obsoleszens zu erzeugen" (zit. n. VDS [Hg.], Hochschulgesamtplan, Heidelberg 1969, S. 50); vgl. auch Mandel, Wirtschaftstheorie, S. 441 ff., und Packard, a.a.O.

171a) Bereits die bisherigen Versuche zeigen die systemimmanenten Beschränkungen einer langfristigen forschungspolitischen Gesamtplanifikation, wobei widersprüchliche gesellschaftliche und ökonomische Interessen disparate Entwicklungen ingang setzten, die vor allem in der Anfangsphase zu Beginn der 60er Jahre deutlich wurden: die WR-Empfehlungen von 1960 zur Bildung von Forschungsschwerpunkten bzw. zum Ausbau vorhandener Kapazitäten wurden deshalb nur teilweise verwirklicht, weil sie nur die Interessen eines Teils des Gesamtkapitals wiederspiegelten; zudem bewirkte die unkontrollierte Errichtung neuer Standorte der Industrie häufig eine Erweiterung nahegelegener HochschulFE-Kapazitäten, die auch den Intentionen des Staatsapparats widersprachen — so z. B. im Falle der süddeutschen elektrotechnischen Industrie und der entsprechenden Institute der TH's Stuttgart und Karlsruhe oder des „Entwicklungsrings Nord" der Luftfahrtindustrie und der TH's Braunschweig und Aachen.

172) Vgl. die Aussage eines Bauingenieurprofessors, zit. n. Der Spiegel, 40/1969, S. 90: „Bei mir läuft ein Projekt, bei dem sich eine Zusammenarbeit mit einem anderen Institut unmittelbar anbietet. Ich kenne den Ordinarius sehr gut. Aber er hat den Auftrag von einer Industriefirma und hat Geheimhaltungsvorschriften. Ich habe Kontakte zur Konkurrenz. Wir können gar nicht zusammenarbeiten, obwohl wir es wollen." Nach Angaben von Bund bringen in dem von ihm untersuchten Bereich der Industrieforschung „nur 40 % der Arbeiten . . . einen technischen Fortschritt hervor, die übrigen 60 % werden parallel dazu vollzogen" (vgl. Bund, a.a.O., S. 98).

173) Vgl. Berthold, a.a.O., S. 121: „Einige Umsatzmilliardäre betonten, daß sie eine Publikation grundsätzlich erst dann gestatten, wenn der durch diese Veröffentlichung wiedergegebene Stand ihres Wissens bereits überholt ist." — „Die Unternehmen beeinflussen aber nicht nur den Zeitpunkt, sondern auch die Quantität und die Qualität der Veröffentlichungen." Der BASF-Forschungsleiter A. Steinhofer weist in seinem Aufsatz „Industrielle Forschung" (in: Studium Generale, 5/1963, S. 269) auch bedauernd auf die „harten Realitäten" der IndustrieFE hin: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik „können u. U. dazu führen, daß wissenschaftlich wertvolle Arbeiten zurückgestellt werden müssen, Serienversuche den Vorrang vor interessanten Schritten in wissenschaftliches Neuland haben, wichtige Erkenntnisse nicht sofort veröffentlicht werden können."

174) „Nur wenige Prozente der als Niederschlag erfolgreich abgeschlossener industriellen Forschungsarbeiten zum Patent angemeldeter Verfahren, Konstruktionean und Produkte werden technisch ausgewertet; der weitaus größte Teil der in Kraft befindlichen Schutzrechte hat die Aufgabe, als Sperrpatente einzelne wichtige Entwicklungen zu schützen" (Steinhofer, a.a.O., S. 272). Nach der Konzentrationsenquete von 1964 hielten am 30. 4. 1962 1,2 % aller Patentinhaber 45,5 % aller inländischen Patente (das sind 172 Unternehmen!), der Rest verteilte sich auf 14 750 Unternehmen; von den 1952—1962 insgesamt entwickelten Patenten lagen 18 % bei den 10 größten Gesellschaften der elektrotechnischen und chemischen Industrie, davon 75 % aller für diese Industriezweige nutzbaren Patente; vgl. H. Heer, a.a.O., S. 73.

175) Vgl. zu einem Teilaspekt K. Borgmeier, Zur Soziologie betrieblicher Forschungs- und Entwicklungsinstitute, Diss., Münster 1960, S. 133/4: „Die wirtschaftliche Rationalität bedient sich zur Kontrolle des fachlich komplizierten FE-Prozesses jetzt auch unmittelbarer Methoden, solcher Kontrollmethoden, die man bisher für eine Spezialität der Organisation repetitiven Arbeitens halten mußte." — Ein Weg „führt über eine Weiterentwicklung des Refa-Systems zu quantitativen Bewertungen und fortgesetzten qualitativen Deskriptionen der FE-Arbeit."

Der imperialistische Charakter der „neuen Forschungspolitik"

Die zielgerichtete Einpassung der Forschungspolitik in außenpolitische Ambitionen war zu Beginn der 60er Jahre am deutlichsten von den Vertretern des sich herausbildenden militärisch-industriellen Komplexes der BRD formuliert worden. In einer Rede von Strauß im April 1966 vor dem Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU in München wird der ideologische Hintergrund und die politisch-pragmatische Ausformulierung dieses Vorgangs besonders deutlich: „... weil ich zutiefst davon überzeugt bin, daß das wissenschaftlich-technische Potential einer Nation heute ... in den Fragen der Einstufung dieser Nation, ihrer Gewichtigkeit, ihrer Durchsetzungsfähigkeit, nämlich der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Ziele, eine wesentlich größere Rolle spielt als jemals in irgendeiner Generation vor uns" [176]). Dabei müssen sich die politische Bewußtlosigkeit der wissenschaftlich Arbeitenden und die politische Manipulation der „politischen Führung" gegenseitig ergänzen: „Wohl muß der Wissenschaftler um der Forschung willen forschen. Aber die politische Führung muß diesen Bereich der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung und der technischen Entwicklung und der dahinter steckenden Produktionsmöglichkeiten in ein politisches Konzept einbauen ... Politische Führung muß wissen, was sie will, und sie muß versuchen, den Willen einer Nation so zu beeinflussen, daß ihre politischen Ziele Schritt für Schritt in Reichweite kommen" [177]). Bei dieser politischen Zielsetzung wird davon ausgegangen, daß der „technologische Wettlauf ... selbst zu einer wichtigen Form des modernen Krieges" [178]) geworden ist und deshalb „heute das Gleichgewicht der wissenschaftlichen oder militärischen Machtmöglichkeiten und damit der politische Führungsanspruch der einzelnen hochindustrialisierten Länder physisch durch das nationale Potential der Natur- und Ingenieurwissenschaften bedingt wird und deshalb ... der politische Führungsanspruch daran gemessen werden" [179]) muß. Ein Altnazi aus der technokratischen Militärfraktion formulierte die Konsequenz: „Jede Maßnahme, die geeignet ist, die Bildung, Handfertigkeit und das Wissen zu erweitern, dient dazu, die Kraft eines Volkes zur Verteidigung seines Lebensraums und zur Erhaltung seiner Lebensform zu stärken" [180]). Eleganter und noch präziser der „CDU-Reformer" Wörner im Bundestag: „Die politische Unabhängigkeit ist eine Funktion einer gewissen technologischen Unabhängigkeit" [181]). Bezogen auf die KriegsFE heißt das für die Militärfraktion: „Man kann heute feststellen, daß das Gewicht eines Volkes als Bündnispartner in der Politik nicht nur nach dem Kampfwert seiner Streitkräfte gemessen wird, sondern erheblich gesteigert werden kann durch seine Fähigkeit, Hervorragendes auf dem Gebiet der Wehrtechnik zu leisten" [182]). Wie sich dabei die politische Zielrichtung der Kriegsforschung ihren Propagandisten darstellt, zeigt die Äußerung des westdeutschen Vertreters in der Wissenschaftsabteilung der NATO, Schrader: „Von jeher war militärische Stärke ein wichtiges Element der Außenpolitik. Durch die moderne Wehrtechnik übt daher die Wissenschaft bei weitem den größten Einfluß auf die internationalen Angelegenheiten aus" [183]). Für den westdeutschen militärisch-industriellen Komplex und sein wichtigstes Sprachrohr, die CSU, sollte da-

176) Zit. n. Wehr und Wirtschaft, 4/1966, S. 210.
177) Wehr und Wirtschaft, 4/1966, S. 212.
178) H. Speidel, Wissenschaft, Technik und Politik, in: VDI-Zeitschrift, 1/1967, S. 5.
179) M. Schreiterer, Die Natur- und Ingenieurwissenschaften in der heutigen Außenpolitik, in: VDI-Zeitschrift, 1/1967, S. 8.
180) K. Fischer (ehem. Abt. T), Verteidigung und Wirtschaft, in: Wehr und Wirtschaft, 4/1965, S. 179.
181) 5. Dt. Bundestag, 133. Sitzung v. 10. 11. 1967, Sten. Ber. S. 6745.
182) Brigadegeneral Dipl.-Ing. Willikens (Leiter der Unterabteilung I III „Wehrtechnik Land" im BMVtdg.) in: Wehrtechnische Monatshefte, 6/1964, S. 211.
183) R. Schrader, Wissenschaft im auswärtigen Dienst, in: Wirtschaft und Wissenschaft, 5—6/1964, S. 2.

her „eine strukturelle Reform des Wehrbudgets" und eine Anhebung der „Ausgabensätze für militärtechnische Forschung und Entwicklung" von 5 auf 10 % [184]) den Einfluß der Kriegsforschung verstärken helfen; die westdeutschen Forschungskapazitäten sollten in z. T. enger Kooperation mit französischen (und auch spanischen) Kapazitäten einen europäischen „Schutzwall" gegen die amerikanischen „Kapitalaggressoren" [185]) aufbauen — nicht zuletzt, um in eine bessere Ausgangsposition den sozialistischen Staaten gegenüber zu kommen [186]). Strauß forderte dementsprechend in seinem „Entwurf für Europa", die BRD und Frankreich „sollten ihre Mittel auf allen Gebieten der modernen Hochleistungstechnik für wirtschaftliche und militärische Zwecke zusammenlegen. Sie sollten Gemeinschaftskonzerne in den Schlüsselindustrien gründen, in denen sich die Amerikaner eine Monopolstellung im westlichen Bereich zu sichern suchen. Dafür ist es selbstverständlich auch erforderlich, daß beide Länder ihre Investitionsmittel für militärische Zwecke zusammenlegen, die nun einmal den Löwenanteil der staatlichen Ausgaben für die technisch-wissenschaftliche Entwicklung darstellen" [187]). Daß eine solche Konzeption nur auf dem Rücken der arbeitenden Massen durchgesetzt werden kann, wird dabei von den Militärtechnokraten ohne weitere taktische Behutsamkeit offen eingestanden [188]).

Die Niederlage der Militärtechnokraten im Kampf um die „neue Forschungspolitik" 1966/67 und die rasch wachsende Einflußnahme amerikanischer Rüstungskonzerne auf den westdeutschen militärisch-industriellen Komplex bedeuteten jedoch nicht Verzicht auf die ursprünglich nach außen gewendete politische Zielsetzung. Während die Militärtechnokraten die außenpolitische Machtstellung der BRD durch die Entwicklung des militärischen Potentials über den Aufbau einer an den westeuropäischen Staaten und den USA orientierten Kriegsforschung ausbauen wollten, die in einem zweiten Schritt zugleich den für die internationale Konkurrenzfähigkeit wichtigen technischen Fortschritt organisiert, verschob sich bei den „Ziviltechnokraten" die Gewichtung: das sich in wirtschaftliche Stärke ummünzende Forschungspotential wird auf die direkte Unterstützung der Bedürfnisse des großen Kapitals orientiert, die Kriegsforschung und die sich daraus ergebende militärische Stärke haben nur eine ergänzende Funktion. Programmatisch dargelegt wurde die außenpolitische Bedeutung der „neuen Forschungspolitik" im Juli 1968 von Karl Scherf, der am 1. Dezember 1967 als bisheriger „Mitarbeiter" der BASF in den Planungsstab des Bundeskanzleramtes eingetreten war und dort als Leiter der Sachgebietsgruppe „Wissenschafts- und Forschungspolitik" fungiert. Das Referat Scherfs kann als das wichtigste Dokument des gegenwärtig entstehenden westdeutschen Wissenschaftsimperialismus be-

---

184) F.-J. Strauß, Herausforderung und Antwort — ein Programm für Europa, Stuttgart 1968, S. 165.

185) S. Balke, Die amerikanische Herausforderung, in: der arbeitgeber, 8/68.

186) Vgl. F.-J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966; K. T. Freiherr zu Guttenberg, Wenn der Westen will — Plädoyer für eine mutige Politik, Stuttgart 1964; Rainer Barzel, Gesichtspunkte eines Deutschen, Düsseldorf-Wien 1968.

187) Strauß, Entwurf, a.a.O., S. 133 f.; die institutionelle Form einer solchen Zusammenarbeit legt Servan-Schreiber in seinem Buch „Die amerikanische Herausforderung" (Hamburg 1968), zu dem Strauß ein begeistertes Vorwort formulierte, sehr deutlich dar: „Die Forschungszentren, sowohl die der Ministerien als auch die der Universitäten, müssen es als ganz selbstverständlich empfinden, daß sie unter Verträgen und Direktiven arbeiten, die Industrielle bestimmen . . ." Immerhin war der neue Leiter der Unterabteilung T II (Wehrforschung) des BMVtdg., Ministerialdirigent F. R. Toepffer-Güntsch, „bisher führend in der Entwicklung von Rechenanlagen bei AEG-Telefunken tätig" (Wehrtechnik, 9/1969, S. 354), und Helmut Schmidts neuer Leiter der Abteilung Rüstungsangelegenheiten (Wehrtechnik und Verteidigungswirtschaft) E. W. Mommsen konnte als Amtsgruppenchef in Hitlers Kriegsministerium erste Erfahrungen sammeln, bevor er 1965 zum Vorstandsvorsitzenden und Generaldirektor der Thyssen Röhrenwerke AG avancierte und nun seine exzellenten Beziehungen (etwa als BDI-Funktionär) dem Sozialdemokraten Schmidt zur Verfügung stellte, ohne jedoch „sich von diesem ganzen wirtschaftlichen Hintergrund völlig zu lösen" (IK v. 29. 11. 1969). Während der ehemalige Leiter der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik der Friedr. Krupp GmbH G. Stoltenberg vom BMwF nun wieder zu Krupp zurückkehrte, schlug sein Nachfolger Leussink (Mitglied des Krupp-Aufsichtsrats) kurz vor Amtsantritt einen Vorstandsposten bei Krupp aus; Dohnanyi schließlich war von 1956—1960 Leiter der Planungsabteilung des Kölner Ford-Konzerns.

188) In einer Haushaltserklärung vom Dezember 1966 wies Kiesinger darauf hin, daß die stärkeren Anstrengungen auf wissenschaftspolitischem Gebiet „durch Einsparungen bei Konsumausgaben, bei Subventionen oder durch Steuererhöhung" ermöglicht werden sollten (zit. n. Die Welt v. 14. 12. 1966).

zeichnet werden [189]). Scherf geht von folgender Feststellung aus: „Seit dem Zweiten Weltkrieg ist in starkem Maße evident geworden, daß die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Kraft eines Landes in erster Linie von seinem Forschungspotential bestimmt wird. Forschung und Entwicklung wurden als Triebkräfte des Fortschritts von Industrie, Wirtschaft und Waffentechnik erkannt und haben eine zuvor nicht geahnte Bedeutung gewonnen." Unter Forschungspotential versteht Scherf dabei vor allem die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Kapazitäten, „welche die Basis der Technik und damit der weltlichen, materiellen Macht" bilden, und die die „Einzelpotentiale" (Arbeit, Kapital, Militär) eines Staates begründen, die zusammen dann das „Machtpotential eines Staates" bilden. Hieraus lassen sich nun nach Scherf mehrere Thesen ableiten: „These 1: Die Einzelpotentiale, deren Summe das gesamte Machtpotential eines Staates bildet, sind zumindest teilweise wechselseitig substituierbar." Als Konsequenzen für die BRD — „die als zweitgrößte Handels- und drittgrößte Industrienation der Welt zwar wirtschaftspolitisch gesehen ein Riese, außenpolitisch jedoch ein Zwerg" ist — ergibt sich die „These 2: Die BRD kann ... das fehlende außen- und militärpolitische Potential durch Forschungspotential und technologisches Potential kompensieren". Um diese machtpolitische Konzeption durchzusetzen, sind erhebliche Anstrengungen auf dem Bildungs- und Wissenschaftssektor nötig. Folgendes wäre nötig: „These 3: Die BRD braucht eine zugkräftige nationale Zielsetzung etwa im Sinne von ‚Volk der Wissenschaftler und Wirtschaftler'. Damit würden der Jugend Ideale gesetzt und die Akzente richtig auf die konsequente Stärkung des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potentials gelegt. Glaube niemand, eine solche Parole könne man dem Volk nicht verkaufen!" „These 4: Die Bundesrepublik muß ihre Bildungsausgaben auf etwa 5 bis 6 % des Volkseinkommens erhöhen. Dies erfordert wahrscheinlich einen gewissen Konsumverzicht, dessen Notwendigkeit dem Volke erklärt werden muß. Bei verständlicher, sachgemäßer Argumentation kann man die Bevölkerung durchaus überzeugen; das Volk ist weder so dumm noch so selbstsüchtig, wie manche Politiker glauben" [190]). Damit sich eine solch elitäre Position durchsetzen und die machtpolitische Formierung der wissenschaftlich Arbeitenden problemlos über die Bühne gehen kann, empfiehlt Scherf unter These 6 folgerichtig: „Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften sollten auch bei uns eine gewisse Pflichtstundenzahl an natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern hören und umgekehrt. Dadurch würde zugleich der in manchen sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu beobachtenden Ideologisierung vorgebeugt." Die innere Formierung der Ausbildungs- und Forschungskapazitäten [191]) wird in den nächsten 4 Thesen begrün-

189) Dipl.-Chem. Karl Scherf, Bildungs- und Wissenschaftspolitik in internationaler Sicht, Referat am 5. Juli 1968 in Düsseldorf auf der Jahrestagung des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine (DVT), der ca. 800 Einzelvereinigungen umfaßt; abgedruckt in: VDI-Zeitschrift, 33/1968, Bd. 110, November 1968 (III), S. 1468—1475. Die folgenden Zitate hieraus.

190) Auch die SPD sieht ihre Wissenschafts- und Forschungspolitik nahezu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Effizienz: „Im weltpolitischen Rahmen können wir den Stand unserer Industrie, von dem der Lebensstandard jedes einzelnen abhängt, künftig nur sichern, wenn für Wissenschaft und Forschung ungleich mehr investiert wird als bisher" (Entwurf Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren); in dem SPD-Schwerpunktprogramm zur Wissenschaftspolitik heißt es in Punkt I: „Die SPD geht davon aus, daß der Kreislauf von Forschung, Entwicklung und industrieller Anwendung die Basis für ein ständiges Wirtschaftswachstum ist und den Ausbau einer sozial gerechten Wohlstandsgesellschaft ermöglicht." Zur Großforschung fordert die SPD „die Bildung von wenigen Schwerpunkten ... Maßstäbe für die Entscheidung über die Rangfolge technologischer Großprojekte sollten die damit zu erzielenden Exportchancen, die Ausfüllung wichtiger Lücken im internationalen Forschungs- und Entwicklungsverband ... sein." Abschließend spricht sie sich für eine „stärkere Förderung der Industrieforschung" aus, sie „setzt dabei allerdings eine größere Bereitschaft der Industrie zur Gemeinschaftsforschung, wirksame Kooperationseinheiten und eine Erfolgskontrolle voraus" (zit. n. DUZ, 17—18/1969).

191) Vornehm in den „Sozialdemokratischen Perspektiven": „Die Autonomie der Hochschulen kann jedoch weder die Abkapselung der Universit?t von der Gesellschaft noch die Erhaltung antiquierter hierarchischer Strukturen ... rechtfertigen" (S. 69). In den „Vorschlägen zur Reform der Hochschulen" des Bildungspolitischen Ausschusses der SPD vom April 1969 wird dieses Verhältnis von „Hochschule und Staat" konkretisiert: der Staat müsse sich „ständig genau umschriebene Einwirkungsmöglichkeiten" offenhalten. „Sie betreffen in erster Linie die Gestaltung des Haushalts und die Bildung von Forschungs- und Lehrschwerpunkten ... sowie die Beteiligung bei der Besetzung der Universitätsspitze" (SPD-Vorstand (Hrsg.), Vorschläge zur Reform der

det: Ende der Gymnasialzeit mit 18 Jahren, „Drastische Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung — etwa im Sinne der Vorschläge des Wissenschaftsrates" — und „expansive Bildungspolitik im Hochschulbereich" (These 7—9). Um diese inneren „Reformen" durchzusetzen, muß die Hochschulautonomie liquidiert und die Hochschule dem „Gemeinwohl" — d. h. in einer kapitalistischen Gesellschaft immer dem Kapital — zugeordnet werden: „These 10: Eine Überprüfung der Autonomie der Hochschulen und deren stärkere Bindung an das Gemeinwohl erscheint unausweichlich." Die „Neuformulierung der Hochschulautonomie" ist die Vorstufe für die ungehinderte Ausgliederung und Zerschlagung der Hochschulforschung und die weitgehende Beschränkung der Universitäten auf ihre Ausbildungsfunktion, von Scherf vornehm in These 11 umschrieben: „Die Diskriminierung von Lehre und Lehrern gegenüber der Forschung muß endgültig aufhören". Ebenso wie die rasante soziale Deklassierung der bisherigen Großordinarien und Institutsfürsten zu subalternen Ausbildungstechnikern ideologisch übertüncht werden muß, soll die direkte Subsumption der verbleibenden Hochschulforschung unter die kapitalistischen Verwertungsbedürfnisse verschleiert werden: „These 12: Weiter muß aufhören die Diskriminierung der Angewandten Forschung gegenüber der Reinen oder Grundlagen-Forschung". Die Thesen 13—15 betreffen die auswärtige Wissenschaftspolitik der BRD: „These 13: Die BRD muß unbedingt in den wichtigsten Industrieländern durch Wissenschaftsattachees vertreten sein" [192]), die eng mit den entsprechenden Wirtschaftsattachés zusammenarbeiten sollen. In These 14 läßt Scherf vollends die Katze aus dem Sack: „Die BRD muß in Europa sowohl eine enge bilaterale wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages vom 22. Januar 1963 als auch multilateral im Rahmen der EWG ebenso anstreben wie eine transeuropäische." In einem ersten Schritt soll die Ausweitung des nationalen Forschungspotentials erreicht werden, die der BRD die fehlende außenpolitische und militärische Stärke in der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen kapitalistischen Staaten und dem Kampf der verschiedenen Gesellschaftssysteme [193]) ersetzen soll. In einem zweiten Schritt, der die innere Ausrichtung der nationalen Forschungskapazitäten nach den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals und außenpolitischen Anforderungen zur Voraussetzung hat, soll eine europäische Forschungspolitik mit entsprechender Gewichtung der BRD geschaffen werden. Da jedoch gegenwärtig die Auseinandersetzung der westeuropäischen Kapitalismen untereinander [194]) eine solche Entwicklung verlangsamt, soll die BRD eine „transeuropäische wissenschaftspolitische Konzeption" entwickeln, die „eine enge wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit den USA und Japan als den beiden zukunftsreichsten Mächten der nichtkommunistischen Welt (einschließt). Diese Zusammenarbeit sollte bilateral zwischen der BRD und den USA bzw. Japan geregelt und natürlich aufeinander abgestimmt werden. Basierend auf weltoffenem Denken, muß die BRD eine transeuropäische Initiative entwickeln, um die europäische Stagnation zu überwinden. Jede Politik ist ... nur soviel wert wie ihre Alter-

---

Hochschulen, Bonn 1969, S. 9); vgl. auch Frankfurter Rundschau v. 9. 4. 1969: „SPD: Dem Staat mehr Einfluß auf Universitäten".

192) Vgl. Pressedienst des BMwF, 6/1968, M. Schreiterer, a.a.O., IK v. 5. 7. 1969, u. K. P. Tudyka, Ökonomische Dimensionen auswärtiger Beziehungen, in: atomzeitalter, 6—7/1968, S. 339 ff.

193) Vgl. H. Gross, Internationaler Wettbewerb in Wissenschaft und Bildungswesen zwischen Ost und West, Essen-Bredeney 1960, S. 9: „Heute spielt sich ein großer Teil des Konkurrenzkampfes zwischen Unternehmungen wie Nationen und zwischen dem demokratischen Westen und kommunistischen Osten im Bildungswesen ab, insbesondere in den Forschungsstätten und Hörsälen der Hoch- und Fachschulen ... Über dem „Wettrüsten" steht das „Wettforschen" ...". Vgl. auch die BDI-Jahresberichte 1962 (S. 46/7) u. 1958/59 (S. 84).

194) Zu den Auseinandersetzungen um die verschiedenen nationalen forschungspolitischen Konzeptionen vgl. Blunk/Klatte/Kretzschmar, Das wissenschaftliche Potential der westeuropäischen Hauptmächte, in: Deutsche Außenpolitik, 6/1969, S. 706 ff., Wissenschaft im Klassenkampf, a.a.O., S. 211 ff., und K.-H. Heise, Bonner Wissenschaftspolitik vor unlösbaren Widersprüchen, in: DWI-Berichte, 9/1969, S. 17 ff.

nativen. Dies gilt auch für die auswärtige deutsche Wissenschaftspolitik, die durch Annahme der hier skizzierten Konzeption bis weit in die 70er Jahre hinein ausreichende Antriebskräfte erhalten würde." Diese wissenschaftspolitische Konzeption, die sich vor allem auch gegen die Volksrepublik China richtet [195]), soll zunächst bewirken, „daß andere europäische Länder von der deutschen Initiative mitgerissen werden und die Einigung neue Impulse erhält" [195a]). Als politisches Fernziel gilt „letztlich eine große wissenschaftlich-technologisch fundierte Ost-West-Achse USA-EWG-Japan, die allen denkbaren Konkurrenzsituationen gewachsen wäre."

Die Verwirklichung dieser wissenschaftsimperialistischen Konzeption verlangt, daß in „den kommenden Jahren ... die Außenpolitik in zunehmendem Maße von der Wissenschaftspolitik gesteuert" wird (These 15) und macht daneben „die laufende Koordinierung der Rüstungspolitik mit den Belangen der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Außenpolitik notwendig" [196]). Ohne die staatlichen FE-Schwerpunktprogramme — so Stoltenberg bereits am Beginn der „neuen Forschungspolitik" — „wäre auch die westdeutsche Politik der Zukunft im Innern wie nach außen schließlich zum Mißerfolg verurteilt" [197]). Die Funktionalisierung der Forschungspolitik innerhalb des von der Großen Koalition hervorgehobenen „sachlichen Zusammenhang(s) von Forschungspolitik, Wirtschaftspolitik und Außenpolitik" [198]) muß dabei nach Ansicht des BMwF- und OECD-Mitarbeiters Menke-Glückert auf der Erfahrung aufbauen, „daß seit Beginn der Industrialisierung sich alle europäischen Nationalstaaten als unfähig erwiesen haben, die Aufgaben der Technik ohne Rückgriff auf Mittel der totalitären politischen Praxis zu lösen" [199]). Diese Erfahrung konkretisiert sich für Scherf in Anlehnung an den BDI und den reaktionären Staatsrechtler Forsthoff als einem der Vorkämpfer des „autoritären Wohlfahrtstaates" in der Forderung nach der „Assoziation" von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft, die zu einer „Funktionseinheit" zusammenwachsen müßten [200]). Außenpolitisch konkretisiert sich die Neubestimmung der westdeutschen Forschungspolitik in der „Stabilisierung der großen interdependenten Realsysteme — wie Weltwährung, Weltwirtschaft, Ver-

---

195) Vgl. Scherf, a.a.O.: „Der ‚gelben Gefahr' der Chinesen" sei „die ‚gelbe Hoffnung' der Japaner entgegen-(zu)stellen."

195a) Vgl. den Unternehmerbrief v. 4. 9. 1969: „Dabei ist der Markt der neuen Techniken der Weltmarkt. Der technisch-ökonomische Zwang zur Großforschung, zur Großtechnik, zum Großraum-Marketing muß uns ... dazu veranlassen, einen echten europäischen Binnenmarkt zu entwickeln ... Das Management der siebziger Jahre wird also einer neuen Einstellung zum Wachstum durch Diversifikation und zur geographischen Reichweite der Unternehmenstätigkeit bedürfen. Zeitlich parallel mit der explosionsartigen Ausweitung der Technik geht eine nie gekannte Ausweitung der Märkte einher. Wir stehen hier vor einem dimensionalen Quantensprung, der von der enormen Expansion und Multinationalisierung des Marktes mit einem entsprechenden riesigen Kapitalbedarf und ganz neuen Techniken der Produktion, des Absatzes, der Finanzierung und der Kontrolle der Unternehmen gekennzeichnet ist. Das Unternehmen der siebziger Jahre muß sich immer stärker auf die Maßstäbe einstellen, die der Weltmarkt setzt."

196) Weißbuch der Bundesregierung für die Landesverteidigung, Bonn 1969, zit. n. Projektgruppe Verwertung, Naturwissenschaft im Spätkapitalismus II, Tübingen 1969, S. 8.

197) Hochschuldienst, 20/1966, S. 1.

198) BF III, S. 35.

199) P. Menke- Glückert, Europas technologische Lücke, a.a.O., S. VIII.

200) K. Scherf, Kooperation von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft, in: Physikalische Blätter, 2/1969, S. 75 f.; vgl. Bernd Lüthje (DIHT), Wissenschaftspolitik wichtige Aufgabe des neuen Bundestages, in: Wirtschaftsdienst, X/1969, S. 589 u. 591: „... die vorsichtige Globalsteuerung von Gerhard Stoltenberg und seinen Amtsvorgängern müssen endlich ein Ende haben." Die neuen forschungspolitischen Strategien zur „Gap-Bekämpfung" „sollten in einer konzertierten Aktion des Wissenschaftsministers erläutert und koordiniert werden ... Eine konzertierte Aktion für die Wissenschaftspolitik nach dem Muster der Aktion des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes bietet sich auch deshalb an, um Vorurteile der Öffentlichkeit und falsche Autonomiebestrebungen der Wissenschaft gegenüber einer staatlichen Wissenschaftsförderung abzubauen." Seine Abkehr von der „vorsichtigen Globalsteuerung" kündigte Leussink bereits bemerkenswert offen und brutal an: man müsse die wissenschaftlichen Institutionen und Organisationen „am langen Zügel halten und dann, wenn sie nach einer gewissen Zeit zeigen, daß sie eben nichts oder nicht viel leisten, radikale Konsequenzen ziehen", wozu finanzielle Repression am geeignetsten ist: „Soweit es sich um Zuschüsse handelt, die man gibt, und das ist ja doch im wesentlichen immer der Fall, das ist das klassische Mittel der Steuerung, soweit braucht man keine weiteren rechtlichen Möglichkeiten." (Interview mit Hans Leussink „Die Zukunft der Forschung in Deutschland", in: SZ v. 10. 11. 1969).

kehr, Großstadt, verschiedene Kommunikations- und Verteilungssysteme" [201]); „Stabilisierung" des Status quo in der weltpolitischen Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern aber heißt nicht nur, die Wissenschaft im Rahmen weltweiter „counter-insurgency"-Programme gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt zur Sicherung der Vorherrschaft der jeweiligen Regierungs- oder Militärdiktaturcliquen und ihrer Verbündeten in den kapitalistischen Ländern [202]) einzusetzen. Es heißt auch, durch Ausbeutung der nationalen Forschungspotentiale der Länder der Dritten Welt [203]), durch Übertragung politischer Theorien und Ideologien [204]), durch Gewährung scheinbar neutraler Entscheidungshilfen und technischer Knowhows, die die Produktionsstätten der Dritten Welt von der BRD abhängig machen [205]), und durch Export ökonomischen „Zukunftskapitals" — etwa Atomreaktoren [206]) —, das zukünftige Märkte erschließen soll, den Status quo im Sinne der kapitalistischen Staaten zu beeinflussen. Die von dem Pariser Wissenschaftsattaché geforderte Synthese von Außen-, Wirtschafts-, Militär- und Wissenschaftspolitik — die für Schreiterer etwa auch den Versuch einschließt, „mit Hilfe der Komputation Antwort auf wichtige außenpolitische Fragen über die optimale Machtkonstellation für das eigene Land zu gewinnen" [207]) — steht erst am Beginn. Sie wird durch die Konkurrenz zwischen den einzelnen nationalen Konzerngruppen und den einzelnen kapitalistischen Staaten begrenzt und in den Möglichkeiten ihrer programmatischen Durchformulierung und politisch einheitlicher und „konzentierter" Verwirklichung beschränkt. Nichts jedoch spricht dafür, daß die SPD-Troika Schmidt/Schiller/Leussink sich der von der CDU/SPD-Koalition eingeleiteten

---

201) Peter Menke-Glückert in einem Referat über „Internationale Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung" vor dem Arbeitskreis IV (Forschung als Grundlage des wirtschaftlichen Fortschritts) des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, zit. n. DUZ, 10/1968, S. 18.

202) Vgl. zu den US-„counter-insurgency"-Programmen J. Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution, Frankfurt 1968; den Aufsatz von Roger Countill über „Campus Counterinsurgency" in der linken New Yorker Wochenzeitschrift National Guardian v. 11. 11. 1967 (übersetzt in atomzeitalter, 3/1968) und zahlreiche Artikel des Guardian in den folgenden Jahren sowie: North American Congress on Latin America (Hrsg.), The UNIVERSITY-MILITARY COMPLEX-A DIRECTORY AND RELATED DOCUMENTS, New York 1969, mit detailliertem Material und Literatur.

203) Nach Schätzung des Institute of Science and Technology an der University of Manchester verlieren einzelne Entwicklungsländer bis zu 90 % ihrer diplomierten Wissenschaftler und Techniker an die USA und Europa (vgl. atomzeitalter 3/1967, S. 153). Ebenso ist eine — nicht zu ermittelnde — Anzahl qualifizierter Fachkräfte der Dritten Welt in den FE-Zentren der Produktionsstätten der kapitalistischen Länder in der Dritten Welt tätig; auf der Hannover-Messe im April 1969 forderte ein Siemens-Vertreter, „die deutschen Unternehmen müßten auch im Ausland Forschung und Entwicklung betreiben, weil die Forschungskapazität des deutschen 60-Mill.-Volkes und der Heimatmarkt einfach zu klein seien. Es sei egal, wo in der Welt ein Forschungserfolg erzielt werde, die Hauptsache, im eigenen Unternehmen" (IK v. 29. 4. 1969).

204) Mit am bekanntesten wurde die finanzielle und ideologische Unterstützung der chilenischen Christdemokraten durch die CDU; noch kaum analysiert ist etwa die Rolle der verschiedenen Kulturinstitute (Goethe-Institute etc.) der BRD.

205) Zu der wissenschaftlich-technologischen „Kooperation" zwischen der BRD und vor allem lateinamerikanischen Staaten vgl. Pressedienst des BMwF, 3/1968, 7, 8 u. 21/1969. Solche sozialen und technischen „Hilfen" sollen nicht nur technische Kader aus den kapitalistischen Ländern in die Entscheidungsprozesse über die Entwicklungs- und Industrialisierungspolitik in den Entwicklungsländern einschleusen und die „partnerschaftliche" politisch-ideologische Indoktrination leisten; wichtiger noch ist die Errichtung einer auf die Bedürfnisse der im Ausland tätigen Konzerne zugeschnittenen Infrastruktur. Vgl. Deppe-Wolfinger, Zum Verhältnis von Bildung und Gesellschaft in Entwicklungsländern, in: Das Argument, 38/1966, S. 203 ff.

206) Vgl. IK v. 10. 4. 1969 („Weitere Kernkraftwerke für Südamerika — Stoltenberg leistete Vorarbeit für deutsche Reaktorfirmen") u. Frankfurter Rundschau v. 17. 2. 1969. In einem Vortrag Ende 1968 zeigte sich Hermann Josef Abs sehr erfreut über die neuen staatlichen Schwerpunktprogramme, mit denen die FE-Politik der BRD „auf dem rechten Weg" sei, da sie „die Entwicklung zu neuen Formen intensiver Kooperation, auch über die Grenzen hinweg und zu größeren Unternehmenseinheiten" mittelbar befördere (Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, 49/1968). Mitte 1968 vereinigten die forschungsintensiven Konzerne Chemie, Elektrotechnik, Eisen/Stahl 34,8 % der privaten Direktinvestitionen im Ausland, die zu 29 % auf die Entwicklungsländer entfallen. Rund 25 % der vom DWI erfaßten wichtigsten westdeutschen privaten Kapitalexporte entfielen auf die Chemie, gefolgt vom Fahrzeugbau und der Elektrotechnik (vgl. DWI-Berichte, 8/1969, S. 253 ff.). Diese auch auf den privaten Kapitalexport zugeschnittenen FE-Programme folgen damit der „Notwendigkeit, mit allen Völkern in Gedankenaustausch zu kommen und unsere Fabriken nicht nur in der Heimat zu bauen, sondern Geld, geistige Erfahrungen, wissenschaftliche Ergebnisse, Patente und vor allen Dingen auch Fachkräfte nach draußen zu bringen und im Ausland zu fabrizieren, den anderen Ländern zu helfen, ihren Lebensstandard zu erhöhen, damit sie Verbraucher werden" (Winnacker, Vorstandsvorsitzender Farbwerke Hoechst im April 1961, zit. n. Semesterspiegel, 105/1968).

207) Schreiterer, a.a.O., S. 11.

und zusammen mit dem großen Kapital vorangetriebenen wissenschaftsimperialistischen Politik wird entziehen können [208]).

Die Willkürformeln des Bundesverfassungsgerichts

Von Wilhelm R. Beyer

Die Funktion eines Verfassungsgerichts, also eines außerhalb der klassischen Gerichtsbarkeit und über ihr institutionalisierten Gerichts, prägt das Denken desselben. Sie bildet in wechselwirkender Gestaltung den Typus der Institution, den sie zugleich selbst garantiert. Das BVerfG amtiert in doppelter Funktion, die sich nur unter dem Aspekt der Aufgabe der „Verfassungs-Hut" konfigurieren läßt. Im System der Gerichtsverfassung steht es nicht über allen Gerichten, sondern außerhalb jeglichen Instanzenzugs und daher mit Bindungs-Wirkung gegenüber aller gerichtsförmigen Tätigkeit des Staates. Es rangiert als Meta-Gericht reinster Prägung. Seine Verankerung als Verfassungs-Organ hingegen übertrumpft die Kompetenzen der überkommenen Staatsgewalten und stört deren systematische Dreiteilung. Eine Funktions-Durchleuchtung des BVerfG läßt sohin auf den ersten Blick erkennen, daß es sich hier nicht um einen Staatsgerichtshof üblicher Prägung handeln kann. Es wird zu unterscheiden sein zwischen einem Verfassungsgericht im engeren, funktional und thematisch genau bestimmten Sinn und einem reinen Staatsgerichtshof, der lediglich vom Staat her denkend dessen Maschinerie intakt hält. Eine begriffliche Vermischung der beiden Formen und ihre Subsumierung unter einen Oberbegriff „Verfassungsgericht" (schlechthin), also im weiteren, allgemein Verfassungsfragen beinhaltenden Sinn, würde nur dann einer wissenschaftlich fundierten Staats- und Rechtstheorie

208) Kurz vor der Bundestagswahl 1969 wurden Teilergebnisse einer SPD-Arbeitsgruppe (u. a. G. Jahn, Rohde, Apel, Dohnanyi) bekannt. In einem Arbeitspapier für die zukünftige Wirtschaftspolitik forderte der hessische Wirtschaftsminister Arndt: „Zwischen der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand seien Vereinbarungen über die Prioritäten (der FE, d. V.) und deren finanzielle Absicherungen zu treffen. Der Zersplitterung in der Forschung solle durch eine Politik selektiver Forschungsförderung entgegengewirkt werden. Sowohl für die Grundlagenforschung wie auch für die zweckorientierte Forschung müßten nationale Forschungspläne aufgestellt werden. Es sei erforderlich, staatliche Forschungszentren neu zu schaffen oder auszubauen. Die wissenschaftlichen Hochschulen sollen in die nationalen Forschungspläne integriert werden, auch geeignete Unternehmen seien zu beteiligen. Die Förderung . . . solle auf diejenigen Gebiete konzentriert werden, die am ehesten dazu beitrügen, das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis zu verbessern. Für die Bereiche mit gesamtgesellschaftlicher Priorität sind steuerliche Erleichterungen vorgesehen . . . ‚Die gesamtgesellschaftlichen Prioritäten werden durch ein Gremium bestimmt, das sich aus Vertretern der öffentlichen Hand, der Wissenschaft und der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammensetzt', heißt es wörtlich" (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. 8. 1969). Der SPD stellt sich das Problem der systemimmanenten Beschränkungen der Entfaltungsmöglichkeiten der „Produktivkraft Wissenschaft" und deren Funktionalisierung und Deformierung im Interesse der Kapitalverwertung in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht. Die SPD-Führung wird sich beflissen als Garant des westdeutschen Kapitalismus anbieten und abrackern, doch bei „ernsthaften Zuspitzungen der Klassengegensätze . . . wird der Spätkapitalismus immer dazu neigen, seine Diener vor die Tür zu setzen und sie dann durch andere Strukturen, seien es obrigkeitsstaatlich-autoritäre, seien es faschistische, zu ersetzen . . . Sie glauben, sich selbst sozusagen als beste politische Garanten einfunktionieren zu können, und wenn es darauf ankommt, haben sie sich geirrt und verschwinden in der Emigration oder in KZ's — genau wie die Klasse, aus der sie stammen" (Interview mit Wolfgang Abendroth „Zur Lage der ADF und der Außerparlamentarischen Opposition nach der Bundestagswahl", in: marburger blätter (128), November 1969).

entsprechen, wenn den Besonderungen weder historische noch vor allem staatsqualitative Unterschiede entlockt werden könnten [1]).

Ein Staatsgerichtshof, der die ihm zur Aufgabe unterbreiteten Problembereiche angeht, kann, da er vom Staate aus denkt und nur vom Staate aus sein Denken ansetzt, mit Formeln arbeiten. Ein Verfassungsgericht (im engeren Sinn), das allein von der Verfassung her denkt und damit zugleich von dem in der bestimmten Verfassung geeinten Volk aus urteilt, muß Formeln, so sie auftreten, konkretisieren, ja auflösen. Seine Tätigkeit besteht gerade darin, im wechselwirkenden Bezug zur Verfassungswirklichkeit eine Formel nicht nur zu vermeiden, sondern die in Rechtsprechung und Verfassungsvollzug aufkeimenden Formelveranlagungen staatlicher Machtentfaltung aufzugliedern und die Zementierung rechtlicher Denkkomplexe als Denkbequemlichkeit zu denunzieren, mindestens sie an der Verfassung und mit deren Hilfe ständig neu zu überprüfen. Wer — wie einst der Machismus — der Denkform „Formel" unter dem fadenscheinigen Gewand einer „Denkökonomie" huldigt, simplifiziert die gesellschaftlichen Beziehungen zu staatlich kontrollierten Zwangsgedanken. Ein echtes Verfassungsgericht mit vom Staatsvolk gespeistem Elan verbleibt in formelfreier, unformelhafter, bereits in der Formulierung seiner Erkenntnisse das Schulmeisterliche jeglicher Formel abstreifender Denk- und Spruchtätigkeit, deren Verfassungskongruenz in einem Klassenstaat (und der betont pluralistisch gegliederte Staat muß ein Klassenstaat sein, weil die Mehrschichtigkeit der Gesellschaftskomponenten Klassengegensätze bedingt) keineswegs mit der von der Regierung als dem obersten Vollzugsorgan des Staates propagierten Staats-Treue (meist: gleich Regierungstreue genommen und im als selbstverständlich erscheinenden Untertanen-Bewußtsein zusammengefaßt) identisch zu sein braucht. Verfassung und Staat können differieren — und differierten in der Praxis häufig. Deshalb erscheint es dienlich, auch rechtssystematisch zwischen Staatsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof zu unterscheiden.

Gefestigte Rechtsprechung, ständige Judikatur, in Formeln verkürzte Entscheidungen, Leitsatz-Wiederholungen (oft bereits die Syllabus-Prägung) und zu Abbreviaturen abgeschliffene Begründungssätze belegen die Ruhe (angeblich: Überlegenheit) und zumeist das historische Versagen eines Staatsgerichtshofes. Eine echte demokratische Verfassung hingegen lebt und denkt vom Staatsvolk her, das zu „seinem" Staat in Besitzer-, ja in Eigentümerstellung (im übertragenen Sinn des Wortgebrauchs) steht. Ein Kontrollorgan gegen diesen Staats-Inhaber kann es denkgesetzlich alsdann gar nicht geben. Die Gesellschaft selbst korrigiert und modifiziert hier ihren Bezug zum Staate, zu „ihrem" Staate, und verbindet die Bindung der Verfassung mit der Verfassungswirklichkeit. Eine Verrechtlichung dieser Selbstkonrolle bleibt überflüssig.

Hegel sprach in der „Rechtsphilosophie" von einem „Unten, wo das Leben konkret ist" [2]). Ein Verfassungsgericht, wenn es schon berufen ist, muß „unten" bleiben, strukturell, funktional und vor allem in der Auswahl seiner, doch wohl

1) Für das umfassende, mit rechtsethischer Konzeption geradezu leidenschaftlich geschriebene Buch von René Marcic „Verfassung und Verfassungsgericht" (Springer-Verlag, Wien 1963) sind die Bezeichnungen der einzelnen Gerichtshöfe ebenso wie die darin zum Ausdruck gebrachten Relationen zum jeweiligen Staat oder zur Verfassungswirklichkeit unbeachtlich. Marcic bewertet die Gerichtsbenennung vollkommen gleichwertig. Da ihm „Recht, Staat und Verfassung" nur „verschiedene Namen für ein und dieselbe Sache sind" (S. 20), kann er fast alle staatsrechtlichen Funktionen als „Gesichtspunkte" (S. 204 rechtstheoretische, S. 207 politologische) in die „Natur" des Verfassungsgerichts einbringen. Solch enumeratives Verfahren bringt sehr wohl zu einzelnen Themenbereichen wichtige Klärungen, vermeidet aber die terminologisch unerläßliche Funktions-Scheidung. Eine der Klassennatur des Staates entsprechende Aufgliederung solcher Staatsgerichtshof-Tätigkeit wird dabei vermieden.

2) Rechtsphilosophie, § 290. Grundsätzlich muß aus Hegels Rechtsphilosophie auch der in § 274 verankerte Satz immer wieder als Kriterium aller bundesdeutschen Staatlichkeit herangezogen werden: „Jedes Volk hat deswegen die Verfassung, die ihm angemessen ist und für dasselbe gehört."

letzten Endes von den materiellen Lebensbedürfnissen der Gesamtgesellschaft erzeugten Themen. Dieses „Konkrete" des „Unten" formt die Verfassungswirklichkeit, ja i s t diese. Ein Staatsgerichtshof hingegen verharrt „oben", wo abstrakte, abstrahierende Betrachtung obwaltet und die Probleme zur formularmäßig aufgreifbaren Behandlung umstrukturiert werden können. Dieses „Oben" findet seinen typischen, dem Staatsvolk unverständlich bleibenden Ausdruck in der Problematik staatlicher In-sich-Prozesse [3]) als Verfassungsrechts-fragen, deren blutleere Systematisierung Vornehmheit und Abstinenz gegenüber dem profanus vulgus verdeutlichen.

Das BVerfG hat zur Abwehr zahlreicher Verfassungsbeschwerden und zur Vereinfachung der Begründungspflicht all seiner Entscheidungen in den verschiedensten Themengebieten Formeln entwickelt, die stereotyp wiederkehren und den Staat von der Lebendigkeit und Farbe der Verfassungswirklichkeit abrücken. Mit dieser Denkökonomie vollzieht das BVerfG eine Selbstabstufung zur Funktion eines Staatsgerichtshofes [4]). Die Formelhaftigkeit solchen Denkens transzendiert zur Umprägung der Formeln früherer Staatlichkeit und läßt heute an Stelle der Identitätsformel des nationalsozialistischen Staates von der „Staat-Partei-Identität" [5]) entsprechend der angeblich „pluralistischen" Staatsstruktur der BRD die Formel einer „Staat-Parteien-Identität" im Wege der Rangerhebung der politischen Parteien zu Verfassungsorganen und der Billigung einer staatlichen Parteienfinanzierung unter dem Deckmantel einer „Wahlkampfkostenerstattung" [6]) in den festen Bestand „gesicherter" Rechtsfindung eingehen.

Noch deutlicher belegen die bei der Ablehnung von Verfassungsbeschwerden (VB) benützten Formeln ihre Tauglichkeit durch ständige Verkürzung — ein Verfahren, das rechtstheoretisch als Funktionsverlust (Funktionsverschleiß?) gekennzeichnet werden muß [7]). Der Vorgang lehrt, daß der Staatsbürger dem Machtspruch des Staates und nicht einem Explikationsgeschehen der konkreter Lebensgestaltung dienenden Verfassung gegenüber steht. Nirgendwo steht verfassungskräftig verzeichnet, daß das BVerfG zu diesem Hilfsmittel der Formelverwendung (ja nicht einmal: der Formelprägung!) greifen muß.

---

3) Zu diesem Thema siehe Karl August Bettermann, „Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Grundrechtsträger" in NJW 1969, 1321 ff.

4) Das Absinken des BVerfG zur Funktion eines Staatsgerichtshofs kann nur im Rahmen einer umfassenden staatstheoretischen Untersuchung belegt werden. Diese liegt publikationsreif vor.
Hinsichtlich des Beweisthemas „staatsgerichtshofartiges Denken" innerhalb der Problematik des Art. 21 GG und der KPD-Rechtsprechung des BVerfG siehe: Wilhelm R. Beyer, „Der Verfassungsrang der verfassungswidrigen Partei" in „Staat und Recht" 1965, 466 ff.; Rundfunkvortrag im Kölner Rundfunk vom 17. 1. 1965 zum gleichen Thema; „Zur Fortgeltung des KPD-Verbotes", in „Marxistische Blätter" 1966, Heft 4, S. 30; „Prozessuale Möglichkeiten der Wiederaufnahme des KPD-Verfahrens vor dem BVerfG" in „Die Tat", Frankfurt/M., Nummer v. 5. 11. 1966; „Prozessuale Chancen einer als verfassungswidrig erklärten Partei" in JZ 1967, 744; „Ein verfassungsrechtlicher Begriffsschwindel" in „Die Tat" vom 2. 8. 1968; „Begriffszersetzung im Parteiengesetz", Leserbrief in „Die Welt" v. 25. 8. 1968; Abschnitt: „Exkurs: die marxistische politische Partei" in „Tendenzen bundesdeutscher Marx-Beschäftigung", Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1968, S. 138 ff.
Zum Thema der Eigentumsrechtsprechung des BVerfG siehe: Wilhelm R. Beyer, „Die Heiligsprechung des Privateigentums durch das Bundesverfassungsgericht". Die Publikation erfolgt demnächst gesondert.
Es ließe sich auch zur Problematik der Parteienfinanzierung durch das BVerfG ein staatsgerichtshofartiges Denken des BVerfG nachweisen. Siehe hierzu: Albrecht Randelzhofer, „Probleme des Parteienrechts" in JZ 1969, S. 533 ff.

5) S. das Gesetz v. 1. 12. 1933, RGBl. I, 1016. Die vom BVerfG betonte „Identität" der BRD mit dem vorangegangenen NS-Staat wird zum Thema „Identität von Partei und Staat" auch äußerlich dokumentiert. Im NS-Staat kommentierte im Standardwerk „Das neue Deutsche Reichsrecht" von Pfundtner-Neubert-Medicus Herr F. A. Medicus diese Identität zwischen Partei und Staat ausgerechnet am Beispiel der Morde des 30. Juni 1934 (Band I, Abschn. 4, S. 7). Der gleiche Herr Medicus schuf nach der Bildung der BRD ein ebenso aufgezogenes und strukturell analog veranlagtes Werk „Das Deutsche Bundesrecht", das im Rechtsleben denselben Rang wie das einstige braun gebundene „Das neue Deutsche Reichsrecht" beanspruchte und auch erzielte. Wie sich die Bilder gleichen!

6) S. hierzu Albrecht Randelzhofer, a.a.O., S. 537. Derselbe weist eine „Inkonsequenz" des BVerfG im Begründungszusammenhang nach. S. auch Roman Herzog in JZ 1969, 602 zu dem Nachweis, daß das BVerfG „wie schon so oft, eine klare Vorschrift in ihr Gegenteil verkehrt".

7) Der Kommentar von Leibholz/Rinck zum GG (Verlag Otto Schmidt, Köln 1966, S. 63) gibt unter Berufung auf BVerfG E 4, 155 den Formelcharakter aller Entscheidungen des BVerfG zum Thema des Gleichheitssatzes zu. Die Formel lautet: „Weder wesentlich Gleiches willkürlich ungleich, noch wesentlich Ungleiches willkürlich gleich" behandeln.

An den Themen „Verstoß gegen das Gleichheitsgebot" und „Entzug des gesetzlichen Richters" läßt sich das Formelhafte der ständig benützten „Formel" eines „Willkürverbotes" aufweisen. Im übrigen nistet sich dieser — handliche — Rückgriff auf das Willkürverbot bei einer konkreten Prüfungsabwehr in die Denk-Kapazität des BVerfG immer mehr ein. Er findet sich nunmehr sogar als Rechtfertigungsgrund für ein „Zufallsverfahren" in der Mikrozensus-Entscheidung (= NJW 1969, 1708).

Willkürverbot als Substanz des Gleichheitssatzes

Die Einengung des Gleichheitsgebotes auf ein „Willkürverbot" (gültig für Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung) geschieht nicht um der Formel willen. Aber: die Willkür-Definition des BVerfG erstarrt zur weiteren (zweiten) Formel und belegt somit die Formelhaftigkeit der ersten „Gleichheitsgebot = Willkürverbot". Die zweite Formel lautet dann: „Willkür = Sachfremdheit oder Nicht-Sachgerechtigkeit".

Beschwichtigend korrigiert das BVerfG den naheliegenden Gedanken der Möglichkeit eines Vorwurfs wegen solcher „Willkür". Auf die Motive des Handelns (oder Unterlassens) kommt es ihm nicht an. Es wird „Willkür" buchstäblich „im objektiven Sinn" gefordert (E 4,155). Was heißt das: „objektiver Sinn"? Das BVerfG antwortet: „Das heißt die tatsächliche und eindeutige Unangemessenheit der Regelung in bezug auf den zu ordnenden Gegenstand". Werden diese Worte in ihrer Strahlungskraft gründlich gewogen, so landen wir bei dem in der gegenwärtigen Soziologie gewonnenen Ergebnis, daß „Willkür meist in der Maske einer objektiven Deutung auftritt" [8]). Wer begrifflich zu denken vermag, wird in der „Willkür" immer ein subjektives Element entdecken. Objektivität wäre — Maske.

Sehen wir weiter. Die Formel „wesentlich Gleiches darf nicht willkürlich ungleich noch wesentlich Ungleiches willkürlich gleich behandelt werden" (E 4,155) in Verbindung mit der Zusatzformel „nicht subjektive Willkür führt zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit, sondern objektive, d. h. die tatsächliche und eindeutige Unangemessenheit der Maßnahme im Verhältnis zu der tatsächlichen Situation, deren sie Herr werden soll" (E 2, 281), entwickelte sich aus dem Satz „Der Gleichheitssatz ist verletzt, wenn sich ein vernünftiger, sich aus der Natur der Sache ergebender oder sonstwie sachlich einleuchtender Grund für die Differenzierung oder Gleichbehandlung nicht finden läßt, kurzum, wenn die Bestimmung als willkürlich bezeichnet werden muß" (E 1, 52, also ganz zu Anbeginn der Judikatur des BVerfG!). Das „kurzum" des Satzes wurde gewissermaßen zum juristischen Protokollsatz gestempelt, formelhaft zum Basissatz künftiger Gedankenarbeit verflacht und dann in BVerfG E, 18, 46 stolz als „seither ständige Rechtsprechung" gebucht.

Aus dem Zitat erwächst die Formel, die zu ihrer Auflösung einer zweiten Formel bedarf. Willkür und Sachgerechtigkeit bleiben dehnbare Begriffe. Wiederholungen, bis zum Überdruß oft ein- und angebrachte Hinweise (z. B. E 15, 150; 15, 201) und der Rückbezug auf eine „am Gerechtigkeitsgedanken orientierte Betrachtungsweise" (E 18, 46) vermögen die Pilatusfrage, w a s denn nun Gerechtigkeit und konkret Sachgerechtigkeit sei, überhaupt nicht aufzugreifen, geschweige denn mit geschichtsbildender Kraft zu beantworten. Daß als letzte Zuflucht der ins Uferlose ausbrechenden Gedanken das Naturrecht mit seiner Formel von der „Natur der Sache" [9]) herbeigezaubert wird (Beispiele: E 6, 256;

[8]) S. Albert in „Positivismusstreit in der deutschen Soziologie", Luchterhand-Verlag 1969, S. 213.
[9]) Über diese durch zahlreiche Monographien nicht hinwegzuredende Naturrechts-Veranlagung des Schlagwortes von der „Natur der Sache" s.: Wilhelm Raimund Beyer, „Staatsphilosophie", Verlag Dobbeck, München 1959, S. 53 ff.

E 13, 203), weist nur auf die — nunmehr nicht mehr Pilatus zuzurechnende, sondern von Gretchen ventilierte — Frage nach der „Sache" und wessen Sache eindringlich hin.

Willkürverbot im Themenkreis der Garantie des gesetzlichen Richters

Wer unbefangen die grundrechtsgleiche Norm des Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG: „Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden", liest, trifft in der gegenständlichen Rechtsprechung des BVerfG zu seinem Erstaunen erneut die Stichworte „Willkür" und „Sachgerechtigkeit" an. Den an und für sich klaren Text der Verfassungsnorm durch Auslegung einzuengen, erscheint untragbar. Vom Motiv spricht die Verfassung überhaupt nicht. Es kann daher darauf nicht ankommen, allein auch deshalb nicht, weil alles und jedes und auch nichts motiviert werden kann. Selbst hermeneutische Sinn-Deutung muß hier scheitern. Das Verbot trifft den Entziehungs-Tatbestand, nur diesen. Ihn aber auch immer und überall. Von ihm her, also final, muß der Denkweg einsetzen.

Mit der Einbringung des Willkür-Moments wird von vornherein die praktische Anwendungsmöglichkeit der Norm minimalisiert. Im Gefüge juristischer Entscheidungs-Begründungs-Pflicht ist es wahrlich kein Kunststück, „Willkür" als Denk-Konzept auszuschalten. Ein Gedankengebäude braucht nur beiläufig irgendeinen Satz über die Gültigkeit seiner Meinung (eine „Erwägung" oder „Frage") einzubauen, und sofort scheidet Willkür als Handlungs- oder Denkmotiv aus. Da dieser Willkürhinweis des BVerfG zumeist in den Nichtannahmebeschlüssen einer auf Verfassungsverletzung gestützten VB wiederkehrt und — was sehr wichtig erscheint! — den Geschäftsanfall beim BVerfG reduziert, liegt es nahe, die Einführung des Willkür-Kriteriums selbst an seinem eigenen Kerngehalt zu prüfen. Da der Verfassungstext keinerlei Stütze abgibt, sinkt „Willkür" hier zur reinen Meinung herab. Was dem einen Überlegung erscheint, mag dem anderen als Willkür erscheinen — und solcher entspringen.

Die begriffliche Unsicherheit solcher Willkür-Entscheidung über die Willkür wird daher — ebenso wie im Falle des Gleichheitspostulats — mit dem Schutzwall einer „ständigen Rechtsprechung" ummauert. Die Orientierungshilfe solch „ständiger Rechtsprechung" schafft für die gesamte Rechtsordnung eine Denkersparnis und fördert Gedankenuniformität — bis zum gemeinsamen Gebet. Aber: ein Fehler wird bekanntlich durch häufige Wiederholung nicht richtig. Er bleibt Fehler. Wenn nun das BVerfG in E 19, 42/43, pochend auf die „ständige Rechtsprechung" und unter Zitierung von Fundstellen (E 3, 364; 7, 329; 9, 223 und 4, 7), den Entzug des gesetzlichen Richters nur dann verfassungsrechtlich relevant erachtet, wenn „die Maßnahmen, Unterlassungen oder Entscheidungen willkürlich, nicht aber schon, wenn sie nur rechtsirrtümlich sind", so stoßen wir in den gleichen Gedankenkreis des Willkürverbots, den wir bei der Handhabung des Gleichheitssatzes feststellten.

Das BVerfG paßt die Definition von „Willkür" dem erprobten Befund im Gleichheitsdenken an. „Sachfremde Erwägungen" entlarven ihm ein Handeln als „Willkür". In Alternative dazu steht diesmal die „Unverständlichkeit" der Gedanken, die eben „bei verständiger Würdigung der das GG beherrschenden Gedanken" nicht hätte eintreten dürfen. Es erscheint uns fraglich, ob es sich hier um eine echte Alternative zwischen dem „Beruhen auf sachfremden Erwägungen" und der „mißverständlichen Gedankenwürdigung" handelt. Das „oder", an das sich das BVerfG hier klammert, umschreibt doch wohl nur den gleichen Gedanken, eben den der Willkür-Definition als Sachfremdheit der Erwägungen und damit einer „Normenentfernung" der Auslegung.

Jede Entscheidung über „Willkür" stellt sich als moderne Form der Ausübung politischer Macht dar, weil das Prüfungsobjekt selbst solche dokumentiert. Der feste Standort, von dem aus „Willkür" gebrandmarkt oder verniedlicht werden soll, entpuppt sich in einem Klassenstaat als in dialektischer Verstrickung mit dem kritisierten Objekt stehend. Da im konkreten Fall der Normausage der Verfassung des GG das Entscheidungskriterium „Willkür" erst durch die Normauslegung eingeschleust wurde, muß dieser Vorgang selbst unter dem gleichen Aspekt kritisch betrachtet werden. Der Wille der herrschenden Klasse — und Recht bleibt immer noch der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse — setzt sich stets als „gekürter Wille" (= Willkür) im gesellschaftlichen Gesamtprozeß durch.

So eignet sich die Willkür-Formel in doppelter Weise zur Begründung der Nicht-Annahme-Beschlüsse des BVerfG. Da diese Beschlüsse nicht publiziert werden, erfährt die Öffentlichkeit nur selten etwas über diese Gedankenverflechtung. Zudem ermangeln sie zumeist einer Begründung, w a r u m nun im Einzelfall keine „Willkür" vorliegen soll. Da aber der Ausweich-Gedanke allgemein bekannt geworden ist, hat es jede Instanz in der Hand, durch eine kleine Denk-Randbemerkung ihre Begründung gegen eine gefährliche Willkürdeutung abzusichern. Die Formel des BVerfG, die stets wiederkehrt, lautet: „Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen. Das angefochtene Urteil ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Insbesondere ist Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG nicht verletzt. Durch eine Gerichtsentscheidung wird der gesetzliche Richter nur dann entzogen, wenn die Entscheidung auf Willkür beruht (vgl. etwa BVerfG E 23, 320). Von Willkür kann im vorliegenden Fall jedoch keine Rede sein" [10]).

Die Formel ersetzt also die materiell-rechtliche Begründung. Der letzte Satz genügt. Vorsichtig hat schon Karl August Bettermann [11]) diesen Mißton in der BVerfG-Judikatur aufgedeckt und nachgewiesen, daß eine „Konfrontation" zwischen Willkür und Irrtum gedanklich unhaltbar erscheint. Bettermann berücksichtigt bei seiner Kritik nur die publizierten Entscheidungen. Vom fortschrittlich denkenden Staatsbürger her, dessen VB häufig durch Formeln ohne nähere Sachprüfung abgewehrt werden, sieht das Thema weitaus ernster aus.

Die Sachfremdheit im Willkürbegriff

Nun hat es das BVerfG bekanntlich nicht gern mit einem b e g r i f f l i c h e n D e n k e n zu tun. Treffend rügt Walter Schick „die verschwommene, alles in die Einzelentscheidung verlagernde Güterabwägung" [12]). Diese Abneigung gegen Begriffssauberkeit konnte am Beispiel der Begriffsverkennung des Terminus „freiheitliche demokratische Grundordnung" [13]) und an der Begriffsverzerrung der „Erklärung einer politischen Partei als verfassungswidrig" [14]) deutlich belegt werden. Es krankt auch der Rekurs auf die „Sachgemäßheit" im Willkürbegriff (negativ: Ablehnung der „Sachfremdheit") erheblich. Die Fehlverwendung des Begriffs „Sachgesetzlichkeit" [15]) ergänzt das Bild. So wundert es nicht, daß das

---

10) So als Beispiel: Beschluß v. 14. 5. 1969 zu Akt 2 BvR 185/69.
11) In „Der gesetzliche Richter in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts", AöR 1969, S. 263 ff., vor allem S. 281—283.
12) In „Bonner Grundgesetz und Weimarer Verfassung — heute", AöR 1969, 375.
13) S. Wilhelm R. Beyer, „Probleme einer staatsrechtlichen Ordnungslehre", Verlag für Neuzeitliches Schrifttum, Düsseldorf 1958.
14) S. Wilhelm Raimund Beyer, „Ein verfassungsrechtlicher Begriffsschwindel", in „Die Tat", Frankfurt/M., Nummer v. 2. 8. 1968.
15) In E 25, 252 findet sich der Gedanke, der Gesetzgeber könne die „Sachgesetzlichkeit" selbst setzen. Ein Beweis, daß der Begriff „Sachgesetzlichkeit" un-materialistisch und in sich widersprüchig konstruiert wird. Zum Thema „Das geistige Tierreich und der Betrug oder Die Sache selbst" s. vor allem: Hegel in der „Phänomenologie des Geistes" im Oberabschnitt „Vernunft" (Meiner-Ausgabe, S. 285 ff.).

BVerfG die Grundfrage übersieht: um welche Sache es sich denn handelt. Ist es die „Sache" des Volkes, der Verfassung, der Verfassungswirklichkeit (das wäre die Kompetenz eines echten „Verfassungsgerichts"), oder ist es die Sache des Staates und der den Staat verkörpernden Regierung (das wäre die Kompetenz eines klassischen Staatsgerichtshofs)? Gutgemeinte und glänzend formulierte Worte über die Menschenwürde oder die Rolle des einzelnen im Staate und deren Schutzes treffen diese „Sache" nicht. Sie lenken höchstens ab [16]).

Das BVerfG bezieht alle „Sachen" — auf den Staat. Und von dieser „Sache" her sieht „Willkür" anders aus als im Aspekt des Volkes. Im Klassenstaat — und die BRD ist und bleibt ein Klassenstaat, mag auch die Soziologie und die frankfurterische Beredsamkeit dies hinwegzuschwätzen versuchen — spitzt sich die „Sache" des Staates zur Sache der herrschenden Klasse zu. So versteht auch der Staatsbürger die politische Tätigkeit des BVerfG. Und das BVerfG versteht sich selbst ebenso. Als Beleg hierfür mag wiederum die Begründung einer VB-Abweisung dienen: Nach sechsjähriger Prozeßdauer (das Ausgangsaktenzeichen lautet 65/63 des LG Saarbrücken!) brachte das BVerfG die „Sache" „sachlich" in die Reihe, d. h. in den Aspekt des Staates. Es sagte: „Es ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, wenn dem Beschwerdeführer zum Vorwurf gemacht wurde, er habe sich nicht von der KPD d i s t a n z i e r t" (Unterstreichung von mir, WRB). Des weiteren heißt es: „Verlangt werden kann nur das A b r ü c k e n (Unterstreichung von mir, WRB) von der Organisation selbst, und auch das nur unter besonderen Umständen" [17]). Vorher schon lasen wir: „Unter Umständen muß der Beschwerdeführer von der verbotenen Partei a b r ü c k e n" (Unterstreichung ebenfalls von mir, WRB). Diesen, oft reichlich verschwommenen, Ausdrücken steht andererseits gegenüber, daß das BVerfG kein unbedingtes „Distanzierungsgebot" fordert, also seine Sätze selbst widersprüchlich formuliert. Die erneute Berufung auf eine „Objektivität" macht das Ganze nicht sinnvoller. Es heißt zwar, daß Meinungsäußerungen eine „objektive Gefahr" bilden können, wenn die politische Äußerung eines angesehenen Arbeiterführers und Kommunisten einen besonderen und unmittelbaren „Förderungseffekt" erhält, sobald „nicht nur aus der Willensrichtung des Äußernden sich ergebende Umstände hinzutreten". Und in diesem Falle muß der betreffende Arbeiterführer nicht nur schweigen, sondern sich ausdrücklich von der Organisation „distanzieren", von ihr „abrücken". Das BVerfG tritt also für die geschichtlich wie moralisch so abgeschmackte Forderung „incende, quod adorasti" ein. Das sind die Folgen des Denkansatzes vom Staate her und nur vom Staate her. Nur ein Klassenstaat kann verlangen, daß einer politischen Meinung abgeschworen werden muß, daß nicht einmal Schweigen als Distanz genügt.

Der kapitalistische oder monopolkapitalistische Staat handelt seiner herrschenden Klasse dienend und dienlich. Sein Tun ist nie „Willkür". Seine Organe, die Staatsorgane also im konkreten Sinne, können gar nicht „willkürlich" handeln. Sie agieren immer klassenbewußt, klassengewollt.

So erscheint es als fast zynisch, mindestens aber ehrlich, wenn der derzeitige Vizepräsident des BVerfG, Walter Seuffert, zugibt, daß die Nicht-Feststellung

16) So die Formel vom „gemeinschaftsbezogenen und gemeinschaftsgebundenen Bürger" in der Entscheidung v. 16. 7. 1969 (= NJW 69, 1707), die gleichzeitig mit einer Fülle von Eigenzitaten „formuliert" ist.

17) BVerfG v. 14. 1. 1969 = E 25, 61. Der offene Widerspruch zwischen S. 59 (ein „Distanzierungsgebot" wird nicht gefordert) und S. 61 (Vorwurf des Sich-nicht-Distanzierens) fällt auf. Der Begründungsfehler, ja der Konzeptionsfehler des ganzen Gedankens kann auch nicht durch die beliebte, systematisch untragbare Fallbeziehung der Ausnahme entschuldigt werden. In der gleichen Entscheidung finden sich beiläufig Gedanken, die keiner der bundesdeutschen Großverlage, die heute mit marxologischer, marxianischer und hegelo-marxähnlicher Literatur Geschäfte machen, akzeptieren könnte. Das Problem der Theorie-Praxis-Beziehung, ein Zentralthema des Marxismus, wird mit den Begründungsversuchen „da der Beschwerdeführer seine Ansichten nicht als wissenschaftliche Theorie zur Verfügung stellte" restlos verkannt. Jeder Kenner des Marxismus weiß um die Einheit — allerdings eine dialektische Einheit! — von Theorie und Praxis!

von „Willkür" durch das BVerfG „geradezu formularmäßig" erfolgt [18]). Die Anführung der Tatsache, daß „bisher noch keine einzige Gerichtsentscheidung vom BVerfG wegen Willkür aufgehoben worden ist", belegt unsere Thesen. Denkbequemlichkeiten, Denkfehler, ja sogar „Nachlässigkeit" (wie Seuffert diese Minuspunkte vornehm zusammenfaßt) werden entschuldigt: Willkür „liegt nicht vor". Damit aber — wird die ganze Verfassung verundeutlicht und der Staat durch „seinen" Staatsgerichtshof nur formal verteidigt, geschichtlich hingegen „blamiert" [19]).

Die Formel schützt eigenes Tun vor Willkür-Deutung. Wer formelhaft denkt und formularmäßig entscheidet, handelt keinesfalls willkürlich. Wer die Sache des Staates zum Kriterium kürt und dieser Sachbezogenheit noch den Anschein einer „Objektivität" verleiht, handelt und denkt ebenfalls — nicht „willkürlich". Es könnte nur sein, daß — geschichtlich gesprochen — das Begriffselement des Willens, das ja in jeder „Willkürlichkeit" elementarhaft wurzelt, sich einmal als Wille des Volkes verdeutlicht und mit geschichtlichem Erfolg Abhilfe schafft.

Nordirland: Vom Religionskrieg zum Klassenkampf

Von Uwe Krombach

Wenig mehr als blasse Vorstellungen von grüner Insel, wortkargen Menschen und gutem Whisky waren bis vor kurzer Zeit anzutreffen; heute registriert man mit Erstaunen einen gar nicht zeitgemäßen „Religionskrieg" in Nordirland. Doch weder die gängige Berichterstattung noch das Büchlein Bernadette Devlins [1]), obwohl man es von ihr hätte erwarten können, geben eine fundierte Anleitung zur Analyse der nordirischen Situation, die für den uniformierten Betrachter so unverständlich bleiben muß.

---

18) In „Die Abgrenzung der Tätigkeit des BVerfG gegenüber der Gesetzgebung und der Rechtsprechung" in JW 1969, 1369 ff. Hier rügt Walter Seuffert auch, daß sich Anwälte zur Begründung von VB meist der Willkür-Hinweise bedienen. Er vergißt, daß sich alle Kommentare wie alle Begründungen des BVerfG zu diesem Thema darauf versteifen, daß nur ein Vortrag willkürlichen Entscheidens überhaupt ernst genommen werden wird. Das BVerfG zwingt also geradezu die Anwälte, Willkür zu behaupten.

19) Marx sagte mehrfach, daß sich die Idee immer „blamiert", wenn sie losgelöst von einem Interesse auftritt. Daß mit der Einführung des Willkür-Kriteriums eine gerichtsorganisatorisch handliche, im „Rechtsstaat" aber bedenkliche Fallabwehr verbunden werden kann, beweist so recht die ständig zunehmende Betonung des Willkürmomentes in der Begründung von Anspruchs- und Rechtsmittelzurückweisungen. Grundsätzlich werden heute von den Gerichten alle vorgetragenen Normrügen geradezu positivistisch abgetan; nur für „Willkürmaßnahmen" wird eine ernsthafte Prüfung zugestanden. Als Beispiel diene die Meinung des Bundeskartellamtes: „Das Abweichen von Listenpreisen ist für sich allein nicht wettbewerbsfremd, sondern erst dann, wenn es willkürlich ist" (WRP 1969, 360). Jeder Sachvortrag, der gehört werden will, muß also „Willkür" behaupten. Oder: Der BayVerfGH läßt eine ganz erheblich unterschiedliche Einschätzung der Richterämter der einzelnen Gerichtszweige zu, „sofern der Gesetzgeber nur nicht willkürlich handelt" (Entsch. v. 30. 7. 1969 = NJW 1969, 1808).

1) Bernadette Devlin, Irland: Religionskrieg oder Klassenkampf?, rororo-aktuell, Nr. 1282.
Der englische Originaltitel ist beträchtlich ehrlicher als die deutsche Version, die eine Klassenanalyse zu versprechen scheint: The price of my soul. Ihr Buch hat tatsächlich mehr biographischen Charakter, ist mehr eine Sammlung individueller Erfahrungen als eine brauchbare Studie.

Im Vorwort ihres Buches verzichtet Bernadette Devlin bereits im voraus auf all das, was notwendige Voraussetzung sein muß: „Ich habe in diesem Buch versucht zu erklären, wieso die Verflechtungen ökonomischer, sozialer und politischer Probleme in Nordirland das Phänomen Bernadette Devlin hervorgebracht haben" [2]).

Besonders vordringlich ist die Aufarbeitung der Religionsproblematik, zu der Miß Devlin mutige Worte findet, die aber nicht in ihrer politischen und sozialen Funktion erläutert wird; besondere Schwierigkeiten bereitet die Auseinandersetzung, weil das aus der Religionskritik in den hochindustrialisierten Ländern entwickelte Begriffsinstrumentarium nicht zu verwenden ist [3]).

Die Thesen vom sektiererischen Charakter der Auseinandersetzung sind leicht mit dem Hinweis auf soziale Mißstände zu entkräften; andererseits mißfällt ebenfalls eine „ökonomistische" Deutung, die mechanisch den Klassencharakter des Konfliktes unter Außerachtlassung des Faktors Religion annimmt; Ausgangspunkt ist dagegen die „Dialektik von Religion und Klasse" [4]). Als These formuliert, besagt dies nichts anderes, als daß Religion in Nordirland immer als Mittel zur Verschleierung machtpolitischer Interessen und zur Verdrängung politischer Antagonismen auf eine ungefährliche, „unpolitische" Ebene diente.

In der Geschichte Irlands hat diese Funktion einen Wandel durchlaufen, der sich durch die veränderten Bedürfnisse der Herrschenden erklärt.

Kolonialismus und Religion

Die enge Verquickung der imperialistischen Politik Englands gegenüber Irland mit der Religionsfrage ist eine alte geschichtliche Tatsache.

Im Jahre 1155 stimmte Papst Hadrian der Knechtung Irlands unter die englische Krone unter dem Vorbehalt zu, der englische König möge doch die irischen Kirchenangelegenhieten in seinem Sinne ordnen. Erst im 16. und 17. Jahrhundert begann dagegen eine organisierte Ausplünderung Irlands. Der Widerstand des katholischen Irland gegen die englischen — nach der Reformation protestantischen Kolonisatoren — war lange Zeit schlecht organisiert und hatte nur sporadischen Charakter. Dauerhaft resistent waren vor allen Dingen die Bewohner des heutigen Ulster im Nordosten der Insel. Zwar versuchte Elisabeth I., der vom Papst nach der Reformation das Recht auf die irische Krone aberkannt worden war, eine dauerhafte Unterwerfung der Iren zunächst über eine Glaubensassiminlierung, doch damit war ihr kein Erfolg beschieden; erfolgreicher war dagegen die Gründung von pro-britischen Wehrdörfern, die von ausgesiedelten schottischen, walisischen und britischen Protestanten gebildet wurden, die 1609 die Güter emigrierter Iren besetzten.

Der erste große Aufstand von 1641—1652 richtete sich vor allen Dingen gegen den schamlosen Raub irischen Bodens durch englische Landlords. Cromwell schlug diesen Aufstand nieder, legalisierte den Landraub nachträglich durch ein willfähriges Parlament und belegte die Aufständischen mit Todesstrafe, Konfiskation der Vermögen oder mit der Verbannung in die sumpfigen Gegenden des Westens.

---

2) Bernadette Devlin, a.a.O., S. 5.
3) Grundlegend hierzu: Ben van Onna, Der Katholizismus in der spätkapitalistischen Gesellschaft, in: Kritischer Katholizismus, Argumente gegen die Kirchen-Gesellschaft, herausgegeben von Ben van Onna und Martin Stankowski, Fischer, Informationen zur Zeit, Nr. 1015.
4) Dies war der Titel des excellenten Aufsatzes von Pete Gibbon in: New Left Review, Nr. 55, Mai—Juni 1969. Teile dieses Artikels finden sich in der gleichfalls ausgezeichneten Übersetzung und Erweiterung: Pete Gibbon/Frank Unger, Nordirland — „Dritte Welt" in der Metropole, in: Sozialistische Politik, Nr. 2, 1969, S. 76—84. Das gleichfalls in New Left Review, Nr. 55 abgedruckte ausführliche Interview mit Repräsentanten der Bürgerrechtsbewegung und der People's Democracy (McCann, Farrell, Devlin u. a.) liegt als Übersetzung vor in: Revolution in Nordirland?, herausgegeben von Uwe Krombach, Trikont-Verlag, München, Schriften zum Klassenkampf, Nr. 14, S. 48—69.

Einen zweiten großangelegten Versuch der Selbstbefreiung unternahmen die Iren 1689—1691. Die Situation war nicht ungünstig, da sich die englische Bourgeoisie in zwei Fraktionen geteilt hatte; der Protestant Wilhelm von Oranien hatte den Katholiken Jakob II. im Kampf um den Thron besiegt. Jakob flüchtete daraufhin nach Irland und ging eine Koalition mit den revoltierenden Iren ein, unterstützte dagegen nicht deren Autonomiebestrebungen. Die entscheidenden Niederlagen erlitten die Verbündeten bei der „battle of Boyne" und zuvor bei der Belagerung der anglo-irischen Stadt Londonderry, die von dem Oranier entsetzt wurde. Der Jahrestag dieser Schlacht wird jährlich durch Umzüge der „orange"-Organisationen gefeiert. Bei diesen Umzügen wurden von fanatisierten Protestanten oft ganze Stadtviertel in Brand gesetzt; 1969 entzündeten sich die Wochen andauernden Straßenschlachten am traditionellen Umzug des 12. Juli.

Die Konsequenzen dieser Niederlage waren weitreichender als bei den früheren Rückschlägen; über den Landraub und die Verfolgung und Liquidierung Mißliebiger hinaus bedeutete die totale Abhängigkeit von England die Unterbindung jeder wirtschaftlichen Konkurrenz, denn den sich entwickelnden irischen Leinenmanufakturen wurde jeder Export nach Europa verboten, um dort den Engländern einen ungestörten Wettbewerb zu garantieren, sowie die Einfuhr nach England mit hohen Sondersteuern beschwert. Im politischen Bereich unterband der „penal-code" jede politische, wirtschaftliche und religiöse Tätigkeit der Iren. Erlassen wurde diese Terrorgesetzgebung formal zur „Abwehr katholischer Umtriebe"; in der Tat waren die protestantischen Kolonisatoren nach wie vor Fremdkörper in der feindseligen, „katholischen" Umwelt.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts zwang die Unruhe im britischen Weltreich die englische Regierung zur Nachgiebigkeit und zu einer gewissen Liberalisierung vor allen Dingen im wirtschaftlichen Bereich. Die Einführung von Schutzzöllen für irische Waren ermöglichte einen ungeahnten Aufschwung der irischen Manufakturen. Als 1798 die entstehende irische Bourgeoisie sich bemühte, auch die politische Unabhängigkeit zu gewinnen, wurde dieser Aufstand frühzeitig verraten und blutig niedergeschlagen. Der Zwangseintritt in die anglo-irische Union im Jahre 1801 bedeutete für die ohne Schutzzölle nicht konkurrenzfähigen irischen Manufakturen den totalen Zusammenbruch. Die Landwirtschaft konnte schon deswegen kein Ausgleich sein, weil der größte Teil des irischen Bodens nach wie vor englischen Landlords gehörte, die oft niemals ihre irischen Besitzungen sahen (sog. absentees), von ihren irischen Verwaltern rücksichtslos Gelder aus den Pächtern pressen ließen und diese Gelder nach Großbritannien transferierten. Eine ungeheure Verelendung und Verarmung des irischen Volkes war die Folge. Drei aufeinanderfolgende Mißernten verschärften die Lage noch [5]):

1845	*515 Hungertote*
1847	*27 700 Hungertote*
1848	*300 000 Hungertote*

Der einzige Ausweg vor sicherem Hungertod war die Emigration nach England oder in die Vereinigten Staaten. In dem „Bericht über die Lage der arbeitenden Klasse in England" gibt es einige erschütternde Beispiele der unerträglichen Situation der irischen Arbeiter in den Slums von Liverpool oder Manchester. In einem späteren Brief an Kugelmann schreibt Marx über die Funktion der irischen Arbeiter in England: „Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, eng-

5) Socialist Worker, 26. 8. 1969.

lische proletarians und irische proletarians. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life herabdrückt... Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. Er verhält sich ungefähr zu ihm wie die poor whites zu den niggers in den ehemaligen Sklavenstaaten der amerikanischen Union."

Die Emigrationszahlen wuchsen rapide an; waren es von 1831 bis 1841 450 000 Iren, die ihre Heimat verließen, so waren es in dem Zeitraum von Mai 1851 bis Juli 1865 bereits über 1,5 Mill. Die hohe Spanne der Hungertoten und die Zahl der Emigranten wirkten sich derartig auf die absolute Bevölkerungszahl Irlands aus, daß 1866 die Zahl der Iren beinahe wieder auf dem Stand von 1801 war.

1801	*5 319 867*	*Millionen*
1821	*6 869 544*	*Millionen*
1841	*8 222 664*	*Millionen*
1851	*6 623 985*	*Millionen*
1861	*5 850 309*	*Millionen* [6])

Innerhalb von fünf Jahren nahm z. B. die Zahl der Pferde um fast 12 Prozent ab (1861—1865), der Bestand an Hornvieh, Schafen etc. sank in ähnlichem Ausmaß [7]). Marx faßt das Resultat der englischen Politik zusammen, wenn er schreibt: „England, ein Land entwickelter kapitalistischer Produktion und vorzugsweise industriell, wäre verblutet an einem Aderlaß gleich dem irischen. Aber Irland ist gegenwärtig nur ein durch einen breiten Wassergraben getrennter Agrikulturdistrikt Enlgands, dem es Korn, Vieh, industrielle und militärische Rekruten liefert" [7]).

Durch diese Politik Englands, die alleine darauf abzielte, Irland zur Kornkammer des englischen Industriegebietes zu machen, wurde die in anderen Ländern einsetzende Industrialisierung in Irland unmöglich gemacht.

„Home Rule" und die Teilung von 1921

Der einzige Teil Irlands, in dem eine gewisse Weiterentwicklung der Produktivkräfte stattfand, war der englandtreue Nordosten, das heutige Ulster. Eine kleine Leinenindustrie, die der übermächtigen englischen Industrie keine Konkurrenz werden konnte, war dort aus primär politischen Gründen immer protegiert worden. Dabei duldete oder förderten die Engländer auch den Terror der berüchtigten „Orange Orders", die den legalen Terror des 18. Jahrhunderts durch den illegalen, aber wohlwollend geduldeten ersetzte. Die „Orange Orders" waren protestantische Organisationen, die jeden ökonomischen Aufstieg der britenfeindlichen irischen Katholiken zu verhindern wußten.

In den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts erfolgte die totale Pauperisierung Irlands. Hatte England es sich auf Grund seiner unumschränkten Stellung auf dem Weltmarkt leisten können, teure irische Lebensmittel zu kaufen (die wenigen, die nicht ohnehin schon englischen Landlords gehörten), so mußten in der verschärft ausgebrochenen Konkurrenz und der Krisensituation nach 1880 alle Ausgaben neu kalkuliert werden. Hauptexportgüter nach Enlgand waren zuvor Vieh und Milchprodukte; neben dem Rückgang des Exportvolumens waren außerdem noch die Viehpreise um 30 bis 40 Prozent gefallen. Das industrialisierte England kaufte jetzt Nahrungsmittel, wo sie am billigsten waren; die Interessen der irischen und britischen Ökonomie divergierten, wobei es für das irische Kleinbürgertum keinen Grund mehr für ein Verbleiben in der Union gab. Solange man geringe Zugeständnisse vom englischen Kapital erhalten hatte, war

[6]) Zit. nach Marx/Engels, Das Kapital, Bd. I, MEGA, Bd. 23, Berlin 1969, S. 726.
[7]) Marx/Engels, a.a.O., S. 730.

man bereit gewesen (und hatte dies auch im eigenen ökonomischen Interesse gelegen), das revoltierende unzufriedene Land- und Stadtproletariat, das zum größten Teil nur noch von den Zuwendungen amerikanischer Verwandter sein Leben fristete, abzuwiegeln. Nun verband man sich mit diesen Klassen in der Forderung nach Selbstbestimmung. „Home Rule" bedeutete für das irische Kleinbürgertum und die Großbourgeoisie, die sich unter der Union niemals voll entwickeln konnte, die Möglichkeit, ihren eigenen irischen Kapitalismus als Grundlage der irischen Ökonomie aufzubauen. Die politische Unabhängigkeit von England war die Voraussetzung dafür, wirkungsvolle Zollschranken aufzubauen.

Eine erfolgreiche, wie auch immer motivierte, Unabhängigkeitsbewegung hätte gegen Ende des 19. Jahrhunderts einen gefährlichen Präzedenzfall für die Befreiungsbewegungen im britischen Kolonialreich geschaffen. „Während ein unabhängiges Irland für den irischen Kapitalismus im allgemeinen einen großen Aufschwung bedeutet hätte, für den britischen Kapitalismus einige Schwierigkeiten mit sich gebracht hätte — für den Kapitalismus von Ulster, dessen Werften und Textilfabriken vollständig von britischem Kapital und vom britischen Markt abhingen, wäre eine solche Entwicklung eine Katastrophe gewesen" [8]). In Ulster wurde mit erbitterter Schärfe gegen jeden Gedanken an eine Aufgabe der Union agitiert; um das mißmutige Proletariat zu spalten, solidarisierte man den verelendeten Teil der Protestanten mit der Formel „home rule is Rome rule" und winkte ihnen mit einigen wirtschaftlichen Vorteilen; man war sogar konsequent genug, einen Bürgerkrieg vorzubereiten ... Der scheinbar diametrale Gegensatz zwischen der süd- und nordirischen Bourgeoisie wurde dennoch mit einem Arrangement überwunden. Der Osteraufstand von 1916 hatte gezeigt, daß ein großer Teil der irischen Arbeiter und Bauern nicht mehr bereit war, sich vor den nationalistischen, zwar anti-imperialistischen, aber nicht antikapitalistischen Karren der Herrschenden spannen zu lassen, ohne diese Herrschaft selbst in Frage zu stellen; die Radikalisierung war bereits so weit fortgeschritten, daß z. B. die englische Generalität befohlen hatte, auf die Rekrutierung irischer Truppen zu verzichten.

Die Teilung Irlands war Ergebnis des unterschiedlichen Standes der Produktivkräfte in Nord- und Südirland. Für die südirische Bourgeoisie war die Unabhängigkeit von England die einzige Möglichkeit, den Beginn einer Industrialisierung zu machen; nach ihrem Vorhaben sollte die wesentlich weiterentwickelte Industrie von Ulster das „Rückgrat eines gälischen Manchesters" spielen; für die nordirischen Industriellen waren dabei keine Profite mehr zu erhoffen. Der Vollzug dieser Teilung war ein Kompromiß des Bürgertums im Norden und Süden; der nationale Befreiungskampf drohte in einen sozialistischen Kampf zu münden. Dieser durchaus realen Gefahr begegnete man mit dem vorzeitigen Abbruch des nationalen Befreiungskampfes durch den Vertrag von 1921 und einer künstlich gesteuerten nationalen Euphorie, die nach der Abschlachtung der besten sozialistischen Kader in den vorangegangenen Kämpfen keinen organisierten Widerstand mehr antraf.

Die Entwicklung Nordirlands

Bis ins 20. Jahrhundert hinein spielte Religion in Irland eine leicht zu bestimmende Rolle; für die ausländischen Kolonisatoren hatte ihr protestantisches Glaubensbekenntnis eine Schutzfunktion gegenüber der Umwelt.

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts entsprach die Religionszugehörigkeit nicht mehr der Klassenlage; Religion verstärkt seitdem nicht mehr eine Solidarität auf

8) Revolution in Nordirland?, a.a.O., S. 17.

Grund gemeinsamer sozialer Interessen, sondern ist das spezifische Moment der Integration über die Klassengrenzen hinweg.

Religion und Klasse

	Protestanten (ca. 1 050 000)	*Katholiken (ca. 450 000)*
Landbesitzer	*5 Prozent*	*3 Prozent*
höhere Angestellte		
Kapitalbesitzer, Geschäftsleute	*9 Prozent*	*5 Prozent*
Kleinbürger	*12 Prozent*	*9 Prozent*
Pächter und Kleinbauern	*32 Prozent*	*50 Prozent*
Arbeiter	*42 Prozent*	*33 Prozent*

Besonders deutlich wird die Verlagerung politischer Artikulation in einen nicht mehr rational bestimmbaren Bereich bei der Aufschlüsselung des Wahlverhaltens nach Konfessionszugehörigkeit:

Protestanten		*Katholiken*	
Unionistische Partei	*86 Prozent*	*Nationalistische Partei*	*58 Prozent*
Nordirische Arbeiterpartei	*12 Prozent*	*Republik. Arbeiterpartei*	*31 Prozent*
Andere	*2 Prozent*	*Unionistische Partei*	*6 Prozent*
		Andere	*5 Prozent*

Das Lager der Protestanten — Landbesitzer, industrielles Bürgertum, städtisches Kleinbürgertum, Arbeiter, Bauern — wurde durch die Unionistische Partei und die Ideologie des Protestantismus vereint und durch die „orange"-Organisation abgesichert. Die Eingliederung der protestantischen Arbeiter und Bauern in dieses Lager wurde vor allen Dingen mit den „orange-Logen" möglich gemacht. Diese Logen entstanden gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf dem Land als protestantische Organisationen zur Bekämpfung der ökonomischen und sozialen Emanzipation der Katholiken. Nach den Hungersnöten und der damit verbundenen Landflucht dehnten sich diese Organisationen auch auf Belfast aus. Auf den protestantischen Teil der Arbeiterklasse wurden durch die Logen, die als Zentren des sozialen, kulturellen und politischen Lebens fungierten, die traditionellen Werte des Kleinbürgertums übertragen, die unter den konfessionellen Vorbedingungen auch akzeptiert wurden. Durch eine geringfügige Privilegierung dieses Teils der Abhängigen erkaufte sich das Machtkartell Industrie, Kirche und Staat ihre politische Ergebenheit.

Das verkleinerte Spiegelbild zur Unionistischen Partei ist die Nationalistische, von der heute die gleichen nationalistischen Forderungen erhoben werden wie vor 80 Jahren. Die reaktionär „politisierten" Bauern Ulsters zeigen noch heute die Tendenz, sich auf diese Partei und die Katholische Kirche zu verlassen, der Trend zur Einigelung und Defensivhaltungen sind völlig verinnerlicht.

Dennoch kann dieser „grüne" Block nicht das gleiche Maß an Geschlossenheit beanspruchen wie der protestantische „Gegenspieler". Dies ist vor allen Dingen darauf zurückzuführen, daß die Nationalisten über schwache Versuche zur Errichtung eines korrespondierenden Logensystems nie hinauskamen. Der „Ancient Order of Hibernians" ist im Gegensatz zu den „orange orders" keine Vereinigung der Arbeiter und Kleinbürger unter ideologischer und organisatorischer Führung durch die Mittelschichten, sondern mehr eine Institution des Bürgertums. Die katholischen Arbeiter von Belfast unterliegen schon seit langem nur noch wenig der politischen wie moralischen Kontrolle durch die Nationalistische Partei und die Kirche (in den letzten zehn Jahren kandidierten Nationalisten in den Wahlkreisen von Belfast weder bei Gemeinde- noch bei Parlamentswahlen). Die Labour Partei und die Republikaner haben Teile der katholischen Bevölkerung in der Stadt wie auch teilweise auf dem Land aus dem Nationalistischen

Block gelöst; dennoch halten die „orange" und die „green" Ulster weiterhin gefangen. Die konfessionellen Unterschiede verhindern bei vielen die Einsicht, daß die politischen Intentionen dieser Parteien und der Kirchen, die zusammen den Staatsapparat beherrschen, nur geringfügig differieren; das Interesse der einen wie der anderen Gruppe ist die Aufrechterhaltung eines gesellschaftlichen Patts, das den Abhängigen eine politische Einsicht und politische Praxis verwehrt und alle vorhandenen Aggressionen auf die ungefährliche Ebene religiösen Sektierertums verdrängt. Die Kirchen und Parteien sind in dieser scheinbaren Gegensätzlichkeit entscheidende Stützen des bestehenden Gesellschaftssystems. „Katholische" und „protestantische" Verhaltensweisen, glaubensmäßig fixierte Freund-Feind-Vorstellungen dienen dazu, die Arbeiter und Bauern entlang der Religionsgrenze zu spalten und gegeneinander auszuspielen.

Zusätzlich ist dieser gesellschaftliche Status quo noch durch ein einzigartiges Ausnahmerecht, die „Special Powers Act", abgesichert; diese Bestimmungen sind seit 1922 in Kraft. Einige Bestimmungen dieses Gesetzes:

— Möglichkeit der Festnahme ohne Haftbefehl;

— Gefängnis ohne Anklage, richterliche Vorführung, ohne Einspruchsrecht und auf unbegrenzte Zeit;

— Vollmacht der Polizei, jederzeit ohne Begründung und ohne richterliche Anordnung gewaltsam Hausdurchsuchungen zu erzwingen;

— Vollmacht, Ausgangssperre zu verhängen, Versammlungen und Demonstrationen zu verbieten;

— Prügelstrafe (Auspeitschung);

— Verhinderung der Leichenschau, wenn ein Gefangener in Gewahrsam stirbt (eine ganze Anzahl von Leuten sind unter dem Schutz dieser Bestimmung von der Polizei ermordet worden);

— Möglichkeit, Zeitungen, Bücher, Filme und Schallplatten zu verbieten;

— Möglichkeit, jeden zu verhaften, der etwas tut, was darauf abzielt, Ruhe und Ordnung zu stören, selbst wenn das Vergehen in den gesetzlichen Bestimmungen nicht ausdrücklich erwähnt ist, d. h. jeden Beliebigen festnehmen zu können.

Zur Sicherung der öffentlichen Ordnung stehen für ihre Brutalität bekannte Polizeitruppen bereit. Die 3000 Mann starke Royal Ulster Constabulary (RUC) wird im Ernstfall durch die B-Specials verstärkt. Nur etwa 4 Prozent der 10 000 Mann starken Truppe sind Katholiken. Jedes Mitglied dieser Truppe ist, sobald es vereidigt wurde, mit Revolver und Maschinenpistole ausgerüstet und hat die Möglichkeit, weitere automatische Waffen zu reduzierten Preisen zu erwerben; wenn sie ihren Abschied nehmen oder entlassen werden, sind sie nicht verpflichtet, ihre Waffen abzuliefern.

Die Bürgerrechtsbewegung

Bis vor 15 Monaten existierten in Nordirland keine oppositionellen Gruppierungen. Zwar besteht die Bürgerrechtsbewegung schon seit mehreren Jahren, doch war dies immer eine Mittelstandsbewegung gewesen, die eindeutig eine Integration in das System und eine Teilhabe an den Privilegien anstrebte. Dementsprechend erschöpfte sich ihre Politik in Resolutionen und Appellen an das „gute Gewissen" der Herrschenden.

Durch das Beispiel der internationalen Studentenrevolte und besonders des französischen Mai-Aufstandes stießen einige radikale Studenten der Young Socia-

list Alliance zu der Bürgerrechtsbewegung. Die gewaltlose Aktion und eine weitgehend liberale Grundeinstellung wären sicher noch lange bestimmende Merkmale dieser Bewegung geblieben, wenn nicht die Polizeitruppen und die verhetzten protestantischen Kleinbürger die Demonstrationen so brutal auseinandergeknüppelt hätten.

Nach der ersten Bluttaufe bei Demonstrationen in Derry und Belfast konstituierte sich am 5. November 1968 in der Queen's Universität von Belfast die People's Democracy (PD), die fortan als linker, sozialistischer Flügel der vielschichtigen Bürgerrechtsbewegung agieren sollte. Die Graduierten dieser Universität haben kaum Aussichten, in naher Zukunft eine Beschäftigung zu finden; die nordirischen Bürger schicken ihre Kinder vorzugsweise auf englische Universitäten, wo sie dann eines der beliebtesten Statusmerkmale — einen englischem Akzent — annehmen können.

Mit der Entwicklung der Bürgerrechtsbewegung sind der PD dennoch schwerwiegende politische, bzw. strategische Fehler unterlaufen. Durch die lange Auseinandersetzung mit liberalen Kreisen über die Gewaltproblematik und lange Selbstverständnisdebatten versäumte man die Gelegenheit, sich rechtzeitig als sozialistische Organisation zu konstituieren, obwohl eine breite Basis in der Arbeiterschaft vorhanden war.

Die große Sympathie mit der Bürgerrechtsbewegung und das Ausmaß der Unterstützung vor allen Dingen für die PD findet seine Erklärung in den Zielen, die von der PD propagiert wurden. Diese Forderungen wurden nicht auf einer konfessionsgebundenen, sektiererischen Ebene erhoben, sondern waren allgemeine Anklagen, die bei den aufzeigbaren sozialen und politischen Mißverhältnissen ansetzten; betont wurden dennoch die Bedürfnisse der doppelt diskriminierten und benachteiligten Katholiken. Das Revolutionäre dieser Forderungen: „Ein Mann, eine Stimme; gerechte Abgrenzung der Wahlkreise; Rede- und Versammlungsfreiheit; Widerruf der ‚Special Powers Act'; gerechte Verteilung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnungen" kann nur ermessen, wer das soziale Elend, die miserablen Lebensbedingungen kennt.

Nordirland: Traditionelle Klassengesellschaft im 20. Jahrhundert

Die mangelnde Industrialisierung während des 19. Jahrhunderts und die erzwungene Beschränkung auf Schiffbau, Leinenindustrie und Landwirtschaft hatte verhängnisvolle Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung Nordirlands. Das für eine Modernisierung der Produktionsstätten notwendige Kapital ist nicht vorhanden; gegenüber der Entwicklung auf dem Weltmarkt gerät Ulster so immer mehr ins Hintertreffen. Die Anzahl der vom Stapel gelaufenen Schiffe verringerte sich in den letzten zehn Jahren um die Hälfte; die Leinenherstellung ist um ein Drittel zurückgegangen, und auch das „dritte Bein" der nordirischen Wirtschaft ist sehr schwankend, denn nach einer offiziellen Schätzung sind 18 000 der insgesamt 40 000 Farmen Ulsters nicht lebensfähig. So hält denn auch der Zug von den ländlichen Elendsgebieten in die Slums von Belfast ununterbrochen an; von 1958—1968 verließen 35 000 Menschen ihre Höfe, um in der Stadt zu arbeiten [9]).

Die zunehmende Lebensunfähigkeit dieser traditionellen Wirtschaftszweige geht natürlich zunächst zu Lasten der Abhängigen. Vor dem Krieg waren in diesen Industrien bis zu 55 Prozent der Arbeiterschaft tätig, heute sind es nicht einmal mehr 25 Prozent [10]).

[9]) Zahlen nach: RSSF-special paper, „The Struggle in Ireland".
[10]) The Black Dwarf, Nr. 23, 1. 10. 1969, S. 6.

Eine ständig steigende Arbeitslosigkeit ist die Folge, denn für die freigesetzten Arbeiter gibt es keine Arbeitsmöglichkeiten. Im Landesdurchschnitt beträgt die Arbeitslosigkeit etwa 9 Prozent, ist jedoch ständig ansteigend. Dabei muß noch das Gefälle zwischen den relativ wohlhabenden Ost- und den bitterarmen West-Distrikten berücksichtigt werden. In Belfast liegt die Arbeitslosenquote mit durchschnittlich 5 Prozent noch verhältnismäßig niedrig. In den Westgebieten, vor allen Dingen Londonderry, hat die Arbeitslosigkeit bereits das katastrophale Ausmaß von 20 bis 25 Prozent. Die besondere Rückständigkeit der westlichen Bezirke ist ein Ergebnis der historisch bedingten strukturellen Abhängigkeit der nordirischen Wirtschaft von dem englischen Markt. Verschärft wird dieser Unterschied noch durch die Neuinvestitionen nach dem Krieg, die sich mit mehr als 80 Prozent auf den Osten und das Gebiet um Belfast konzentrieren.

Der Unterschied macht sich besonders bei nach Grafschaften aufgeschlüsselten Durchschnittseinkommen bemerkbar. Während in den Ost-Provinzen Antrim (inklusive Belfast) und Down das durchschnittliche Jahreseinkommen mit 6004 DM bzw. 5291 DM noch relativ hoch liegt, sind die Vergleichszahlen für die westlichen „counties" Fermanagh und Tyrone 4864 DM bzw. 4981 DM. Dennoch sollte man nicht den Fehler machen und dieses Gefälle überbewerten, etwa indem man den reichen Osten gegen den armen Westen setzt; angesichts der allgemeinen sozialen Situation sind diese Fragen von geringer Bedeutung. Eine Repräsentativumfrage bei 675 Familien im Jahr 1967 brachte folgendes Ergebnis [11]):

74 Familien	*(ca. 11 Prozent)*	*unter 50 DM*
152 Familien	*(ca. 23,5 Prozent)*	*zwischen 50—100 DM*
131 Familien	*(ca. 19,5 Prozent)*	*zwischen 100—150 DM*
128 Familien	*(ca. 19 Prozent)*	*zwischen 150—200 DM*
98 Familien	*(ca. 13 Prozent)*	*zwischen 200—250 DM*
34 Familien	*(ca. 5 Prozent)*	*zwischen 250—300 DM*
39 Familien	*(ca. 6 Prozent)*	*zwischen 300—400 DM*
8 Familien	*(ca. 1 Prozent)*	*zwischen 400—500 DM*
11 Familien	*(ca. 2 Prozent)*	*500 DM und mehr*

Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß 54 Prozent der Familien pro Monat weniger als 600 DM, 86 Prozent der Familien unter 1000 DM zur Verfügung haben. Angesichts dieser Zahlen grenzt es an Zynismus, wenn Nordirlands Handelsminister Bradford in einem Gespräch mit der Hauspostille der deutschen Unternehmen behauptet, die „Unterbeschäftigung" und die hohe Zahl von Kindern sei auf die Sozialleistungen zurückzuführen. „Da verbleibt kein hoher Ansporn mehr, Anstellung zu finden" [12]). Eines der größten Probleme ist die Wohnungssituation. Ein Vergleich zwischen Großbritannien und Nordirland zeigt das erschreckende Ausmaß, obwohl der Häuserbau in Großbritannien gegenüber der Bundesrepublik z. B. noch weit hinterherhinkt:

	Großbritannien	*Nordirland*
Häuser, die älter als 80 Jahre sind	*25 Prozent*	*40 Prozent*
überfüllte Häuser	*3,8 Prozent*	*10,3 Prozent*
ohne fließendes Wasser	*1,7 Prozent*	*19,3 Prozent*
ohne Toilette	*25 Prozent*	*49 Prozent*

Die Beschwerden der Katholiken, sie würden bei der Arbeitsplatzvergabe und der Wohnungszuweisung benachteiligt, ist nur bedingt richtig, denn weniger ihr Glaubensbekenntnis als ihr sozialer Status ist verantwortlich für ihre Lage. „Wir

---

11) RSSF-special paper, bzw. Revolution in Nordirland?, a.a.O., S. 19.
12) Industriekurier, 18. 11. 1969.

leben in einem System, dessen Gesellschaftsstruktur von religiösen Leitvorstellungen bestimmt ist; wo niemand etwas dabei findet, daß ein Mann glaubt, er sei zur Arbeitslosigkeit verurteilt, weil er das Verbrechen begangen hat, Katholik zu sein. Aber das stimmt nicht. Er ist zur Arbeitslosigkeit verurteilt, weil es nicht genug Arbeitsplätze gibt, und es gibt nicht genug Arbeitsplätze, weil Investitionen nur aus Gründen des Profits gemacht werden . . ." [13]).

Der am Durchschnittswert gemessene wesentlich höhere Prozentsatz katholischer Arbeitsloser erklärt sich so, daß z. B. auf den Arbeitsämtern zunächst alle Stellen Protestanten zugeschoben werden, desgleichen bei der Wohnungsverteilung. Bei den großen Schwierigkeiten, überhaupt einen Arbeitsplatz zu bekommen, macht sich diese Privilegierung insofern bemerkbar, als die protestantischen Arbeiter verständlicherweise um ihren geringfügigen Vorteil bangen und ihre Aggressionen primär gegen ihre katholischen Kollegen richten, anstatt gegen ihre wahren Ausbeuter.

Über diesen Faktor hinaus hat z. B. gerade die Einweisung in Sozialwohnungen, bzw. die ständige Verweigerung dieser Maßnahmen, eine direkt politische Funktion. Bisher ist die Wahlberechtigung bei Gemeindewahlen immer noch an den Nachweis des Besitzes einer eigenen Wohnung oder eines Hauses gebunden; ein Stimmrecht also, das konsequent an Eigentum gebunden ist und am entgegengesetzten Pol den Reichen eine Kumulation von 40 Stimmen möglich macht. Auf diese Weise sind bis heute 240 000 Bürger Nordirlands, also ca. 16 Prozent der gesamten Bevölkerung, bei Gemeindewahlen nicht stimmberechtigt.

Dieses Stimmrecht ist jedoch weniger ein antikatholisches als vielmehr ein arbeiterfeindliches; die Gemeinderäte nämlich, die aus diesen Wahlen hervorgehen, bauten z. B. auch für ihre protestantischen Mitbürger keine Sozialwohnungen (in Londonderry, wo die Wohnungsnot am größten ist, wurden seit Anfang 1967 keine Sozialbauten mehr errichtet).

Die oben erwähnte Forderung der PD nach einer gerechten Abgrenzung der Wahlkreise geht gegen die schamlose Manipulation der Wahlkreisgrenzen an. Obwohl z. B. in Londonderry von 45 000 Einwohnern mehr als 30 000 Katholiken sind, verfügen die Protestanten über 12 der 20 Sitze im Gemeinderat.

Der einzige mögliche Ausweg aus dieser Zwangslage ist für viele Iren nach wie vor die Emigration: jährlich wandern noch immer etwa 10 000 Nordiren aus.

Nordirland und das ausländische Kapital

Die Reformwilligkeit ist bei den nordirischen Industriellen und Großgrundbesitzern überaus gering. Die zeitgemäße, integrative Geste der Unternehmer gegenüber den Abhängigen wäre bei der ultra-konservativen Bourgeoisie Ulsters schon „revolutionär". Den „sozialstaatlichen" Part wollen sie nicht spielen, jedenfalls nicht bezahlen. Alle Investitionsförderungsprogramme und Infrastrukturleistungen werden mittelbar vom englischen Staat bezahlt, der vertraglich verpflichtet ist, alle entstehenden Fehlbeträge in der nordirischen Staatskasse zu decken.

Als immanente Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit in Ulster zu beseitigen, bietet sich ein Investitionsförderungsprogramm an, das allerdings im Falle Nordirlands ungewöhnlich hoch und attraktiv ist. Den ausländischen Neuinvestoren werden etwa 45 Prozent anteilige Kosten durch Zuschüsse zur Erstellung neuer Anlagen und zum Erwerb von Maschinen gezahlt. Diese Zuschüsse müssen nicht zurück-

13) Bernadette Devlin, a.a.O., S. 69.

gezahlt werden. Außerdem kann Grund und Boden für 8 DM je qm im Jahr gepachtet werden, und Firmen, die keine eigenen Fabrikgebäude errichten wollen, können billig fertige Standardfabriken mieten. Die Regierung subventioniert auch die neu geschaffenen Arbeitsplätze der Auslandsfirmen. Es wird eine Beschäftigungsprämie von etwa 18 DM für jeden neu eingestellten Arbeiter in der Woche gezahlt. Für eine etwa notwendige Ausbildung des Personals bekommt die betreffende Firma eine Unterstützung von 96 DM je Arbeiter in der Woche [14]). Außerdem wird, um aufkeimender Besorgnis vorzubeugen, den ausländischen Investoren jede Gewinneinbuße, die durch Unruhen verursacht wird, vergütet. „Wir gewähren jetzt eine kostenlose Versicherung auf Schäden, die durch Straßenkämpfe und andere öffentliche Unruhen verursacht werden", versichert Handelsminister Bradford: „Auch Gewinneinbußen sind darin inbegriffen" [15]).

Zwar gibt es auch für englische Investoren Steuererleichterungen [16]), doch ist die englische Industrie nicht in der Lage, Investitionen vorzunehmen. Aufgrund der gigantischen Ausmaße des Kapitalexportes in der Vergangenheit (Verhältnis der Kapitalexporte BRD—Großbritannien: 14,3 Mrd.—60 Mrd.) standen den englischen Unternehmern nur wenig Mittel zur Rationalisierung und Investition im eigenen Land zur Verfügung (im letzten Jahrzehnt 17 Prozent des Sozialproduktes; z. B. Japan über 35 Prozent) [17]). Ein unerhörter Niedergang der britischen Industrie und eine immer auffallendere Kapitalknappheit waren die Nachwehen einer imperialistischen Politik. Dennoch muß der englische Staat dafür sorgen, den Unruheherd Nordirland unter Kontrolle zu bekommen, was langfristig auch mit großen Truppenstationierungen nicht möglich sein wird. Vor allen Dingen in Anbetracht der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit in Großbritannien selbst muß verhindert werden, daß wie früher Massen irischer Arbeiter in die englische Industrie abwandern. Probates Mittel des „aufgeklärten Kapitalismus" ist dabei eine „Wohlfahrtsstrategie", die jedoch in diesem Fall fehlschlagen muß.

Von den hohen Gratifikationen angezogen fühlen sich so hauptsächlich das amerikanische, japanische und westdeutsche Kapital, die zusammen bisher etwa 1,4 Mrd. DM anlegten. Das Investitionsverhalten der bundesrepublikanischen Unternehmer in Nordirland ist dabei eine ausgezeichnete Konkretion der bereits analysierten [18]) veränderten Strategie der westdeutschen Unternehmer.

Bis zum Abschluß der Rekonstruktionsperiode in der BRD wurde der Waren- und vor allen Dingen der Kapitalexport weitgehend zumindest von der Privatwirtschaft vernachlässigt, und zwar weil die Profite in der BRD selbst überdurchschnittlich hoch waren. Dennoch wurde dieser „Kapitalüberschuß nicht (nur zum geringeren Teil) zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Land verwendet — denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten —, sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport ins Ausland ... Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus ‚überreif' geworden ist und dem Kapital ... ein Spielraum für ‚rentable' Betätigung fehlt" [19]). Mitte der 60er Jahre begann im

14) Handelsblatt, 29. 6. 1969.
15) Industriekurier, 18. 11. 1969: „Ausländische Investoren sind bei der Regierung in guter Obhut".
16) Financial Times, 1. 8. 1969.
17) Der Spiegel, Nr. 51, 15. 12. 1969, S. 60.
18) Elmar Altvater, Die Weltwährungskrise, Frankfurt 1969, bzw. „Die Krise der europäischen Währungen", in SoPo 2, 1969, S. 2—16; an Altvaters Annahme einer veränderten Strategie des westdeutschen Kapitals erhob sich Kritik (Blechschmidt, in: SoPo 4, 1969, S. 89—94). Zwar ist dieser Kritik insofern zuzustimmen, daß es sich mehr um einen Nachholbedarf des westdeutschen Kapitals gegenüber den USA und Großbritannien handelt, doch findet gerade die These einer imperialistischen Strategie seitens der BRD ihre Bestätigung, wenn man die Konzentrierung westdeutscher Kapitalexporte auf Westeuropa feststellt. In den EWG-Ländern, der Schweiz, Österreich, Großbritannien sind mit 7,7 Mrd. DM mehr als die Hälfte des gesamten Kapitalexportvolumens von 14,3 Mrd. DM angelegt.
19) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin 1967, S. 67.

Zuge des verstärkten Warenexportes, der sich zur Exportabhängigkeit ausgedehnt hat, auch ein verstärkter Kapitalexport, der eine direkte Absicherung des deutschen Warenexportvolumens darstellt: „Entscheidend ist vielmehr die Stützung unserer Exporte auf jenen Märkten, die gefährdet sind durch Restriktionen der betreffenden Länder" [20]).

Bis 1966 wurden Auslandsinvestitionen hauptsächlich von der öffentlichen Hand bestritten. Seitdem ist jedoch ein starker Anstieg privatwirtschaftlicher Kapitalexporte festzustellen. Die Versuche des westdeutschen Kapitals zur Absicherung seiner Profite im internationalen Maßstab erfahren ihre Unterstützung durch das von Strauß und Schiller in schöner Eintracht geförderte „Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei der Auslandsinvestition der deutschen Wirtschaft", das im Juni 1969 verabschiedet wurde. Die deutschen Unternehmer können danach Verluste ihrer Tochterfirmen im Ausland voll von ihrer Steuerschuld im Inland abziehen; in Deutschland realisierte Gewinne, die als stille Reserven getarnt waren, steuerfrei beim Erwerb von Auslandsbeteiligungen transferieren; zusätzlich steuerfreie stille Reserven für eventuelle Verluste bei Auslandsgeschäften anlegen.

Die primäre Motivation bei direkten Kapitalinvestitionen im Ausland ist dabei die Öffnung von neuen Märkten, bzw., wie oben angedeutet, die Umgehung von Zollschranken. Bei den Investitionen in Nordirland handelt es sich deswegen nicht um ein Interesse am anglo-irischen Binnenmarkt, sondern hier bietet sich die Möglichkeit, billige Stützpunkte für die Exporte in die EFTA und Commonwealth-Länder zu begründen.

Diesen Absichten kommen natürlich die hohen Vergütungen der Regierung entgegen; weiter sichert die Arbeitslosenquote eine genügende Arbeitsdisziplin; Streiks sind in Nordirland nämlich fast unbekannt, nachdem die militanten Gewerkschaftler bereits vor einigen Jahren auf eine Schwarze Liste gesetzt wurden und in den Süden emigrierten. Außerdem werden hier die niedrigsten Löhne Nordwesteuropas gezahlt. In schöner, seltener Ehrlichkeit schreibt dazu das „Handelsblatt": „Die deutsche pelzverarbeitende Firma Thorer erfreut sich sogar einer vollkommen gewerkschaftslosen Belegschaft, da die Arbeiter Akkordlöhne verdienen und wissen, daß ihr Lohn leistungsbedingt und fair ist..." [21]).

Deutsche Unternehmen investierten bisher in Nordirland etwa 250 Mio. DM, wovon allerdings 150 Mio. alleine auf eine Hoechst-Niederlassung entfallen, deren Produktion im Januar 1970 anläuft. Daneben produziert Grundig seit 1959 Tonbandgeräte, Belzer stellt Handwerkzeuge her, Stubbe baut Spritzgußmaschinen, Thorer richtet Pelze und Felle, und Olympia Wilhelmshaven stellt sich auf den einsetzenden Rechenmaschinen-Boom bei der bevorstehenden Umstellung auf das Dezimalsystem ein. Daneben gibt es noch drei weitere deutsche Unternehmen aus der Plastikindustrie und der Autoersatzteileproduktion, die in der nächsten Zeit in Nordirland investieren werden, deren Namen jedoch noch nicht bekannt sind.

Angesichts der 210 neuen Niederlassungen scheint das Ausmaß des deutschen Engagements, die Zahl der Firmen relativ gering. Es muß berücksichtigt werden, daß etwa 8,5 Prozent der neugeschaffenen Arbeitsplätze von deutschen Unternehmern kontrolliert werden und das in Nordirland angelegte Kapital immerhin mehr als 60 Prozent des gesamten innerhalb Großbritanniens investierten deutschen Kapitals ausmacht. Eine ähnliche Investitionstätigkeit scheint in Wales zu beginnen, wo ähnliche Voraussetzungen vorliegen.

---

20) Industriekurier, 19. 6. 1969; zit. nach Altvater, a.a.O., S. 98, Anm. 28.
21) Handelsblatt, 21. 7. 1967.

Das von allen herausgestellte Ziel, man wolle insbesondere die Arbeitslosigkeit beseitigen helfen, ist schon nicht einmal mehr schlechte Ideologie. Der Charakter der Neuinvestitionen ist durchgängig kapital- und nicht arbeitsintensiv; dafür zeugt, daß durch 210 neue Unternehmen nur 20 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Es handelt sich also um Produktion auf einem hohen, technischen Niveau, die nicht mehr primär menschliche Arbeit erfordert. Außerdem wird dann noch das technische Personal von den Firmen gestellt; die Heranbildung eines technisch qualifizierten Personals findet nicht statt.

Darüber hinaus schöpfen viele Firmen nur kurzfristig ab und stellen dann ihre Produktion ein: „Solche Firmen nämlich fühlen sich von Nordirland angezogen, da die Regierung ihnen ... kurzfristige Steuerkonzessionen gewährt. Wenn aber die Steuerkonzessionen auslaufen, lassen diese Firmen eine leere Fabrik und ein paar hundert Arbeitslose zurück" [22]).

Ein Blick auf die Republik Eire zeigt, daß der Ausverkauf der südirischen Industrie und auch des Bodens bereits weiter fortgeschritten ist. Ungefähr 80 Prozent der irischen Industrie befinden sich in den Händen des Auslandes (40 Prozent englisches, 20 Prozent deutsches, 16 Prozent amerikanisches Kapital) [23]).

Ausblicke

Die Bürgerrechtsbewegung und dabei vor allen Dingen die PD hat den sozialistischen Kampf aufgenommen; sie bemühte sich dabei vor allem immer darum, nicht auf einer sektiererischen Religionsebene zu argumentieren, was ihr vom Ergebnis her nur teilweise gelungen scheint. In einem Interview skizzierte Eamonn McCann, einer der profiliertesten Exponenten der Bewegung, die Schwierigkeiten [24]): „Wie Papageien sagten wir immer wieder, daß wir für die Probleme und die Einheit der Arbeiterklasse kämpfen. Wenn man jedoch den Leuten aus dem Bogsidegebiet von Derry erzählt, daß sie ausgebeutet werden, weil sie Arbeiter sind und nicht, weil sie Katholiken sind, dann sind sie wenig geneigt, dies zu glauben. Ihr ganzes Leben lang war ihnen von der Unionistischen Partei erzählt worden, daß dies ein protestantischer Staat für protestantische Leute ist und daß man die Päpstlichen in Grund und Boden schlägt, wenn sie es wagen sollten, ihren Mund aufzumachen. Darüber hinaus hat eine Anzahl emporgekommener, opportunistischer, nationalistischer Politiker, die die einzige Form für den Ausdruck der Unzufriedenheit der Katholiken gewesen waren, diesen Blickwinkel der Unionisten akzeptiert und damit die religiöse Kluft vertieft. Das Bewußtsein der Leute ist immer noch ganz eindeutig konfessionsgebunden. Der Grund dafür, daß wir es versäumt haben, unsere Einstellung durchzusetzen, liegt darin, daß wir es versäumt haben, irgendeinen politischen Kampf innerhalb der Bürgerrechtsbewegung zu führen ... Unsere politische Einstellung ist in der Bürgerrechtsbewegung untergegangen. Alles, was wir noch klarmachen konnten, war, daß wir noch extremer als die Bürgerrechtsleute sind. Wir haben jedoch niemals klargemacht, daß dieser Unterschied in der militanten Haltung eine politische Ursache hat ..."

Es ist bisher zwar gelungen, einen Teil der katholischen Arbeiter zu politisieren und sie in einem gewissen Maß zur Aufgabe des Konfessionsdenkens und zur Entwicklung von Klassenbewußtsein anzuregen, doch ist vor allen Dingen die Agitation unter den protestantischen Arbeitern unerhört vernachlässigt und durch die Konfessionskämpfe der letzten Monate zusätzlich unerhört erschwert worden. Die fundierteste Strategie vertreten haben vor allen Dingen die PD mit

[22]) Bernadette Devlin, a.a.O., S. 57.
[23]) The Black Dwarf, Nr. 23, 1. 10. 1969.
[24]) Revolution in Nordirland?, a.a.O., S. 50 f.

ihren Exponenten McCann und Farrell. Sie bestätigen die aufklärerische und politisierende Funktion der Bürgerrechtsbewegung innerhalb eines bestimmten Rahmens, intendieren jedoch vor allen Dingen zur Zeit die Gründung einer Parteiorganisation, die auch auf den Süden überzugreifen und vor allen Dingen die Überwindung der religiösen Gegensätze durch diese überkonfessionelle Partei zu manifestieren und die praktische Politik unter den Protestanten zu betreiben hätte.

Widerstand gegen das Naziregime — in der Forschung und Literatur heute

Von Heinz Brüdigam

Aus Anlaß des 25. Jahrestages des gescheiterten Staatsstreiches vom 20. Juli 1944 erschienen neben Darstellungen, die speziell dem Attentat auf Hitler gewidmet waren, 1969 auch zwei Bücher, an denen noch einmal sehr deutlich wurde, daß in der vorherrschenden Geschichtsschreibung über die deutsche Widerstandsbewegung gegen das Naziregime nach wie vor der 20. Juli 1944 nicht nur als die entscheidende Aktion, sondern auch als das Zentrum des Widerstandes betrachtet wird. Bodo Scheurig hat unter dem Titel „Deutscher Widerstand 1938—1944" [1]) eine Dokumentation herausgegeben, die Pläne und Denkschriften von Beck, Goerdeler, Hassell und des Kreisauer Kreises enthält. Wenn auch in der Einleitung und im Nachwort im Gegensatz zu sonst üblichen unkritischen Würdigungen darauf hingewiesen wird, daß hinter manchen Plänen der Verschwörer zur „Neugestaltung Deutschlands" reaktionäre Ideen standen, so wird das Buch von vornherein seinem anspruchsvollen Titel nicht gerecht. Denn deutscher Widerstand war zwischen 1938 und 1944 mehr als der 20. Juli und dessen vielschichtige Vorgeschichte. Das ist dem Autor sogar voll bewußt. Denn in der ersten Fußnote seiner Einleitung schreibt Scheurig:

„Wenn in dieser Einleitung von Widerstand, Opposition und Fronde gesprochen wird, so sind immer Beck, Goerdeler, Hassell, Stauffenberg, der Kreisauer Kreis und dessen Mitverbündete (wie Julius Leber, Jakob Kaiser u. a.) gemeint. Diese Gruppen haben die detailliertesten und daher wichtigsten außen- und innenpolitischen Pläne hinterlassen. Aus diesem Grunde werden nur sie veröffentlicht. Die ‚Weiße Rose' und die Kommunisten wurden nicht berücksichtigt" [2]).

An anderer Stelle wird sogar das 1943 in der Sowjetunion von deutschen Emigranten und kriegsgefangenen Soldaten gegründete Nationalkomitee „Freies Deutschland" in der historischen Rückschau recht positiv erwähnt. In Gegenüberstellung zu Plänen von Teilnehmern der 20.-Juli-Verschwörung heißt es:

---

[1]) „Deutscher Widerstand 1938—1944, Fortschritt oder Reaktion?" Herausgegeben von Bodo Scheurig. dtv dokumente 592, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1969.
[2]) ebenda, S. 8.

„Realistischer gaben sich die Kundgebungen des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland', auf dessen Linie auch die in den Untergrund gezwungene KPD einzuschwenken hatte. Das Manifest forderte zu handeln, es skizzierte — wenigstens in groben Umrissen — eine demokratisch-parlamentarische Zukunftsordnung, und wenn es auch nichts versprach, so erklärte es doch, daß die Chancen der innerdeutschen Opposition nur in dem Maße schlechter würden, in dem sie den Sturz Hitlers hinauszögere. Diese Argumentation war nicht zu widerlegen. Nicht minder realistisch zeigten sich die ‚25 Artikel zur Beendigung des Krieges'. Im April 1944 verfaßt, erweckten sie nur mehr bescheidene Hoffnungen. Ihre These, daß die Gefahr einer Zerstückelung Deutschlands wüchse, verwies auf den Schatten der Teheraner Konferenz. Aber auch diese Proklamation erklärte, daß Deutschland noch immer Werte und Substanzen retten könne, wenn es nicht bis zu seinem Zusammenbruch weiterkämpfe" [3]).

Doch Konsequenzen zieht Scheurig aus seinen eigenen Erkenntnissen nicht. Er ist zwar selbst vor Jahren mit Veröffentlichungen über das Nationalkomitee hervorgetreten [4]), doch wurde in den Dokumententeil des Buches „Deutscher Widerstand 1938—1944" kein einziger Text des Nationalkomitees aufgenommen. So ist dieses Buch, das einerseits auf Äußerungen des Gesamtwiderstandes durchaus hinweist, andererseits aber in seinem Dokumententeil sich auf Schriftstücke beschränkt, die mit dem 20. Juli in Zusammenhang stehen, äußerst zwiespältig.

Die erweiterte Neuausgabe der Würdigung von Hans Rothfels „Die deutsche Opposition gegen Hitler" [5]) erschien ebenfalls aus Anlaß des 25. Jahrestages des 20. Juli 1944. Das Vorwort der neuen Ausgabe trägt einen entsprechenden Vermerk, und auch der Verlag betont, das Buch von Rothfels gehöre zu den wichtigsten Werken über die Männer des 20. Juli. Die 1949 zuerst veröffentlichte Arbeit (Scherpe-Verlag, Krefeld) wurde 1958 in einer revidierten Ausgabe von der Fischer-Bücherei übernommen, erreichte dort eine Auflage von über 100 000 Exemplaren und gilt inzwischen neben Gerhard Ritters Goerdeler-Darstellung [6]) als eines der westdeutschen Standardwerke über die Widerstandsbewegung. Die Würdigung von Rothfels unterschied sich schon damals in wesentlichen Punkten von Ritters Werk. So hat er sich 1958 gegen die damals im Kalten Krieg übliche Verteufelung der Mitglieder der sogenannten „Roten Kapelle" gewandt und geschrieben, „eine summarische Abschüttelung der Männer und Frauen dieses Kreises als bloße Kreml-Agenten und daher nicht zum Bereich der echten Opposition gehörig", sei nicht am Platze [7]). In der Neuausgabe hat Rothfels z. B. die sachlichen Informationen über die Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe um einige Details erweitert. Die wesentlichen Veränderungen betreffen jedoch vor allem die Anmerkungen. Die Hinweise auf Quellen und Literatur sind nicht nur insgesamt vermehrt, sie enthalten auch einzeln mehr und detailliertere Angaben. An den Proportionen der Behandlung der verschiedenen Widerstandskreise und -gruppen hat sich allerdings grundsätzlich nichts geändert. Das Zentrum bleibt der 20. Juli 1944, und gegenüber den Verschwörungen der Generale, Beamten und anderen hohen Funktionäre des Dritten Reiches rangiert der Wider-

---

3) ebenda, S. 16.
4) Bodo Scheurig, „Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion", Nymphenburger Verlagshandlung, München 1960. „Verrat hinter Stacheldraht? — Das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland' und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943—1945". Herausgegeben von Bodo Scheurig. dtv dokumente 270, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1965.
5) Hans Rothfels „Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung." Neue, erweiterte Ausgabe. Fischer Bücherei 1012, Frankfurt am Main 1969.
6) Gerhard Ritter, „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung", dtv 216—218, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1964.
7) Hans Rothfels, „Die deutsche Opposition gegen Hitler", Fischer Bücherei, Ausgabe 1958, S. 17.

stand von unten, der Volkswiderstand, auch in der Neuausgabe des Rothfels-Buches nach wie vor am Rande.

Rothfels versteht auch nach wie vor unter dem „Prinzipiellen" des Widerstandes die „Kräfte moralischer Selbstbehauptung, die über die Erwägung des bloß politisch Notwendigen hinausgehen" [8]). Von jüngeren Historikern ist darauf hingewiesen worden, daß Rothfels' Trennung von Politik und Ethik schwerwiegende Konsequenzen für die Forschung hatte. So schreibt Kurt Klotzbach in seiner Studie über den Dortmunder Widerstand [9]), auf die noch zurückzukommen sein wird:

Diese Trennung „wurde auf bestimmte Ansätze des Widerstands fixiert und setzte jene Gruppierungen hintan, die nicht primär aus moralischem Antrieb und einer Gewissensentscheidung heraus gehandelt hatten, sondern aus politischer Gegnerschaft. Vor allem der Bereich der sozialistischen und kommunistischen Opposition wurde davon betroffen. Ihr sind denn auch in der traditionellen Standardliteratur nur einige knappe Bemerkungen gewidmet, wenn nicht gar so weit gegangen wird, unter dem Einfluß der ethisch verengten Prämisse Sozialisten und Kommunisten aus dem ‚Widerstand im ursprünglichen Sinne' überhaupt auszuklammern. Die wenigen vorliegenden Dokumentationen und Studien über den Widerstand der Arbeiterschaft, vorwiegend in jüngster Zeit entstanden, haben das Gesamtbild der Forschung in der Bundesrepublik natürlich noch nicht ändern können" [10]).

Auf dem Bundeskongreß der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 1969 in Köln hielt Dr. Werner Röder vom Institut für Zeitgeschichte in München einen Vortrag zum Thema „Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes", in dem er auch einige interessante statistische Angaben über Widerstandsliteratur machte:

„Zur ungefähren Verdeutlichung der Proportionen mag ein Blick in die ‚Bibliographie zur Zeitgeschichte' genügen, die für die Jahre 1945 bis 1950 unter den 1087 Titeln zum Thema ‚Deutschland unter dem Nationalsozialismus' 681 Veröffentlichungen über ‚Verfolgung und Widerstand' anführt, einen Anteil, der auch in den letzten acht Jahren die Größenordnung zwischen 50 und 60 Prozent innerhalb der umfangreichen Literatur zur ‚inneren Entwicklung des Dritten Reiches' beibehalten hat. Aufschlußreicher für den Kurs der Widerstandsforschung in der Bundesrepublik aber ist die thematische Gewichtsetzung: Schon zwischen 1945 und 1950 schälten sich neben der anfangs besonders stark vertretenen KZ-Literatur, den Darstellungen des jüdischen Schicksals und den Untersuchungen über den nationalsozialistischen Verfolgungsapparat zwei dominierende Gruppen in der wissenschaftlichen Erforschung und der publizistischen Würdigung des Widerstands heraus: der Kampf der christlichen Kirchen gegen das Regime mit 16,9 und die Widerstandsgruppe des 20. Juli 1944 mit 12,4 Prozent Arbeiten zu Verfolgung und Widerstand im Dritten Reich. Diese Proportionen blieben im wesentlichen bis heute erhalten: 1963/64 weist die ‚Bibliographie zur Zeitgeschichte' 14,3 Prozent in der Bundesrepublik erschienene Titel über Widerstand und Verfolgung als Untersuchungen über den 20. Juli, 16,3 Prozent als Darstellungen des kirchlichen Widerstandes aus; 1965/66 und 1967/68 lagen die entsprechenden Werte bei 10,2 bzw. 21,9 und 16,9 bzw. 25,3 Prozent. Veröffentlichungen über den Widerstand anderer Gruppen, etwa der Arbeiter-

[8]) Hans Rothfels, „Die deutsche Opposition . . ." Ausgabe 1969, S. 14.
[9]) Kurt Klotzbach, „Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945". Eine historisch-politische Studie. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1969.
[10]) ebenda, S. 10—11.

bewegung oder der Intellektuellen, werden erst seit 1965/66 mit einem Anteil von 14,6 bzw. 1967/68 mit 9,8 Prozent notiert. Diese fast ausschließliche Konzentration von Forschung und Publizistik auf den bürgerlich-konservativen Widerstand entsprach zunächst der Restauration überkommener Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen innerhalb des westdeutschen Staatswesens — also einer Entwicklung, die den Zukunftsvorstellungen des Arbeiterwiderstandes direkt entgegenlief —, sie entsprach den innen- und außenpolitischen Belangen der Bundesrepublik und — was die christlichen Kirchen betrifft — den Institutionen, deren Rolle im Dritten Reich Gegenstand kritischer Fragestellungen werden mußte und die doch weiterhin Anspruch auf Mitbestimmung im politischen und sozialen Bereich erhoben" [11]).

Eindeutig wies Röder in seinem genannten Referat darauf hin, daß von ihren Möglichkeiten und Aufgaben her in der Bundesrepublik die Erforschung des Volkswiderstandes gegen den Nationalsozialismus noch in ihren Anfängen steht.

Bei diesem Stand der Widerstandsforschung kann es nicht überraschen, wenn es in den Schulbüchern, durch die die heutige junge Generation ein Bild von der Zeit des deutschen Faschismus erhalten soll, nicht anders aussieht. Denn von den Schulgeschichtsbüchern ist naturgemäß nicht mehr zu erwarten, als die Fachhistoriker den Autoren der Schulbücher an wissenschaftlichen Erkenntnissen anbieten. Die 1967 vom Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933—1945 nach Frankfurt am Main einberufene Schulbuchkonferenz „Deutscher Widerstand 1933—1945. Aspekte der Forschung und der Darstellung im Schulbuch" [12]), an der Historiker und ehemalige Widerstandskämpfer teilnahmen, kam zu entsprechenden Ergebnissen. Auch in Geschichtsbüchern für die Schule steht im Mittelpunkt der Widerstand aus Kreisen der Kirchen, der 20. Juli und der Münchener Studenten um die Geschwister Scholl. Arbeiterwiderstand wird dagegen bestenfalls nur erwähnt.

In seinem Beitrag zu dieser Schulbuchkonferenz, in dem Referat „Der Widerstand der Arbeiterbewegung", betonte Prof. Wolfgang Abendroth über die Bedeutung des Arbeiterwiderstandes u. a.: „Die Widerstandsgruppen des Zweiten Weltkrieges sind fast alle durch die Gestapo aufgerollt worden. Aber ihre Tätigkeit und die Arbeit der politischen Gruppen, die in den Zuchhäusern und KZs geschaffen worden waren und dort überdauern konnten, bis sie durch einen eigenen Aufstand gegen ihre Bewacher (wie in Buchenwald) oder durch die Truppen der Alliierten befreit wurden, hat es ermöglicht, programmatische Vorstellungen für die Zeit nach dem Ende des Faschismus auszuarbeiten, die nicht nur die Wiedererstehung der Arbeiterbewegung nach 1945 möglich gemacht haben, sondern auch die Vorstellungen der Landesverfassungen, die 1946 bis 1948 in den verschiedenen Besatzungszonen entstanden, mitbestimmt haben. Sie waren in der Periode des Krieges die einzigen politischen Kräfte in Deutschland, die bewußt die Niederlage des Dritten Reiches und eine parlamentarische Demokratie mit sozialistischem Inhalt erstrebt haben. Sie haben durch ihre Opfer die Siegernationen 1945 überzeugen können, daß es in Deutschland noch die Tradition einer Bewegung gab, die weder faschistische noch autoritäre politische Entwicklungen anerkennen und dulden wollte und jede Form des Eroberungskrieges und der Unterdrückung anderer Nationen abgelehnt hat. Sie haben im Gegensatz zu den Oppositionsgruppen, die in den Oberschichten entstanden sind,

11) Werner Röder, „Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes", in: „Stimme des Widerstandes — Vierteljahresheft für Fragen des Widerstandes", Herausgeber Präsidium der VVN, Frankfurt/Main, Nr. 2/1969.

12) „Deutscher Widerstand 1933—1945. Aspekte der Forschung und der Darstellung im Schulbuch". Eine Berichterstattung, herausgegeben von Edgar Weick im Auftrag des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933—1945. Verlag Lambert Schneider, Heidelberg 1967.

als sich die Niederlage abzuzeichnen begann, keinen Tag mit dem Gedanken gespielt, von Hitler eroberte Gebiete behalten zu wollen. Sie haben dadurch trotz der totalen Niederlage des Dritten Reiches und der totalen Dispositionsgewalt der Sieger den Wiederaufbau Deutschlands in eigenen Staaten des deutschen Volkes erst psychologisch möglich gemacht. Wenn die Überlebenden dieser illegalen Gruppen dann auch im Sog des Kalten Krieges auseinandergerissen wurden, so hat der Widerstand der Arbeiterbewegung seine großen Opfer doch nicht gänzlich vergeblich gebracht. Die illegale Arbeiterbewegung war die einzige große Widerstandsbewegung der ersten Stunde des Dritten Reiches, sie war bis zu seiner letzten Stunde die einzige politische Widerstandsbewegung, die faschistischem und autoritärem Denken zu keiner Stunde irgendwelche Konzessionen gemacht hat" [13]).

Als erster hatte sich Günther Weisenborn mit seinem nach dem Material von Ricarda Huch und Walter Hammer herausgegebenen Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933—1945 „Der lautlose Aufstand" [14]) darum bemüht, eine umfassende Darstellung des Widerstandes, d. h. auch eine Würdigung des „Widerstandes von unten" zu geben. Doch Weisenborn blieb mit seinen Bemühungen lange Zeit allein. Und als 1962 eine Neuauflage des „Lautlosen Aufstandes" in einer Taschenbuchausgabe erschien, schrieb Weisenborn im Vorwort: „In den zehn Jahren hat sich die Welt stark verändert. Aber die deutsche Widerstandsbewegung hat immer noch nicht jenen ehrenden Rang erhalten, der ihr historisch zusteht. In der westdeutschen Öffentlichkeit wurde und wird lediglich die Erinnerung an den 20. Juli (und gelegentlich die Gruppe der Geschwister Scholl) gefeiert. Aber Größe und Bedeutung der gesamten Widerstandsbewegung sind bis heute in der Öffentlichkeit wenig bekannt oder werden sogar verschwiegen" [15]).

Weisenborns Äußerungen standen nicht im Gegensatz dazu, daß in den letzten fünfziger und den ersten sechziger Jahren verschiedene Einzelpublikationen über den Widerstand von unten veröffentlicht wurden. Beispielsweise Arno Klönnes Bericht über die Jugendopposition im Dritten Reich [16]), ein Band mit letzten Briefen und Lebensbildern von Widerstandskämpfern sowie Kurzdarstellungen verschiedener Widerstandsgruppen [17]) oder lokale Überblicke über den Widerstand in Kassel von Willi Belz [18]) und in Hannover von Gerda Zorn [19]). Denn Weisenborns Buch gehörte zu den wenigen Widerstandsbüchern, die auch in einer hohen Taschenbuchauflage erschienen. Neben den schon genannten Bänden von Rothfels, Ritter und Scheurig waren es vor allem die von der Bundeszentrale für Heimatdienst herausgegebenen Sammlungen über den 20. Juli [20]), Fabian v. Schlabrendorffs Bericht „Offiziere gegen Hitler" [21]) und die mit einem Geleitwort von Hans Rothfels versehenen Tagebücher Ulrich v. Hassells „Vom anderen Deutschland" [22]), die auch in Taschenbuchausgaben her-

13) Wolfgang Abendroth, „Der Widerstand der Arbeiterbewegung", in „Deutscher Widerstand . . ." a.a.O., S. 94—95.
14) „Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933—1945." Herausgegeben von Günther Weisenborn. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Rowohlt Verlag, Hamburg 1954.
15) „Der lautlose Aufstand . . ." rororo Taschenbuch-Ausgabe 507/508, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 1962, S. 5.
16) Arno Klönne, „Gegen den Strom. Ein Bericht über die Jugendopposition im Dritten Reich." Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel, Hannover — Frankfurt am Main 1958.
17) „An die Lebenden. Lebensbilder und letzte Briefe deutscher Widerstandskämpfer, K. J. Schromm Verlag, Ludwigsburg 1960.
18) Willi Belz, „Die Standhaften. Über den Widerstand in Kassel 1933—1945", K. J. Schromm Verlag, Ludwigsburg 1960.
19) Gerda Zorn, „Stadt im Widerstand", Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main 1965.
20) „20. Juli 1944. Ein Drama des Gewissens und der Geschichte. Dokumente und Berichte", Herder-Bücherei 96, Herder Verlag, Freiburg, Basel, Wien 1961.
21) Fabian v. Schlabrendorff, „Offiziere gegen Hitler", Fischer Bücherei 305, Frankfurt am Main 1959.
22) Ulrich v. Hassell, „Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern". Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Fischer Bücherei 605, Frankfurt am Main 1964.

auskamen. Unter ihnen war Weisenborns Dokumentensammlung die einzige, die den breiten Widerstand aus den verschiedensten Volksschichten darstellte.

Im Marburger Institut für wissenschaftliche Politik entstanden verschiedene Forschungsarbeiten über Gruppierungen und Teilgebiete der Arbeiterbewegung, die auch wichtiges Quellenmaterial zur Geschichte des Widerstandes erschlossen. Neben der Dissertation von Kurt Kliem „Der sozialistische Widerstand, dargestellt an der Gruppe ‚Neu Beginnen'" waren es die Untersuchungen von Werner Link über den Internationalen Jugendbund (IJB) und den Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) [23]), von K. J. Tjaden über die KPO [24]) und von Hanno Drechsler über die Sozialistische Arbeiterpartei SAPD [25]).

Seit einigen Jahren veröffentlicht das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung in seiner Reihe der historisch-politischen Schriften auch Arbeiten zum Volkswiderstand gegen die Hitlerdiktatur. Dazu gehören u. a. die Untersuchungen „Gewerkschafter im Widerstand" von Helmut Esters und Hans Pelger [26]), „Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien" von Werner Röder [27]) und die Studie über den Dortmunder Widerstand von Kurt Klotzbach [28]).

Auch Publikationen über Einzelpersönlichkeiten, die mit dem Widerstand verbunden waren, haben die Kenntnis über Details der Widerstandsbewegung erweitert. Hier sei nur das Gedenkbuch für Walter Hammer genannt [29]). Walter Hammer, der Gründer des Fackelreiter-Verlages, der aktiv am Widerstandskampf gegen das Hitler-Regime teilnahm und 1940 von der Gestapo in Dänemark verhaftet wurde, baute nach 1945 in Hamburg ein für die Geschichte von Verfolgung und Widerstand wichtiges Archiv auf, das nach Hammers Tod 1966 entsprechend seinem Wunsch an das Münchener Institut für Zeitgeschichte überging.

Da von der mehr oder minder offiziellen Forschung in der Bundesrepublik nur wenig zur Darstellung des Gesamtwiderstandes getan wurde, griffen die Organisationen der Verfolgten und einstigen Widerstandskämpfer zur Selbsthilfe. Beispielsweise veröffentlichte die Lagergemeinschaft Neuengamme 1960 unter dem Titel „So ging es zu Ende . . ." Dokumente und Berichte [30]), oder die Hamburger Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten (VAN) gab eine Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter heraus [31]). Im Selbstverlag der VVN in Nordrhein-Westfalen erschien der von Karl Schabrod verfaßte Bericht „Widerstand an Rhein und Ruhr 1933—1945 [32]), der einen Überblick über die vielfältigen Aktionen des Widerstandes von unten gegen den Faschismus im heute größten Land der Bundesrepublik gibt. Hier werden vom „Widerstand der ersten Stunde" bis zum „Widerstand bis zur letzten Minute" die wichtigsten Äußerungen der vielschichtigen Volksopposition gegen Hitler registriert. An die-

23) Werner Link, „Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK)", Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1961.
24) K. H. Tjaden, „Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO)", Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1964.
25) Hanno Drechsler, „Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik", Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1965.
26) Helmut Esters und Hans Pelger, „Gewerkschaften im Widerstand", Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1967.
27) Werner Röder, „Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien", Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1968.
28) Kurt Klotzbach, „Gegen den Nationalsozialismus . . .", a.a.O.
29) „Die bleibende Spur — Ein Gedenkbuch für Walter Hammer 1888—1966", Herausgeber Erna Hammer-Hösterey und Hugo Sieker, Verlag Druckerei Erich Janßen, Hamburg 1967.
30) „So ging es zu Ende . . . Neuengamme", Dokumente und Berichte. Herausgegeben von der Lagergemeinschaft Neuengamme. Max Kristeller Verlag, Hamburg 1960.
31) „Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter 1933—1945". Bearbeitet von Willi Sander, Gertrud Meyer und Ursel Hochmuth. Herausgeber: Vereinigte Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten e. V. (VAN), Hamburg 1968.
32) Karl Schabrod, „Widerstand an Rhein und Ruhr 1933—1945". Herausgeber: Landesvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1969.

sem Überblick wird besonders deutlich, daß der Kampf gegen das faschistische Regime keineswegs nur auf die großen Städte beschränkt war.

Auf die Arbeit der Geschichtskommissionen in den Landesorganisationen der VVN bzw. der Hamburger VAN gehen auch Veröffentlichungen der Frankfurter „Bibliothek des Widerstandes" zurück, auf die hier schon vor einigen Monaten ausführlich hingewiesen wurde [33]). Neben einer neuen Arbeit über die „Weiße Rose" von Karl-Heinz Jahnke [34]) und einem Bericht über die Solidarität einfacher Menschen gegenüber Verfolgten am Beispiel des Schicksals von Marga Spiegel [35]) erschienen bisher in der „Bibliothek des Widerstandes" lokale Darstellungen über den Widerstand in Hamburg von Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer [36]), in Stuttgart von Willi Bohn [37]) und in Mannheim von Max Oppenheimer [38]).

Lokale Darstellungen sind besonders für die Erforschung des Arbeiterwiderstandes wichtig, und Kurt Klotzbach schreibt treffend in seiner Dortmund-Studie, „daß man von ‚unten', zum Beispiel der Wirklichkeit einer Stadt, ansetzen muß, um Wesen und Probleme des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus zu erfassen und anschaulich zu machen" [39]). Diese durch umfangreiches Quellenmaterial gesicherte Arbeit, in deren Mittelpunkt ausführliche Darstellungen des sozialistischen und kommunistischen Widerstandes in der Industriestadt Dortmund stehen, zeichnet sich durch strenge wissenschaftliche Objektivität aus und kann beispielgebend für die Erforschung des Widerstandes von unten gegen den Nationalsozialismus sein. Vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung werden weitere Studien über den Widerstand in Essen und in Duisburg erarbeitet.

In seinem Vortrag auf dem VVN-Kongreß 1969 wies Werner Röder darauf hin, daß durch die Betonung der Auflehnung einer elitären Oberschicht gegen das NS-Regime der demokratische, der populistische Kern des Widerstandes ganz verloren gehe. Dieser Kern dürfe nicht nur an Quantität Vorrang beanspruchen: „Für die politische und moralische Entwicklung eines Volkes ist die positive Identifikation mit seiner Geschichte Voraussetzung. Für die Jahre 1933 bis 1945 kann sie nur bedeuten: Die Identifikation mit dem Volkswiderstand gegen den Faschismus. Immer noch stehen wir am Anfang dieser Aufgabe" [40]).

Nicht viel anders sieht es bei der Erforschung der deutschen Emigration und des deutschen Auslandswiderstandes aus. Ins Exil gingen allein etwa tausend Universitätsprofessoren und rund weitere tausend deutsche Literaten, wie Hermann Kesten schrieb [41]). Gewiß sind auf diesem Gebiet, besonders was die Exilliteratur betrifft, einige wichtige Vorarbeiten geleistet worden, denkt man an die Bio-Bibliographie über die deutsche Exil-Literatur von Wilhelm Sternfeld und Eva Tiedemann [42]) oder auch an den Ausstellungskatalog der Sammlung

---

33) Vgl. Heinz Brüdigam, „Bibliothek des Widerstandes" in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Köln, Heft 9/1969, S. 1001—1006.
34) Karl-Heinz Jahnke, „Weiße Rose contra Hakenkreuz. Der Widerstand der Geschwister Scholl und ihrer Freunde", Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main 1969.
35) Marga Spiegel, „Retter in der Nacht", Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main 1969.
36) Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer, „Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933—1945", Berichte und Dokumente, Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main 1969.
37) Willi Bohn, „Stuttgart: Geheim!" Ein dokumentarischer Bericht, Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main 1969.
38) Max Oppenheimer, „Der Fall Vorbote", Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes, Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main 1969.
39) Kurt Klotzbach, „Gegen den Nationalsozialismus . . .", a.a.O., S. 13.
40) Werner Röder, „Erforschung und Vermittlung . . .", a.a.O.
41) Hermann Kesten, „Das ewige Exil", in: „Ich lebe nicht in der Bundesrepublik". Herausgegeben von Hermann Kesten, Paul List Verlag, München 1964, S. 10/11.
42) Wilhelm Sternfeld und Eva Tiedemann, „Deutsche Exil-Literatur 1933—1945". Eine Bio-Bibliographie, Verlag Lambert Schneider, Heidelberg 1962.

Exil-Literatur der Deutschen Bibliothek in Frankfurt [43]). Viele Details hat auch Kurt R. Grossmann in seinem Buch „Emigration" zusammengetragen. Doch seine einseitige Auswahl und seine persönlichen Ressentiments gegen Kommunisten rechtfertigen nicht den anspruchsvollen Untertitel „Die Geschichte der Hitler-Flüchtlinge" [44]).

Diese Geschichte muß noch geschrieben werden. Wahrscheinlich wird auch hier zunächst die Untersuchung von Teilbereichen nötig sein, wie es beispielsweise Röder mit seiner Arbeit über die sozialistische Emigration in England getan hat [45]). Denn auf wieviel unerforschtes Neuland man stößt, das stellt sich heraus, wenn man etwa aus einer deutschen Großstadt nur den Weg jener Schriftsteller verfolgt, die gegen das Dritte Reich Widerstand leisteten, verfolgt wurden und ins Exil gingen [46]). Ein Germanistenkongreß über die deutsche Exil-Literatur, der im September 1969 in Stockholm stattfand und auf die Initiative des Deutschen Instituts der Stockholmer Universität, mit dem 85jährigen aus Hamburg stammenden Professor Walter A. Berendsohn an der Spitze [47]), zurückging, bestätigte seinerseits, wie wenig die deutsche Exil-Literatur erst erforscht ist [48]). Dabei ist die Exil-Literatur nur ein Teilgebiet der aus Hitler-Deutschland Vertriebenen und Geflohenen.

Anfang 1969 wurde in der Bundesrepublik ein größeres Gemeinschaftsprojekt zur Erforschung der deutschen Emigration zwischen 1933 und 1945 und des deutschen Auslandswiderstandes ins Leben gerufen. Daran sind beteiligt: die Deutsche Forschungsgemeinschaft, das Bundesarchiv in Koblenz, das Institut für Zeitgeschichte, das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, das Archiv des DGB und die Deutsche Bibliothek in Frankfurt mit ihrer Sammlung Exil-Literatur. Alle Quellen der deutschen Emigration werden wohl heute kaum noch zu erschließen sein. Mit schnellen Ergebnissen wird man in dieser Forschungsarbeit auch kaum rechnen können. Doch immerhin: wenn auch spät, so ist doch auch auf diesem Gebiet ein Anfang gemacht worden.

---

43) „Exil-Literatur 1933—1945". Eine Ausstellung aus Beständen der Deutschen Bibliothek, Frankfurt am Main (Sammlung Exil-Literatur). Dritte, erweiterte und verbesserte Auflage, Deutsche Bibliothek, Frankfurt am Main 1967.

44) Kurt R. Grossmann, „Emigration. Die Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933—1945", Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1969.

45) Werner Röder, „Die deutschen sozialistischen Exilgruppen . . .", a.a.O.

46) Vgl. Heinz Brüdigam, „Schriftsteller im Widerstand gegen das Dritte Reich", Auszüge aus einem Vortrag zum 50jährigen Bestehen des Hamburger Schriftstellerverbandes, in „Die Tat", Frankfurt am Main, Nr. 48, 29. 11. 69.

47) Walter A. Berendsohn veröffentlichte eine der ersten Arbeiten über die deutsche Exil-Literatur: „Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigranten-Literatur. Teil 1 Von 1933 bis zum Kriegsausbruch 1939." Wissenschaftliche Editionsgesellschaft, Berlin 1949.

48) Siehe dazu u. a.: Hans-Albert Walter, „Deutsche Exil-Literatur. Bericht über das Stockholmer Symposium", in „Die Zeit", Hamburg, Nr. 40, 3. 10. 69; Arno Reinfrank, „Forschungen über die Literatur der deutschen Emigranten. Bericht vom internationalen Stockholmer Symposium", in „Die Tat", Frankfurt am Main, Nr. 40, 4. 10. 69; Marta Mierendorff, „Unpolitische Schriftsteller schlugen sich tapfer. Positive Ergebnisse auf dem Stockholmer Kongreß über die Literatur der Flüchtlinge", in: „Frankfurter Rundschau", Frankfurt am Main, Nr. 233, 8. 10. 69.

Fernseh-Spalte

STILLGESESSEN ZUR BESCHERUNG!

Das Dezember-Programm ließ sich ganz gut an. Heinz Dieckmanns Heine-Porträt „Der unbequeme Dichter" war eine außerordentliche Sendung und machte dem ZDF (zweiter Teil in Koproduktion mit dem Französischen Fernsehen) einmal alle Ehre. Das packte, das riß Wunden auf. Denn noch immer dauert die makabre Geschichte der deutschen Diskriminierung Heinrich Heines an. Vor mehr als einem Jahr brach in Düsseldorf öffentlich der Streit über die Namensgebung der dortigen Universität aus, der weltweite Beachtung fand und noch immer nicht abgeschlossen ist. In der Sendung „Aspekte" (ZDF) hieß es dazu bereits am 25. März 1969: „... enthüllt sich, daß in zwanzig Jahren Demokratie zu wenig zum politischen Bewußtsein der Deutschen getan worden ist. Wie tief verwurzelt muß doch von Generation zu Generation der Untertanen die vererbte Antipathie gegen den freien Geist sein..." — Es wäre gut gewesen, hätte man diesen Beitrag der seinerzeitigen „Aspekte"-Sendung, mit ein paar Aktualitäten versehen, dem großartigen Heine-Porträt angehängt. Aber dazu gehört eine kreative Beweglichkeit, ein Fingerspitzengefühl für essentielle Journalistik, wichtigstes Attribut jeder besseren Zeitungsredaktion — beim Fernsehen schafft man das einfach nicht. Nur wenn es gilt, eine kulturelle Sendung durch ein aktuelles Sportereignis zu verdrängen, ist man flink bei der Hand. Und daß „wenig zum politischen Bewußtsein der Deutschen getan" wurde, trifft das ZDF in erster Linie. Was man sich da gerade jetzt wieder mit dem aufgequollenen (Pseudo-)Dokumentarspiel „Der irische Freiheitskampf" geleistet hat, liegt ganz auf der von uns schon mehrfach kritisierten Linie. Nicht besser ist, auf anderer Ebene, das mehrteilige Fernsehspiel „Familie Mack verändert sich", reaktionär aber geradezu die im frühen Abendprogramm des ZDF laufende Serie „YAO". Was gibt es doch für putzige, naive, primitive, edeldumme, kindische Eingeborenen...

Bedenkenswert war Sebastian Haffners zeitgeschichtliche Reportage „Die traurige Geschichte der Wiedervereinigung". Leider sendete Radio Bremen sie zur Nachtzeit, was bedeutet, daß wahrscheinlich Millionen Zuschauer fehlten, denen die Einsicht in die folgenschwere Bonner Vermessenheit und in die aus zwei Regierungsjahrzehnten des CDU-Staates resultierende historische Schuld nichts geschadet hätte. Zwischen ebensovielen guten wie miserablen Filmen sah man Thilo Kochs vierteilige Illustrierte „Die Goldenen zwanziger Jahre" (NDR), ein böses Fernsehspiel des SFB in der Reihe „Familie Bergmann" und — wie typisch — nachmittags (Montag, 22. Dezember, WDR), damit ja niemand Zeit hat, Mitscherlichs aufklärerische Betrachtung über den „Aggressionstrieb". Der Hessische Rundfunk nahm sich in seinem Kulturmagazin „Titel, Thesen, Temperamente" am 21. Dezember die Verdummungstendenzen der deutschen Bühnenweihnachtsmärchen vor. Schlimmeres als den Kindern in Theatern mit ranzigen Moral- und Brutalspielchen geschah dem ganzen Volke mit der am 24. Dezember zur Mittagszeit einsetzenden Offensive der ARD und des ZDF aufs deutsche Gemüt. Brauchtumsmief, Kulturschnulzen, Glocken der Heimat, verlogene Knabenchöre, Karajan-Zuckerl, Filme der übelsten Heuchelklasse („Der Mann im grauen Flanell") und primitivsten Machart („Daddy Langbein", „Vater der Braut" u. a.), Lassie und Christvesper, Schneewittchen auf dem Eis und Gebirgsjäger der Bundeswehr im Berchtesgadener Land diktierten vier Tage lang (einschließlich Samstag) das TV-Programm. Heinrich Bölls beissende Satire „Nicht nur zur Weihnachtszeit" durfte nicht gesendet werden. Gründlicher als je zuvor besorgten ARD und ZDF das Geschäft der Scheinheiligkeit. Die Realität der verbrecherischen Gegenwart wurde mit geradezu zynischer Lust an der Festeseuphorie verdrängt. Bundesdeutsche Fernseher durften „ihr" Weihnachten ohne Blick auf Vietnam, amerikanische Kriegsverbrechen, bakteriologisch-chemische Waffen, griechische Konzentrationslager, lateinamerikanisches Elend, brasilianisches Indianerkilling, hunderttausende Ojukwu-Opfer genießen. „Mit Kindern kann man alles tun, wenn man nur mit ihnen spielt" (Bismarck).

E. H. Wahl

Bücher

Christliche Kriegspredigt

Wilhelm Pressel, Die Kriegspredigt 1914—1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands. Bd. 5 der Arbeiten zur Pastoraltheologie, hrsg. v. Martin Fischer und Robert Frick. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 379 S., kart., 24,— DM.

Heinrich Missalla, „Gott mit uns". Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914—1918. Kösel-Verlag, München, 143 S., kart., 8,80 DM.

Die erste Schwierigkeit aller Politik, die nicht am vernünftigen und interessegeleiteten Konsensus der Bürger ausgerichtet ist, die ihre Konsequenzen ausbaden müssen, ist die, eine Massenbasis zu finden. Eine Lösung dieses Problems, die seit der Aufklärung unablässig — aber jedenfalls in Deutschland bis heute nicht erfolgreich — attackiert wurde, ist die sakrale Verzierung profaner Ziele, die operationelle Verwendung von „Gott" und „Glauben" als Lückenbüßer für ein Handeln, das ohne das offenbar als unsinnig, egoistisch oder gar verbrecherisch zu erkennen wäre.

Predigten sind nun fürs durchschnittliche christliche Bewußtsein (besonders in Deutschland, wo die konservative Mehrheit kaum zu lesen pflegt) immer noch wenngleich nicht göttliche, so doch quasigöttliche, sakrale, hoheitliche Akte. Wo Diskussion nicht erlaubt ist, bekommt das Gesagte einen Heiligenschein, wird unangreifbar. (Etwas Sensationelles ist es darum fürs deutsche Kirchenvolk, wenn sich jetzt die West-Berliner oppositionelle Wochenzeitung „Der Christ" (kath.) daran gemacht hat, regelmäßig Predigten zu rezensieren.) Greift die Predigt in die „Politik" über (und wir wissen, daß auch die „unpolitische" Predigt eminent politisch ist, wenn sie mithilft, in beruhigender Legitimation die schlechte Gegenwart so zu lassen, wie sie ist), kann solches Engagement gemeingefährlich werden. Die Bücher von Pressel und Missalla bringen dafür erschütternde Belege — sie hätten unter redlichen Christen einen Sturm der Entrüstung provozieren müssen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen sind deshalb besonders ernüchternd, weil das demagogische Syndrom, das seinerzeit in der Verteidigung des Krieges bis zum Letzten kulminierte, nicht einmalig war und somit wenigstens nach der Niederlage hätte abgebremst werden können, sondern im wesentlichen weiterlebte, den Faschismus und nach dessen Niederlage wieder die Restauration begünstigte — es wäre nicht schwer, aus heutigen Bischofsreden zu den Stereotypen der damaligen Kriegspredigten Parallelstellen in bezug auf autoritäre, nationalistische und Freund-Feind-Bemerkungen herauszusuchen. Die evangelische Seite schneidet dabei allerdings erheblich besser ab; Pressel bringt Stimmen der Vernunft im Kriege, die freilich in der Minderheit blieben, aber nach der Niederlage stärker wurden; Missalla kann keinen Hoffnungsstreif dokumentieren, wenn man eine taktische Schwenkung der Kriegstheologen nach der Friedensdemarche des Papstes im Jahre 1917 für autoritätshöriges Denken als selbstverständlich ansieht. Nicht unwichtig erscheint es dem Rezensenten auch, daß Pressels Dissertation immerhin von der Evangelischen Kirche unterstützt wurde (P. ist heute Pfarrer), während der katholische Priester Missalla eher als ein Partisan erscheint, der den Herrschenden in seiner Kirche den Kampf angesagt hat.

Wieweit das Erlebnis des August 1914, der Volksgemeinschaft fern aller Parteizwiste, auf jahrhundertelange christlich verbrämte Indoktrination zurückgeführt werden kann, ist eine offene Frage, deren Relevanz auch nicht allzu groß ist, wenn man den Hurra-Patriotismus betrachtet, der bei Kriegsbeginn selbst beträchtliche Teile der Sozialdemokratie infiziert hatte. Den gesammelten Stimmen zufolge benutzten die Kirchen diese Begeisterung, um ihre Institution wieder besser ins Blickfeld zu bringen: sie sahen im Krieg eine neue Chance für eine Religion, wie sie sie sich vorstellten — eine Religion, die glaubt, daß die Geschichte bis ins kleinste von Gott gemacht ist; die Freude am Leben für böse hält und Lust für Sünde; die die Ordnung, die von oben

kommt, über alles schätzt; für die Mit- und Selbstbestimmung Teufelswerk ist; und die die „inneren Werte", die sekundär-formalen Tugenden wie Gehorsam, Opfer usw., die das autoritäre Bewußtsein bevorzugt, gegen die praktisch zu verwirklichende Freiheit ausspielt. So wurde aus dem Krieg, dessen Gründe die Kriegstheologen in der Berufung Deutschlands zur Weltmacht an der Seite Gottes gegen die materialistisch-atheistisch-utilitaristisch-unsittlich-minderrassigen Ententemächte sahen, ein Gottesgericht: für die Seele und wider die Ratio; für deutsche dumpfe Innerlichkeit gegen welsche Vernunft; für den deutschen Obrigkeitsstaat gegen den französisch-rationalistischen Teufelsstaat mit seinen Revolutionen; und schließlich noch in einem leisen Rüffel Gottes wegen der auch in Deutschland um sich greifenden lauen Christen und der unsittlichen Damenmoden. Die Prediger freuten sich, daß sich die Kirchen wieder füllten — wegen der großen Ergriffenheit ob Gottes erstem Beistand und anfangs leiser Angst vorm Tod. Sie identifizierten Deutschlands mit Gottes Sache, Jesus mit Wilhelm II. und Hindenburg, die deutsche Armee mit Israels Soldaten, die Eucharistie mit der obersten Heeresleitung und dem Kaiser, den Krieg mit Gottes Offenbarung, den Tod an der Somme mit dem auf Golgatha, die volksgemeinschaftliche Einheit mit der der Jünger Jesu, Demokratie und Sozialismus mit Teufelsspuk, die Entente mit dem Leibhaftigen (beide Verfasser ließen sich die Pointe entgehen, einen Blick auf gleichlautende Predigten im damaligen Feindesland zu werfen, die sich auch für Gottes Sache in die Brust warfen). Beide Konfessionen haben sich dabei nichts vorzuwerfen. Während der Nationalprotestantismus schon eine lange Geschichte hatte, übertraf ihn zuweilen die autoritär-chauvinistische Volksverführung des festgefügten katholischen Minderheitenblocks noch, der dadurch seine soziale Inferiorität und sein jüngeres Ja zum Deutschen Reich kompensierte.

Leider erfährt man über eine Frage nichts Wesentliches von den Autoren: Missalla nimmt keinmal Stellung dazu, welche Funktion die Kriegspredigten denn in bezug auf den Kampf- und Durchhaltewillen der Soldaten hatten; Pressel weist nur verstreut in Fußnoten (S. 72 f; S. 268 f.) darauf hin, daß die Armee sehr an Durchhaltepredigten interessiert war und daß sie nach der Julikrise 1917 ein verstärktes Interesse an den Kriegstheologen hatte, die das Fronterlebnis in einem großen „vaterländischen Aufklärungsfeldzug" im Herbst 1917 (ein weiterer im nächsten Herbst mußte gottlob ausfallen) auch in die Heimat zu tragen hatten.

Aber wir sind sicher, daß die kirchliche Propaganda gewirkt hat — wenn nicht direkt an der Front, so doch im Bewußtsein der meisten Gläubigen, die zu einem großen Teil damals wie heute das Christentum mit einem alleswissenden Schamanentum verwechseln und die ihre Oberen nicht in einem Dienst-, sondern in einem Herrschaftsverhältnis sehen und die durch Angst- und Sündenindoktrination vor der Freiheit Angst haben. Und die selbst die simpelsten pragmatischen Fragen in Bereichen, die nicht mehr „überschaubar" sind aus dem Lebenshorizont von Haus und Garten, als exemplarische Prüfungen Gottes ansehen, der sie nur zwischen gut und böse wählen lasse. Die Volksgemeinschaftsideologie, die im Inneren keine Konflikte zuläßt, sondern sie von oben zerschlägt, und die nach außen Krieg führt, um den „garrison-state" zu sichern, und zum autoritär benutzten Selbstzweck die Sekundärtugenden von Opfer, Leiden usw. aufleben läßt, lebt geradezu von der Verteufelung des anderen, des Gegners, als dem satanischen Bösen. Die Geschichte als Exerzierplatz Gottes hat konsequent den „Heiligen Krieg" im Gefolge — die Frage ist, inwieweit sich hinter der Predigt bestimmte Interessen (abgesehen von dem, möglichst viele „religiös" zu beschäftigen) verbergen, die ihn für nützlich halten, — eine Frage, die auch bei der Predigt im Frieden gestellt werden muß. Beide Autoren weichen dieser Frage aus (Missalla deutet sie — S. 131 — in einer Fußnote an; trägt freilich selbst wieder zur Mystifizierung bei, wenn er 1968 immer noch — S. 13 — die längst von Fritz Fischer u. a. widerlegte These vom „Hereinschlittern" aller Staaten in den Ersten Weltkrieg, wiederholt). Beide zeigen sich auch recht hilflos, wenn sie über die z. T. verbrecherischen Predigten — deren Kritikwürdigkeit so ins Auge springt, daß die sparsamen Kommentare Missallas wohltuend abstechen von den teilweise schwulstigen Entgegnungen Pressels, mit denen er langatmig die Unvereinbarkeit hanebüchenster Hetzreden mit dem Geist des Christentums nachweist — hinaus die Tren-

nung von theologischen und „ideologischen" Predigten in den Griff bekommen wollen. Sie definieren beide nicht, was bei ihnen „Ideologie" heißt — der Kontext macht nur klar, daß damit das Negative an den Kriegspredigten plakatiert werden soll.

Dem Phänomen, daß eine scheinbar unpolitische sehr wohl auch eine politische Predigt ist, dessen Wirklichkeit sich bei der Lektüre der Zitate aufdrängt, steht Pressel hilflos gegenüber; er findet es bloß oft genug „fragwürdig", wenn die Pflege der „inneren Werte" zuweilen im gleichen Satz in Haß auf die anderen, die so etwas nicht so pflegten wie die Deutschen, umschlägt. Man hat zuweilen den Eindruck, daß Pressel als Ideal eine Predigt ansieht, die sich ganz aus der Politik heraushält — im Sinne derer, die zugeben, daß die kirchliche Verkündigung immer politisch „rechts" stand, daran aber die nur formal einleuchtende Folgerung anknüpfen, daß sie darum auch heute nicht „links" stehen dürfe. Mit Recht verwirft Missalla das konsequent als Scheinproblem. Die Kirche habe für die Armen und Unterdrückten und nicht für die Herrschenden und Reichen da zu sein; sie habe für den Frieden im Dialog aufgeklärter Menschen zu kämpfen (S. 138 f.).

Die Bücher rufen geradezu nach weiteren Darstellungen, die die Kriegs- und Militärseelsorge bis zur heutigen Zeit behandeln. Die Kontinuitäten sind ja unübersehbar; wir weisen der Einfachheit halber auf personelle hin: Vielzitierte Durchhalte-, Gehorsams- und Endsiegspropagandisten wie Bischof Bertram, wie Otto Dibelius, der den Handschlag Hitler/Hindenburg 1933 kirchlich „weihte" und der später nicht aufhörte, die indiskutierte Obrigkeit zu predigen (dem Kritiker Pressel aber jede Kritik an seiner Handlungsweise brieflich als illegitim verwehren wollte), wie der Hof- und Domprediger Doehring (von Pressel wohl überzeugend als erster Inaugurator der Dochstoßlegende nachgewiesen), der als deutsch-nationaler Reichstagsabgeordneter viel zur Zerstörung der ersten Republik beitrug, aber noch nach 1945 dümmliche Rechtfertigungen schrieb, und wie Kardinal Faulhaber — sie alle wußten noch lange Jahre später nichts Besseres, als die alte Walze neu zu spielen.

Die Saat ging denn auch noch einmal auf. Und die evangelischen Kirchenfürsten beteten zum Erntedankfest 1939: „Wir loben Dich droben, Du Lenker der Schlachten, und flehen, mögst uns stehen fernerhin bei"; Bischof Lilje schrieb im dritten Kriegsjahr das Buch „Der Krieg als geistige Leistung"; vorher hatte der heutige Militärbischof Kunst seinen Soldaten verkündet, daß sie mit ihrem Führer unauslöschlich verbunden seien und den „Treueid" auf ihn niemals brechen dürften. Die katholischen Kirchenführer waren ebenfalls des Lobes über die „Ordnung" stiftenden Nazis voll; Faulhaber schrieb 1933 an Hitler: „Gott erhalte unserem Volk unseren Reichskanzler"; Feldbischof Rarkowski rief noch im Frühjahr 1945 Hitlers Truppen zu: „Vorwärts, christliche Soldaten, auf den Weg zum Sieg!"; dessen Stellvertreter, der dieses Amt dann auch in der Bundeswehr bekleidete, erklärte gar einem Katholiken, der den Dienst am Nazi-Krieg mit christlicher Begründung verweigern wollte, daß ihm der Kopf abgeschlagen gehöre.

Selbst aus der Niederlage nach dem letzten Krieg haben herrschende Denkweisen in der katholischen und starke Teile in der evangelischen Kirche zu wenig gelernt. Der greise Kardinal Faulhaber begeisterte sich wieder einmal für die Remilitarisierung, die im Bund der Deutschen Katholischen Jugend eine Zeitlang die einzige Massenbasis hatte; Landesbischof Haug redete von der Beteiligung an der „Aufrichtung eines Dammes gegen die Flut aus dem Osten"; Erzbischof Jaeger, der unter Hitler die tierähnlichen Russen beschimpft, den schändlichen Überfall der Nazis auf die Sowjetunion als christliche Heldentat gefeiert und mit Rekurs auf den guten Soldaten Jesus die deutschen Volksgenossen zum absoluten Gehorsam aufgerufen hatte, sprach wieder vom Kreuzzug, den wir — freilich in moderner Weise — zu führen hätten, und vom soldatischen Gehorsam; usw. usw. usw.

Gefährlicher als die personellen sind die strukturellen Kontinuitäten. Es ist frappierend, in Friedrich Heers Buch über den Glauben Hitlers zu lesen, wie eine Religiosität der autoritären „Werte" und der treudeutschen „Innerlichkeit" und der Gut-Böse-/Freund-Feind-Ideologie durchhalten kann, auch wenn die christliche Religion selbst verworfen wird. So könnte auch heute eine religiös inspirierte Indoktrination mit dem Ziel des autoritären Spießbürgers selbst dann gefährlich sein, wenn die Kirchen ihre Macht verlören. Hans-Dieter Bamberg

Kiesingers politische Mitgift

Beate Klarsfeld, Die Geschichte des PG 2633930 Kiesinger. Dokumentation mit einem Vorwort von Heinrich Böll. Joseph Melzer Verlag, Darmstadt, 160 S., brosch. 10,— DM.

„ADF Zum Fall Kiesinger". Dokumentation, veröffentlicht von Aktion Demokratischer Fortschritt, Bonn, Bornheimer Straße 230. 25 S. Text, 20 S. Dokumente.

Die politische Karriere Kurt Georg Kiesingers nach 1945 kann als Prototyp bundesdeutscher Entwicklung im Zeichen der Ära Adenauer gelten. Weder Kiesingers frühe Mitgliedschaft in der NSDAP noch seine weittragende rundfunkpolitische Arbeit im Auswärtigen Amt Ribbentrops seit Anfang 1940 behinderten nach dem Kriege ernsthaft seinen Wiedereintritt in die Politik. Schon ab April 1948 — noch bevor er in einer an sich nicht üblichen Berufungsverhandlung vom August 1948 vom „Mitläufer" zum „nicht Belasteten" umgestuft worden war — wird er als Landesgeschäftsführer der CDU in Württemberg/Hohenzollern eingesetzt, er kommt als Abgeordneter in den ersten Deutschen Bundestag und 1950 in den Geschäftsführenden Vorstand der CDU/CSU. Von 1950 bis 1958 gehört Kiesinger der Beratenden Versammlung des Europarats an, deren Vizepräsident er 1955 wird. Im gleichen Jahr überträgt man ihm die Funktion des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU. Nach Gerstenmaier übernimmt Kiesinger im zweiten Bundestag den Vorsitz des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten. 1958 avanciert er zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, dem zweitgrößten bundesdeutschen Land. 1966 schließlich nominiert ihn die CDU/CSU zum Bundeskanzler. Und auch heute noch, nach der durch die Bundestagswahl 1969 veränderten innenpolitischen Konstellation, besitzt Kiesinger als Vorsitzender der CDU großen politischen Einfluß und ist erklärtermaßen entschlossen, ein zweites Mal Bundeskanzler zu werden.

Die Zumutung dieses von Kiesingers Parteifreunden systematisch geförderten Aufstiegs für eine Demokratie, die auf den Hitlerterror gefolgt ist, zeichnet sich in aller Schärfe in Dokumentationen über Inhalt, Ausmaß und Verantwortung der Tätigkeit Kiesingers zwischen 1940 und 1945 im Auswärtigen Amt ab. In seinem Vorwort zu dem von Beate Klarsfeld zusammengestellten Band „Die Geschichte des PG 2633930 Kiesinger", der im Melzer Verlag erschienen ist, hebt Heinrich Böll die symptomatische Bedeutung auch der Rolle eines Kiesinger in der jüngsten deutschen Geschichte hervor, wenn er schreibt: „Die wichtigste in diesem Buch vertretene These ist die des ‚vorzeitigen Neonazismus', der darin bestand, das Gesicht dieses ‚anständigen Deutschland' dem Westen der Welt gegenüber zu retten; es war das Gesicht Globkes, der sich hinter Adenauer verstekken durfte, der vom katholischen Klerus gedeckt wurde; es ist das Gesicht Kiesingers, es ist das Gesicht deutscher Generäle und Marschälle, die, ohne je vor ein deutsches Gericht gestellt worden zu sein, ‚anständig' und anstandslos in Pension gingen."

Weshalb von einem Neonazismus, der, wie Böll schreibt, „nicht von Thaddenscher, der von Kiesingerscher und Globkescher Art ist", gesprochen werden kann, wird in diesem längst fälligen Nachtrag zur Karriere Kiesingers und insbesondere zu seiner Kanzlerschaft an Hand von über 100 zitierten und über 50 abgebildeten Dokumenten aus Akten und Nachlässen des Auswärtigen Amtes, des Propagandaministeriums, des OKW, des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), der Gestapo, des SD, der Dienststellen der NSDAP sowie anderen Unterlagen nachgewiesen. Sie belegen die Aufgaben und die Funktion der Kulturpolitischen Abteilung und der Rundfunkpolitischen Abteilung, in denen Kiesinger von Anfang an wichtige Arbeiten ausführte und in rascher Zeit in leitende Funktionen aufstieg. Sie ermöglichen ein Urteil darüber, wie Kiesinger durch seine Tätigkeit aktiv die faschistische Propaganda nach dem Ausland hin sowie die nicht weniger wesentlichen Dienste dieser Abteilung im innenpolitischen Bereich gefördert und mit verwirklicht hat. Sie geben darüber hinaus Einblick in den Aufbau der nationalsozialistischen Auslandspropaganda mit ihrem Netz von Sendern und ihrer verlogenen, inhumanen, oft geschickt getarnten Einflußnahme auf das Ausland, entsprechend der verbrecherischen Kriegs- und Rassenpolitik des nazistischen Staates und ihren jeweiligen propagandistischen Erfordernissen. Und sie machen nicht zuletzt deutlich, daß sich Grundzüge der damaligen, von Kiesinger

mit vertretenen nazistischen Propaganda in abgewandelter Form in seinen öffentlichen Äußerungen als Politiker nach dem Kriege erkennen lassen.

Kiesinger begann seine Karriere im Auswärtigen Amt als Nachrichten- und Rundfunkpolitiker im April 1940 in der Kulturpolitischen Abteilung — Kult R —, aus der 1941 die Rundfunkpolitische Abteilung als selbständiges Glied herauswuchs. Abteilungsleiter war SS-Standartenführer Rühle, NSDAP-Mitgliedsnummer 694, dessen Stellvertreter Legationsrat Dr. Schirmer, Hauptsturmführer der SS. Schon drei Monate nach seinem Antritt ersucht Schirmer den Gesandten Schmidt (Presse und Information), Kiesinger sowie zwei anderen Mitarbeitern einen Ausweis für den Zugang zu den Pressekonferenzen des Auswärtigen Amtes zu gewähren, da sie — wie es in dem Dokument heißt — „mit der politischen Zensur der Manuskripte zu tun" haben, „die nach dem Ausland gesendet werden", und „es sich als notwendig herausgestellt hat, daß sie aus erster Hand über all das unterrichtet sind, was bei Pressekonferenzen, Vorführungen und dergleichen gesagt wird." Vom 25. 7. 1940 bis zum 4. 8. 1940 fand nach Genehmigung durch das Propagandaministerium, unter Teilnahme von Vertretern dieses Ministeriums, des OKW und der Reichsrundfunkgesellschaft und des Auswärtigen Amtes, eine Reise ausländischer Rundfunksprecher im Dienste der Reichsrundfunkgesellschaft (mit Ausnahme des ungarischen und italienischen Sprechers) in die besetzten Gebiete Frankreichs statt. Zweck der Fahrt sollte sein, unter besonderer Berücksichtigung Elsaß-Lothringens „dort von Deutschland ergriffene soziale und militärverwaltungstechnische Maßnahmen sowie die gegenwärtige Stimmung überhaupt propagandistisch im politischen Interesse Deutschlands gegenüber dem Ausland auszuwerten". In der Abschrift eines Briefes der Verbindungsstelle im Funkhaus — Kult R — wird angeordnet: „Die Reise steht unter Leitung von Herrn Kurt Georg Kiesinger, der zugleich auch für die politische Zensur der Aufnahmen verantwortlich ist." Laut Kiesingers Bericht vom 21. 8. 1940 verfolgten die Reportagen u. a. „den Zweck, den Hörern einen Eindruck zu geben von der unwiderstehlichen Kraft der deutschen Waffen im Kriege und 2) von Haltung und

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Leistung des Siegers während des Krieges und nach Beendigung der Kampfhandlungen".

Nach Arbeiten im neu gebildeten Kolonialreferat im Herbst 1940 wurde Kiesinger Anfang 1941 zum Leiter des Zentralen Referats Ru B befördert, das mit den Arbeitsgebieten „Allgemeine Propaganda" und „Koordinierung der Arbeit der Länderreferate" befaßt war. Im April 1941 wurde er von Ribbentrop zum Verbindungsmann für den Rundfunkbereich der offiziellen Verbindungsstelle zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Propagandaministerium ernannt. 1942 wird er neben dem Referat Ru B zusätzlich mit der Leitung des Referats RU A betraut, in dessen Kompetenz „Rundfunkeinsatz, Internationale Rundfunkbeziehungen und Rundfunkrecht" sowie technische Angelegenheiten fielen. Am 1. 4. 1943 wird Kiesinger an Stelle des wegen Korruption zur Wehrmacht eingezogenen Dr. Schirmer Stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung. Kiesinger, der sich darauf berufen hat, er sei nur als „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter (WHA)" im Auswärtigen Amt tätig gewesen, hatte damit eine Schlüsselstellung erreicht, die ihn langgedienten Botschaftern oder Gesandten gleichstellte, ja ihm solche sogar unterstellte. Schon im März 1942 war Kiesinger als Vertreter des Auswärtigen Amtes im Aufsichtsratsvorstand der „Deutschen Auslands-Rundfunk-Gesellschaft Interradio AG" beordert worden, wobei besonders seine Funktion als Verbindungsmann zum Propagandaministerium und als Koordinator des Gesamtteils der Ostsendungen hervorgehoben wurde.

Zu Interradio gehörte neben den in deutscher Hand befindlichen Auslandssendern auch der Apparat des „Seehauses", ein Organ des Auswärtigen Amtes und zu damaliger Zeit die größte Abhör- und Auswertungszentrale faktisch aller Weltsender. Wie aus einem Dokument vom 30. 9. 1944 hervorgeht, gehörte es zur vorrangigen Aufgabe der Rundfunkpolitischen Abteilung, „aus der täglichen Riesenfülle des ausländischen Rundfunkmaterials das außenpolitisch Wesentliche auszulesen und in knappester Form zusammengestellt dem Reichsaußenminister vorzulegen, entsprechend den Weisungen des Reichsaußenministers, den ausländischen Rundfunk zu beeinflussen und zu steuern, die Richtlinien und Anweisungen für die Auslandspropaganda auf dem Gebiet des deutschen Rundfunks zur Geltung zu bringen durch Weitergabe an die in Frage kommenden Stellen des Reichspropagandaministeriums sowie durch eine tägliche und laufende Fühlungnahme mit den Auslandsredaktionen der Reichsrundfunkgesellschaft durch die Sachbearbeiter der Rundfunkpolitischen Abteilung, die in über 30 Fremdsprachen erfolgenden deutschen Rundfunksendungen entsprechend den aktuellen Begebenheiten und den außenpolitischen Erfordernissen abzustimmen." Es ergibt sich eigentlich schon aus dem hier dargestellten Aufgabenkreis der Rundfunkpolitischen Abteilung, daß sie unter jenen dreizehn Stellen war, die im Verteiler für das gesamte unzensierte Material des „Sonderdienstes Seehaus" angeführt werden. Auch Kiesinger, der — wie die Dokumente zeigen — schon bald nach seinem Eintritt in Rühles Abteilung mit Zensur beauftragt wurde und Kenntnis von geheimen Schriftstücken hatte, der über seine Position im Aufsichtsrat der Interradio und mehr noch als Stellvertretender Abteilungsleiter weitere Einsichten und Entscheidungsbefugnisse innerhalb seines Arbeitsgebietes erhielt, wird somit über Informationen aus diesem Material verfügt haben. Unter diesem Aspekt ist Kiesingers Angabe, nicht mehr und nicht weniger als irgendein Durchschnittsbürger im damaligen Deutschland von der Vernichtung der Juden erfahren zu haben, kaum ernst zu nehmen.

Zu den perfidesten Richtlinien, die Kiesinger bei seiner Arbeit vorgelegen haben, gehören überdies jene, die die antijüdische Propaganda betreffen. Ein eindeutiges Licht auf die Arbeitsmethoden der nazistischen Auslandspropaganda, wie sie von der Rundfunkpolitischen Abteilung angeleitet wurde, wirft das Beispiel einer Lügensendung des Senders „Patris" innerhalb des getarnten Rundfunkeinsatzes in Griechenland, der zu den ersten großen Aufgaben des Referates B unter Kiesinger gehörte. Am 19. 4. 1941 wurde dort das Gerücht verbreitet: „Das Athener Trinkwasser von Engländern vergiftet. Athener! Trinkt kein Wasser! Der Tod erwartet Euch! Das Athener Wasser ist infiziert. Die merkwürdigen und ungewöhnlichen Todesfälle der letzten Zeit sind kein Zufall. Augenzeugen, unsere eigenen Mitkämpfer, die in Athen jeden Schritt der Engländer verfolgen, unterrichten uns über ihre Absichten. Es gelang ihnen, diese Un-

geheuerlichkeit aufzudecken, gerichtet gegen das Leben von einer Million Athener: Männer, Frauen, Kinder! Athener! Nehmt keinen Tropfen Wasser in den Mund, bevor nicht die chemische Analyse auf der nordöstlichen Seite des Marathon-Sees gemacht ist!"

Diese Greuelmeldung, die der Dokumentation der ADF „Zum Fall Kiesinger" entnommen ist, ließe sich durch andere ergänzen, so durch die bei Beate Klarsfeld angeführte, daß englische Agenten über die Entzündung von Gasleitungen Feuer in griechische Städte und Häuser tragen wollten.

In den vorgelegten Dokumenten wird die verantwortliche Stellung Kiesingers innerhalb der rundfunkpolitischen Arbeit des Ribbentrop-Ministeriums, seine tiefe Verstrickung in die nazistische verbrecherische Politik und Auslandspropaganda nachgewiesen, werden seine Schutzbehauptungen, er sei „dienstverpflichtet" worden und nur „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter" gewesen, ad absurdum geführt, seine Zeugenaussagen im „Judenprozeß des Auswärtigen Amtes" für den Legationsrat v. Hahn mehr als in Zweifel gestellt. Bis heute ist es zu keiner wissenschaftlichen Widerlegung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe gekommen. Nun, da diese Dokumente in aller Öffentlichkeit vorliegen, werden sich noch weniger Wissenschaftler, Historiker oder Schriftsteller dazu herbeilassen, eine Biographie zu schreiben, die Kiesinger entlasten könnte.

Heinz Brüdigam

CDU in der DDR

CDU in der DDR oder Was wir von unseren Brüdern und Schwestern lernen können. Im Auftrage der Westberliner Verständigungshilfe hrsg. von Klaus Ehrler. Edition Verständigungshilfe im Plan-Verlag, Köln 1969, 189 S., br. 10,50 DM.

Dieses in Kollektivarbeit entstandene, dem Westberliner Theologen Helmut Gollwitzer, „dem wir die Öffnung vieler Augen und Herzen für Abel (Zweite Welt) und für Lazarus (Dritte Welt) verdanken, in Dankbarkeit und Hoffnung zum 60. Geburtstag" gewidmete Buch erfüllt eine politisch wie gesellschaftlich wichtige Aufgabe: den Bundesbürger zu informieren über Entstehung, Entwicklung und Profil einer christlichen Partei, die es nach bisherigem bürgerlichen Selbstverständnis nur in einem kapitalistischen, nicht aber auch in einem sozialistischen Staat geben dürfte. Wie fragwürdig, vor allem in moralischer Hinsicht, jenes mit allzu hohem Anspruch daherkommende C in der Firmierung einer politischen Partei auch immer sein mag — nach unvoreingenommener Lektüre dieses Buches wird man nicht länger übersehen können, daß die CDU in der DDR das C in ihrem Namen jedenfalls mit ein klein wenig mehr Berechtigung führt als die CDU in der Bundesrepublik. Zwei Merkmale genügen, um das zu belegen: Die CDU in der DDR vertritt nicht, wie die CDU in der Bundesrepublik, die Interessen einer dünnen, aber herrschenden Schicht (was a priori unchristlich ist), und die CDU in der DDR verknüpft nicht, wie die CDU in der Bundesrepublik, ihr Bekenntnis zu Frieden, Rüstungsbeschränkung, Kernwaffenverzicht etc. mit Bedingungen (was ebenfalls a priori unchristlich ist). Zu schweigen davon, daß die CDU in der DDR als deutsche Partei bürgerlicher Schichten in aller Form und mit aller Konsequenz, anders als die CDU in der Bundesrepublik, die Ergebnisse des vom Deutschen Reich entfesselten und sodann vom Deutschen Reich verlorenen Zweiten Weltkrieges anerkannt hat, was, moralisch genommen, den eminent christlichen Gedanken vom Verzicht auf Revanche impliziert. In der Verlängerung der in diesem engagierten Buch aufgerissenen Konstellationen ist zu erkennen: Wenn es überhaupt geduldet werden kann, daß politische Parteien sich christlich nennen, ohne zugleich auf jede Partizipation an der Macht für immer zu verzichten, dann bestenfalls in einer sozialistischen, niemals in einer kapitalistischen Gesellschaft. Denn in einer sozialistischen Gesellschaft, und mag sie noch so unvollkommen sein und sich noch so atheistisch geben, ist es dem sterblichen Einzelnen auf jeden Fall ein wenig leichter, sich auch außerhalb seiner vier Wände christlich zu verhalten, als in einer kapitalistischen, und

mag diese noch so vollkommen sein und sich noch so gläubig geben.

Die CDU in der DDR ist, wenn man so will, im Gegensatz zur CDU in der Bundesrepublik die CDU der ersten Stunde geblieben (oder hat es bleiben müssen): jene CDU, zu deren Verständnis der Katastrophe des deutschen Bürgertums es nach 1945 spontan gehört hat, die bürgerliche Ordnung als solche in Frage zu stellen. Angekündigt hat das seinerzeit auch die West-CDU, z. B. in ihrem „Ahlener Programm"; doch hat sie, angeführt von einem so epochalen Zyniker wie Konrad Adenauer, alle ihre moralischen Postulate bald der Restauration des Kapitalismus und dem Kalten Krieg geopfert.

Daß es auch anders geht, daß eine christliche Partei ihr immanente Prinzipien nicht nur proklamieren, sondern auch bewahren und praktizieren kann: die CDU in der DDR beweist es. Was, von allem Staatspolitischen jetzt einmal abgesehen, mit in vorderster Reihe zu dem gehört, was wir Bundesrepublikaner „von unseren Brüdern und Schwestern lernen können". So ist diese gut geschriebene Geschichte der Entwicklung einer neuen Partei zugleich die Geschichte der Entwicklung einer neuen Gesellschaft auf deutschem Boden.

J. W.

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Herausgegeben von Dieter Senghaas und Gisela Kress. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 432 S., br. 23,— DM, Ln. 32,— DM.

Führer durch die Sozialwissenschaften. Herausgegeben von Norman MacKenzie. Mit einer Einleitung von Hans Paul Bahrdt. Aus dem Englischen von Harro Maor. Redaktion der deutschen Ausgabe und kommentierte Bibliographie von Martin Baethge. Nymphenburger Verlagshandlung, München, 384 S., 5 Diagramme, 4 Tabellen, Anmerkungen, Autoren-Kurzbiographien, Namens- und Sachregister. Paperback 19,80, Bibliotheksausgabe 24,80 DM (Sammlung „dialog", Bd. 34). — Als Bd. 36 der Sammlung erscheint: Naturwissenschaften. Herausgegeben von Martin Gardner. Aus dem Amerikanischen von Walter Hoering (296 S., Literaturverzeichnis und Namensregister, Paperback 19,80, Bibliotheksausgabe 24,80 DM).

Jakob Barion, Staat und Zentralismus. Verlag Bouvier, Bonn, 108 S., kart. 12,80 DM.

Heinrich Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Zweite, verbesserte Auflage. K. F. Koehler Verlag, Stuttgart, 808 S., Ln. 40,— DM.

Lutz Niethammer, Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD. S. Fischer Verlag, Frankfurt, 288 S., 1 Tab., flexibel geb. 10,— DM.

Sprache, Denken, Kultur. Herausgegeben von Paul Henle. Aus dem Amerikanischen von Roland Pelzer und Friedhelm Herborth. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 340 S., kart. 15,— DM (Theorie 2). — Aus dem Programm der Reihe Theorie 1: Hugo Dingler, Die Ergreifung des Wirklichen. Einleitung von K. Lorenz und J. Mittelstraß (276 S., kart. 8,— DM); George H. Mead, Philosophie der Sozialität. Vorwort von H. Lübbe (328 S., kart. 12,— DM); Petr I. Stucka, Die revolutionäre Rolle von Staat und Recht. Einleitung und Übersetzung von Norbert Reich (188 S., kart. 8,— DM).

Georg Herwegh, Literatur und Politik. Herausgegeben von Katharina Mommsen. Insel Verlag, Frankfurt, 176 S., Ln. 7,— DM (Sammlung Insel, Bd. 37). — Als Bd. 36 der Sammlung liegt vor: Karl Gutzkow, Deutschland am Vorabend seines Falles oder seiner Größe. Herausgegeben von Walter Boehlich (152 S., Ln. 6,— DM).

Expressionismus als Literatur. Gesammelte Studien. Herausgegeben von Wolfgang Rothe. Francke Verlag, Bern, 797 S., Ln. 58,— DM.

Walter Benjamin, Charles Baudelaire. Ein Lyriker im Zeitalter des Hochkapitalismus. Herausgegeben und mit einem Nachwort

von Rolf Tiedemann. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 196 S., kart. 16,— DM.

Wörterbuch Kybernetik. Deutsch-Englisch/ Englisch-Deutsch. Bearbeitet von Alfred Oppermann. Verlag Dokumentation, München, 250 S., Kunststoffeinbd. 24,— DM.

Aktuelle Themen

Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Bd. VI: 1968. Zusammengestellt von Heinrich Siegler. Verlag Siegler & Co., Bonn/Wien/Zürich, XXX, 507 S., Paperback 60,— DM. — Die ersten Bände dieses vorzüglichen Nachschlagewerkes, das jährlich erscheint, wurden bei früherer Gelegenheit ausführlich rezensiert (vgl. „Blätter", Heft 8/1966, S. 737 ff. und Heft 4/1968, S. 410 ff.).

Rainer Frohn, Die Internationalisierung von Himmelskörpern. Berlin Verlag, Berlin, 100 S., br. 12,50 DM (Reihe „Völkerrecht und Politik"). — Der Autor behandelt ein Thema, das mit der weiteren Erschließung des Weltraums zunehmende Bedeutung gewinnt. Die Studie ist mit einer ausgezeichneten Bibliographie versehen.

Gerhard Hoffmann, Die deutsche Teilung. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. Neske-Verlag, Pfullingen, 102 S., kart. 6,80 DM (Politik in unserer Zeit, Bd. 13).

Günther Scheidle, Das Widerstandsrecht. Entwickelt anhand der höchstrichterlichen Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 163 S., br. 29,60 DM (Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 98).

Wolfgang Bredner, Die Einfuhr gewerblicher Rohstoffe und ihre Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der BRD 1958 bis 1967. Verlag Weltarchiv, Hamburg, 262 S., br. 34,— DM (Veröffentlichungen des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs).

Gustavus Myers, Die großen amerikanischen Vermögen. Deutsche Ausgabe von „The Great American Fortunes". März Verlag, Darmstadt, 796 S. in zwei Bänden, Paperback 25,— DM, Ln. 50,— DM.

Literatur-Verzeichnis der Politischen Wissenschaften 1969. Herausgegeben von der Hochschule für Politische Wissenschaften, München. Bearbeitet und zusammengestellt von Hermann Berber. Kommissionsverlag: Günter Olzog Verlag, München, 419 S., kart. 9,80 DM. — Verzeichnet die wichtigsten Neuerscheinungen aus dem deutschen Sprachraum (Bundesrepublik, Österreich, Schweiz und DDR).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Kommuniqués über die Beratungen führender Persönlichkeiten sozialistischer Staaten am 3./4. Dezember 1969 in Moskau

Am 3. und 4. Dezember fand in Moskau ein Treffen der führenden Partei- und Staatsfunktionäre der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken statt.

An dem Treffen nahmen teil: Todor Shiwkow, Erster Sekretär des Zentralkomitees der BKP und Vorsitzender des Ministerrates der VRB; Stanko Todorow, Mitglied des Polit-

von Rolf Tiedemann. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 196 S., kart. 16,— DM.

Wörterbuch Kybernetik. Deutsch-Englisch/ Englisch-Deutsch. Bearbeitet von Alfred Oppermann. Verlag Dokumentation, München, 250 S., Kunststoffeinbd. 24,— DM.

Aktuelle Themen

Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Bd. VI: 1968. Zusammengestellt von Heinrich Siegler. Verlag Siegler & Co., Bonn/Wien/Zürich, XXX, 507 S., Paperback 60,— DM. — Die ersten Bände dieses vorzüglichen Nachschlagewerkes, das jährlich erscheint, wurden bei früherer Gelegenheit ausführlich rezensiert (vgl. „Blätter", Heft 8/1966, S. 737 ff. und Heft 4/1968, S. 410 ff.).

Rainer Frohn, Die Internationalisierung von Himmelskörpern. Berlin Verlag, Berlin, 100 S., br. 12,50 DM (Reihe „Völkerrecht und Politik"). — Der Autor behandelt ein Thema, das mit der weiteren Erschließung des Weltraums zunehmende Bedeutung gewinnt. Die Studie ist mit einer ausgezeichneten Bibliographie versehen.

Gerhard Hoffmann, Die deutsche Teilung. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. Neske-Verlag, Pfullingen, 102 S., kart. 6,80 DM (Politik in unserer Zeit, Bd. 13).

Günther Scheidle, Das Widerstandsrecht. Entwickelt anhand der höchstrichterlichen Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 163 S., br. 29,60 DM (Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 98).

Wolfgang Bredner, Die Einfuhr gewerblicher Rohstoffe und ihre Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der BRD 1958 bis 1967. Verlag Weltarchiv, Hamburg, 262 S., br. 34,— DM (Veröffentlichungen des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs).

Gustavus Myers, Die großen amerikanischen Vermögen. Deutsche Ausgabe von „The Great American Fortunes". März Verlag, Darmstadt, 796 S. in zwei Bänden, Paperback 25,— DM, Ln. 50,— DM.

Literatur-Verzeichnis der Politischen Wissenschaften 1969. Herausgegeben von der Hochschule für Politische Wissenschaften, München. Bearbeitet und zusammengestellt von Hermann Berber. Kommissionsverlag: Günter Olzog Verlag, München, 419 S., kart. 9,80 DM. — Verzeichnet die wichtigsten Neuerscheinungen aus dem deutschen Sprachraum (Bundesrepublik, Österreich, Schweiz und DDR).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Kommuniqués über die Beratungen führender Persönlichkeiten sozialistischer Staaten am 3./4. Dezember 1969 in Moskau

Am 3. und 4. Dezember fand in Moskau ein Treffen der führenden Partei- und Staatsfunktionäre der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken statt.

An dem Treffen nahmen teil: Todor Shiwkow, Erster Sekretär des Zentralkomitees der BKP und Vorsitzender des Ministerrates der VRB; Stanko Todorow, Mitglied des Polit-

büros und Sekretär des Zentralkomitees der BKP; Iwan Baschew, Mitglied des Zentralkomitees der BKP und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRB; Konstantin Tellalow, Kandidat des Zentralkomitees der BKP und Leiter der Abteilung Außenpolitik und internationale Verbindungen des Zentralkomitees der BKP;

Walter Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR; Willi Stoph, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Ministerrates der DDR; Erich Honecker, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED; Hermann Axen, Kandidat des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED; Otto Winzer, Mitglied des Zentralkomitees der SED und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR;

Wladyslaw Gomulka, Erster Sekretär des Zentralkomitees der PVAP; Josef Cyrankiewicz, Mitglied des Politbüros des Zentralkomittes der PVAP und Vorsitzender des Ministerrates der VRP; Zenon Kliszko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der PVAP; Stefan Jedrychowski, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der PVAP und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRP;

Nicolae Ceausescu, Generalsekretär der RKP und Vorsitzender des Staatsrates der SRR; Ion Gheorghe Maurer, Mitglied des Exekutivkomitees und des Ständigen Präsidiums des Zentralkomitees der RKP und Vorsitzender des Ministerrates der SRR; Gheorghe Pana, Mitglied des Exekutivkomitees und Ständigen Präsidiums und Sekretär des Zentralkomitees der RKP; Corneliu Manescu, Mitglied des Zentralkomitees der RKP und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der SRR;

Gustav Husak, Erster Sektretär des Zentralkomitees der KPTsch; Oldrich Cernik, Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der KPTsch und Vorsitzender der Regierung der CSSR; Vasil Bilak, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Zentralkomitees der KPTsch; Karel Kurka, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der CSSR;

Janos Kadar, Erster Sekretär des Zentralkomitees der USAP; Jenö Fock, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der USAP und Vorsitzender der Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung; Zoltan Komocsin, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der USAP; Karoly Erdely, Mitglied des Zentralkomitees der USAP und Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UVR;

L. I. Breshnew, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU; A. N. Kossygin, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; N. W. Podgorny, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR; M. A. Suslow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU; K. F. Katuschew, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU; B. N. Ponomarjow, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU; A. A. Gromyko, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

Die Teilnehmer des Treffens tauschten ihre Meinungen über einen weiten Kreis von Problemen aus, die mit der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zusammenhängen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei den Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa.

Mit Genugtuung wurde zur Kenntnis genommen, daß die von den sozialistischen Staaten kollektiv erarbeiteten Vorschläge über die Vorbereitung und Durchführung einer gesamteuropäischen Staatenkonferenz weitgehende internationale Unterstützung finden. Die sozialistischen Staaten werden sich auch weiterhin nachdrücklich dafür einsetzen, daß die Spannungen in Europa durch Beziehungen der guten Nachbarschaft abgelöst werden, daß die friedliche Koexistenz zur allgemeingültigen Norm der gegenseitigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung wird und daß das Streben der Völker nach Sicherheit und Fortschritt in konkrete Taten, in die Lösung der dringlichen Probleme in diesem Teil der Welt umgesetzt wird.

Die an dem Treffen beteiligten sozialistischen Staaten setzen sich dafür ein, die Beziehungen zwischen allen Staaten entsprechend den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen zu entwickeln und auszubauen. Sie sind entschlossen, die Beziehungen zu den anderen europäischen Staaten zu entwickeln, welche zur Zusammenarbeit gemäß diesen Grundsätzen bereit sind. Sie bekräftigen ihre Auffassung, wonach die Interessen des Friedens und der Sicherheit es erfordern, daß alle Staaten gleichberechtigte Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage zur Deutschen Demokratischen Republik aufnehmen und die bestehenden europäischen Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Grenze als endgültig und unantastbar anerkennen.

Beim Meinungsaustausch über aktuelle internationale Fragen wurde festgestellt, daß die Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland und die Bildung der neuen Regierung Ausdruck von Veränderungen sind, die sich in einem Teil der Öffentlichkeit der BRD zeigen. Ausdruck der in diesem Teil der Öffentlichkeit zunehmenden Tendenzen, welche auf eine realistische Politik der Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den Staaten gerichtet sind. Als ein positives Moment wurde die Unterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages durch die Bundesrepublik Deutschland hervorgehoben. Zugleich brachten die Teilnehmer des Treffens ihre einmütige Meinung zum Ausdruck, daß die in der BRD fortdauernden gefährlichen Erscheinungen des Revanchismus und die Aktivierung der neonazistischen Kräfte nicht außer acht gelassen werden dürfen und daß ihnen gegenüber ständig die gebotene Wachsamkeit geübt werden muß. Wenn die neue westdeutsche Regierung die Lehren aus der Geschichte zieht, sich des Ballastes der Vergangenheit entledigt und entsprechend dem Geist der Zeit an die Probleme, die in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten Spannungen hervorrufen, realistisch herangeht, so würden sowohl die sozialistischen Staaten als auch alle friedliebenden Völker dies begrüßen.

Die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die großen Wert darauf legen, daß der Kernwaffensperrvertrag in vollem Maße der Festigung des Friedens dienen möge, setzen sich dafür ein, daß sich eine möglichst große Zahl von Staaten diesem Vertrag anschließt, daß dieser Vertrag so bald wie möglich ratifiziert wird und in Kraft tritt.

Einmütig wurde die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß es für die Gewährleistung eines dauerhaften und stabilen Friedens notwendig ist, den Weg der Einstellung des Wettrüstens und der allgemeinen und vollständigen Abrüstung — einschließlich der atomaren Abrüstung — zu gehen. Die sozialistischen Staaten, die auf diesem Gebiet wiederholt konkrete Vorschläge unterbreitet haben, appellieren an alle Staaten, guten Willen und Bereitschaft zur praktischen Verwirklichung einer echten Abrüstung zu bekunden. Die an dem Treffen beteiligten Staaten bekräftigten erneut ihren Wunsch, sich auch künftig in den wichtigsten Problemen des internationalen Lebens zu konsultieren, um gemeinsame Aktionen im Kampf für den Frieden und die Sicherheit der Völker — einschließlich der europäischen Sicherheit — koordiniert zu verwirklichen.

Das Moskauer Treffen, das die Einheit der Ansichten seiner Teilnehmer bestätigte, verlief in einer Atmosphäre der Freundschaft, des Einvernehmens und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit.

Wortlaut des Briefes des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an den Präsidenten der BRD, Gustav Heinemann, vom 17. Dezember 1969

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Geleitet von dem Willen, zur Sicherung des Friedens in Europa beizutragen und die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu ermöglichen, wende ich mich an Sie.

Ein friedliches Nebeneinanderleben und die Gestaltung einer guten Nachbarschaft zwischen beiden deutschen Staaten erfordern, ihre Beziehungen auf der Grundlage der allgemein anerkannten Normen des geltenden Völkerrechts zu gestalten. Das kann für die Entspannung im Herzen Europas, für die die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland vor ihren eigenen Bürgern und vor den Völkern Europas eine besonders hohe Verantwortung tragen, nur von Vorteil sein.

Ich darf Ihnen daher den vom Staatsrat der DDR gebilligten Entwurf eines ‚Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland' überreichen.

Zur Führung der Verhandlungen und zur Unterzeichnung des Vertrages habe ich den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Herrn Willi Stoph, und den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn Otto Winzer, bevollmächtigt.

Angesichts der Bedeutung, die ein friedliches Nebeneinander der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland hat, schlage ich vor, daß die Verhandlungen möglichst im Januar 1970 aufgenommen werden.

Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß Sie, Herr Bundespräsident, gleich mir dafür eintreten werden, daß in sachlichen Verhandlungen die Aufnahme gleichberechtigter, völkerrechtlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten erreicht wird.

Berlin, den 17. Dezember 1969

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. W. Ulbricht

Wortlaut des Briefes des Präsidenten der BRD, Gustav Heinemann, an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vom 21. Dezember 1969

An den
Vorsitzenden des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Walter Ulbricht

Sehr geehrter Herr Vorsitzender
des Staatsrates,

hiermit bestätige ich den Empfang Ihres Schreibens vom 17. Dezember 1969. Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß wir eine hohe Verantwortung für die Entspannung in Europa tragen. Auch ich fühle mich mit der Bundesregierung der Sicherung des Friedens, der Entspannung und der Zusammenarbeit verpflichtet. Unser gemeinsames Anliegen ist es, die Einheit der deutschen Nation zu wahren. Ich begrüße deshalb die von Ihnen geäußerte Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen.

Entsprechend den Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland habe ich Ihr Schreiben und seine Anlage an die Bundesregierung weitergeleitet. Ihr obliegt es, die von Ihnen übermittelten Vorschläge zu prüfen und mit der für die Sache erforderlichen Beschleunigung Stellung zu nehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Heinemann

Wortlaut des Entwurfes eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD vom 17. Dezember 1969

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, geleitet von dem Bestreben, einen wirkungsvollen Beitrag zur Entspannung und zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten, die Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten schrittweise abzubauen, zwischen ihnen ein geregeltes Nebeneinanderleben und ein Verhältnis der guten Nachbarschaft als gleichberechtigte, souveräne Staaten herbeizuführen, die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit zu fördern, haben beschlossen, einen Vertrag über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland abzuschließen, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik Herrn Willi Stoph, Vorsitzender des Ministerrates, Herrn Otto Winzer, Minister für auswärtige Angelegenheiten,

der Präsident der Bundesrepublik Deutschland Herrn Willy Brandt, Bundeskanzler, Herrn Walter Scheel, Bundesminister des Auswärtigen,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

ARTIKEL I

Die hohen vertragschließenden Seiten vereinbaren die Aufnahme normaler gleichberechtigter Beziehungen, frei von jeder Diskriminierung, zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts. Ihre gegenseitigen Beziehungen beruhen insbesondere auf den Prinzipien der souveränen Gleichheit, der territorialen Integrität und Unantastbarkeit der Staatsgrenzen, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils.

ARTIKEL II

Die hohen vertragschließenden Seiten anerkennen gegenseitig ihren gegenwärtigen territorialen Bestand in den bestehenden Grenzen und deren Unverletzlichkeit. Sie anerkennen die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen in Europa, insbesondere die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sowie die Grenze an Oder und Neiße zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen.

ARTIKEL III

Die hohen vertragschließenden Seiten verpflichten sich, auf die Androhung und Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen zu verzichten und untereinander alle Streitfragen auf friedlichem Wege und mit friedlichen Mitteln zu lösen. Beide Seiten verpflichten sich, alle den Festlegungen in Artikel I entgegenstehenden und den Vertragspartner diskriminierenden Maßnahmen zu unterlassen, ohne Verzögerung diesem Vertrag entgegenstehende Gesetze und andere Normativakte aufzuheben sowie die Revision entsprechender Gerichtsentscheidungen zu veranlassen. Sie werden auch in Zukunft jegliche Diskriminierung des Vertragspartners unterlassen.

ARTIKEL IV

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland verzichten darauf, Kernwaffen zu erlangen oder in irgendeiner Form über diese zu verfügen. Sie verpflichten sich, dafür einzutreten, daß Verhandlungen über Abrüstung durchgeführt werden. Auf dem Boden der beiden deutschen Staaten dürfen weder chemische noch biologische Waffen hergestellt, stationiert oder gelagert werden.

ARTIKEL V

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland nehmen miteinander diplomatische Beziehungen auf. Sie lassen sich gegenseitig in den Hauptstädten Berlin und Bonn durch Botschaften vertreten. Die Botschaften genießen alle Immunitäten und Privilegien entsprechend der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961.

ARTIKEL VI

Die Beziehungen auf Teilgebieten werden gesondert vertraglich vereinbart.

ARTIKEL VII

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland verpflichten sich, den Status West-Berlins als selbständige politische Einheit zu achten und unter Berücksichtigung dieses Status' ihre Beziehungen zu West-Berlin zu regeln.

ARTIKEL VIII

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland beantragen ohne Verzögerung in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Universalität der Organisation der Vereinten Nationen ihre Aufnahme als vollberechtigte Mitglieder in die Organisation der Vereinten Nationen. Sie werden dafür eintreten, daß andere Staaten die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

ARTIKEL IX

Der Vertrag wird für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen. Er unterliegt der Ratifizierung und tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Dieser Vertrag wird gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen dem Sekretariat der Vereinten Nationen zur Registrierung übergeben.

Für die Deutsche Demokratische Republik . . .

Für die Bundesrepublik Deutschland . . .

Soziale Zusammensetzung des 6. Deutschen Bundestages

Die Wochenzeitung „Die Zeit" veröffentlichte am 28. November 1969 die nachfolgende Tabelle über die soziale Zusammensetzung des 6. Deutschen Bundestages:

Gruppe	Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung	Anteil an den Bundestagsmandaten
Arbeiter und ihre Funktionäre	49,6 Prozent	7,1 Prozent
Angestellte und ihre Funktionäre	26,4 Prozent	15,3 Prozent
Beamte und Verwaltungsangestellte	13 Prozent	33 Prozent
Bauern	3,5 Prozent	6,8 Prozent
Handwerker	2,8 Prozent	2,1 Prozent
Einzelhändler	1,9 Prozent	2,7 Prozent
Freie Berufe	1,5 Prozent	15,4 Prozent
Wirtschaftler	1,3 Prozent	16,2 Prozent
sowie: Hausfrauen	39,1 Prozent	1,4 Prozent

Autoren dieses Heftes

HOLZ, Dr. Hans Heinz, geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. von,* geb. 1944 in Neustettin, studierte Politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln, promovierte über „Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit" (erschienen 1969 im Pahl-Rugenstein Verlag); Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn. *** *OSTROWSKI, Jürgen,* geb. in Kattowitz, studiert Wissenschaftliche Politik, Soziologie und Geschichte in Marburg. *** *AHRENS, Franz,* geb. 1912, Journalist in Hamburg, ist Mitglied des Ständigen Internationalen Komitees zur Anerkennung der DDR. Die Gründung dieses Komitees geht auf die Konferenz von Helsinki (Juni 1968) zum Problem „Die Bedeutung der Anerkennung der DDR für die europäische Sicherheit" zurück. *** *BAUKLOH, Friedhelm,* geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Journalist und Verlagslektor tätig. *** *SCHUHLER, Conrad,* geb. 1940 in Linz/Donau, Dipl.-Volkswirt, z. Z. Wissenschaftlicher Assistent am Department of Sociology der Yale Universität, New Haven, zuvor Wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Institut der Universität München; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg/Lahn; Mitautor des Buches „Die NPD", Berlin 1967. *** *BEYER, Dr. Wilhelm Raimund,* geb. 1902 in Nürnberg, studierte Rechtswissenschaften und Philosophie. Buchveröffentlichungen u. a.: Recht und Rechtsordnung, 1951; Der Spiegelcharakter der Rechtsordnung, 1953; Zur Phänomenologie und Logik — Hegel als Redakteur in Bamberg, 1956; Staatsphilosophie, 1958; Hegel-Bilder, 1964; Immunität als Privileg, 1966; Tendenzen bundesdeutscher Marxbeschäftigung, 1968. *** *KROMBACH, Uwe,* geb. 1950 in Düsseldorf, studiert Jura und Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum; Mitherausgeber der Zeitschrift „kritischer katholizismus". *** *BRUDIGAM, Heinz,* geb. 1929 in Hamburg, lebt als Journalist in Wedel b. Hamburg. *** *BAMBERG, Hans-Dieter,* geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,—), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 3,50. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; öSch. 112,50 halbjährlich, öSch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg.fr. 217,50 halbjährlich, belg.fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln 1, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Wilhelm R. Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Born
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz
Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Wolfgang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Wilhelm Hasenack
Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Ulf Preuß-Lausitz
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Jonas Lesser †
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Mailhofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias
Ernst May
Peter Meier
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
A. Poltorak
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Senator Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Earl Bertrand Russell
Paul Schallück
Alexander Schenk
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmidt
Franz Paul Schneider
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Levin Schücking †
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

HOLZ, Dr. Hans Heinz, geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. von,* geb. 1944 in Neustettin, studierte Politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln, promovierte über „Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit" (erschienen 1969 im Pahl-Rugenstein Verlag); Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn. *** *OSTROWSKI, Jürgen,* geb. in Kattowitz, studiert Wissenschaftliche Politik, Soziologie und Geschichte in Marburg. *** *AHRENS, Franz,* geb. 1912, Journalist in Hamburg, ist Mitglied des Ständigen Internationalen Komitees zur Anerkennung der DDR. Die Gründung dieses Komitees geht auf die Konferenz von Helsinki (Juni 1968) zum Problem „Die Bedeutung der Anerkennung der DDR für die europäische Sicherheit" zurück. *** *BAUKLOH, Friedhelm,* geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Journalist und Verlagslektor tätig. *** *SCHUHLER, Conrad,* geb. 1940 in Linz/Donau, Dipl.-Volkswirt, z. Z. Wissenschaftlicher Assistent am Department of Sociology der Yale Universität, New Haven, zuvor Wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Institut der Universität München; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg/Lahn; Mitautor des Buches „Die NPD", Berlin 1967. *** *BEYER, Dr. Wilhelm Raimund,* geb. 1902 in Nürnberg, studierte Rechtswissenschaften und Philosophie. Buchveröffentlichungen u. a.: Recht und Rechtsordnung, 1951; Der Spiegelcharakter der Rechtsordnung, 1953; Zur Phänomenologie und Logik — Hegel als Redakteur in Bamberg, 1956; Staatsphilosophie, 1958; Hegel-Bilder, 1964; Immunität als Privileg, 1966; Tendenzen bundesdeutscher Marxbeschäftigung, 1968. *** *KROMBACH, Uwe,* geb. 1950 in Düsseldorf, studiert Jura und Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum; Mitherausgeber der Zeitschrift „kritischer katholizismus". *** *BRUDIGAM, Heinz,* geb. 1929 in Hamburg, lebt als Journalist in Wedel b. Hamburg. *** *BAMBERG, Hans-Dieter,* geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,—), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 3,50. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; öSch. 112,50 halbjährlich, öSch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg.fr. 217,50 halbjährlich, belg.fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln 1, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln